

# Plenarprotokoll

## 73. Sitzung

Freitag, 24. Februar 2012

Gemeinsame Beratung		d) Kein Kind zurücklassen - Ausbau der Lese- und mathematischen Förderung	
a) Bildung ist Lebenschance	6267		6267
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2231		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2260	
b) Unterrichtsausfall in Schleswig- Holstein erfassen und gegen- steuern		e) Stärkung der Sprachförderung	6267
	6267	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2261	
Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/2253 (neu)		f) Betreuungsgeld stoppen	6267
c) Friesischunterricht an den Schulen ausweiten	6267	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW	
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/2258		Drucksache 17/2273 (neu)	

g) Keine Streichung von Lehrer- stellen zum kommenden Schul- jahr	6267	a) Einrichtung einer Gemeinsamen Berufsbildungskonferenz von Bund und Ländern	6314
		A . 1 E 1. 1 CCW	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/2188	
Drucksache 17/2274			
Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur	6267	b) Den Übergang von Schule zu Be- ruf neu gestalten - kein Ab- schluss ohne Anschluss	6314
Dr. Ralf Stegner [SPD]			0314
Björn Thoroe [DIE LINKE]	6276	Antrag der Fraktion BÜNDNIS	
Anke Spoorendonk [SSW]	6279, 6297	90/DIE GRÜNEN	
Peter Harry Carstensen, Minister-	,	Drucksache 17/2280	
präsident	6281	Änderungsentreg der Frektion	
Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS		Anderungsantrag der Fraktion DIE LINKE	
90/DIE GRÜNEN]	6282	Drucksache 17/2308	
Heike Franzen [CDU]	6284, 6301	Diucksache 17/2500	
Wolfgang Kubicki [FDP]	6289	Änderungsantrag der Fraktion der	
Peter Eichstädt [SPD], zur Ge-		SPD	
schäftsordnung	6293	Drucksache 17/2309	
Peter Eichstädt [SPD]	6293	\D '   D   61'11	
Martin Habersaat [SPD]	6294	c) Regionale Berufsbildungszen-	6215
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/		tren in Schleswig-Holstein	6315
DIE GRÜNEN]	6295	Bericht der Landesregierung	
Ulrich Schippels [DIE LINKE]	6298	Drucksache 17/2220	
Jürgen Weber [SPD], zur Ge-	6202		
schäftsordnung	6302	Dr. Ekkehard Klug, Minister für	
Beschluss: 1. Überweisung des An-		Bildung und Kultur	6315
trags Drucksache 17/2273 (neu)		Anke Spoorendonk [SSW]	6317
an den Sozialausschuss		Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE	6010
2. Überweisung aller wei-		GRÜNEN]	6318
teren Anträge an den Bildungsaus-		Heike Franzen [CDU]	6320
schuss	6302	Anette Langner [SPD]	6321
		Cornelia Conrad [FDP]	6323 6324
Entwicklungspolitische Verantwor-		Björn Thoroe [DIE LINKE]	0324
tung anerkennen	6302	Beschluss: 1. Überweisung der An-	
		träge und der Änderungsanträge	
Antrag der Fraktion DIE LINKE		an den Bildungsausschuss	
Drucksache 17/2157		2. Überweisung des Be-	
Ulrich Schippels [DIE LINKE]	6302	richts der Landesregierung,	
Dr. Michael von Abercron [CDU].	6303, 6313	Drucksache 17/2220, an den Bil-	
Sandra Redmann [SPD]	6304, 6311	dungsausschuss zur abschließen-	
Anita Klahn [FDP]	6305, 6312	den Beratung	6325
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE	,		
GRÜNEN]	6307, 6312	Einheitliche Standards für einen	
Anke Spoorendonk [SSW]	6309, 6314	besseren Schutz von Pflegekindern.	6325
Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für	,	A	
Landwirtschaft, Umwelt und		Antrag der Fraktionen von SPD und	
ländliche Räume	6310	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
D 11 A111	6014	Drucksache 17/2259 (neu)	
Beschluss: Ablehnung	6314	Serpil Midyatli [SPD]	6325
		Mark-Oliver Potzahr [CDU]	6327
Gemeinsame Beratung		Anita Klahn [FDP]	6328

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	6329	Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur	6342
Antje Jansen [DIE LINKE] Flemming Meyer [SSW] Wolfgang Baasch [SPD] Dr. Heiner Garg [FDP]	6330 6331 6332 6333	Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss	6343
Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss	6334	Pferdekennzeichnung mit Brandeisen verbieten  Antrag der Fraktion BÜNDNIS	6343
Wahl der Mitglieder zur 15. Bundesversammlung	6334	90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/2254	
Wahlvorschlag der Fraktion BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/2307		Schenkelbrand als alternative Kennzeichnungsmethode bei Equi- den erhalten	6343
Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD und SSW Drucksache 17/2310		Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/2319	
Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/2316		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	6343 6345
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU Drucksache 17/2317		Marion Sellier [SPD]	6347 6348 6349 6351
Wahlvorschlag der Fraktion der FDP Drucksache 17/2318		Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	6352
Beschluss: Annahme der Wahlvorschläge	6335	Dr. Christian von Boetticher [CDU]	6354
Wahl eines Mitglieds des Parla- mentarischen Kontrollgremiums	6335	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/2254	
Wahlvorschlag der Fraktion BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/2218		2. Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 17/2319.	6354
Beschluss: Annahme	6335	ACTA nicht ratifizieren - Internet- freiheit und Urheberrechtsschutz	
Für eine landesweite Kita-Sozial- staffel	6335	vereinbaren	6354
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/2190		Antrag der Fraktionen von BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, SSW und DIE LINKE Drucksache 17/2281 (neu) - 2. Fas- sung	
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]	6335, 6342	Beschluss: Annahme	6355
Marion Herdan [CDU]  Detlef Buder [SPD]  Cornelia Conrad [FDP]  Antje Jansen [DIE LINKE]	6337 6338 6338 6339	Menschenrecht auf medizinische Versorgung auch für Menschen oh- ne Papiere	6355
Flemming Meyer [SSW]	6340		

Antrag der Fraktionen DIE LINKE und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN Drucksache 17/2282 (neu)		* * * *
Medizinische Versorgung für Menschen ohne qualifizierten Aufenthaltsstatus in Schleswig-Holstein sicherstellen	6355	Regierungsbank:  Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident  Dr. Hainer Cara Stellvertreter des Ministerprä
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2313		Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit
Ulrich Schippels [DIE LINKE] Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS	6355	Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration
90/DIE GRÜNEN] Astrid Damerow [CDU] Bernd Heinemann [SPD] Gerrit Koch [FDP]	6356 6357 6358, 6362 6359	Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur
Flemming Meyer [SSW] Dr. Kai Dolgner [SPD] Emil Schmalfuß, Minister für Ju-	6360 6361	Klaus Schlie, Innenminister  Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirt-
stiz, Gleichstellung und Integration	6361	schaft, Umwelt und ländliche Räume  Rainer Wiegard, Finanzminister
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 17/2282 (neu) und des Änderungsantrags Drucksache 17/2313 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Sozial-		Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
ausschuss	6363	* * * *
Zukunft der gerichtsinternen Mediation sichern	6363	
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN und SSW Drucksache 17/2276 (neu) - 2. Fas- sung		
Beschluss: Annahme	6363	
Sammeldrucksache über die Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags	6363	
Drucksache 17/2296	3500	
Beschluss: Annahme mit Änderung	6363	

### Beginn: 9:04 Uhr

## Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen unsere Tagung fort. Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle ganz herzlich. Zunächst einmal geschäftsleitend: Erkrankt sind Frau Kollegin Silke Hinrichsen vom SSW und Herr Kollege Heinz-Werner Jezewski von der Fraktion DIE LINKE. Wir wünschen beiden gute Besserung.

(Beifall)

Ranka Prante von der Fraktion DIE LINKE ist für die ersten zwei Stunden beurlaubt und wird an unserer Sitzung ab 11 Uhr teilnehmen. - Ich bekomme eine weitere Meldung. Weiterhin erkrankt ist Frau Kollegin Susanne Herold von der CDU-Fraktion. Auch ihr wünschen wir gute Besserung.

(Beifall)

Begrüßen Sie bitte mit mir auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften vom Gymnasium Altenholz. - Herzlich willkommen! Ich wünsche allen Gästen auf der Tribüne einen interessanten Vormittag.

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 25, 28, 31, 33, 34, 36 und 37 zur gemeinsamen Beratung auf:

## **Gemeinsame Beratung**

## a) Bildung ist Lebenschance

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2231

## b) Unterrichtsausfall in Schleswig-Holstein erfassen und gegensteuern

Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/2253 (neu)

## c) Friesischunterricht an den Schulen ausweiten

Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/2258

## d) Kein Kind zurücklassen - Ausbau der Leseund mathematischen Förderung

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2260

### e) Stärkung der Sprachförderung

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2261

### f) Betreuungsgeld stoppen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/2273 (neu)

## g) Keine Streichung von Lehrerstellen zum kommenden Schuljahr

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/2274

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag der SPD, Drucksache 17/2231, wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich erteile zum Bericht für die Landesregierung dem Minister für Bildung und Kultur, Herrn Dr. Ekkehard Klug, das Wort.

(Beifall bei der FDP - Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut!)

## **Dr. Ekkehard Klug**, Minister für Bildung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ein ganzes Bündel von Anträgen, das dieser Debatte zugrunde liegt. Das Papier, auf das sich der Antrag des Kollegen Dr. Höppner und der Fraktion der SPD bezieht, stammt, wie Sie zweifellos schon wissen, von mir. Es ist also kein Text der Landesregierung insgesamt.

Nachdem ich auf Ihre beiden ersten Fragen Antworten gegeben habe, die Ihnen schon bekannt sind, will ich, bevor ich auf die weiteren Punkte eingehe, noch einmal Folgendes in Erinnerung rufen.

Nach dem Beschluss des FDP-Landesparteitags in Neumünster vom November letzten Jahres haben sich die regierungstragenden Parteien im Koalitionsausschuss am 12. Dezember 2011 darauf verständigt, im neuen Jahr erneut über Möglichkeiten zur Verbesserung der Bildungsqualität zu sprechen. Ich zitiere aus dem "sh:z"-Artikel vom 13. Dezember 2011:

"Die Koalitionsspitzen beauftragten daher Bildungsminister Ekkehard Klug (FDP), bis März kommenden Jahres Vorschläge auszuarbeiten. Danach werde die Koalition beraten, ob es Spielräume für zusätzliche Ausgaben in diesem Bereich gebe, sagte de Jager."

Diese Beratung ist am 14. Februar 2012 in einer weiteren Sitzung des **Koalitionsausschusses** erfolgt und führte zu der Entscheidung, die bereits im vorigen November von meiner Partei genannten finanziellen Spielräume, die ein Ergebnis der erfolgreichen Politik unserer Koalition in den letzten beiden Jahren sind

(Zuruf von der LINKEN)

- das hören Sie nicht gern; das wissen wir -, für die Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur **Bekämpfung** von Unterrichtsausfall sowie auch für eine Aufstockung der Landesmittel für **Aufgaben in der** Schulsozialarbeit zu nutzen.

Die Landesregierung hat daraufhin am vergangenen Dienstag im Rahmen ihrer Entscheidung zu den Haushaltseckwerten 2013/2014 beschlossen, jährlich 15 Millionen € für diese Bereich bereitzustellen, was im Übrigen dem Gegenwert von 300 Lehrerstellen entspricht. Kernstück ist dabei eine Verdoppelung der Mittel für den Vertretungsfonds auf jährlich 24 Millionen €, ein Vertretungsfonds, der seit 2004, also seit rot-grünen Regierungszeiten, in der bisherigen Höhe von 12,1 Millionen € festgeschrieben war. Ein entsprechender Vorschlag der FDP-Fraktion, deren Mitglied ich bin, ist übrigens auch von mir formuliert worden.

Die in der Koalition erzielte Einigung besteht also darin, nicht Planstellen, sondern finanzielle Mittel für die genannten Aufgaben bereitzustellen. Dass diese Mittel gut angelegt sind, darüber sollte eigentlich keine Meinungsverschiedenheit bestehen,

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

es sei denn - das ist natürlich die notwendige Einschränkung -, man ist Opposition und befindet sich im Wahlkampf und möchte bei den Wählern den Eindruck erwecken, man könne alles noch viel bes-

ser und schöner machen, obgleich man in der Vergangenheit speziell zu Zeiten der rot-grünen Wunschkoalition alles viel schlechter gemacht hat, Herr Stegner.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich möchte Ihnen noch einen weiteren Punkt in Erinnerung rufen. Für die frühkindliche Bildung hatte Rot-Grün 2004 gerade einmal 60 Millionen € als Betriebskostenförderung bereitgestellt. Wir, FDP und CDU, haben dieses wichtige politische Aufgabenfeld im Bildungsbereich kontinuierlich besser ausgestattet und dafür ab 2014 120 Millionen € an Landesmitteln für die **Betriebskostenförderung** vorgesehen - neben der bereits Ende 2010,

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Frau Jansen, beschlossenen Aufstockung der Investitionsmittel auf 60 Millionen €, die seither für die Einrichtung von Krippenplätzen zur Verfügung stehen. Es gibt Kreise wie Stormarn, die die Bewilligungen auch schon fast komplett belegt haben.

Alles in allem ist das in Zeiten, in denen uns die Bewältigung einer von früheren Regierungen aufgetürmten Schuldenlast zur Haushaltskonsolidierung zwingt, eine bemerkenswerte Anstrengung zur Verbesserung der Bildungsqualität.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich bin stolz darauf, dass wir das unter so schwierigen Rahmenbedingungen, die uns unsere Vorgänger hinterlassen haben, schaffen konnten.

Dass man darüber hinaus weitere Ziele als wünschenswert ansehen kann, darüber brauchen wir sicherlich auch nicht zu streiten. Die Frage ist nur, wie man sie tatsächlich verwirklichen kann, aber ganz sicher nicht auf dem Weg, den die Opposition beschreiten möchte. Wir haben ja erst vorgestern darüber diskutiert. SPD und Grüne wollen eine Politik auf Pump, wollen also da anknüpfen, wo sie 2005 gemeinsam mit einem Scheitern der damaligen rot-grünen Landesregierung aufgehört haben. Wer bis 2020 1,8 Milliarden € zusätzliche Landesschulden aufhäufen will und so allein für Zinsen fast eine halbe Milliarde € mehr aufwenden müsste, der beschert den Bürgern mindestens auf mittlere Sicht ein beispielloses politisches Desaster;

(Beifall bei FDP und CDU)

denn inzwischen wissen wir ja alle, dass auch Staaten, die eines Tages nicht mehr kreditwürdig sind, dann keine Kredite mehr zu halbwegs noch erträgli-

chen Zinsen erhalten. Das passiert auch dann, wenn Herr Stegner verlangt, dass ihm die Leute Geld leihen. Die leihen ihm das Geld trotzdem nicht.

Wer sein Schuldenproblem hingegen in den Griff bekommt, der gewinnt politische Gestaltungsspielräume, wie wir sie jetzt für mehr Investitionen in Bildung und Infrastruktur nutzen mit dem Beschluss, den ich Ihnen noch einmal dargestellt habe. Dieser Weg öffnet ja auch in Zukunft weitere Chancen. Es ist ja nicht ausgeschlossen, dass wir ähnliche Erträge einer erfolgreichen Politik, wenn wir die richtige Politik in den nächsten Jahren so fortführen, auch wieder in den kommenden Jahren erwirtschaften. Das ergibt dann die Möglichkeit, auch noch das eine oder andere aus meinem Papier zu einem späteren Zeitpunkt zu verwirklichen.

Manche Vorhaben können im Übrigen auch im Rahmen des verfügbaren Budgets weitergeführt werden. Ich will Ihnen das an zwei Beispielen verdeutlichen.

Das Förderprogramm "Niemanden zurücklassen" mit den beiden Teilen "Lesen macht stark" und "Mathe macht stark" wird auch in den kommenden beiden Jahren mit Mitteln ausgestattet werden, zugegebenermaßen in etwas reduziertem Umfang. Aber wir werden den daran beteiligten Schulen - und das sind sehr viele - neben der Bereitstellung von Unterrichtsmaterial, Lesemappen, Schülerordnern, Themenheften, auch Beratung, Fortbildung und Diagnostik zur Verfügung stellen und pro Schule zwei Lehrerwochenstunden zuweisen. Bis zu 30 Schulen mit besonderen Problemlagen können auch künftig eine höhere Zuweisung von fünf Stunden erhalten.

Die Schaffung neuer Angebote im Bereich der **Beruflichen Gymnasien** und anderer Bildungsangebote der Beruflichen Schulen wird wie in den beiden zurückliegenden Jahren im Rahmen des vorhandenen Personalbudgets möglich sein.

Zum nächsten Schuljahr starten zum Beispiel folgende neue Angebote: Das Berufliche Gymnasium Technik mit Schwerpunkt Elektromobilität am RBZ Technik in Kiel, ferner eine zusätzliche Klasse am Beruflichen Gymnasium Technik, Erneuerbare Energien, am Berufsbildungszentrum Rendsburg, das Berufliche Gymnasium Technik mit Schwerpunkt berufliche Informatik an der Walter-Lehmkuhl-Schule in Neumünster sowie das Berufliche Gymnasium Wirtschaft mit Schwerpunkt Tourismus am Berufsbildungszentrum Dithmarschen. Am Standort Kellinghusen soll ein Berufliches Gymnasium Sozialpädagogik als Außenstelle des Regiona-

len Berufsbildungszentrums Steinburg neu eingerichtet werden. Das Berufsbildungszentrum Mölln sowie das RBZ Technik in Kiel starten zum nächsten Schuljahr als gemeinsamen Schulversuch eine Fachschule Elektromobilität, und die Fachschule für Sozialpädagogik am Berufsbildungszentrum in Rendsburg bietet ab dem kommenden Jahr auch die dreijährige Ausbildung zu staatlich geprüften Erzieherinnen und Erziehern an. Insgesamt haben wir in den letzten beiden Jahren die Aufnahmekapazitäten für die Erzieherausbildung etwa um ein Drittel erhöht, um auch hier den Fachkräftebedarf besser decken zu können.

## (Beifall bei der FDP)

Ermöglicht wird dies durch eine höhere Stellenzuweisung und teils durch die erhöhte Unterrichtsverpflichtung der Berufsschullehrer. Außerdem hat sich bekanntlich die wirtschaftliche Lage auch dahin gehend ausgewirkt, dass jetzt das Ausbildungsplatzangebot besser ist. Das heißt, wir müssen weniger als in früheren Jahren Ersatzangebote im Bereich berufsbildender Vollzeitschulen anbieten, sodass die Berufsschulen auch Spielräume für **interne Umschichtungen** erhalten.

Insgesamt haben wir zahlreiche innovative Bildungsangebote, die es früher nicht gab, neu eingerichtet. Ich nenne abschließend das Berufliche Gymnasium Biotechnologie in Verbindung mit der Berufsfachschule III an der Elly-Heuss-Knapp-Schule in Neumünster, dessen Absolventen jetzt auch für ein naturwissenschaftliches Studium an der Uni Kiel fast ein ganzes Semester angerechnet erhalten. Auch das gab es früher nicht.

Wir tun also sehr viel für die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Und das ist eines der wichtigen Themen aus meinem Papier.

## (Beifall bei der FDP)

Andere Punkte sind freilich im Rahmen unseres derzeitigen Personalbudgets - darüber freuen Sie sich wahrscheinlich - nicht realisierbar, etwa die Einrichtung zusätzlicher gebundener Ganztagsschulen oder der Ausbau des Schulpsychologischen Dienstes.

Einzelne Punkte habe ich nur deshalb in das Papier aufgenommen, weil sie im vorigen Jahr öffentlich thematisiert worden sind, zum Teil übrigens auch vom Koalitionspartner. Das betrifft insbesondere die Nummer 8, die den Umfang der Differenzierungsstunden an Gemeinschafts- und Regionalschulen regelt. Desgleichen die Nummer 7, in der die Stellenbedarfe für kleine Schulen angeboten

sind, die unter den seit Jahren auch schon in Zeiten der Großen Koalition geltenden Mindestgrößen liegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE behandelt das Thema Unterrichtsausfall. Für dessen Bekämpfung schafft die von uns beschlossene Aufstockung des Vertretungsfonds auf 24 Millionen € eine nachhaltige Verbesserung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Was die **Erfassung** von Unterrichtsausfall betrifft, so kann ich Ihnen Folgendes berichten. Die Landesregierung hat bereits im vorigen Jahr einen Auftrag zur Einführung des IT-gestützten Verfahrens **Ko-Pers** - hinter dieser Abkürzung verbirgt sich die Kooperation der Personaldienste Hamburg und Schleswig-Holstein - erteilt. Dieses **Personalverwaltungssystem** wird auch ein Verfahren zur Erfassung von Krankenständen bei Lehrkräften enthalten. Generell muss man in diesem Zusammenhang feststellen, dass eine moderne, IT-gestützte Personalverwaltung von früheren Regierungen offensichtlich nicht als ein Ziel angesehen worden ist, das ist wichtig ist. Wir als amtierende Landesregierung haben das jetzt in Angriff genommen.

Für den Schulbereich haben wir bereits vor einem Jahr das neue Online-Bewerberverfahren eingeführt, das unser Nachbarland Hamburg vorher schon sechs Jahre lang erfolgreich praktiziert hatte. Es erleichtert die Gewinnung von Lehrkräften vor allem für unbefristete Stellen, aber auch für Vertretungsstellen.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Als in der vorigen Woche vom Schulamt des Kreises Nordfriesland eine Lehrerstelle auf der Hallig Oland ausgeschrieben wurde, ging eine halbe Stunde nach der Veröffentlichung im Internet bereits eine Bewerbung ein. Natürlich ist auch dieses moderne Instrument kein Patentrezept für alles, denn man muss natürlich Bewerbungen erhalten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Auf Oland sind wir richtig gut!)

- Es gibt auch viele, viele andere Schulen, die erfolgreich mit diesem neuen Instrument arbeiten, nachdem wir das Steinzeit-Verfahren, das noch in Ihrer Amtszeit als Staatssekretär im Bildungsministerium bestanden hat, endlich über Bord geworfen haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sechs Jahre vorher haben es die Hamburger schon gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die sozialdemokratische Bildungspolitik war in Schleswig-Holstein nicht fähig dazu, die Personalbewirtschaftung auf eine moderne, IT-gestützte Basis zu stellen.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Das ist so, Herr Stegner. Es ärgert Sie, aber es ist so.

Gerade in Mangelfächern kommt es darüber hinaus natürlich auch auf eine gezielte Nachwuchsausbildung an. Auch darauf haben wir in den letzten Jahren besonderes Augenmerk gerichtet. In allen Lehrerlaufbahnen steigt zum Beispiel die Zahl der Nachwuchskräfte, die ein Referendariat im Mangelfach Mathematik beenden. Bei den Gymnasiallehrern waren es zum Beispiel zum 1. Februar dieses Jahres 39, zum 1. August 2012 - also in diesem Jahr - werden es 55 sein und zum 1. Februar 2013 59. Ich könnte viele weitere Beispiele nennen, aber die Zeit reicht dafür nicht.

Ich komme nun zum Antrag der SSW-Fraktion, den Friesischunterricht an Schulen auszuweiten. Friesisch ist Teil unseres kulturellen Erbes, dem wir uns verpflichtet fühlen. Die Sprache Friesisch ist ein freiwilliges Angebot an zurzeit 16 Schulen, mit dem wir insgesamt 934 Schülerinnen und Schüler erreichen. Einen neuen Ansatz verfolgt dabei die Nis-Albrecht-Johannsen-Schule in Risum-Lindholm. Dort wird der Unterricht in Heimat- und Sachkunde auf Friesisch erteilt, also mit der Immersions-Methode. Damit ist das Friesische auch im Pflichtfächerbereich der Schule in einem Fach präsent. Dieser Ansatz scheint mir weitaus zukunftsweisender zu sein als das, was der SSW in seinem Antrag vorschlägt.

Nun stehe ich abschließend vor der nahezu unmöglichen Aufgabe - es ist noch ein Antrag auf jeden Fall offen -, vom Friesischen den Bogen zum Betreuungsgeld zu schlagen. Einziger Berührungspunkt scheint mir zu sein, dass heute nicht zum ersten Mal diese Themen aus den Reihen der Opposition hier vorgebracht werden.

Beim vorliegenden Antrag der Grünen zum **Betreuungsgeld** fühlte ich mich sogar an "Max und Moritz" von Wilhelm Busch erinnert, und zwar an den berühmten Satz der Witwe Bolte zu dem Sauer-

kohl: "...wofür sie besonders schwärmt, wenn er wieder aufgewärmt."

(Beifall und Heiterkeit bei FDP und CDU)

Denn genau das ist dieser Antrag doch, nämlich eine - salopp gesagt - aufgewärmte Wiedervorlage der Drucksache 17/1454 mit dem Titel "Aufhebung der Einführung eines Betreuungsgeldes - mehr Geld für den Betreuungsausbau in den Kommunen", der in der **Mai-Tagung 2011** an dieser Stelle Thema gewesen ist. Das ist ein paar Monate her, aber man kann es in den Unterlagen des Landtags alles noch nachlesen.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bereits in der Debatte im Mai ist das Für und Wider des Betreuungsgeldes intensiv erörtert worden.

(Martin Habersaat [SPD]: Das Für eben nicht!)

Sie alle wissen - das ist wahrscheinlich auch der Grund, aus dem Sie den Antrag noch einmal gestellt haben -, dass meine Partei und meine Fraktion in dieser Frage eine andere Auffassung vertritt als die Partei und die Fraktion des Ministerpräsidenten. Warum das so ist, brauche ich nicht zu wiederholen, denn ich glaube, es ist Ihnen vom Kollegen Garg alles schon einmal erläutert worden.

Immerhin wird das Gericht diesmal mit **zwei Abweichungen** serviert. Erstens verzichten die Antragsteller darauf, das Betreuungsgeld als verfassungswidrig zu bezeichnen. Insoweit haben sie ein kleines bisschen dazugelernt. Ich halte das bei aller inhaltlichen Skepsis, die ich ja teile, für eine angemessene Versachlichung. Allerdings hätte ich gern erfahren, wie ein derartiges Verdikt bei den Grünen mal eben in die Welt kommt und sich dann wieder anschließend - ein paar Monate später - in Wohlgefallen auflöst.

Neu ist zweitens, dass Sie nun fordern, die durch Nichteinführung gesparten Mittel sollten in Familienförderung durch das Land fließen, wobei damit der Ausbau von frühkindlicher Bildung und Kinderbetreuung in Einrichtungen gemeint ist. Da muss ich Ihnen sagen: Das finde ich kreativ, aber nicht ganz ehrlich. Die Stärkung der frühkindlichen Bildung ist gut und richtig, und ich bin dafür, hier eine Priorität zu setzen. Ich sage Ihnen aber: Das haben wir schon längst getan. Ich habe Ihnen die Zahlen vorhin vorgetragen. Das, was Sie wollen, ist meines Erachtens keine Familienförderung. Familienförderung ist die Stärkung von materiellen Ressourcen, über die die Familien auch selbst verfügen.

Meine Damen und Herren, in der Sache kann ich für die Landesregierung nur erneut zu Protokoll geben: Auch wenn wir in der Landesregierung in Einzelfällen nicht einer Meinung sein sollten, gilt, dass wir uns doch durch solche Anträge, wie Sie sie stellen, nicht auseinanderdividieren lassen.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Antrag von Ihnen gibt darum einfach keinen Sinn. Anders als das Sauerkraut wird das Vorhaben auch durch Wiederaufwärmen nicht besser!

(Beifall bei FDP und CDU)

#### Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach dem Bericht des Ministers eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Oppositionsführer, der Herr Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Arme Seele! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

## **Dr. Ralf Stegner** [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten es so gut gemeint mit Ihnen, Herr Bildungsminister, indem wir dieses Geheimpapier mit dem schönen **Titel** "Bildung ist Lebenschance" offiziell in diesen Landtag eingebracht haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Toll!)

Wir wollten Ihnen die Chance geben, das hier darzulegen und zu begründen. Es ist für eine Opposition kurz vor Wahlen sicherlich ungewöhnlich, der Landesregierung eine solche Gelegenheit auf dem Silbertablett zu servieren, etwas Gutes für die Schulen zu tun. Doch was legt uns der wackere Ekkehard, der angeblich keine Furcht vor Königsthronen hat, heute vor? - Der heutige Bericht von Ihnen, Herr Bildungsminister, ist die in Worte gegossene Bankrotterklärung der Bildungspolitik dieser Landesregierung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir verdanken es der Landesschülervertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein, dass der wundersame Sinnes- und Erkenntniswandel des Bildungsministers akribisch dokumentiert worden ist. Ich zitiere aus der Pressemitteilung der LSV:

",Das Streichen von 600 Lehrerstellen fiel ihm,

#### - Dr. Klug -

im Dezember 2010 nicht sonderlich schwer', schon damals war der LSV der Gymnasien ... entsetzt. Im Oktober 2011 behauptete der Minister gar, die Versorgung der Schüler mit Lehrern sei besser denn je. Im Dezember 2011 lehnte er die Rücknahme der Streichung von 300 Lehrerstellen ab. Im Januar 2005 sagte er wiederum: ,Von den ohnehin schon gestrichenen 3.650 Lehrerstellen sollten 453 zurückgenommen werden.'"

Den aktuellen Erkenntnisstand könnten wir eigentlich dem **Papier des Bildungsministers** entnehmen. Dort sind es nunmehr 628 Stellen, die fehlen. Doch halt: Zwischen diesem schriftlichen Bericht vom 25. Januar 2012 und dem mündlichen Bericht von heute liegen immerhin 29 Tage, ein Koalitionsausschuss und eine Meinungsumfrage.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Was eine kleine Zeitspanne für die Menschen in Schleswig-Holstein ist, ist ein Riesenunterschied für die Positionierung von Ihnen und Ihrer Partei und typisch für die Halbwertzeit Ihrer Ankündigungen. Wir erinnern uns noch alle daran, wie Sie es schafften, einen Erlass für einen Tag, nämlich den 1. April, in und wieder außer Kraft zu setzen. Das kennen wir von Ihnen. Die Halbwertzeit Ihrer Ankündigung ist sehr kurz.

Herr Minister, dabei ist Ihr Papier gar nicht so schlecht, im Gegenteil. Sie haben viel Lesenswertes aufschreiben lassen, von dem wir uns einiges nach dem Regierungswechsel im Mai genauer ansehen werden.

## (Zurufe)

Anderes aber ist so eindeutig und wird auch von Ihnen in einer solchen Dringlichkeit beschrieben, dass wir es schon heute auf den Weg bringen können und sollten.

## (Beifall bei der SPD)

Wir sind sehr zuversichtlich, dass die Regierungsfraktionen ihren Bildungsminister nicht leichtfertig im Regen stehen lassen werden, denn auch Sie sehen das sicherlich so. Lassen Sie mich aber der Reihe nach vorgehen, denn Sie haben das so schön systematisch getan, das will ich auch.

Erstens. Sie analysieren, dass man mit 100 Stellen 20 gebundene Ganztagsschulen einrichten könne und dabei insbesondere Standorte zu berücksichtigen hätte, an denen die Schülerinnen und Schüler aufgrund des sozialen Umfelds für eine erfolgreiche Schulzeit besonders unterstützt werden müssten. Gut gebrüllt, Löwe! Auch wir Sozialdemokraten halten gebundene Ganztagsschulen für eine sinnvolle Einrichtung.

## (Beifall bei der SPD)

Wir werden nach dem Regierungswechsel bewerten, wie viele, wo und mit welcher Ausstattung nötig sind. Dafür haben Sie die richtige Feststellung getroffen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es darf vorher noch gewählt werden, Herr Stegner! - Weitere Zurufe)

Zweitens. Sie halten die **Ausweitung der Sprachförderung** auf die berufsbildenden Schulen für erforderlich und sehen dafür einen Bedarf. - Frau Präsidentin, die Kolleginnen und Kollegen da drüben sind sehr aufgeregt, ich schaffe das lauter als sie. - Herr Minister Dr. Klug, ich zitiere Sie wörtlich, was Ihren Bedarf angeht. In Ihrem Papier heißt es:

"Um eine adressatengerechte Sprachförderung in allen berufsbildenden Schulen/Regionalen Berufsbildungszentren verwirklichen zu können, sind 30 zusätzliche Planstellen erforderlich."

Diesen Punkt halten wir für nachvollziehbar und dringend erforderlich. Derzeit kommt rund ein Viertel der Schulanfänger aus Familien mit Migrationshintergrund, davon viele aus sozial benachteiligten Familien mit **unzureichender sprachlicher** Integration. Bildungsforscher sprechen sich für verstärkte Bemühungen um die Sprachförderung aus. Dies sollte sich in der Tat nicht auf die vorschulische Bildung und die Grundschule beschränken, sondern man sollte sich auch in späteren Bildungsphasen um die Beseitigung schwerwiegender Defizite bemühen einschließlich der berufsbildenden Schulen.

Ich bitte Sie von Union und FDP daher, die Position Ihres Bildungsministers in Wort und Tat zu unterstützen und unserem Antrag auf zweimal 15 zusätzliche Planstellen zuzustimmen.

#### (Beifall bei der SPD)

Drittens. Sie schlagen vor, dass "wir" - wer immer mit "wir" in Ihrem Papier gemeint ist - die Zahl der **Stellen für Schulpsychologen** auf 34 Stellen ver-

doppeln sollten, um Rat- und Hilfesuchenden schneller helfen zu können. Auch diesen Bedarf werden wir - und dieses "wir" scheint mir erfolgversprechender - nach dem Regierungswechsel im Mai sorgfältig prüfen und, so gut es geht, umsetzen.

(Zurufe)

Viertens. Sie fordern, gestützt auf Evaluationsbefunde über den großen Erfolg der **Projekte von** "Niemanden zurücklassen", 90 zusätzliche Stellen. Niemanden zurückzulassen, jedem Kind oder Jugendlichen zu einem Schulabschluss zu verhelfen, ist, wie Sie wissen, das zentrale Ziel der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein.

Wir fordern daher die Regierungsfraktionen und die Landesregierung auf, den Bildungsminister auch hier zu unterstützen und die Projekte "Lesen macht stark" und "Mathe macht stark" zu verstetigen. Zu diesem Zweck sollen bei der Vorbereitung des Landeshaushalts für die Jahre 2013 und 2014 jeweils 45 zusätzliche Stellen vorgesehen werden. Die "Lübecker Nachrichten" haben gestern über die positiven finanziellen Auswirkungen dieser Bildungsinvestition ausführlich berichtet. Stimmen Sie für unsere Anträge, stimmen Sie für Ihren Bildungsminister in dieser Frage!

(Beifall bei der SPD)

Fünftens. Äußerst interessant ist der fünfte Punkt Ihres Berichts. Dort stellen Sie detailliert begründet dar, wo der **Bedarf an Fachkräften** besteht und dementsprechend mehr ausgebildet werden sollte. Dabei werden Sie sehr deutlich. Da ist nicht von wollen, sollte, hätte oder könnte die Rede, sondern ich zitiere Sie erneut wörtlich, Herr Minister -:

"Um die zusätzlich benötigten Fachkräfte ausbilden zu können, werden zusätzlich 10 Planstellen benötigt."

Da ist kein Spielraum für Verhandlungen. Bei dieser Eindeutigkeit und Klarheit Ihrer Analyse bin ich besonders zuversichtlich, dass Ihr Bildungsminister auch Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, überzeugen kann, seinem Vorschlag zu folgen. Stimmen Sie mit uns dafür!

(Beifall bei der SPD)

Sechstens. Für mehr Chancen auf dem Weg zum Abitur wollen Sie mit 100 Planstellen die Beruflichen Gymnasien stärken. Da sind wir zwar beim Ziel durchaus einig, wir sehen allerdings einen Weg nicht nur über die Beruflichen Gymnasien, sondern auch und vor allem über mehr Oberstufen an Gemeinschaftsschulen. Außerdem wollen wir eine

stärkere Kooperation mit den Oberstufen an Gymnasien. Deshalb werden wir auch diese Forderung von Ihnen, Herr Minister Dr. Klug, nach dem Regierungswechsel genau in den Blick nehmen.

Siebtens. Sie fordern die Entlastung der kleinen Schulstandorte. Dafür wollen Sie 50 Stellen nun doch nicht streichen. Auch das werden wir nach dem Regierungswechsel prüfen - wobei man aus Ihrem Papier auch herauslesen könnte, dass Sie am liebsten die ganzen 450 Stellen dort belassen möchten. Das ist ja sehr interessant, und das zeigt vor allem eines überdeutlich: Die komplette Streichung der sogenannten demografischen Rendite, also der durch den prognostizierten Schülerrückgang theoretisch frei werdenden Stellen, war nie und ist noch immer nicht verantwortbar.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kompromiss von SPD und CDU von 2009, 50 % dieser Stellen zur Haushaltskonsolidierung und 50 % zur Verbesserung der Qualität bei längerem gemeinsamen Lernen, Integration, Ganztagsangeboten und so weiter einzusetzen, war dagegen sehr richtig. Deshalb sind wir konsequent bei dieser Haltung geblieben, und so können Sie es auch in unserem Regierungsprogramm nachlesen. Herr Bildungsminister, Ihr Bericht zeigt mehr als deutlich, wie fatal die Kehrtwende der CDU war, diesen klugen Kompromiss aufzukündigen.

Die fadenscheinige Begründung der Union für ihr Umfallen war ohnehin immer falsch, weil die Schuldenbremse, wie wir alle wissen, damals längst im Grundgesetz stand. Insofern war die Kehrtwende verlogen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, Ihr Bericht zeigt aber auch, dass die diesbezügliche Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP gerade vor dem Hintergrund Ihrer lautstarken Kritik an 20 Jahren SPD-Bildungspolitik sträflich und fahrlässig war.

Herr Bildungsminister, es freut mich, dass Sie mit Ihrem Bericht diesen Fehler, den Sie so lange geleugnet haben, jetzt endlich anerkennen, auch wenn Sie sich mit Ihrer neuen Ehrlichkeit in Ihrer eigenen Partei und Ihrer eigenen Fraktion noch nicht durchgesetzt haben.

Achtens. Die fatale **Halbierung der Differenzierungsstunden** an **Gemeinschafts- und Regionalschulen** wollen Sie mit Ihrem Papier immerhin um eine Stunde wieder korrigieren und fordern dafür 125 Stellen mehr. Allerdings ist es schon seltsam,

wie Sie es schaffen, selbst dabei Ihre alte Anti-Gemeinschaftsschul-Attitüde zu bewahren. Fest im Ungeist des dreigliedrigen Schulwesens verhaftet wollen Sie die Gemeinschaftsschulen erneut schlechter stellen, indem Sie den Ausgleich kleiner machen als bei den Regionalschulen. Wir werden die Gemeinschaftsschulen nach dem Regierungswechsel im Mai wieder in die Lage versetzen, das längere gemeinsame Lernen auch umsetzen zu können.

## (Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden die Schikanen beenden. In Zukunft ist es klar: In Schleswig-Holstein kommt man entweder in acht Jahren auf dem Gymnasium zum Abitur oder flächendeckend in neun Jahren auf der Gemeinschaftsschule oder Beruflichen Schule. Die teuren Sackgassen und Sonderwege werden wir beenden, ohne die jetzt schon betroffenen Schülerinnen und Schüler für den Unsinn, den Sie angerichtet haben, zu bestrafen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Fazit: Das Papier ist ein Dokument des Scheiterns schwarz-gelber Bildungspolitik. Es gibt eklatante Defizite. Aufgrund Ihres Streichkonzerts fehlen überall Lehrerstellen. Ihr Papier ist die gedruckte Erklärung dafür, warum Sie alle an Schule Beteiligten, Schüler, Lehrer, Eltern und kommunale Schulträger, in kürzester Zeit gegen diese Landesregierung und sich persönlich aufgebracht haben, Herr Minister. Das ist die Bilanz.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Es ist ein Dokument des Scheiterns schwarz-gelber Zukunftsplanungen. Sie beseitigen die Mängel nicht, sondern Sie wollen ein Problem lösen, das Sie selbst gar nicht als vordringlich betrachtet haben. Es ist übrigens auch ein Dokument des Scheiterns des Bildungsministers Dr. Klug, der in einer miserablen Landesregierung hartnäckig und einsam die rote Laterne hält.

(Zurufe)

Herr Bildungsminister, ich frage Sie: Wie viel Prozent Ihrer Forderungen aus dem Papier "Bildung ist Lebenschance" hat der Koalitionsausschuss akzeptiert? 50 %? - Nein. 25 %? - Auch nicht. 10 %? -

Wenigstens die 3 % aus Ihren Umfragen? Auch das nicht. 0 %!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Deswegen haben die "Kieler Nachrichten" auch getitelt: "Koalition versenkt Klug-Papier". Herr Dr. Klug, Sie haben das übrigens auf dem Briefbogen des Ministeriums für Bildung und Kultur übermittelt und nicht auf dem persönlichen Briefbogen von Herrn Dr. Klug. Erzählen Sie also nicht, das sei kein Papier der Landesregierung gewesen! So haben Sie das gemacht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Er ist auch Minister!)

Sie konnten also sagenhafte 0 % der von Ihnen für notwendig, erforderlich oder sinnvoll gehaltenen Stellen durchsetzen.

Wissen Sie, warum Ihnen in der letzten Tagung so erleichtert applaudiert und auf der Regierungsbank auf die Schulter geklopft wurde? - Ich will es Ihnen sagen: Weil Sie kein Rückgrat haben, Herr Minister. Das ist der Grund dafür, dass Sie Applaus bekommen haben. Ein Bildungsminister, der einen Funken Selbstachtung hätte, würde bei einer solchen Katastrophenbilanz von sich aus zurücktreten und nicht auf seine Abwahl warten, Herr Minister. Das ist die Bilanz Ihrer Politik.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE] und Lars Harms [SSW])

Dieser Minister zerstört den Schulfrieden, schafft Unterversorgung und Ungerechtigkeiten. Da wir vom Sitzenbleiben bekanntlich nichts halten, ist die Abwahl die richtige Antwort auf das, was Sie hier veranstalten.

Aber was machen unsere Regierungsfraktionen? - Sie predigen im Landtag mit verbissener Entschlossenheit über die Schuldenbremse wie der Vatikan über den Zölibat, aber die Praxis ist bei Ihnen genauso, wie wir das aus vielen Pfarrhaushalten kennen: Jetzt versprechen unsere Schuldenbremsen-Fundamentalisten von Schwarz-Gelb doch tatsächlich, im nächsten Haushalt nach der Wahl mehr Geld für den Unterrichtsausfall bereitzustellen.

Niemand weiß, was daraus wird. Nun werden Sie ja ohnehin keine Regierungsverantwortung haben, aber die Schleswig-Holsteiner kennen leider die

Unzuverlässigkeit als roten Faden Ihrer Ankündigungspolitik. Bei der letzten Wahl hatten Sie noch kurz davor das kostenlose Kita-Jahr beschlossen und versprochen. Direkt nach der Wahl, als Sie auf der Regierungsbank Platz genommen hatten, haben Sie das sofort wieder abgeschafft. Das Gleiche gilt für das Thema Schülerbeförderungskosten und manch andere Versprechen.

Nicht alle haben die schmucken Plakate vergessen der Herr Ministerpräsident und der Herr Kollege de Jager sind jetzt leider nicht hier -, aber die passen viel besser zu Ihnen als der grüne Schal. Ich halte Pinocchio für den eigentlichen Schutzheiligen dieser Nord-CDU, wenn man sich anschaut, was Sie vor der Wahl ankündigen und was Sie nach der Wahl tun.

(Beifall bei der SPD)

Bei uns ist das anders. Die Wählerinnen und Wähler wissen, worauf sie sich verlassen können,

(Lachen bei CDU und FDP)

und in der Bildungspolitik sind die Ankündigungen klar

(Zurufe)

- Das war ein bemerkenswerter Zwischenruf von der Regierungsbank. Minister Dr. Garg hat eben laut gerufen: "Das ist der größte Lügner aller Zeiten!" - Ich will das hier nur noch einmal festhalten, damit die Protokollanten das auch mitbekommen, Frau Präsidentin.

(Zurufe und vereinzelter Beifall bei der FDP)

Das ist bemerkenswert, Herr stellvertretender Ministerpräsident.

Lassen Sie mich zu dem Antrag des SSW in Sachen Friesischunterricht an dieser Stelle nur Folgendes sagen: We wårde et präiwe!

(Beifall beim SSW - Zurufe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind es leid, dass Sie Geld für unsinnige Förderungen aus dem Schulfenster werfen: Die Steuergeschenke für Hoteliers - bitte schön, da haben Sie es -,

(Zurufe von der FDP: Ja! Endlich!)

die könnte man besser einsetzen. Wenn man das unsinnige **Betreuungsgeld** für sinnvolle Bildungsinvestitionen ausgeben würde, dann hätten wir 25 Millionen € in Schleswig-Holstein, das entspricht 1.500 Lehrerstellen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt beim SSW)

Das wären zwei kostenfreie Kita-Jahre. Es wird Zeit, dass hier endlich geradezurücken, weil Sie immer gegen unsere Finanzierungsvorschläge polemisieren. Es wird Zeit, dass Schulen und Schulden wieder einmal vor einem breiteren Horizont diskutiert werden. Wir haben die Möglichkeit, intelligent zu investieren und die Reparaturkosten zu senken. Wir haben die Möglichkeit, steuerlich von denen mehr Solidarität einzufordern, die das können. Wir haben die Möglichkeit, eine so unsinnige Ausgabe wie die "Fernhalteprämie" zu verhindern. Damit Sie Ihre Haltung dazu einmal persönlich darlegen können und nicht immer Sonntagsreden halten, werden wir zu diesem Punkt eine namentliche Abstimmung in diesem Haus beantragen. Da können Sie dann sagen, was Sie von der Fernhalteprämie halten.

Mit unseren Anträgen schaffen wir es, die notwendigen und auch ökonomisch richtigen Bildungsinvestitionen nicht am kleinkarierten und kurzsichtigen Denken scheitern zu lassen. Die letzten zweieinhalb Jahre waren verlorene Jahre für Schleswig-Holstein und für die Schulen in Schleswig-Holstein. Sie reden über Schulen, wir sprechen über Schulen. Mit guten Schulen wird es bald weniger Schulden geben. Nach dem Regierungswechsel werden wir das anpacken.

(Anhaltender Beifall bei SPD, SSW sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LIN-KEN)

## Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, ich habe eben versucht, Ihren Vorwurf im Hinblick auf eine Äußerung von Herrn Minister Dr. Garg zu klären. Ich kann Ihnen dazu sagen, dass wir hier oben im Präsidium diese nicht gehört haben. Ich habe den Minister gebeten, sich uns gegenüber zu erklären. Er hat mir gesagt, dass er diese Äußerung zu seinem Nachbarn gemacht habe.

(Lachen bei der SPD)

Sie ist auch von anderen nicht gehört worden. Ich sage hier: Herr Minister Dr. Garg, ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie dieses hier nicht in Richtung des gesamten Plenums gesagt haben.

(Lachen bei der SPD - Olaf Schulze [SPD]: Das darf doch nicht wahr sein! - Weitere Zurufe von der SPD)

#### (Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese)

- Ich bitte jetzt insbesondere die Kollegen aus der SPD-Fraktion um Aufmerksamkeit.

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle, Herr Minister Dr. Garg, aber auch sagen, dass ich es für klüger hielte, solche Bemerkungen nicht zu machen, weil sie natürlich als offizielle Bemerkung gerügt werden müssten und unparlamentarisch wären.

Wir fahren jetzt in der Debatte fort. Ich erteile für die Fraktion DIE LINKE Herrn Abgeordneten Björn Thoroe das Wort.

(Olaf Schulze [SPD]: Das ist ja wohl die Höhe! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich möchte hier eine geschäftsleitende Bemerkung machen. Wenn die Kollegen der SPD-Fraktion es für notwendig erachten, über diesen Vorgang zu beraten, dann wäre der Ältestenrat das richtige Gremium dafür, aber nicht hier das Plenum. Denn - das sage ich auch deutlich - an der Geschäftsführung des Präsidiums ist hier offiziell keine Kritik zu üben. Das würde dann auch Ordnungsrufe nach sich ziehen. Das bitte ich, bei dieser Debatte zu bedenken.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Björn Thoroe.

(Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit, sonst werde ich die Sitzung unterbrechen.

## **Björn Thoroe** [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Christian VIII, seinerzeit König von Dänemark, hat seinem Finanzminister entgegnet, als dieser sich weigerte, den Bildungsetat zu erhöhen: Arm und elend sind wir schon. Wenn wir jetzt auch noch dumm werden, können wir aufhören, ein Staat zu sein. - Und genau das ist ein Kern der heutigen Debatte.

Da haben wir auf der einen Seite die Regierung. Die schwarz-gelbe Koalition hält noch immer an ihren unsozialen Kürzungsorgien im Bildungsbereich fest. Auch wenn Sie jetzt anfangen, Nebelkerzen zu werfen, weil wir uns im Wahlkampf befinden. Die Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, und auch die Schülerinnen und Schüler in diesem Land werden Ihnen nicht auf den Leim gehen. Alle wissen: Durch Flickschusterei wird es keine qualitative Verbesserung an den Schulen geben. Es wird keine Entlas-

tung der Lehrerinnen und Lehrer geben, und es wird auch keine Förderung der Schülerinnen und Schüler geben, weder durch ausreichend Schulsozialarbeit noch durch ausreichend Ganztagsangebote oder binnendifferenzierten Unterricht.

Auf der anderen Seite haben wir die Fraktionen von SPD, Grünen und SSW, die sich nun für die Wahlkampfvorschläge des Bildungsministers interessieren und gleichzeitig die Schuldenbremse und die Haushaltskonsolidierung hochhalten. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir, DIE LINKE, meinen es ernst mit einem guten Bildungssystem in Schleswig-Holstein. Wir haben bereits in den Haushaltsberatungen zum letzten Doppelhaushalt gegen die Streichung von Lehrerstellen gestimmt. Uns geht es nicht nur um die bevorstehende Streichung von Stellen im kommenden Schuljahr, für DIE LINKE sind auch die bereits gestrichenen Stellen ein enormer Einschnitt in die Arbeitsfähigkeit der Schulen.

(Beifall bei der LINKEN)

Im demografischen Wandel sehen wir die große Chance, endlich die Ausstattung des schleswig-holsteinischen Bildungssystems grundlegend zu verbessern und den Lehrenden erträgliche Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Weniger Schülerinnen und Schüler an den Schulen heißt für uns nicht automatisch weniger Lehrerinnen und Lehrer. Wir sehen in weniger Schülerinnen und Schülern an den Schulen die reale Möglichkeit, die Klassengröße durchschnittlich um mindestens 4 Schülerinnen und Schüler zu reduzieren. Wir sehen darin die Chance, auf alle Schülerinnen und Schüler binnendifferenziert und individuell eingehen zu können. Und DIE LINKE will die personellen Bedingungen schaffen, Inklusion endlich qualitativ hochwertig durchzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Alle anderen Parteien sehen mit unterschiedlichen Facetten darin in erster Linie die Möglichkeit für Kürzungen und Haushaltskonsolidierung. Allein für DIE LINKE steht ein qualitativ hochwertiges und sozial gerechtes Bildungswesen an erster Stelle. Wir machen Kürzungsorgien nicht mit.

Wir haben heute beantragt, den **Unterrichtsausfall** endlich realistisch zu erfassen und Schulen mit einer **Personalreserve** von 5 % auszustatten, um Unterrichtsausfall zu vermeiden. Die Statistik des Bildungsministeriums erweist sich als Mogelpackung. Das Ministerium muss endlich eine **Statistik** über

#### (Björn Thoroe)

Unterrichtsausfall vorlegen, die sich an den realen Gegebenheiten in Schleswig-Holstein orientiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine reine Auflistung der Stunden, die tatsächlich ausgefallen sind, also in denen Schülerinnen und Schüler nach Hause geschickt wurden, reicht bei Weitem nicht aus. Es reicht nicht, die Betreuung zu sichern, indem man eine Lehrerin oder einen Lehrer einsetzt, um mehrere Klassen mit Aufgaben zu versorgen. Schule muss mehr leisten können, als die Lernenden zu beaufsichtigen. Um in Zukunft angemessene Zahlen vorlegen zu können, bedarf es eigentlich nur eines Erlasses des Ministers, zumindest wenn man Frau Franzen glauben darf, die immer sagt, die Software, die eingesetzt werde, könnte eigentlich schon den Stundenausfall realistisch erfassen, es brauchte dazu nur Vorgaben des Bildungsministeriums.

Wenn ich hier heute von Herrn Klug höre, dass der Unterrichtsausfall über die Personalverwaltung erfasst werden soll, über die Krankenstände, die in der Personalverwaltung erfasst werden, frage ich mich, was das für einen Sinn ergeben soll.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei Ihnen muss ja auch schon viel Unterricht ausgefallen sein!)

Ich frage mich, was für einen Sinn es machen soll, Krankenstände über die Personalverwaltung zu erfassen. Vielleicht sind die dann auch noch individuell den Lehrerinnen und Lehrern zuordbar. Wir halten dies für einen falschen Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Da wir nicht länger warten wollen, bis die Landesregierung oder das Bildungsministerium vielleicht irgendwann handelt, haben wir alle **Schülervertretungen** des Landes angeschrieben und sie gebeten, uns die **Ausfallstunden** mitzuteilen. Wir wissen zwar: Diese Statistik wird voraussichtlich nicht repräsentativ sein, ich bin aber davon überzeugt: Ein realistischeres Bild als die Statistik des Bildungsministeriums werden wir auf jeden Fall erhalten.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich finde es wenig zielführend, jetzt einfach 12 Millionen € in den **Vertretungsfonds** zu stecken und zu glauben, dies löse alle Probleme. Die Ursache liegt an der Unterfinanzierung der Schulen, an den Lehrerinnen und Lehrern, die schon längst am Limit arbeiten: zu wenige Lehrkräfte, zu wenige Schulsozialarbeiter, zu hohes Arbeitspensum.

Der NDR hat vor Kurzem die Frage gestellt, ob Schule krank macht. Im Schuljahr 2010/2011 sind fast ein Viertel der pensionierten **Lehrerinnen und Lehrer** wegen **Dienstunfähigkeit** in den **Ruhestand** gegangen. Man sieht daran: Ja, Schule, wie sie im Moment organisiert ist, macht krank.

DIE LINKE fordert eine nachhaltige Lösung. DIE LINKE fordert, neben der Aufstockung des Vertretungsfonds die Versorgung 5 % über dem errechneten Bedarf anzusetzen, also 105 % Lehrerstundenzuteilung. Mit diesen 5 % kann eine Vertretungsreserve entstehen.

(Beifall bei der LINKEN)

## Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Herr Abgeordneter Thoroe, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki zu?

### **Björn Thoroe** [DIE LINKE]:

Ja.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das Mikrofon geht nicht! - Hans Müller [SPD]: Das Mikrofon ist an! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja? - Hans Müller [SPD]: Ja!)

#### Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Herr Abgeordneter Kubicki, würden Sie bitte Mikrofon Nummer zwei nehmen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das funktioniert auch nicht! - Zurufe: Das kann nicht an der Technik liegen!)

- Herr Abgeordneter Kubicki, würden Sie Ihre Zwischenfrage jetzt bitte so formulieren?

**Wolfgang Kubicki** [FDP]: Ich werde versuchen, das auch für die Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Zuschauertribüne hörbar zu formulieren.

(Heiterkeit)

Herr Kollege Thoroe, wären Sie so freundlich, dem Hohen Haus erstens zu sagen, wie das System, mit dem der Unterrichtsausfall erfasst wird, heißt - ich gebe einen Hinweis: nahe einem germanischen Gott -, und zweitens, wer das System eingeführt hat?

## **Björn Thoroe** [DIE LINKE]:

Gerne. Das System heißt **ODIS**. Natürlich besteht das Versäumnis schon länger, denn es wurde von

## (Björn Thoroe)

Frau Ute Erdsiek-Rave, der SPD-Bildungsministerin, eingeführt.

(Zuruf von FDP: Aha!)

Sie hatten aber schon zwei Jahre Zeit, das Ganze zu verändern.

Wir fordern eine Vertretungsreserve an den Schulen, um zu verhindern, dass weiterhin Unterricht ausfällt.

Von den Lehrerinnen und Lehrern wird erwartet, ohne Ersatzbank Europameister zu werden. Wenn Sie Jogi Löw aus Einspargründen ohne Ersatzbank mit dem gleichen Ziel, Europameister zu werden, zur Fußballeuropameisterschaft schicken würden, würden alle aufschreien, wie absurd dies sei. Es ist absurd, bei Stellenplänen davon auszugehen, dass in einem Kollegium niemand krank wird.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Hinter dem großen Stichwort Bildung steht ein Zukunftsversprechen. Es geht, wenn es um Bildung geht, um die Zukunft des Landes Schleswig-Holstein. Es geht um die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Jeder Euro, der in Bildung investiert wird, nützt der Volkswirtschaft. Jeder Euro, der ins Bildungssystem fließt, bewirkt volkswirtschaftlich gesehen einen Ertrag von 8 €. Dies müsste eigentlichen selbst die letzten Konservativen und Liberalen überzeugen - zumindest, wenn es ihnen um die Zukunft des Landes Schleswig-Holstein und all seiner Einwohnerinnen und Einwohner geht.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Der LINKEN geht es zudem um weitaus mehr als um die wirtschaftliche Komponente. Wie ein Bildungssystem ausgestaltet ist, prägt auch die soziale Zusammensetzung der Gesellschaft. Ein gut ausgestattetes Bildungssystem würde darauf hinwirken, soziale Ungerechtigkeiten abzubauen. Ein gut ausgestattetes Bildungssystem würde die Talente aller Kinder in den Mittelpunkt stellen, auch die Talente der Kinder, die aus finanziell schlechtergestellten Familien kommen. Ein gerechtes Bildungssystem würde Werte wie Zusammenhalt und Solidarität vermitteln und nicht 10-Jährige auf verschiedene Bildungsgänge aufteilen. Im Bildungssystem liegt der Schlüssel für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

### (Beifall bei der LINKEN)

Ich bin der festen Überzeugung, dass CDU und FDP die Schulform **Gemeinschaftsschule** mit voller Absicht gegen die Wand fahren wollen. Die **Streichung der Hälfte der Differenzierungsstun** 

den belegt dies ebenso wie die Posse um den Pflichtstundenerlass. DIE LINKE tritt dafür ein, den Gemeinschaftsschulen ihr Herzstück, die Differenzierungsstunden, zurückzugeben. Auch die Mehrarbeit für Lehrkräfte an den Gemeinschaftsschulen wollen wir zurücknehmen.

Alle Kräfte aufs **Gymnasium** zu konzentrieren, wie es die Landesregierung praktiziert, hilft nur den ohnehin schon bessergestellten Menschen in unserer Gesellschaft bei der Verteidigung ihrer Privilegien. Die Bildungspolitik von CDU und FDP ist ausschließlich Politik für die Bildungselite unseres Landes

Es gibt weitere Beispiele Ihrer Politik, soziale Ungleichheit zu zementieren: die Streichung des beitragsfreien dritten Kita-Jahres, die es Kindern aus finanzschwachen Familien erschwert, Kitas zu besuchen, die Streichung beim Studentenwerk, die bewirkt, dass für Studierende mit wenig Geld weniger Wohnheimplätze zur Verfügung stehen. Ich könnte unzählige weitere Beispiele nennen, warum Ihre Politik nicht nur die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes zerstört, sondern auch den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

DIE LINKE will allen Kindern eine gute Bildung zukommen lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

#### Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe bekannt, dass die SPD-Fraktion eine Sitzung des Ältestenrates in der Mittagspause beantragt hat. Ich gehe davon aus, dass wir uns im Anschluss an die Vormittagssitzung im Zimmer des Präsidenten treffen werden

Herr Abgeordneter Kubicki, es tut mir leid, dass eben das Saalmikrofon nicht funktioniert hat. Inzwischen - Sie haben es alle wahrgenommen - sind die Saalmikrofone alle scharf geschaltet worden,

(Heiterkeit)

sodass ich davon ausgehe, dass sie alle wieder funktionieren.

Ich gebe darüber hinaus bekannt, was der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Stegner vorhin schon messerscharf geschlossen hat: Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 3 Minuten überzogen. Wir führen Protokoll über die Restredezeiten aller Fraktionen und geben sie nach dem ersten Durchgang bekannt.

Für die Fraktion des SSW rufe ich jetzt die Frau Fraktionsvorsitzende Anke Spoorendonk auf.

## (Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese)

In der Zwischenzeit begrüße ich mit Ihnen allen gemeinsam Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften der Käte-Lassen-Gemeinschaftsschule aus Flensburg. - Seien Sie uns herzlich willkommen hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag! Einen interessanten Vormittag für Sie! Ich denke, bei dieser Debatte ist er garantiert.

(Beifall)

Frau Fraktionsvorsitzende, Sie haben das Wort.

## **Anke Spoorendonk** [SSW]:

Frau Präsidenten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer mit offenen Ohren durchs Land geht, kann mit Leichtigkeit das Thema benennen, das die Menschen in Schleswig-Holstein umtreibt und verunsichert. Das sind - Sie haben es erraten - die Themen Bildung und Schule. Infratest hat 1.000 Bürgerinnen und Bürger gefragt. So wie in den anderen norddeutschen Bundesländern zeigt sich auch bei uns, dass das **Thema Bildung** ein Dauerbrenner ist.

In Schleswig-Holstein nennt jeder fünfte Befragte die Themen Schule und Bildung als ausschlaggebend für seine beziehungsweise ihre Wahlentscheidung. Zu den Hintergründen dieser Gemengelage gehört zum einen das von der Landesregierung und vom Bildungsminister gewollte Schulgesetz, das mit Beginn des neuen Schuljahres 2011 eine Reihe von Änderungen zementierte, die vor Ort vielfach zu Konflikten führten und als eine Rolle rückwärts empfunden wurden. Denn man kann es drehen und wenden, wie man will: Das Schulgesetz von 2007 war nun wirklich keine Schulreform aus einem Guss; es gab vieles, was man besser hätte machen können und auch besser hätte machen müssen, aber erstmals in der Geschichte unseres Landes gab es ein Schulgesetz, das, weil es von einer großen Mehrheit getragen wurde - von CDU und SPD nämlich -, Bestand haben könnte, das man evaluieren und weiterentwickeln könnte. Man darf nicht durchgehen lassen, dass dieses Schulgesetz gekippt

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Dass die CDU nach 2009 nicht mehr zu ihren eigenen Beschlüssen stand, war eine bittere Pille.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Soll das für alle Beschlüsse von Großen Koalitionen gelten?)

- Wir reden darüber, lieber Kollege Kubicki, dass es gerade in der Bildungspolitik wichtig ist, dass Entscheidungen Bestand haben. (Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich komme dazu. - Die CDU hat das Schulgesetz von 2007 mitgetragen. Sie knickte nach dem Regierungswechsel 2009 ein. Das ist eine bittere Pille.

(Beifall bei der SPD)

Damit machte man es nämlich der FDP viel zu leicht, mit Vorstellungen durchzukommen, die Entscheidungsfreiheit mit Beliebigkeit verwechselten und das Ziel eines längeren gemeinsamen Lernens von innen torpedierten.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Dass weder G 9 noch "G Y" zum Nulltarif zu haben waren und Stellen auslösten, die andernorts im System Schule viel nötiger waren, gehört zur Wahrheitsfindung dazu.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist falsch, schlicht und ergreifend falsch!)

Zum anderen haben wir in den letzten Monaten erlebt, wie die Forderung nach Schulfrieden immer mehr zur Worthülse verkommt. Denn zu Recht sind Eltern über Unterrichtsausfall besorgt und frustriert über die Politik der Landesregierung, Stichwort auch das Thema Schülerbeförderung.

#### Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Frau Abgeordnete Spoorendonk, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner zu?

#### **Anke Spoorendonk** [SSW]:

Gern.

**Dr. Ralf Stegner** [SPD]: Liebe Frau Kollegin Spoorendonk, finden Sie es angemessen, dass kein Regierungsmitglied von der Union dieser bildungspolitischen Debatte folgen möchte?

- Da haben Sie recht, Herr Kollege. Das ist eigentlich nicht angemessen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Frustration über die Politik der Landesregierung hat sich in den letzten Monaten breitgemacht, zum Beispiel beim Thema Schülerbeförderung. Lehrerkollegien müssen mit ansehen, wie ihre Bemühungen

#### (Anke Spoorendonk)

um Bildungsdifferenzierung und neue Unterrichtsformen mit Gleichgültigkeit aufgenommen werden. Stichwort hier: Abschlussbezogene Klassen gehen auch.

Dass diese Unruhe auch bei der FDP als Partei des Bildungsministers ankam, war also nur eine Frage der Zeit. Die Landtagswahl lässt natürlich grüßen. Denn zur Faktenlage gehört auch, dass die Regierungsmehrheit sowohl 2012 wie auch für das kommende Schuljahr jeweils 300 Lehrerstellen streichen will. Was dann geschah, ist, denke ich, allen noch in Erinnerung.

Neu ist aber, dass Herr Dr. Klug nunmehr selbst die größten Defizite benennt und die notwendigen Stellen beziffert hat. "Bildung als Lebenschance" heißt sein Papier, und genau darum geht es ja auch. Die Eckpunkte sind bekannt. Er will 17 neue Schulpsychologen, 8 neue Berufseinstiegsbegleiter, 50 Lehrer für Dörfergemeinschaftsschulen, mehr Planstellen für gebundene Ganztagsschulen und so weiter. Dazu kommen 125 Stellen zur Erhöhung der Differenzierungsstunden, die der Bildungsminister höchstpersönlich vor Kurzem noch weggefegt hat. "Rin in de Kartüffel, ruut ut de Kartüffel", kann ich nur sagen. Die Conclusio kann vor diesem Hintergrund daher nur lauten: Mit der Streichung weiterer Planstellen im Schulbereich entpuppt sich alles, was über Qualitätsentwicklung gesagt wird, als heiße Luft.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Was bleibt, ist ein Koalitionskompromiss von CDU und FDP, der nichts anderes ist als eine Beruhigungspille für Eltern und aufgebrachte Wählerinnen und Wähler.

Vertretungslehrer sollen es also richten: flexible und einsatzbereite Lehrkräfte, die überall im Land eingesetzt werden können, so wie eine Art Unterrichtsnotarzt - allerdings ohne Festanstellung und Karriereaussichten. Also, kurz gesagt: Lehrer, die nichts kosten. Referendare, Pensionäre, Nachwuchslehrer oder Studierende zu dieser ganz besonderen Sorte Leiharbeiter zu machen, das, finde ich, ist schon gewöhnungsbedürftig,

(Beifall bei SSW und der LINKEN sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

einmal davon abgesehen, dass sich sicherlich kaum ausreichend Lehrkräfte melden werden. Denn wir wissen aus vielen Gesprächen, dass es gar nicht möglich ist, mit diesen Mitteln überhaupt Unterrichtsversorgung sicherzustellen, nicht weil es nicht Mittel genug sind, sondern weil es keine Lehrkräfte dafür gibt.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Durch Vertretungslehrer wird die **Unterrichtssituation** also nicht nachhaltig verbessert. Sie verbessern höchstens die Statistik, mit der es, nebenbei gesagt, sowieso nicht zum Besten steht.

Tatsächlich gibt es also nur einen Weg gegen den Unterrichtsausfall, nämlich die geplante Streichung von Planstellen aufzuschieben.

(Beifall der Abgeordneten Ellen Streitbörger [DIE LINKE])

Schon bei der letzten Debatte zu diesem Thema sagte ich für den SSW, dass das einzig transparente Verfahren die Einbringung eines **Nachtragshaushalts** sei. Dieser Meinung bin ich immer noch. Es ist auch möglich, das noch zu schaffen. Das geht aus dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hervor. Denn mit Transparenz haben die Beschlüsse vom Koalitionsausschusses der Regierungsfraktionen nun wirklich nichts zu tun.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Auch wenn sich die Landesregierung nunmehr hinstellt und sagt, sie handele ja bereits und habe in bestimmten Bereichen sowieso viel mehr geleistet als alle Vorgängerregierungen, bleibt es dabei, dass jetzt Mittel bereitgestellt werden, die auch wieder einkassiert werden können. Man macht etwas für den nächsten Doppelhaushalt. Man plant das, dann weiß man nicht, was geschieht, und dann kann man das wieder einkassieren. Zu einer nachhaltigen Bildungspolitik gehören aber auch Korsettstangen. Wo sie fehlen, hat Ekkehard Klug in seinem besagten Bildungspapier ja selbst aufgezeigt. Daher ist es wichtig zu erfahren, wie wir dieses Papier einordnen sollen. Wir haben ja jetzt gerade wieder gehört: Das ist also ein Papier. Man kann es haben, man kann es auch weglassen; es hat keine Wirkung.

Der SSW unterstützt die vorliegenden Anträge zur Verbesserung der Unterrichtssituation, die heute mit debattiert werden. Wer postuliert, Bildung als Lebenschance zu sehen, muss natürlich konkret werden. Daher ist für uns nachvollziehbar, wenn vonseiten der SPD zwei Aspekte gesondert hervorgehoben werden: Stärkung der Sprachförderung und die Projekte "Lesen macht stark" und "Mathe macht stark". Folgerichtig ist auch, Schule breiter zu denken. Daher gehört der SSW-Antrag zur För-

(Anke Spoorendonk)

derung der Minderheiten- und Regionalsprache Friesisch natürlich in diesen Kontext. Friesisch gehört zu den Lebenschancen, die es gilt durch Bildung zu stärken.

Noch in den 60er-Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurden viele Kinder eingeschult, die kein Hochdeutsch sprachen, sondern Plattdeutsch oder Friesisch. Eine Alphabetisierung der Kinder in ihrer **Muttersprache** unterblieb aber, und das mit weitreichenden Folgen. Aus den Kindern von damals wurden Erwachsene, denen ihre eigene Sprache als Schriftsprache fremd blieb. Heute können viele Erwachsene nicht einmal eine simple Einkaufsliste in ihrer Muttersprache schreiben, geschweige denn ihren eigenen Kindern ein friesisches Märchen vorlesen, weil die damalige Schulpolitik Friesisch als Belastung definierte und "wegerzog".

Diese Versäumnisse sollten uns Mahnung sein. **Friesisch** fristet in den meisten Schulen eine Randexistenz, die Schülern und Eltern teilweise zu überbrückende Freistunden zumutet. Dementsprechend oft wird Friesisch gar nicht erst gewählt. Sprachliches Erbe und sprachliche Identität werden sehenden Auges zerstört.

Wir fordern ausdrücklich keinen Stellenplan für die Angebotssicherung des Friesischunterrichts, sondern ein tragfähiges **Konzept**, das die Schulen in Nordfriesland und auf Helgoland zu qualitativ hochwertigen Friesischunterrichtsangeboten ermutigt. Von oben verordnet werden müssen aber entsprechende Rahmenbedingungen, also gut ausgebildete Lehrkräfte, solide Materialien und eine gut funktionierende Lehrplanung. Diese Bedingungen sind seitens des Bildungsministeriums zu schaffen. Das verlangt übrigens auch die **Landesverfassung**, die nicht nur den Schutz der Minderheiten, sondern auch deren Förderung festlegt.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Rückwirkend betrachtet zeigen die Diskussionen der letzten Monate, dass es der Landesregierung praktisch nur um Symptombehandlung geht. Losgelöst von allem Wahlgeplänkel wird es also nach der Landtagswahl notwendig sein, eine Bestandsaufnahme zu machen. Wir brauchen eine Evaluation des schulischen Betriebs und konkrete Ziele zur Verbesserung der Unterrichtsqualität. Dabei muss es um alle Facetten des Bildungsbereichs gehen, zum Beispiel auch um die Frage, wie Schule räumlich so gestaltet werden kann, dass Inklusion vor Ort in den Kommunen eben nicht als Sparmo-

dell ankommt. In Sonntagsreden wird gern gesagt, dass Schleswig-Holstein nicht schlecht dasteht, wenn es um inklusive Beschulung geht. Dennoch steckt auch hier der Teufel im Detail, und von einer inklusiven Gesellschaft sind wir noch weit entfernt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Oder anders formuliert: Es darf aus Sicht des SSW nicht sein, dass wir aus Haushaltsgründen besondere Klassen für lernbehinderte Kinder machen - das hatten wir schon einmal -, weil wir mehr Ressourcen nicht zur Verfügung stellen wollen. Wir brauchen **Integration**, und wir brauchen **Inklusion**, und das ist zum Nulltarif nicht zu haben.

(Beifall beim SSW, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu einer Bestandsaufnahme gehört auch die Frage, wie in den kommenden Jahren die Unterrichtsversorgung überhaupt sichergestellt werden kann. Wenn über den **demografischen Wandel** geredet wird, dann klingt das ja oft so, als könnten wir damit Haushaltslöcher stopfen. Tatsächlich wird andersherum ein Schuh daraus. Die Fragen des Lehrermangels, des Fachkräftemangels, aber auch die besonderen Herausforderungen für Schule sind durch den demografischen Wandel gegeben und sind erst einmal nur andiskutiert. Das heißt, da liegt noch sehr viel vor uns.

Bildung als Lebenschance heißt mit anderen Worten, dass Bildung als Investition gesehen werden muss. Aber auch da sind wir erst am Anfang der Diskussion. Die Landesregierung hat mit ihren Entscheidungen zu dieser Diskussion bisher nichts beigetragen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese**:

Für die Landesregierung hat der Herr Ministerpräsident um das Wort gebeten. Ich erteile ihm das Wort.

#### Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gemerkt, dass es etwas Aufregung gab, als ich hier reinkam. Das erstaunt mich ein bisschen, weil es mit Ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer, Herrn Weber, abgesprochen war, dass ich heute Morgen ein Gespräch mit einem Minister aus Korea

## (Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

führen konnte. Es gab überhaupt kein Problem damit. Ich habe dieses Gespräch geführt.

(Zurufe von der SPD)

- Gut.

## Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Stegner zu? - Nein.

Dann fahren wir jetzt in der Debatte fort. Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Robert Habeck das Wort.

## **Dr. Robert Habeck** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die heutige Debatte steht quasi spiegelbildlich zur Finanzdebatte vom Mittwochnachmittag. Sie war umkämpft und heftig. Während und nach der Debatte hat sich mancher, ich mich auch, dazu hinreißen lassen, seinen Zorn in Worte zu fassen. Das ist selten hilfreich.

(Zurufe)

- Bei mir war es Zorn. - Ich will deswegen versuchen, zum sachlichen Kern der Auseinandersetzung zurückzukommen.

Meine Damen und Herren, weil beide Debatten zueinander gehören, lassen Sie mich nochmals feststellen, dass wir uns streng an die Schuldenbremse halten, uns aber die Spielräume für Debatten und Beschlüsse wie diese jetzt erhalten wollen, die innerhalb der Schuldenbremse stattfinden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Wir tun das vor dem Hintergrund, dass wir ein doppeltes Defizit erkennen: das haushalterische und das der öffentlichen Güter, zu denen als erstes die Bildung gehört. Herr Minister Klug, dass Sie - ich zitiere; ich habe eben versucht mitzuschreiben - Familienförderung als Förderung der materiellen Ressourcen der Familie bezeichnen, macht mich sprachlos. Ich sage Ihnen das auch als Vater, auch sehr persönlich: Für mich sind Bildung und Kita und Schulen eine viel bessere Investition in meine Familie als weitere materielle Güter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Dass Sie das nicht so annehmen wollen, macht mich traurig und macht Sie nicht zu meinem Bildungsminister, Herr Klug.

Die Kernfrage der politischen Herausforderung ist also kein Gegensatz. Die Kernfrage lautet nicht, charakterloses Schuldenmachen oder kurzsichtiges Kaputtsparen. Die Kernfrage lautet, wie beides, Abbau der Neuverschuldung und Investition in Bildung und öffentliche Güter, auszutarieren ist. Das ist eine große Herausforderung. Da gibt es keine einfachen Antworten. Der Wettstreit über die Ideen zur Haushaltsfinanzierung und die Alternativen für kluge Investitionen sind Salz und Pfeffer der politischen Auseinandersetzung jedenfalls gewesen.

Die Schuldenbremse war für mich immer Ausdruck dieser Logik. Sie beschreibt einen Pfad, der einzuhalten schwierig genug ist, aber den einzuhalten sich beide Seiten des Hauses verpflichtet haben und der dazu zwingt, die eigene Programmatik zu überprüfen. Die, die es gern wollen - ich gehöre gern mit dazu -, können nicht mehr so viel Geld ausgeben, und die, die gern weniger Steuern hätten, können das auch nicht mehr wollen. So waren die letzten zwei Jahre letztlich ein Lernprozess für uns alle hier im Parlament. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist deshalb Geschäftsgrundlage jeder seriösen Politik und jeder Landesregierung der nächsten Jahre.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn wir in den nächsten Jahren aufgrund der geringeren Kreditaufnahme und des geringeren Zinssatzes mehr Luft haben, dann heißt das nicht, dass wir diese Luft vollständig verbrauchen müssen. Das sage ich auch ausdrücklich noch einmal an die Adresse der SPD gerichtet, deren teure Wahlversprechen ja nicht seit vorgestern weg sind.

Wir Grünen haben bei der Programmaufstellung mit uns gerungen, haben miteinander - Rasmus - gerungen, wo wir überall keine finanzwirksamen Versprechungen machen können. Letztlich ist als einziger größerer Block nur der Bildungsbereich übrig geblieben. Selbst da haben wir Zusagen nur bis 2015 gemacht, die **demografische Rendite** im System zu halten. Ich werde im Wahlkampf auch nichts anderes versprechen. Wenn wir schneller von der Neuverschuldung herunterkommen, dann umso besser.

Ein doppeltes Defizit, Haushalt und Bildung, auszugleichen, ist ein Balanceakt. Nun haben ein schnellerer und ein langsamerer Konsolidierungs-

#### (Dr. Robert Habeck)

pfad jeweils bestimmte Konsequenzen, bestimmte Vor- und Nachteile. Aber beide sind grundsätzlich legitime Politikangebote, zwischen denen die Wählerinnen und Wähler die Wahl haben.

Eine Konsequenz der Debatte vom Mittwoch ist, dass Sie die Lehrerstellen nichts als feste Stelle dem Bildungssystem zur Verfügung stellen wollen, sondern nur als **Vertretungsstellen**. Sie streichen also feste Stellen und geben sie dann als Vertretung zurück. Uns erscheint das nicht richtig und nicht nachhaltig. Für Sie muss es so sein, weil Sie nicht wissen, wie Sie sonst die Debatte vom Mittwoch in die Tat umsetzen sollen.

Eine zweite Konsequenz ist, dass Sie nur die Hälfte von dem zurücknehmen wollen, was Sie insgesamt einkassieren. Sie haben ja schon zum Schuljahr 2011/2012, dem laufenden Schuljahr, 300 Stellen gestrichen, und zum Schuljahr 2012/2013 sollen noch einmal 300 dazukommen. 14-Millionen-**€-Vertretungslehrerfonds** umfasst ab 2013 aber nur eine der beiden Tranchen. Sie stellen also, wie es manchmal heißt, nicht mehr Lehrerinnen zur Verfügung, sondern Ihr Verband ist letztlich nur halb so groß wie die Wunde, die Sie reißen. Dass wir an anderen Stellen im Bildungssystem - wir haben es ja bei den Reden meiner Vorrednerinnen gehört - große Bedarfe haben, muss ich nicht noch einmal erwähnen.

Drittens sind die Äußerungen, was denn für ein gutes Bildungssystem notwendig wäre, auf Ihrer Seite durchaus changierend. Es gibt da diverse FDP-Äußerungen, aber auch Jost de Jager sprach vor zwei Monaten im "Abendblatt" noch davon, "dass es Probleme bei der Unterrichtsversorgung gibt". Aber natürlich gibt es auch, meistens von Frau Franzen, ellenlange Ausführungen darüber, wie toll das Bildungssystem ausgestattet ist.

Wir haben seit Beginn der Debatte gefordert, über einen Nachtragshaushalt 300 gestrichene Lehrerstellen vor allen Dingen für die Differenzierungsstunden und für die Fortbildung wieder einzusetzen. Das war übrigens auch die Forderung der FDP, Herr Minister Klug, Ihres Parteitages. Wenn Sie sagen, das sei alles Schuldenmacherei, und bezeichnen das jetzt so, dann will ich Sie daran erinnern, dass das exakt die Forderung Ihres Parteitages war.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das zeigt - das sage ich in aller Gemütsruhe -, genau so, wie Sie es festgestellt haben, wie der Wahlkampf natürlich Argumente noch einmal verdreht. Das trifft Sie leider auch.

Wir haben diese Forderung früh erhoben und mit einem Nachtragshaushalt verknüpft, damit die **jungen Lehrerinnen und Lehrer** Schleswig-Holsteins eine **Perspektive** und die **Schulen Planungssicherheit** bekommen. Die Beschlüsse des Koalitionsausschusses von FDP und CDU sind hingegen völlig unverbindlich. Ein Koalitionsausschuss am Ende der Legislatur, der für die nächste Legislatur entscheidet, ist so relevant - Anke, ich meine das ganz neutral, ich brauche nur ein Bild -, als hätten sich SSW und Linke zusammengesetzt und irgendetwas versprochen. Das hat allein deklaratorischen Charakter. Sie könnten Ihr Wahlprogramm schreiben oder auch nicht, aber der Koalitionsausschuss ist doch eine Farce.

Während wir also seit Beginn der Debatte sowohl im Bildungs- wie auch im Finanzbereich mit einer Stimme und entlang einer Argumentationslinie verfahren sind, hat sich wenigstens die FDP mehrfach verwandelt und sich letztlich der CDU-Politik unterworfen. Das ist schade.

## (Wolfgang Kubicki [FDP]: Umgekehrt!)

- Nein, es ist eben nicht umgekehrt, Herr Kubicki. Es zeigt, liebe FDP - Vorschlag zur Güte -, dass man innerhalb der Schuldenbremse - sonst wäre ja Ihr Parteitagsbeschluss Schuldenmacherei gewesen - sehr wohl so oder so mit veränderten Rahmenbedingungen umgehen kann.

#### (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten also damit aufhören, uns innerhalb des Rahmens Schuldenbremse gegenseitig Unredlichkeit oder Verantwortungslosigkeit vorzuwerfen. Denn auch die Regierung weicht ja ihrerseits vom harten Konsolidierungspfad hier und da ab und schafft mit zusätzlichen Ausgaben neue Schulden und Zinsen, in diesem Fall in den Straßenbau. Das kann man machen, man kann es anders machen, man muss nur aufhören, zu sagen, ihr seid die unmoralischen oder charakterlosen Schuldenmacher.

#### (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Debatte über die Schuldenbremse ist eine über das richtige Lot zwischen Ausgaben und Einsparen, eine Debatte über das richtige Austarieren. Da unterscheiden wir uns in der Tat.

Seit der Einbringung des Doppelhaushalts sind wir unserer Linie treu geblieben. Sie haben sich hingegen seit vorgestern entschieden, diese Linie, die eigentlich keine trennende Linie zwischen uns war, zu diskreditieren. Wir wollten uns nicht diskreditieren lassen, weil uns diese Linie viele innerparteiliche Mühe und gesellschaftliche Debatten gekostet

#### (Dr. Robert Habeck)

hat. Wir haben sie, lieber Ralf Stegner, gegen rote Wünsche und viele ungedeckte Versprechen verteidigt, und wir werden sie auch gegen schwarze Unterbietungen und Verbalradikalismen verteidigen.

## (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Wahrheit geht es in dieser Debatte, die mit dem Wahlkampf zusammenhängt, um eine Abwägung und um ein Austarieren, nicht um eine Vereinseitigung. Also geht es in diesem Wahlkampf auch darum. Deshalb ist der behutsamere Konsolidierungspfad letztlich der unsrige. Es ist der seriösere Weg.

## (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei CDU und FDP)

- Ich will das begründen. Er ist haushalterisch vorsichtiger. Das heißt, er ist konservativer. Sollte sich die Ausgabenbegrenzung schwieriger und die Einnahmeentwicklung geringer zeigen, als heute angenommen wird, was angesichts der anhaltenden politischen Großwetterlage durchaus passieren kann, dann liegen wir mit unserem Entwurf richtig, und Sie liegen mit Ihrem Entwurf falsch. Der Regierungsentwurf ich letztlich nur ein ungesicherter Wechsel auf die Zukunft. Dass dieser Wechsel platzt, ist wahrscheinlicher, als dass der Wechsel platzt, den die Opposition ausgestellt hat.

Sollten sich die Einnahmen und die Ausgaben dennoch positiver als gedacht entwickeln, dann kann man immer noch politisch verhandeln. Ich bin sicher, das werden wir tun. Wir werden dann darüber verhandeln, ob diese Mittel für eine schnellere Schuldenreduktion oder für Zukunfts- also Bildungsinvestitionen genutzt werden. Vermutlich wird auch dies ein Austarieren sein und keine Frage von entweder oder. Wir meinen, mit dem Nachtragshaushalt für 300 Lehrerstellen haben wir das doppelte Defizit - Bildung und Haushalt - einigermaßen austariert.

#### (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen, dass wir allein im **Differenzierungs-stundenbereich** nicht einmal das schließen, was in diesem Bereich als Lücke entstanden ist. Also ist auch dies nur ein Kompromiss. Wir meinen, mit dem Nachtragshaushalt für die 300 Lehrerstellen haben wir dieses doppelte Defizit einigermaßen austariert. Unser Antrag bietet mit Blick auf 2012 die vertretbarste und politisch sinnhafteste Antwort, weil er - im Unterschied zu Ihnen - die Stellen systematisch in das System einstellt.

Ich weiß, dass Sie dem nicht zustimmen können. Sie haben es schon zweimal nicht gemacht. Es wäre ein Wunder, wenn Sie es heute täten. Sie können aus logischen Gründen gar nicht mehr zustimmen, weil Sie sonst am Mittwoch falsch argumentiert hätten. Deshalb waren wir am Mittwoch so sauer, denn wir wollten am Freitag, also heute, der Bildung in Schleswig-Holstein helfen. Sie müssen nun ablehnen, weil Sie sich die Spielräume für politische Entscheidungen und auch für Flexibilität genommen haben.

## (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bedauere das. Ich nehme dies als Streit um die klügere Politik auf und werde mich in Zukunft bemühen, mit gebremsterem Schaum zu kommentieren

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

## **Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese**:

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Heike Franzen das Wort.

## Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Stegner, Sie haben eben in die Richtung des Bildungsministers von einem Funken Selbstachtung gesprochen. Ich frage mich manchmal, wo die Selbstachtung Ihres Spitzenkandidaten geblieben ist.

#### (Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Ich will zitieren, was Herr Albig zum Bildungsprogramm gesagt hat. Am 12. Februar 2011 stand in der "Barmstedter Zeitung":

"'Ein kostenloses KiTa-Jahr ist nicht mehr darstellbar.' Albig weiß, dass eine gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zum Uniabschluss eine ursozialdemokratische Forderung ist. Er weiß genauso, dass dieses Ziel zurzeit nicht finanzierbar ist."

(Beifall bei CDU und FDP)

"Hamburger Abendblatt" vom 27. August 2011:

"Wir brauchen jetzt Ruhe an den Schulen. Einen klugen und starken Bildungsfrieden. Schüler und ihre Eltern haben Vertrauensschutz. In Zukunft brauchen wir aber eine verlässliche Schulwelt mit nur zwei starken Säulen…"

Wo ist dieser Schulfrieden? - Die Abschaffung der **Regionalschule**, die die SPD mitbeschlossen hat,

wobei Sie uns immer vorwerfen, was wir in Richtung Gemeinschaftsschulen tun?

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Die Abschaffung von **G 9**? - Das ist kein Schulfrieden. Sie wollen weitere Umstrukturierungen innerhalb der Gemeinschaftsschulen. Das ist der Schulfrieden, für den Herr Albig jetzt steht.

(Zuruf der Abgeordneten Birgit Herdejürgen [SPD])

Ein weiteres Zitat Ihres Spitzenkandidaten:

"Ich finde G 8 keine gute Lösung. Aber jetzt sollen wir das Schulsystem nicht schon wieder verändern."

Das ist der Originalton Ihres Spitzenkandidaten laut "Kieler Nachrichten" vom 11. November 2010. Ich will gern noch ein Zitat anfügen. Sie stehen ja auch für die kostenfreie Schülerbeförderung. Herr Albig sagt:

"'Da tue ich mich schwer.' Wer aufs Land ziehe und dann Beförderungszuschüsse für seine Kinder fordere, der überstrapaziert die Solidargemeinschaft."

So in den "Lübecker Nachrichten" vom 23. Oktober 2011

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Herr Stegner, seit Ihrem letzten Parteitag steht Herr Albig für all das nicht mehr. Er steht jetzt für die Abschaffung der Regionalschule und für die Abschaffung von G 9. Er steht für keinen Schulfrieden an den Schulen.

(Zurufe von der SPD)

Herr Dr. Stegner, wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen schmeißen, wenn es um die Frage von Selbstachtung geht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Dr. Stegner, wenn es um das Thema Selbstachtung geht, dann will ich Sie persönlich an etwas erinnern. Sie waren in einer Zeit Staatssekretär im Bildungsministerium, als ich noch Landeselternbeiratsvorsitzende für Grund-, Haupt- und Sonderschulen war. Daher kennen wir uns. Ich möchte daran erinnern, was Sie in dieser Zeit an dieser Stelle gemacht haben. Wir hatten Hauptschüler, die ein Jahr weniger Unterricht an ihren Schulen hatten, als Sie es über die Schulkontingente zugesagt hatten. Das hat Sie nicht gestört. Die Gesamt-

schulen sind überproportional versorgt worden. Wir kennen alle Diskussionen von damals. Diese Landesregierung hat jetzt die **Defizite** aufgearbeitet, die Sie uns als **rot-grüne Regierung** hinterlassen haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

## Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Frau Abgeordnete Franzen, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner

## Heike Franzen [CDU]:

Gern

**Dr. Ralf Stegner** [SPD]: Liebe Frau Kollegin Franzen, ist Ihnen bekannt, dass das Zitat, das Sie vom Spitzenkandidat, dem Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig, vorgelesen habe, aus einer Zeit stammt, als das alte Schulgesetz noch galt? - Ihr neues ist nämlich am 28. Januar 2011 geändert worden. Sind Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen? - Verstehen Sie möglicherweise auch, worin der Unterschied liegt?

(Beifall bei der SPD)

- Ich verstehe den Unterschied, und ich verstehe selbstverständlich auch Ihre Befindlichkeiten, wenn es um Ihren Spitzenkandidat geht.

Meine Damen und Herren, wir beraten heute Morgen ein ganzes Sammelsurium von Anträgen der Opposition. Zunächst aber möchte ich dem Minister für seinen Bericht danken. Er hat deutlich gemacht, wie und wo die Landesregierung hier in Schleswig-Holstein wesentliche Schwerpunkte in der Bildungspolitik setzt. Auch die Opposition scheint diese Arbeit zu schätzen. Das zeigen die vorliegenden Anträge eindeutig. Die SPD macht Anleihen bei der FDP und deren Bildungsminister, indem sie zwei Anträge stellt, deren Grundlage das Papier "Bildung ist Lebenschance" des Ministers Dr. Klug ist. Herr Dr. Stegner, Sie haben mit Ihrer Rede sehr deutlich gemacht, wie gut Ihnen die Politik dieses Bildungsministers gefällt.

(Zurufe von der SPD)

Der Kollege von den LINKEN, Herr Thoroe, macht Anleihen bei der CDU. Er hat mir offensichtlich bei der letzten Landtagssitzung zugehört und beschäftigt sich plötzlich mit Unterrichtsausfall. Auch den Grünen fällt leider nichts Neues ein. Zum dritten Mal stellen Sie den Antrag, die 300 Lehrerstellen

nicht zu streichen - und täglich grüßt das Murmeltier.

#### (Beifall bei CDU und FDP)

Diese Anträge sollen nicht der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Vorschlägen zur Bildungspolitik dienen. Haben Sie eigentlich zur Kenntnis genommen, was heute in den "Kieler Nachrichten" stand? - Allein in diesem Jahr haben wir 3.770 Schülerinnen und **Schüler weniger an unseren Schulen.** Wir müssen doch auf die demografische Entwicklung in unserem Land Rücksicht nehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Das wussten Sie 2009 nicht? - Das ist ja toll. Herr Stegner, Sie wissen so manches nicht.

Ihre Anträge dienen heute einzig und allein dem Wahlkampf. Da ist die Opposition schnell dabei, mehr zu versprechen, als sie halten kann. An dieser Stelle kann sich keine Oppositionsfraktion rausreden. Ich will einmal aufzeigen, was Sie allein in dieser Landtagstagung ausgeben wollen: Für die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft wollen Sie 31,5 Millionen € zusätzlich ausgeben. Hinzu kommen die Mittel für 300 Lehrerstellen. Das sind noch einmal 15 Millionen €. Sie schreiben zwar zum dritten Mal, dass dies aufkommensneutral in einem Nachtragshaushalt geschehen soll, aber seit vorgestern wissen wir, was bei Ihnen Aufkommensneutralität bedeutet, nämlich zusätzliche Schulden.

## (Beifall bei CDU und FDP)

Die Fraktion DIE LINKE will für die Hochschulen gern 25 Millionen € mehr ausgeben. Die Anträge der SPD schlagen einmal mit 1,5 Millionen € für die Sprachförderung und mit 4,5 Millionen € für die Lese- und Mathematikförderung zu Buche. Auch der SSW ist mit seinem Antrag für mehr Friesisch-unterricht an den Schulen davon nicht ausgenommen. Allerdings sagen Sie nicht, wie das konkret ausgestaltet werden soll. Ich finde es schade, dass wir uns nicht wirklich mit der Situation der Minderheitensprache Friesisch auseinandersetzen, sondern dass dieses Thema zu einem Wahlkampfthema gemacht wird. Ich finde, das wird dieser wichtigen Minderheitensprache nicht gerecht.

Wenn wir hier alle Ihre Anträge ernst nehmen sollen, dann erwarte ich, dass Sie dazu konkrete Aussagen in Ihren Wahlprogrammen machen. Bisher Fehlanzeige! Heute soll es nur eine Showdebatte geben.

Wenn man unter alle diese Anträge einen Strich macht und zusammenzählt, was das für den Landeshaushalt heißt, dann ist das eine Summe von 78 Millionen € plus X allein in einer einzigen Landtagstagung, die Sie mehr ausgeben wollen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Dr. Klug!)

- Das ist nicht Dr. Klug; es sind ja nicht seine Anträge.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wer hat das denn aufgeschrieben?)

- Ihre Anträge. Er hat das nicht im Landtag beantragt. Das parlamentarische Verfahren sollte Ihnen eigentlich noch bekannt sein.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Von Ihrem Freund Klug!)

Das kann man alles wollen, aber dann muss man benennen, woher das kommen soll. Das ist der Unterschied zwischen Ihren Anträgen und unserem Handeln. Wir können klar sagen, woher die Mittel kommen, nämlich aus einer erwirtschafteten Erleichterung im Rahmen eines solide austarierten Haushalts. Das ist echtes Geld; das ist da. Damit ist auch sichergestellt, dass die 15 Millionen € tatsächlich in der Bildung ankommen.

Am Mittwoch hat der Finanzminister deutlich gemacht, dass es seinen sorgsamen und ausgewogenen Haushalten zu verdanken ist, dass wir bereits in diesem Landeshaushalt Luft haben, um **zusätzliche Mittel** in die **Bildung** zu investieren.

Ihre Anträge dagegen sind reine Luftbuchungen, die mit Nichts hinterlegt sind.

## **Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese**:

Frau Abgeordnete Franzen!

#### **Heike Franzen** [CDU]:

Ich möchte keine Zwischenfragen zulassen.

## **Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese**:

Keine Zwischenfrage, Frau Abgeordnete Heinold.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

#### **Heike Franzen** [CDU]:

Mit Ihnen macht man nur schlechte Erfahrungen, Herr Dr. Stegner.

Auch wenn Herr Kollege Andresen dem Wirtschaftsminister am Mittwoch vorgeworfen hat, eine Würstchenfabrik finanziell zu unterstützen, anstatt das Geld in die Hochschulen zu geben, ist das völliger Unsinn.

Erstens. Die Mittel für den Betrieb kommen aus Europa, hätten also gar nicht anders ausgegeben werden können.

Zweitens ist damit die Förderung von 108 Arbeitsplätzen in der Region um Böklund herum verbunden. Das sind übrigens Steuerzahler, die unter anderem die Wirtschaftswissenschaften in Flensburg unterstützen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke für die Belehrung!)

- Bitte, bitte. Man kann immer dazulernen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung hat eine gute bildungspolitische Bilanz vorzulegen. Fast alle Ziele, die wir im Koalitionsvertrag gemeinsam vereinbart haben, sind bereits umgesetzt, und das, obwohl wir noch keine volle Legislaturperiode dafür zur Verfügung hatten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Grundlagen für die **Zusammenführung von Regional- und Gemeinschaftsschulen** sind mit der Novellierung des Schulgesetzes gelegt. Die Inklusion, die **Hochbegabtenförderung** und die **Schulsozialarbeit** wurden im Schulgesetz verankert. Die bereits erfolgte Umsetzung kann sich wirklich sehen lassen.

Die Hochbegabtenförderung ist innerhalb der Schulen fester Bestandteil der schulischen Förderung. Ich finde es nach wie vor beachtlich, dass die Opposition in diesem Haus immer noch das Recht auf die individuelle Förderung von Kindern mit Begabung nicht anerkennt.

Meine Fraktion begrüßt es, dass es inzwischen ein gut ausgebautes Netz an Fördermöglichkeiten für junge Menschen gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Sie haben immer wieder die Anträge zur Hochbegabtenförderung in diesem Haus abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Die Schulsozialarbeit ist von Landesseite im letzten Jahr mit 800.000 € und in diesem Jahr mit 1,6 Millionen € gefördert worden. Nach dem Koalitionsausschuss ist klar, dass die Koalition weitere 3 Mil-

lionen € in den Jahren 2013 und 2014 bereitstellen will, um die Schulsozialarbeit weiter auszubauen. Ein Gewinn für unsere Schulen, für Ihre Kinder und für unsere Lehrkräfte.

Die Finanzierung der Kindertagesstätten durch das Land und den Bund hat sich verdoppelt. Von gedeckelten 60 Millionen €, die wir übernommen haben, stieg sie inklusive des U-3-Ausbaus auf 120 Millionen €. Die Lehrerversorgung an unseren Schulen hat sich deutlich verbessert. Bis 2010 wurden 1.000 Planstellen zusätzlich geschaffen. Das heißt 1.000 Lehrer mehr, 16.000 Schüler und Schülerinnen weniger. Die Folge ist definitiv eine bessere Unterrichtsversorgung an allen Schulen.

Ich bitte Sie, sich an der Stelle einmal zu besinnen. 2005 gab es keine flächendeckende Verlässliche Grundschule. Doppelbesetzungen in der Eingangsphase der Grundschulen waren ein Fremdwort, und auch die Differenzierungsstunden an Regional- und Gemeinschaftsschulen und die Intensivierungsstunden an den Gymnasien sind damit finanziert worden.

(Beifall der Abgeordneten Kirstin Funke [FDP])

Wenn unsere rot-grünen Vorgänger uns nicht die nicht ausfinanzierte Vorgriffsstunde hinterlassen hätten, dann müssten wir auch nicht noch über 400 Planstellen finanzieren, die nicht der Unterrichtsversorgung zugute kommen können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Einführung des achtjährigen Bildungsganges und der Profiloberstufe sind richtig, allerdings hat sich alsbald herausgestellt, dass die Konzepte der damaligen Bildungsministerin, Frau Erdsiek-Rave, nicht ausgereift und nicht tragbar waren. Diese Landesregierung hat hier sehr schnell die richtigen Weichen gestellt, damit **G 8** und die **Profiloberstufe** gelingen können und nicht zu einer Belastung für unsere Gymnasien werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Für die Lehrerfortbildung sind die Mittel im Haushalt 2011 und 2012 verdoppelt worden. Die zweite Phase der Lehrerausbildung ist wieder vernünftig aufgestellt mit guten Strukturen, die auch Reflektionen in der Gruppe wieder möglich machen und auch das Thema Deutsch als Zweitsprache in der Ausbildung verankert haben. Das war im Übrigen notwendig, weil noch unter der rot-grünen Landesregierung die **Seminarstrukturen** in der Lehrerausbildung unnötigerweise zerschlagen worden

sind, und das kurz vor einer Landtagswahl. Nur so viel zu den Vorwürfen von Frau Heinold am gestrigen Tag, man dürfe so kurz vor einer Wahl keine Entscheidungen mehr treffen.

Die Weichen für eine an die Schularten in diesem Land angepasste Lehrerausbildung sind bereits gestellt. Die Uni Flensburg wird in diesen Tagen ihre Vorstellungen dazu darstellen.

(Zuruf des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Um mehr **Lehrkräfte für die Mangelfächer** zu gewinnen, hat der Minister ein Seiteneinsteigerprogramm aufgelegt, das berufsbegleitend angelegt ist.

An der **Aufhebung des Kooperationsverbots** zwischen Bund und Ländern arbeitet die Landesregierung intensiv. Wie wir im letzten Bildungsausschuss erfahren haben, zeichnen sich auch dort bereits erste Erfolge ab.

Wir haben in der letzten Landtagstagung auf Antrag der Grünen über vermeintliche Defizite in der Bildungspolitik gesprochen, und wir haben Defizite abgebaut.

Der Abbau dieser Defizite hat inzwischen seine Wirkung gezeigt. Die Schüler-Lehrer-Relation hat sich von 19:1 in 2005 auf 16,8:1 in 2012 verbessert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss sank von 10 auf 7 %. Erfreulich ist auch, dass die Zahl der Abiturienten und Fachhochschulreifen von 22 auf 32 % gestiegen ist. Das sind 10 Prozentpunkte mehr Schüler, die diese hohe Qualifikation erreichen. Gleiches gilt übrigens für die Realschulabsolventen. Ihr Anteil ist von 33 auf 35 % gewachsen, und der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Hautschulabschluss ist erfreulicherweise von 35 auf 26 % gesunken, erfreulicherweise, weil alle diese Hauptschüler offensichtlich einen höheren Abschluss gemacht haben. Gleichzeitig ist - wie gesagt - der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss von 10 auf 7 % gesunken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind Erfolge der letzten und der jetzigen Landesregierung. Es schadet auch nicht, diese Erfolge einmal anzuerkennen. Das würde übrigens auch der Opposition ganz gut anstehen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Sie würden sich auch keinen Zacken aus der Krone brechen, Herr Dr. Stegner. Vielleicht lag es an den Grundlagen, die wir hatten. Aber Sie würden sich doch keinen Zacken aus der Krone brechen, Herr Dr. Stegner. Sie waren doch an der letzten Landesregierung auch beteiligt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Nicht immer, das ist richtig.

Stattdessen verbreitet der Spitzenkandidat der SPD, Herr Albig, ungefiltert die Aussage, dass bis zu 95 % der Hauptschulabsolventen keinen Ausbildungsplatz bekämen. Einmal abgesehen davon, dass man diese Aussage nicht für das ganze Land treffen kann, führt das zu einer Verunsicherung von Schülerinnen und Schülern. Meine Damen und Herren, das ist nicht gerade förderlich für die Motivation, sich für einen guten Abschluss und einen Ausbildungsplatz anzustrengen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja, den kenne ich, der heißt Albig. Aber wissen Sie was: Es gibt noch einen viel besseren; der heißt de Jager.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mir fehlt insgesamt bei den Anträgen der Opposition die Ernsthaftigkeit im Umgang mit dem Thema "Bildung". Auch und gerade weil wir uns im Wahlkampf befinden, sollte sich jeder in diesem Haus einmal gründlich überlegen, was er den Wählerinnen und Wählern verspricht und was er davon halten kann.

Ein Wahlversprechen hat die Opposition vorgestern gemacht: Viele, viele Schulden mehr. Das ist etwas, was wir an die Wählerinnen und Wähler weitertragen werden. Ich bin mir sehr sicher, sollte es wirklich dazu kommen, was nicht der Fall sein wird, dass Sie an die Regierung kommen: Dieses Wahlversprechen werden Sie einhalten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zum Verfahren möchte ich gern sagen: Wir beantragen, die Bildungsanträge an den Bildungsausschuss und den Antrag "Betreuungsgeld stoppen" an den Sozialausschuss zu überweisen.

#### **Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese**:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki das Wort.

#### Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich mich mit dem von mir sehr geschätzten Herrn Kollegen Dr. Stegner in der Debatte nicht beschäftigen. Aber da es um Bildung geht und er dazu einiges gesagt hat, bleibt mir nichts anderes übrig.

Ich finde es sehr verwunderlich, dass, wenn Herr Dr. Stegner Pinocchio in die Debatte einführt und Herr Kollege Dr. Garg zu Herrn Wiegard sagt, das sei der größte Lügner aller Zeiten, er sich wie Rumpelstilzchen beleidigt fühlt. Ich verstehe das gar nicht.

#### (Beifall bei der FDP)

Ich finde es auch sehr bemerkenswert Herr Stegner, wenn der Ministerpräsident in den Saal kommt, hier rüber ruft und sagt: "Ausgeschlafen, endlich aufgewacht?". Das ist an sich schon eine Unverschämtheit. Herr Stegner, offensichtlich haben Sie aufgrund von Bildungsmangel einen Folgeschaden; denn zu einer guten Bildung gehört auch Benehmen, und das haben Sie definitiv nicht.

#### (Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach der jüngsten NDR-Umfrage ist "Bildung" derjenige Bereich der Landespolitik in Schleswig-Holstein, der von den meisten Wählerinnen und Wähler als wichtigstes Thema der Landespolitik angesehen wird. Deshalb können und konnten wir annehmen, dass die Opposition insbesondere in diesem Bereich jede Gelegenheit nutzt, durch überbordende Skandalisierung Pluspunkte für sich zu sammeln und Minuspunkte an den Gegner zu verteilen. Und so ist es.

Die Grünen beispielsweise bringen einen Antrag ein, dessen Hauptbotschaft bereits im Dezember und im Januar Bestandteil der Plenardebatte war. Es ging darum, zuerst im Januar, dann im Februar, jetzt im März einen Nachtragshaushalt vorzulegen; Wahrscheinlich werden wir den im März oder April noch bekommen. Alles wurde dazu bereits zweimal gesagt. Die Frage ist also: Gibt es einen plausiblen Grund, warum wir hier die identische Debatte zum wiederholten Mal führen sollten? Die Antwort ist: Nein.

Für die Grünen gilt in diesem Zusammenhang, was Ihr Fraktionsvorsitzender Dr. Robert Habeck im "Schleswig-Holstein Magazin" - das haben wir uns extra aufbewahrt - in einer der beiden vorangegangenen Debatten über dieses Thema gesagt hat: Die Opposition wende die primitivsten Mittel an, so seine Aussage, wenn es darum gehe, die Regierung

vorzuführen. - Primitiv! So viel Selbsterkenntnis ist selten.

#### (Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch der schriftstellerische Pathos darüber, wie sehr Herr Dr. Habeck mit sich und auch die Grünen mit sich gerungen haben, wenn es darum geht, wo sie mehr Geld ausgeben, täuscht nicht darüber hinweg, dass Sie den Menschen sagen können: "Kinder, eure Zukunft bei Rot-Grün heißt Schulden." Es wäre doch wichtig gewesen, zu erklären, wie viel Sie mit sich gerungen haben, wie Sie weniger ausgeben.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich gesagt!)

- Das haben Sie gesagt? Heute jedenfalls nicht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich kann Ihnen sagen: Auch wir ringen regelmäßig mit uns, wo wir mehr Geld ausgeben können. Wir haben aber festgestellt: Das können wir nicht und wollen wir auch nicht, weil wir gemerkt haben, dass wir mit den Riesenproblemen an den Schulen des Landes Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2020 sinnvoll und logisch fertig werden müssen und nicht so, wie Sie das am Mittwoch hier dargestellt haben.

## (Beifall bei FDP und CDU)

Wir haben an dieser Stelle vor gut einem Jahr schon einmal eine große Bildungsdebatte um das Schulgesetz geführt. Ich erinnere daran, dass es die Opposition war, die ständig einem "Schulfrieden" als oberstem bildungspolitischen Ziel das Wort redete. "Schulfrieden" war der rhetorische Deckmantel für das Einzementieren der bildungspolitischen Landschaft nach den Vorstellungen von Rot-Grün.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch daran, dass Schleswig-Holsteins Geschicke im Bildungsbereich Jahrzehnte lang von Sozialdemokraten gelenkt wurden. Ich erinnere daran, dass die Mängel des schleswig-holsteinischen Bildungssystems in dieser Zeit stetig gewachsen sind und Schleswig-Holstein im Bundesvergleich immer weniger konkurrenzfähig geworden war.

#### (Beifall bei FDP und CDU)

Ich erinnere aber auch daran, dass der "PISA-Schock" Schleswig-Holstein in der Zeit sozialdemokratischer Bildungsverantwortung mit voller Wucht traf.

Wenn also vor gut einem Jahr von einem Schulfrieden die Rede war, dann war es in erster Linie der

Versuch, die von Rot-Grün verursachte bildungspolitische Rückständigkeit Schleswig-Holsteins festzuzurren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es ging der Opposition in dieser gesamten Debatte nicht darum, Ruhe an die Schulen zu bringen, es ging vielmehr darum, größtmögliche Unruhe zu schüren, um sich anschließend über ebendiese Unruhe zu beklagen. Denn jetzt hört man nicht mehr viel von "Schulfrieden". Jetzt zielen Sie zuerst auf Umbau.

So heißt es in den "Lübecker Nachrichten" vom 4. Februar 2012 hierzu vielsagend:

"In der Bildungspolitik setzt Albig"

- das ist der SPD-Spitenkandidat -

"auf eine Abschaffung des G-9-Abis an Gymnasien, will erst dann für 25 Jahre Schulfrieden."

Schulfrieden ist also erst dann gut, wenn die eigenen Vorstellungen durchgesetzt wurden. Sonst ist der Schulfrieden zweitrangig, dann nämlich ist er dem Schüren von Unruhe unterzuordnen.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf: Genau das wollen die doch auch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber beklagen sollten wir uns über Herrn Albig nun wirklich nicht. Denn er ist immer - vor allem wenn er sich zur Bildungspolitik äußert - für eine Überraschung gut. So fiel der SPD-Spitzenkandidat durch ein bahnbrechendes "Bild"-Interview am 16. Februar 2012 auf, in dem er über sein "Lieblingsland" lästerte. Ich zitiere:

"Bis zu 95 % der Hauptschulabgänger bekommen zurzeit keine Lehrstelle."

(Lachen bei FDP und CDU)

In Wahrheit ist es genau umgekehrt: Nicht 95, sondern gut 5 % sind nach der aktuellen Statistik der Bundesagentur für Arbeit "unversorgt und ohne bekannte Alternative". Das ist zwar immer noch zu viel, aber Lichtjahre entfernt von sozialdemokratischen Schreckensszenarien.

Aber man muss Herrn Albig zugute halten, dass er sich, wenn auch spät, noch korrigiert, wenn er sich getäuscht zu haben scheint. Der "Schlei-Bote" vom 20. Februar 2012 schreibt über eine Rede Albigs im Kreis Schleswig-Flensburg - ich zitiere -:

"Als fatal bezeichnete er noch einmal die Situation der Hauptschulabsolventen, von de-

nen - laut Albig - derzeit 95 % aufgrund ihrer mäßigen Schulleistungen nicht für eine dreijährige Berufsausbildung geeignet erscheinen."

(Lachen bei FDP und CDU)

Das ist - zugegeben - ein anderer Zungenschlag. Es ist genau genommen sogar eine deutliche Verschärfung der "Bild"-Äußerung, bedeutet es doch jetzt, dass nach Ansicht von Herrn Albig fast alle Hauptschulabsolventen Schleswig-Holsteins von ihrer Schule nicht für den weiteren Lebensweg befähigt wurden.

Ich muss sagen: Das hat mich sehr nachdenklich gemacht. Wenn also ein junger Mensch im Sommer 2010 seinen Hauptschulabschluss gemacht hat, wie lange wurde er dabei, Herr Dr. Stegner, unter einer sozialdemokratischen Bildungsministerin im Amt beschult?

(Beifall bei FDP und CDU)

Da ich weiß, dass Sie mit Zahlen Probleme haben, sage ich: acht von neun Jahren sozialdemokratischer Bildungsverantwortung. Und der Spitzenkandidat sagt: nicht befähigt für eine dreijährige Berufsausbildung. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich habe jetzt Ihren Spitzenkandidaten dafür als Kronzeugen.

Ist es Unfähigkeit oder Defätismus, was Herr Albig mit solchen Äußerungen an den Tag legt? Gut ist beides nicht, wenn man sein "Lieblingsland" regieren will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich musste in einem langen Prozess lernen, dass es die Sozialdemokraten in unserem Land in vielen Bereichen nicht für nötig erachten, sich an der Wirklichkeit zu orientieren. Ich habe wirklich schon viel erlebt, aber das, was in dem sozialdemokratischen Entwurf für ein sogenanntes Regierungsprogramm steht, muss für jeden vernünftigen Menschen eine intellektuelle Beleidigung sein.

120 Millionen € für die Kommunen, 90 Millionen € für mehr Lehrer, Schulsozialarbeit an jeder Schule, kostenfreies Kita-Jahr, Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte und so weiter. Wir sind auf mehr als 320 Millionen € strukturelle Mehrausgaben gekommen, sehr konservativ gerechnet. Gegenfinanziert werden die 320 Millionen € mit sogenannten Bildungsmangelfolgekosten in Höhe von 120 Millionen €, die Deckungslücke von mehr als 200 Millionen €? - Geschenkt, abge-

sehen davon, Herr Dr. Stegner, dass, wenn es diese Bildungsmangelfolgekosten denn gäbe - die gibt es ja; exakt berechnen lassen sie sich allerdings nicht, haben wir gerade in den "Lübecker Nachrichten" gelesen -, steigen die ja nicht im gleichen Jahr an, in dem Sie Mehrausgaben titulieren, sondern zu einem späteren Zeitpunkt und auch nicht im Landeshaushalt. Das heißt, Sie müssten dann schon intellektuell erklären, wie Sie unter der Schuldenbremse, die wir haben, unter der Verpflichtung von Artikel 59 a LVerf, in zehn gleichen Jahresraten das strukturelle Defizit abzubauen, überhaupt hinkommen wollen. Es zeigt: Weder Sie noch Ihr Spitzenkandidat verstehen etwas von Mathematik und von der Verfassungslage.

#### (Beifall bei FDP und CDU)

Aber lassen wir dazu den Finanzpolitiker Torsten Albig höchst persönlich zu Wort kommen. Ich habe ja gelernt: Sprecher sind diejenigen, die die Gedanken anderer kolportieren und keine eigenen haben. Im Schleswig-Holstein Magazin vom 3. Februar 2012 sagte er im Interview mit Kerstin Tewes zur Bildungsfinanzierung etwas sehr Aufschlussreiches. Wohlgemerkt, es geht um das Regierungsprogramm der SPD bis 2017. Und, Herr Dr. Habeck, das hätten Sie als Schriftsteller wirklich nicht schöner komponieren können. Es ist nichtssagend, klingt aber gut. Ich zitiere:

"Wir sagen, dass es nicht morgen passiert, sondern dass wir einen langen Weg dafür brauchen."

Das hat der Kollege Jost de Jager in seinem Spot ja schon umgesetzt, den langen Weg.

## (Lachen bei FDP und CDU)

"Und wir wissen, dass die Kosten, die wir heute haben, indem Kinder in unserem Land schlecht ausgebildet werden, dass wir sie besser dafür nutzen, unsere Schuldenbremse zu bezahlen, als dass wir soziale Ausgaben finanzieren. Wir werden sehr, sehr sparsam im Haushalt Stück für Stück diese Freiräume erkämpfen, und immer wenn wir einen haben, werden wir den nächsten Schritt gehen. Wir werden nichts überstützen, wir werden nicht stolpern. Aber das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, das wird sozialdemokratische Politik sein, auf die können die Menschen sich verlassen. Und wir werden in den nächsten fünf Jahren viel erreichen. Und wenn wir noch nicht alles erreicht haben, dann werden wir für die nächste Wahl noch einmal antreten und sagen: Den Rest machen wir dann."

(Anhaltendes Lachen bei FDP und CDU)

Liebe Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, das ist doch ein Kandidat, wie er aus den Büchern von Dr. Robert Habeck erscheint.

#### (Lachen bei FDP und CDU)

Die Sozialdemokraten treten damit an, nur das zu versprechen, was sie auch halten können. Was Herr Albig hier aber sagt, heißt, dass das Regierungsprogramm nicht eingehalten werden kann. Wer sich da nicht hintergangen fühlt, der kann ja SPD wählen. Und, Herr Kollege Dr. Stegner, nach wie vor wird ja die Zusammensetzung des Landtags bei Wahlen entschieden, nicht durch Beschlüsse der SPD auf ihren Parteitagen oder durch ihre Äußerungen. Warten wir den 6. Mai 2012 in aller Ruhe ab.

Ich freue mich - Sie werden es wieder erleben wie schon beim letzten Mal -, wenn Sie nach dem 6. Mai wieder hier sitzen sollten, auf Ihr Gesicht. Dann werde ich sehen, dass sich Ihre wunderbaren Träume nicht erfüllt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun könnten Wohlmeinende den Sozialdemokraten zugute halten, dass sie es "nicht so mit Zahlen haben". Das kennen wir bei Herrn Dr. Stegner ja schon. Nicht nur dass mal irgendwie 30 Millionen € im Bildungsbereich weg sind, und bei der Haushaltsaufstellung hat es bei ihm als Finanzminister 700 Millionen € geheißen statt 1,7 Milliarden €. Das spielt ja auch keine große Rolle bei den Zahlen. Wenn Sie aber eine solche Wunschliste aufstellen und sich zugleich zur **Schuldenbremse** bekennen,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

wundern Sie sich ernsthaft, liebe Sozialdemokraten, wenn Ihnen jegliche Regierungsfähigkeit abgesprochen wird? - Übrigens in diesem Bereich auch von Ihrem potenziellen Wunschkoalitionspartner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich könnte Herrn Habeck jetzt zitieren. Sie unterschreiben ja nichts, was gegen Adam Riese geht. Damit können Sie ja nicht uns gemeint haben, sondern nur die Kollegen Ralf Stegner oder Torsten Albig. Ich stimme Ihnen zu. Es macht auch keinen Sinn, etwas zu unterschreiben, was gegen Adam Riese geht, weil es eben nicht aufgeht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man die Presse sorgfältig liest - das tue ich -, wird augenfällig, dass die Einhaltung der Schuldenbremse für ei-

nige Sozialdemokraten nicht als Verpflichtung von Verfassungs wegen angesehen wird, sondern vielmehr als Mittel zum Zweck der Koalitionsbildung. In der "tageszeitung" vom 6. Februar 2012 heißt es über einen Bericht über den SPD-Parteitag, aus dem ich zitiere:

"Mehrfach mahnte Stegner, der während des Parteitags präsenter war als Spitzenmann Albig, 'keine ungedeckten Schecks' auszustellen."

(Zuruf)

- Ich beschwere mich darüber gar nicht, ich zitiere doch nur. Dass Sie jetzt schon etwas gegen die "taz" haben - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

#### Also noch einmal:

"Mehrfach mahnte Stegner, der während des Parteitags präsenter war als Spitzenmann Albig, 'keine ungedeckten Schecks' auszustellen."

Dazu kann ich als Anwalt auch nur raten.

"Es gelte, an den grünen Wunschkoalitionspartner zu denken, der auf Einhaltung der Schuldenbremse poche."

(Vereinzelter Beifall bei der FDP und Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] - Heiterkeit bei FDP und CDU)

Man lernt daraus: Die Sozialdemokraten denken nicht an die Verfassung, sondern an ihren grünen Partner, der auf Einhaltung der Schuldenbremse poche. Wir lernen: Wenn die Regierungsoption der wichtigste Grund ist, sich an die Verfassung zu halten, dann haben wir es mit Stegner und seinen Sozialdemokraten zu tun. - Armes, armes Schleswig-Holstein! Ich habe es früher schon einmal gesagt: In Ihrer Amtszeit, Herr ehemaliger Innenminister, sind vom Verfassungsgericht die meisten Verfassungsbrüche durch Gesetze festgestellt worden, die von diesem Landtag verabschiedet wurden.

## (Beifall bei FDP und CDU)

Ich mache mir ernsthaft Sorgen um die vielen armen Seelen, die noch verbrannt werden müssen, um nach und nach die finanzpolitische Utopie der sozialdemokratischen Bildungspolitik offenzulegen.

Mit der **Schulgesetznovelle** vom Januar des vergangenen Jahres haben wir den Schulen in Schleswig-Holstein wieder ein Stück mehr Freiheit zu-

rückgegeben - Freiheit, die den Schulen zuvor über Jahrzehnte vorenthalten wurde, eine Freiheit, die mit Rot-Grün auch wieder zurückgeschraubt werden soll. Was haben Sie eigentlich dagegen, dass die Schulen selbst über die Umsetzung ihrer pädagogischen Konzepte entscheiden können? Was haben Sie gegen Wahlfreiheit von Eltern, Schülern und Lehrern? Was haben Sie eigentlich dagegen? Ich traue denen vor Ort immer noch mehr zu als der Bildungsbürokratie in Kiel.

#### (Beifall bei FDP und CDU)

Vor allem die Grünen, die sich ständig so liberal geben, sind im Bildungsbereich zentralistisch-autokratisch. Denn der Grünen-Vorschlag, einen Runden Tisch zu veranstalten, wird nicht ergebnisoffen verfolgt. Die Grünen wissen es schon im Vorhinein besser. Sie sagen klipp und klar - egal, was bei dem Runden Tisch herauskommt -: Alles, was nicht Gemeinschaftsschule ist, sollte keine Zukunft haben. Im grünen Landtagswahlprogramm heißt es nämlich auf Seite 29 - das habe ich auch sehr sorgfältig gelesen - unter der Überschrift "Unsere Schulen der Zukunft":

"Auf lange Sicht streben wir durch gemeinsames Lernen geprägte Gemeinschaftsschulen an."

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abgeordneten Dr. Jörg Nickel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Das bedeutet langfristig nicht nur die Zerstörung der Gymnasien, sondern auch der Regionalschulen. Das sollten Sie auch öffentlich so sagen.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wozu brauchen Sie dann noch einen Runden Tisch, wenn Sie doch sowieso schon wissen, wohin die bildungspolitische Reise geht?

Worum es Ihnen eigentlich geht, ist, die bildungspolitische Bevormundung der Eltern durch vorgeschobene Konsensbereitschaft zu camouflieren. Lassen wir uns von der angeblichen Gesprächsbereitschaft der Grünen nicht täuschen. Sie sind nur so lange liberal, bis man ihnen widerspricht. Dann nämlich werden sie intolerant.

Wir haben den Schulen mit der Schulgesetznovelle wieder Freiheit zurückgegeben.

(Beifall der Abgeordneten Heike Franzen [CDU])

Wir haben den Regional- und Gemeinschaftsschulen die Möglichkeit eröffnet, über die Art der Differenzierung selbst und eigenverantwortlich zu entscheiden. Wir haben den Eltern, Schülerinnen und Schülern an den Gymnasien Mitsprache über G 8 und G 9 gegeben, etwas, was übrigens in anderen Ländern, in denen Sozialdemokraten und Grüne regieren, gerade eingeführt wird. Etwas, was Sie hier verteufeln, wird dort eingeführt - in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen beispielsweise. Sie müssen Ihren Kolleginnen und Kollegen vor Ort erklären, dass sie auch zu dumm seien, schulpolitisch etwas Vernünftiges auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Martin Habersaat [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben exakt das umgesetzt, was wir im Koalitionsvertrag mit der Union gemeinsam vereinbart haben. Ich sage an dieser Stelle noch einmal: Wir werden dafür kämpfen, dass der G-9-Bildungsgang an den Gymnasien als Option erhalten bleibt - offensichtlich als einzige Partei im Land.

(Beifall bei der FDP)

All das wird von SPD und Grünen infrage gestellt. Sie wollen vielmehr die Bildungslandschaft umkrempeln, die Eigenverantwortlichkeit der Schulen zurückschrauben und sie wieder von Kiel aus an die Kette legen. Sie nennen es fortschrittliche Bildungspolitik, ich nenne es bildungspolitische Selbstherrlichkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sage noch einmal: Kinder, bei Rot-Grün heißt eure Zukunft Schulden.

(Beifall bei FDP und CDU)

#### **Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese**:

Bevor wir gleich in die nächste Runde mit den Restredezeiten und weiteren Beiträgen kommen, hat Herr Abgeordneter Eichstädt das Wort zur Geschäftsordnung beantragt. Ich erteile ihm das Wort.

#### Peter Eichstädt [SPD]:

Vielen Dank. Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte kurz auf die Erklärung des Ministerpräsidenten eingehen. Er hat hier in einem eingeschobenen Beitrag den Eindruck erweckt, als wenn sich die Kritik meiner Fraktion

gegen ihn und seine Abwesenheit während der wichtigen Bildungsdebatte gewendet hätte. Das ist natürlich nicht so gewesen. Selbstverständlich haben wir gewusst, dass der Ministerpräsident ein Gespräch mit einem ausländischen Repräsentanten hat. Das wusste unser Parlamentarischer Geschäftsführer, und er hat es auch berichtet. Unsere Kritik hat sich dagegen gerichtet, dass die Regierungsbank zu diesem Zeitpunkt so gut wie leer war

(Zurufe der Abgeordneten Tobias Koch [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

und kein einziger Vertreter - so war es auch formuliert - der CDU-Ministerien auf seinem Platz war

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- und das bei einer Debatte, die im Ältestenrat als gesetzt gekennzeichnet und deshalb sehr wohl auch in ihrer Wichtigkeit bekannt war. Das war der Anlass unserer Kritik. Das möchte ich deutlich sagen. Selbstverständlich haben wir gewusst, dass Sie nicht anwesend sein konnten.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber bei dieser wichtigen Debatte kann es nicht sein, dass sich erst um halb elf die Regierungsbank füllt. Das entspricht nicht der Würde des Parlaments und nicht dem Respekt, den auch das Kabinett ihm entgegenzubringen hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

#### Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Herr Abgeordneter Eichstädt, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Carstensen zu?

(Zurufe)

## Peter Eichstädt [SPD]:

Ja, gern.

### **Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese**:

Ich bitte um Aufmerksamkeit. Herr Abgeordneter Carstensen, Sie haben das Wort.

Peter Harry Carstensen [CDU]: Herr Kollege, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich, weil ich abwesend war, von Ihrer Kritik nichts wissen konnte? Sind Sie des Weiteren bereit zur Kenntnis zu nehmen.

## (Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese)

dass es mich schon gewundert hat, und können Sie mir erklären, wieso Ihr Fraktionsvorsitzender, der wohl in Ihrer Fraktion nicht nur ein einfaches Mitglied ist, mich hier in diesem Parlament mit den Worten begrüßt: "Na, endlich aufgewacht und ausgeschlafen"?

(Tobias Koch [CDU]: Unglaublich! - Weitere Zurufe)

#### Peter Eichstädt [SPD]:

Ich will gern beide Fragen beantworten. Selbstverständlich bin ich bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass Sie bei diesem Ausspruch und dieser Kritik nicht anwesend waren. Ich habe aber zur Kenntnis genommen, dass Ihr Pressesprecher unmittelbar nach der Debatte sehr aufgeregt zum Präsidium lief, sich informiert hat und anschließend telefonierte. Ich weiß nicht, mit wem, aber ich nehme an, dass Sie sehr wohl informiert waren. Ungeachtet dessen bin ich bereit, alles zur Kenntnis zu nehmen, was Sie in diesem Hause sagen.

Darüber hinaus sage ich: Wenn der Fraktionsvorsitzende meiner Fraktion diese Äußerung gemacht hat und Sie das so gehört haben, obwohl Sie nicht da waren,

(Zuruf des Abgeordneten Peter Harry Carstensen [CDU]: Als ich reinkam!)

- als Sie reinkamen, gut -, dann nehme ich das auch so zur Kenntnis, dass Sie das so wahrgenommen haben. Möglicherweise hat er es zu seinem Nachbarn gesagt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt es dann um 13 Uhr zu klären. Den Hintergrund dieser Bemerkung können Sie nicht verstehen, Herr Ministerpräsident, weil Sie zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend waren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Ich bitte darum, dass wir jetzt im Thema fortfahren. Ich gebe die Restredezeiten bekannt: Für die SPD sind es 3 Minuten, für die Fraktion DIE LINKE sind es 9 Minuten, für den SSW sind es 5 Minuten 40 Sekunden, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind es 8 Minuten 40 Sekunden, für die CDU 3 Minuten und für die FDP ebenfalls 3 Minuten.

Es hat sich gemeldet und ich erteile das Wort für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Martin Habersaat.

(Zuruf: Ohne Doktor!)

- Ich danke für die Klarstellung.

## Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin, es ist nett, dass Sie mir das zutrauen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Kollegin Spoorendonk hat in ihrer Rede gesagt: Wer hört, kann hören, wie die Lage an den Schulen ist. Ich ergänze: Wer sieht, kann sehen, wie viele Unterrichtsstunden ausfallen und wie die Stimmung ist. Es gilt leider auch: Wer riecht, kann riechen, wie es um manche Schulen bestellt ist.

Man muss sich natürlich dafür interessieren, wie die Lage an den Schulen ist, um das alles wahrzunehmen. Die Frage des Interesses haben wir hier eben schon ausführlich erörtert.

Ich bin ein bisschen entsetzt über die Nebelkerzen, die hier geworfen werden, und über die Versuche von CDU und FDP, an den Themen vorbeizudiskutieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Frau Franzen, es ist ein Kunststück, dass Sie hier Argumente von Torsten Albig an den Haaren herbeiziehen, denn es ist gar nicht so einfach, ihn an den Haaren zu packen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Es ist natürlich auch nicht fair, Äußerungen vor der Änderung des Schulgesetzes zu nehmen und damit eine heutige Aussage zu konstruieren, die sich auf das jetzige Schulgesetz beziehen soll.

(Wortmeldungen der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Heike Franzen [CDU])

Ich finde es des Weiteren nicht richtig, dass Sie immer wieder anfangen mit der Mär, Sie würden **Lehrerstellen** abbauen - Ich lasse keine Zwischenfragen zu, Sie dürfen sich beide setzen, ich habe heute nicht so viel Zeit. - Es ist einfach falsch, dass Sie immer wieder die sinkenden Schülerzahlen heranziehen und behaupten: Deswegen mussten wir Lehrerstellen abbauen. Das ist schlicht nicht richtig. Sie haben die Unterrichtsverpflichtung der Lehrerinnen und Lehrer um eine Stunde verlängert, Sie sind den Regional- und Gemeinschaftsschulen in ihre Pro-

#### (Martin Habersaat)

gramme gegrätscht und haben die **Differenzierungsstunden** gestrichen. Daher kommen die gestrichenen Lehrerstellen momentan, daher und nirgendwoher anders.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der LINKEN und SSW)

Nebelkerze Nummer zwei bezieht sich auf den Unterrichtsausfall. Natürlich kann man sich hier hinstellen und sagen: Das größte Problem im Land ist der Unterrichtsausfall, das lösen wir. Aber lösen Sie das wirklich? Gucken Sie sich das einmal an: Es ist doch nicht so, dass wir in der Vergangenheit darunter zu leiden gehabt haben, dass der Vertretungsfonds nicht gut genug gefüllt war. Vielerorts hatten wir darunter zu leiden, dass keine Lehrerinnen und Lehrer da waren, die vertreten konnten. Sie können den Fonds auch verzehnfachen, und es wird nichts belfen

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Herr Kubicki, zur Statistik mit den Hauptschulabgängern - man kann sich hinter jeder Statistik verstecken, man kann Zahlen drehen und wenden, wie man will. Es gibt sehr wohl einen Unterschied zwischen Hauptschulabgängern, die eine Berufsausbildung haben, und solchen, die als unversorgt gelten. Unsere Kritik ist, dass die in irgendwelche Zwischenprogramme geschoben werden und nicht in der Berufsausbildung landen. Darüber müssen wir reden und nicht über die Frage, wie wir Zahlen hinund herdrehen.

(Beifall bei der SPD)

Noch zwei Bemerkungen an den neuen bildungspolitischen Experten der FDP! Ich halte aus gutem Grund keine juristischen Fachvorträge, Herr Kubicki. Denken Sie darüber einmal nach, wenn Sie in Erwägung ziehen, die nächste Rede zur Bildungspolitik zu halten!

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN])

Es ist nicht so, dass in **Nordrhein-Westfalen** Gymnasien auf **G** 9 umgestellt werden vergleichbar zu Schleswig-Holstein, sondern in NRW werden Aufbaugymnasien geschaffen. Ich erkläre Ihnen beizeiten gern, was das ist. In Baden-Württemberg ist die Situation überhaupt nicht vergleichbar, weil es da keinerlei Gemeinschafts-/Gesamtschulstrukturen gibt, die es in Schleswig-Holstein gibt, wo das Abitur nach neun Jahren machbar ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die letzte Bemerkung, und dann bin ich hier auch weg! Ich verrate Ihnen ein Geheimnis: Unsere Programme sind öffentlich. Das trifft meines Wissens auch auf das Programm der Grünen zu.

(Lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und SSW)

## Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Anke Erdmann das Wort.

## Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 14. Februar 2012 hat der Koalitionsausschuss in Haus B getagt. Ich habe gleichzeitig einen Steinwurf entfernt davon mit 15 Leuten aus Schulen, davon vielen Schulleitern, zusammengesessen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schön!)

Wir haben uns über inhaltliche Fragen auseinandergesetzt, sind natürlich auch auf den Koalitionsausschuss gekommen und haben uns gefragt: Wie sieht es in den Schulen aus? Wie sehen es Schulleitungen verschiedener Schulformen, wenn der Koalitionsausschuss beschließt, den **Vertretungsfonds** zu verdoppeln? Bricht dann Freude in den Schulen aus?

Genau das war nicht der Fall. Wenn man sich einmal anhört, was die Leute in den Schulen sagen, dann sind überhaupt keine Sektkorken geflogen, als Sie eine Vereinbarung für 2013 getroffen haben, sondern die Leute wissen ganz genau: Sie haben erst einmal richtig stark gestrichen, und jetzt packen Sie einen kleinen Teil wieder zurück, und zwar in einer Form, die die Schulen so gar nicht wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Eine Lehrkraft hat sehr treffend gesagt: Herr Minister Klug, Sie streichen im August die Stellen und wundern sich im Februar, dass die Fachlehrer nicht da sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

#### (Anke Erdmann)

Das ist doch eines der Hauptprobleme und einer der Gründe, Herr Kubicki und Frau Franzen, dass wir unseren Antrag, wenn auch nicht mit Freude, ein drittes Mal eingebracht haben, weil wir den Eindruck haben: So müsste es sein, wir können nicht weitere 300 Lehrerplanstellen aus dem System herausnehmen, das geht einfach nicht.

Zur Perspektive von Fachlehrerinnen und Fachlehrern! Herr Klug, Sie wissen es selber: In den letzten Jahren sind zum Sommer immer wieder neue Leute eingestellt worden, es waren immer je 50 % befristete und unbefristete. Zum letzten Sommer haben 80 % der Kolleginnen und Kollegen nur befristete Verträge bekommen - 80 %! Das heißt, Sie bieten den Leuten überhaupt keine Perspektive. Diese Debatte hängt mir langsam zu den Ohren raus, denn das geht so an dem vorbei, was die Schulen wirklich brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Herr Kubicki, Sie haben Herrn Albig zitiert und sagen: "nicht, dass das heute oder morgen passiert." Damit wir wissen, worüber wir reden, möchte ich noch einmal den FDP-Parteitagsbeschluss im Wortlaut vorlesen - Sie haben nicht gesagt, wann, sondern geschrieben -:

"Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen, die ursprünglich zur Streichung vorgesehenen 300 Lehrerplanstellen im Schulsystem Schleswig-Holsteins zu belassen."

Was ist das anderes als das, was wir heute das dritte Mal fordern?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Möglicherweise haben Sie sich im Koalitionsausschuss nicht durchgesetzt. Das ist die einzige Stelle, an der es wünschenswert gewesen wäre, dass sich die FDP gegen die CDU im Schulbereich einmal durchsetzt. Das ist nicht gelungen. Sie können uns an dieser Stelle doch nicht vorwerfen, dass wir total verstrahlt seien und irgendwelche komischen Anträge stellten! Die 300 Lehrerstellen im System zu behalten, wird seit Langem gefordert. Auch die Lehrerverbände haben nicht Hurra geschrien, sondern haben Ihnen alle gesagt: Das Pferd wird von hinten aufgezäumt. Das ist eines der Probleme.

Frau Franzen, zu Ihrem Beitrag fällt mir relativ wenig ein.

(Zurufe)

Man fragt sich, ob Sie sich daran erinnern, wer seit 2005 mitregiert, ob es noch etwas gab zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb. Das hörte sich in Ihrem Beitrag überhaupt nicht so an. Seit 2005 stellt die CDU den Ministerpräsidenten, und da ist schon Zeit gewesen umzusteuern.

(Heike Franzen [CDU]: Wir haben umgesteuert!)

Frau Franzen, Sie sagen, dass Sie nur die **demografische Rendite** aus dem System herausnähmen. Das stimmt nicht. Sie planen - Ihre Fraktion hält daran fest -, bis 2020 3.650 Stellen aus dem System herauszunehmen. Das ist mehr als die demografische Rendite. 750 Stellen gehen davon auf Kosten der Qualität. Ihre Rechnung stimmt nicht. Es ist lustig zu sagen: Ich rechne alle Oppositionsanträge zusammen und ziehe einen Strich darunter.

Ich möchte für die Grünen zwei Dinge sagen: Unser Antrag mit den Lehrerstellen macht für 2012 6 Millionen € aus. Das wissen Sie auch, das weiß auch die FDP. Unser Gesetzentwurf zu den freien Schulen wäre in diesem Jahr nicht wirksam gewesen und hätte im kommenden Jahr 1,5 Millionen € verursacht; das steigert sich dann. Sie nehmen die Zahl von Minister Klug, eine Zahl, die zu berechnen er sich vorher geweigert hat. Er hat gesagt, das gehe gar nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Legen wir aber einen Gesetzentwurf vor, nehmen Sie den Ball volley. Sie als Regierungspolitikerin könnten einen eigenen Akzent setzen. Sie runzeln zwar gern die Stirn, wenn Herr Klug irgendwelche Punkte bringt, aber eigene Akzente haben Sie im Ausschuss an vielen Punkten nicht gesetzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Letzter Punkt: Schulfrieden! Herr Kubicki, es geht doch nicht darum, was Rot-Grün gemacht hat. Die Schulfriedendebatte ist aufgekommen, nachdem Schwarz und Rot ein breit getragenes Schulgesetz vorgelegt haben, mit dem wir nicht unbedingt zufrieden waren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das haben nicht wir als Erste in die Debatte geworfen, sondern der Ministerpräsident hat sich vor der letzten Wahl vor die Kameras gestellt und gesagt: Jetzt brauchen wir einmal Ruhe im System. Die Schulfriedendebatte ist in einem ganz anderen Kon-

#### (Anke Erdmann)

text entstanden. Wenn Sie sagen, okay, wir haben jetzt Unruhe an den Schulen - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben wir gar nicht!)

Dass an allen Gymnasien über G 9 geredet werden musste, haben nicht die Grünen zu verantworten. Dass an den Gemeinschaftsschulen jetzt Debatten über die Frage, wie unterrichtet werden soll, aufbrechen, dass Unruhe entsteht, weil Stellen fehlen, dafür sind nicht die Grünen, die SPD oder die Linken verantwortlich. Das hat etwas mit Ihrer Schulpolitik zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Herr Kubicki, Sie sagen, Sie hätten unser Programm gelesen. In unserem Programm steht: Wir gehen nicht ohne eine Position an den Runden Tisch. Das ist ja logisch. Es steht aber nicht drin: Es ist egal, was dabei herauskommt. Unsere Position machen wir öffentlich, wir haben ja schon ein Programm, andere noch nicht.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir legen unser Programm vor. Wenn man sagt, das sei nur eine Oppositionsforderung - man sieht, dass es in Bremen und Nordrhein-Westfalen keine Oppositionsforderung ist. Sylvia Löhrmann, die grüne Bildungsministerin in NRW, hat zu einer breit aufgestellten Bildungskonferenz eingeladen. Man kann sagen, das ist eine Minderheitsregierung. Aber was wir sowohl in Bremen als auch in Nordrhein-Westfalen feststellen, ist, die CDU setzt sich mit an den Tisch, verhandelt konstruktiv. Es gibt nur eine Partei, die immer wieder daneben steht und beleidigt ist, das ist die FDP, die sagt: Wir tragen überhaupt keine Verantwortung mit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Quatsch!)

Das muss man einfach auch einmal festhalten.

(Christopher Vogt [FDP]: Bremen und Nordrhein-Westfalen! Das als Vorbilder, toll! Verfassungsbrecher!)

- Herr Kubicki, der Runde Tisch ist also nicht nur eine Oppositionsforderung, der Runde Tisch ist ein neuer Stil.

(Christopher Vogt [FDP]: Verfassungsbrecher sind das!)

- Offensichtlich treffe ich ins Schwarze oder ins Gelbe. Wir machen das auch, wenn wir regieren. Man kann das in Bremen sehen, man kann das in Nordrhein-Westfalen sehen. Deshalb brauchen Sie hier keinen Popanz aufzubauen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zurufe von der FDP)

## **Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für den SSW erteile ich der Frau Kollegin Anke Spoorendonk das Wort.

## **Anke Spoorendonk** [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist bewusst, dass ich schon mehrfach die Frage formuliert habe, wie sich CDU und FDP eigentlich die Zukunft unseres Landes bis 2020 vorstellen. Diese Frage interessiert mich aber wirklich.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lieber Kollege Kubicki, ich finde, das ist eine zentrale Frage. Sie haben bisher noch keine Antwort darauf geben können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wenn Sie nicht hören können, tut mir das leid!)

Ihre Antwort lautet: Wir tragen die Schuldenbremse vor uns her wie eine Monstranz. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, reicht nicht.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich sage noch einmal, was ich auch schon mehrfach gesagt habe: Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass die Schuldenbremse einzuhalten ist. Das steht nicht nur im Grundgesetz, sondern das steht auch in der Landesverfassung.

(Christopher Vogt [FDP]: Aber Vorschläge machen Sie nicht! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Vorschläge kommen keine!)

Das heißt, die Schuldenbremse stellt für die kommenden Jahre die Rahmenbedingung für unsere Politik dar. Das ist schon mehrfach erläutert worden, nicht zuletzt auch vom Kollegen Dr. Habeck. Von daher ist das so. Jetzt sollten wir uns wirklich endlich mit Inhalten und mit der Gestaltung von Politik befassen. Das sehe ich im Bildungsbereich nicht.

(Vereinzelter Beifall bei SSW und SPD - Zurufe von der FDP)

#### (Anke Spoorendonk)

- Nein, und Sie von der FDP erst gar nicht.

Ich habe also bisher nichts gehört, was darauf hindeutet, dass diese Landesregierung oder die sie tragenden Fraktionen Vorstellungen dazu haben, was es heißt, Bildung als Zukunftsinvestitionen zu definieren. Ich sehe, dass es mit dem alten Schulgesetz Ansätze gegeben hat, die sich weiterentwickeln lassen und die wir auch gemeinsam hätten weiterentwickeln können.

Die Themen Schulsozialarbeit und frühkindliche Bildung sind nicht eine Hausmarke von Schleswig-Holstein, das wurde ja nicht hier erfunden. Das sind Ergebnisse des ganzen PISA-Prozesses, und darum sind das natürlich notwendig zu diskutierende Themen, die von uns allen beackert werden müssen. Das ist klar.

Was ich aber als Hausmarke Schleswig-Holsteins erkenne, ist, dass diese Landesregierung mit dem neuen Schulgesetz hinten herum, über den Weg der Verordnung, wieder das einsammelt, was zukunftsweisend ist, nämlich ein längeres gemeinsames Lernen. Das habe ich gesehen, und dazu müssen Sie auch stehen.

(Vereinzelter Beifall bei SSW und SPD)

Das laste ich zuallererst der FDP an.

Vieles ist in dieser Debatte gesagt worden, was wir vorher schon wussten. Das sind keine neuen Erkenntnisse. Deshalb noch einmal - ich glaube, nicht einmal das ist eine neue Erkenntnis, aber das ist für mich die Conclusio aus dieser Debatte -: Die FDP ist als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet. So ist es.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion Die LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels das Wort.

#### **Ulrich Schippels** [DIE LINKE]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Meine Damen und Herren! Es ist nicht von ungefähr so, dass hier heute auch die Schuldenbremse als Thema eine Rolle spielt, dass darüber gesprochen wird, denn obwohl Sie, Herr Kubicki, viele Nebelkerzen geworfen haben, haben Sie in einem recht. Ich möchte einmal Ihre Aussage, die Sie heute hier getätigt haben, auf den Kern verkürzen. Sie haben gesagt: Schuldenbremse und gute Bildung, das schließt sich aus.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Quatsch!)

Da haben Sie völlig recht. Sie, alle Parteien hier im Landtag außer der LINKEN, haben entschieden, die Schuldenbremse einzuführen. Damit haben Sie sich auch gegen gute Bildung entschieden. Wir bleiben dabei: Die Schuldenbremse ist eine Bildungsbremse, und deswegen war das eine falsche Entscheidung. Ich hoffe, dass diese Erkenntnis auch woanders ankommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Franzen, Sie sollten sich einmal ein Abo von der "KN" zulegen. Sie haben heute aus einem Artikel zitiert, aber Sie haben einen anderen übersehen. Es gibt nämlich einen bedrückenden Artikel über das Los von zukünftigen Lehrerinnen und Lehrern, die das erste Staatsexamen hinter sich gebracht haben. Deutlicher als in diesem Artikel kann man das Defizit im Bildungssystem hier in Schleswig-Holstein wirklich nicht mehr formulieren.

Die Bilanz der Landesregierung im Bereich der gesamten Bildung ist katastrophal. Herr Minister Klug, Ihr Ministerium sollte nicht Bildungsministerium heißen, Sie sollten es umbenennen in "Bildungsabbauministerium".

(Beifall bei der LINKEN)

Im Bereich der **Hochschulen** - das ist nun nicht Ihr Part, aber gleichwohl - hat die Landesregierung nicht auf die steigenden Studierendenzahlen reagiert. Die Folge: Überfüllte Lehrsäle, Kampf um die wenigen Plätze in den Pflichtseminaren, und ich will gar nicht über den Umgang mit der Universität Lübeck reden oder über die Pläne zur Universität Flensburg. Dem Studentenwerk wurden die Mittel zusammengestrichen. Das ist keine Bildungsoffensive. Herr de Jager ist jetzt nicht da -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Doch! - Anita Klahn [FDP]: Sie müssen mal gucken!)

- Entschuldigung. Dann nehme ich das hiermit zurück. Ich hatte ihn nicht gesehen.

Zu den Berufsschulen kommen wir ja heute noch. Bei den **allgemeinbildenden Schulen** wurden im Haushalt **600 Stellen** zusammengestrichen. Und jetzt - dank des Berichtsantrags - wird deutlich, dass der Minister glaubt, dass wir über 600 zusätzliche Stellen in diesem Bereich brauchen. Das deckt sich übrigens - wahrscheinlich zufällig - exakt mit unseren Haushaltsvorstellungen, die wir hier für den Haushalt 2011/2012 eingebracht hatten. Wir hatten nämlich gefordert, die 600 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer im System zu belassen.

#### (Ulrich Schippels)

Im Übrigen, auch SPD und Grüne müssen jetzt noch einmal nachdenken. Denn Minister Klug hat ja gesagt, es sind 600 Stellen zu wenig, deswegen muss da noch ein bisschen nachgelegt werden, denn Sie sind ja bei den 300 Stellen geblieben, die Sie im System haben wollen beziehungsweise die Sie nicht herausstreichen wollen.

Herr Stegner, ich will gar nicht viel zu Ihrer Rede sagen. Da war einiges Richtige dabei. Aber ich fand diesen Vergleich mit Pinocchio doch ein bisschen gewagt. Ich halte mich immer noch an das alte Sprichwort: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Vielleicht sollten Sie das zukünftig auch beherzigen.

Herr Habeck, Sie sind heute wieder völlig zurückgerudert. Schade - in meinen Augen -, dass Sie immer noch nicht begriffen haben, dass man mit der CDU keinen Staat machen kann, dass man mit der CDU keine Bildungsgerechtigkeit herstellen und schon gar keine soziale Gerechtigkeit schaffen kann

#### (Beifall bei der LINKEN)

Zurück zu dieser Regierung! Die Schülerbeförderungskosten wurden auf die Eltern abgewälzt. Der Zustand vieler Schulen ist erbärmlich, weil die Kommunen nicht ausreichend Mittel haben, um die Substanz zu erhalten. Das gilt übrigens auch für die Universitäten. Im Kita-Bereich wurde das dritte beitragsfreie Kita-Jahr gestrichen. Das ist Ihre Bildungsbilanz, und das ist erbärmlich.

Im Vergleich mit anderen Bundesländern - ich verweise jetzt auf das Bildungsranking - lagen die Bildungsausgaben in Schleswig-Holstein 2011 an vorletzter Stelle. Das ist das traurige Ergebnis dieser Vergleichsstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wollen Sie einmal sagen, wer an erster Stelle lag und mit welchem Ergebnis!)

Eine Ganztagsbetreuung stand im Jahr 2010 für 16 % der drei- bis sechsjährigen Kinder zur Verfügung. Das ist der drittniedrigste Wert in Deutschland. Auch bei den unter dreijährigen Kindern ist das Betreuungsverhältnis im Verhältnis zu anderen Bundesländern immer noch viel zu gering. Das Angebot an Ganztagsschulen war unterdurchschnittlich, auch wenn in den letzten Jahren das Angebot insbesondere an Grundschulen ausgebaut wurde.

Die Betreuungsrelationen an Schule und Hochschule sind in Schleswig-Holstein immer noch sehr ungünstig. Die Studienberechtigtenquote an den allgemeinbildenden Schulen und Beruflichen Schulen lag und liegt in Schleswig-Holstein weiter unter dem Bundesdurchschnitt.

Dennoch verließen im Jahr 2009 mehr **Studienan- fänger** Schleswig-Holstein als aus anderen Ländern zuwanderten. Das ist auch ein Ergebnis Ihrer Hochschulpolitik. Der Anteil der Studienabsolventen an der akademischen Bevölkerung im Erwerbstätigenalter im Jahr 2009 ist der kleinste in ganz Deutschland gewesen. In Schleswig-Holstein studierten nur wenige Bildungsausländer. Der Anteil an allen Studierenden ist mit 5,6 % der zweitniedrigste in der Bundesrepublik Deutschland. Außerdem bestand nur der geringste Teil an internationalen Kooperationen je Hochschule. Der Anteil an Gastwissenschaftlern am wissenschaftlichen Personal ist ebenso der geringste aller Bundesländer.

Noch ein paar Zahlen vom Statistikamt 2010! Bei den **Bildungsausgaben** hinkt Schleswig-Holstein hinterher. In Deutschland werden im Durchschnitt 3,5 % des Bruttoinlandsproduktes für Bildung ausgegeben, in Schleswig-Holstein allerdings nur 3,2 %. Hinzu kommen noch Ihre Kürzungen. Pro Einwohnerin/pro Einwohner werden in Schleswig-Holstein 867 € für Bildung im Jahr ausgegeben, im Bundesdurchschnitt sind es 1.066 €. Bei den jährlichen Ausgaben für Bildung bei Studierenden ist Schleswig-Holstein fast Schlusslicht.

Zurück zum Bildungsmonitor 2011! Ich hatte ihn schon angesprochen.

## Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

#### **Ulrich Schippels** [DIE LINKE]:

Nein. - Zurück zum **Bildungsmonitor 2011**, den ich erwähnt habe! Studien zeigen, dass Volkswirtschaften ihr Wachstumspotenzial erhöhen, wenn die mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zunehmen. Auch da ist Schleswig-Holstein immer noch schlechter Durchschnitt.

Bei den Wertschöpfungsgewinnen durch eine Verbesserung im Bereich der Hochschulen liegt Schleswig-Holstein an drittletzter Stelle. Das ist die deprimierende Bilanz ihrer Bildungspolitik. Auch deshalb werden sie am 6. Mai abgewählt werden.

# (Ulrich Schippels)

Meine Damen und Herren, wer an der Bildung kürzt, der handelt kurzsichtig. Allgemein wird davon ausgegangen, dass sich jeder Euro, der in Bildung gesteckt wird, volkswirtschaftlich mit 8 % rechnet.

Sie haben allein durch die Streichung von 600 Lehrerinnen- und Lehrerstellen im Doppelhaushalt 2011/2012 einen Schaden für unser Land in Höhe von 2,4 Millionen € verursacht. Deswegen, Herr Minister Klug, sollten Sie Ihr Ministerium - wie eingangs erwähnt - umbenennen. Ihr Bildungsministerium ist ein "Bildungsabbauministerium".

(Beifall bei der LINKEN)

#### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD hat Herr Abgeordneter Ralf Stegner das Wort.

## **Dr. Ralf Stegner** [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens. Wir haben jetzt seit 9 Uhr über die Schulpolitik dieser Landesregierung auf der Basis des Papiers diskutiert, von dem Herr Dr. Klug gesagt hat, es sei von ihm persönlich verfasst worden. Ich stelle fest, dass das, was ich am Anfang gesagt habe, nach den von Ihnen gemachten Debattenbeiträgen immer noch gilt: Sie wollen nicht einen einzigen Punkt, den der Bildungsminister für notwendig hält, umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die erste Erkenntnis dieser Debatte. Das heißt, der Rückhalt dieses Bildungsministers in der Koalition ist gleich null. Das ist das, was man daraus schließen kann.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mein Gott!)

Zweitens. Das, was Sie hier zum Teil zum Thema Schulfrieden gesagt haben, geht so weit an der Wirklichkeit vorbei, dass es hier noch einmal angesprochen werden muss. Schulfrieden heißt, dass man sich mit der großen Mehrheit darauf verständigt hat, Strukturreformen endlich zu beenden und dafür zu sorgen, dass alle Kinder in Schleswig-Holstein einen fairen Zugang zur Bildung haben, entweder Abitur mit acht Jahren auf dem Gymnasium oder mit neun Jahren bei den Gemeinschaftsschulen oder den Beruflichen Schulen. Was Sie aber gemacht haben und was Sie Freiheit nennen, heißt, dass Sie teure Sonderwege schaffen, die übrigens über die ganze Legislaturperiode hinweg richtig Geld kosten. Das geht richtig in die Millionen.

Schüler werden von Ihnen dazu zu Problemen verdammt nicht nur, wenn sie das Bundesland wechseln, sondern schon, wenn sie in Schleswig-Holstein den Kreis wechseln. Das ist die Konsequenz Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dies den Eltern zuzumuten, ist ein solcher Schildbürgerstreich, dass nur die FDP darauf kommen kann. Wir werden das nicht tun. Sie haben die Union bei dieser Frage leider überzeugt, sich diesem Unsinn anzuschließen.

Das Dritte, was ich noch ansprechen möchte, tue ich, weil von der Schuldenbremse die Rede ist. Wir haben hier gemeinsam, als wir die Schuldenbremse verabschiedet haben - die SPD hat dafür gestimmt -, auch eine Resolution verabschiedet, der übrigens CDU, FDP, SSW, Grüne und SPD zugestimmt haben. Darin stand auch, dass Folgekosten vermieden werden müssen, die dem Ziel, die Schuldenbremse einzuhalten, im Wege stehen. Genau das ist es, wovon unser Spitzenkandidat Thorsten Albig redet. Ihn einerseits dafür zu kritisieren, dass er sagt: Es dauert eine ganze Weile, aber andererseits nicht zu akzeptieren, dass wir genau dies umsetzen, nämlich Investitionen in Bildung, die dauerhaft Sozialkosten senken, ist ein intellektuelles Defizit. Sie wollen so etwas nicht begreifen. Sie sind dazu überhaupt nicht in der Lage.

(Beifall bei der SPD)

Ich will sagen: Das intellektuelle Niveau der Beiträge der Regierungsfraktionen ist so bestürzend, dass eigentlich das, was der Bildungsminister hier vorgestellt hat, den Ausdruck über die Bildungsqualität darstellt, und nicht die Reden, die Sie hier gehalten haben. Ich glaube, die Landtagswahlen am 6. Mai werden über die Bildungsfrage entschieden werden. Die Menschen werden sich entscheiden für ein gerechtes Bildungssystem, das kein Kind zurücklässt und alle mitnimmt. Dafür stehen die Sozialdemokraten und die Grünen und der SSW in diesem Haus und sonst niemand.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW -Christopher Vogt [FDP]: Sind wir beim Aschermittwoch in Köthen?)

#### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Heike Franzen von der CDU-Fraktion.

# Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon spannend, diese Debatte zu verfolgen. Wir müssen vielleicht einmal zur Kenntnis nehmen, dass bisher keine Fraktion - vielleicht mit Ausnahme der LINKEN, die auch schon gesagt hat, dass sie keine Regierungsbeteiligung übernehmen will - hier in diesem Haus bestreitet, dass **Lehrerplanstellen** abzubauen sind. Wir werden bis 2020 60.000 Schülerinnen und Schüler in unserem Schulsystem weniger haben. Wir werden uns damit vor dem Hintergrund des Haushaltes, den wir haben, auseinandersetzen müssen.

Sie werfen uns immer vor, wir seien so furchtbar unsozial. Ich will Ihnen gern einmal sagen, was das heißt. Ich habe Großeltern; Arbeiterfamilie. Mein Großvater war unter Tage, war Steiger. Meine Großmutter war Weißnäherin. Die haben sich für ihre Kinder wirklich alles genommen. Die wären nie auf die Idee gekommen, sich selber Erleichterungen zu verschaffen, einen Kredit aufzunehmen und zu sagen: Meine lieben Kinder, ihr sollt das bezahlen. - Das ist die Politik, die in den ganzen letzten Jahren hier in diesem Land gemacht worden ist. Damit muss Schluss ein.

## (Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Ich will gern die 31,5 Millionen € aufgreifen, Frau Erdmann. Es ist richtig: Das, was Sie vorgeschlagen haben, kann man nicht berechnen. Sie wollen eine **Schulstufenberechnung** haben. Das ist nicht möglich, weil die Berechnung für die privaten Schulen

(Zuruf der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- hören Sie zu, ich erkläre Ihnen das ja gerade! - auf der Basis von Schularten erfolgt.

(Zuruf der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Minister hat, um überhaupt eine Schätzung abgeben zu können, die Berechnung auf der bestehenden Basis durchgeführt. Insofern ist das eine völlig legitime Zahl, um überhaupt einmal abschätzen zu können, was mit Ihren Anträge an finanziellen Folgerungen verbunden ist.

Ich will deutlich sagen, dass die CDU selbstverständlich zu der Eigenständigkeit und Selbständigkeit von Schulen steht. Wir wollen nicht weniger Bildungspolitik in unseren Schulen haben, wir wollen dort mehr Bildung haben.

(Zuruf der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen gehören die Entscheidungen, wie unterrichtet wird, in welcher Form, ob Außen- oder Binnendifferenzierung, als pädagogische Entscheidung in die Schulen, in den Bereich der **Schulkonferenzen**.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD]: Das ist ein staatlicher Auftrag, den Sie haben!)

- Die pädagogische Ausgestaltung, mein lieber Kollege Höppner, gehört für mich in die Schulen.

Ich habe heute Morgen schon einmal gesagt: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen schmeißen. Ich habe auch schon einmal etwas zum Thema Selbstachtung gesagt, Herr Dr. Stegner. Wenn Sie unserem Wirtschaftsminister vorwerfen, er nehme an der Debatte nicht teil, will ich Ihnen gern sagen: Unser Wirtschaftsminister hat heute dienstliche Gespräche geführt. Ich weiß aber auch, dass Sie gestern an unserer Debatte zur Schuldenbremse nicht teilgenommen haben, weil Sie auf dem Weg zu einer Aschermittwochsveranstaltung in Köthen waren. So viel zu dieser Aussage!

(Beifall bei CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie beim Aufsichtsrat der HSH-Nordbank!)

#### **Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt keine Wortmeldungen mehr. Deswegen kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 17/2231 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat

Ich stelle weiter fest, dass es einen Antrag gab - ich glaube, die Kollegin Franzen hat ihn in ihrem Redebeitrag vorhin gestellt -, alle Anträge an die Ausschüsse zu überweisen. Es gibt einen weiteren Antrag, über den Antrag Drucksache 17/2273 (neu) - da geht es um das Betreuungsgeld - namentlich abzustimmen. Da wir an dieser Stelle den deutlichsten Dissens haben, schlage ich Ihnen vor, erst über diesen Antrag einzeln abzustimmen und dann - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, nein, nein! - Weitere Zurufe)

- Langsam, langsam! Herr Kollege, manchmal hilft es zuzuhören. Dann verstehen Sie mich vermutlich.
- Die Geschäftsordnung sieht vor, dass, sobald ein

#### (Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung vorliegt, dieser vorzuziehen ist und deshalb bei Annahme des Überweisungsantrags keine namentliche Abstimmung über den Antrag in der Sache möglich ist.

#### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Jetzt sehe ich eine Wortmeldung des Kollegen Weber zur Geschäftsordnung. - Bitte!

# Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Wir beantragen, zu dem entsprechenden Tagesordnungspunkt in der Sache abzustimmen und, wenn dem stattgegeben ist, dann die bereits beantragte namentliche Abstimmung durchzuführen, weil es eine hinreichende Diskussion zu diesem Punkt in mehreren Sitzungen des Landtags gegeben hat und in der Sache gut entschieden werden kann. Wer der Auffassung ist, dass er sich der Entscheidung entziehen kann, soll das tun. Aber auch das ist dann eine Aussage.

# Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann lasse ich zunächst über den Antrag Drucksache 17/2273 (neu) abstimmen. Es ist beantragt worden, diesen Antrag an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind in der Abstimmung. Ich teile Ihnen das Ergebnis mit: Der Antrag Drucksache 17/2273 (neu) ist mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE an den Sozialausschuss überwiesen worden.

Es ist weiter beantragt worden, die Drucksachen 17/2258, 17/2260, 17/2261 und 17/2274 an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das war nicht eindeutig. Für die SPD-Fraktion habe ich zwei Hände gesehen. Gilt das für die gesamte Fraktion? - Wer lehnt die Ausschussüberweisung dieser Anträge ab? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig so beschlossen. Alle Anträge sind an den Bildungsausschuss überwiesen worden.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Viöl-Ohrstedt sowie Mitglieder der Jugendfeuerwehr Schiphorst aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg hier im Landeshaus zu begrüßen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir kommen nunmehr zu Tagesordnungspunkt 21:

# Entwicklungspolitische Verantwortung anerkennen

Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/2157

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Ulrich Schippels von der Fraktion DIE LINKE.

# **Ulrich Schippels** [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schleswig-Holstein ist Schlusslicht - das hat eben auch die Debatte um die Bildungspolitik gezeigt - in vielen Bereichen, auch im Bereich der **Entwicklungspolitik**. Auf Antrag meiner Fraktion sprechen wir heute über diesen Bereich, mit dem wir uns sehr selten in diesem Haus beschäftigen.

Schleswig-Holstein ist im Ländervergleich - ich habe es schon gesagt - Schlusslicht bei den **ODA-Ausgaben**, also den offiziellen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit pro Kopf. Auch das, meine Damen und Herren, ist ein Armutszeugnis. Es ist Zeugnis des politischen Unwillens der Regierenden und gleichzeitig auch Zeugnis der Armut ihres solidarischen Denkens.

DIE LINKE sagt, wir haben die ethische Verpflichtung, den Armen dieser Welt zu helfen, sowohl hier in Schleswig-Holstein als auch woanders.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt eine Vielzahl von Verpflichtungen und Versprechen, die die Bundesrepublik Deutschland in diesem Bereich gegeben hat. Auch die Länder haben sich immer wieder dazu verpflichtet, dazu beizutragen, dass die Bundesrepublik ihre internationalen Verpflichtungen einhält.

Der Blick in andere Bundesländer zeigt, wie es auch geht. Berlin hat zum Beispiel eine lokale Agenda 21 zur Leitlinie der gesamten Senatspolitik erklärt. In NRW gibt es eine Vielzahl entwicklungspolitischer Initiativen und Engagements. Schleswig-Holstein hat dagegen in den vergangenen Zeiten immer weniger Geld für die Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben. So sind die entwicklungsrelevanten ODA-Leistungen Schleswig-

## (Ulrich Schippels)

Holsteins zwischen 2003 und 2010 von fast 2 Millionen € auf 200.000 € extrem abgesunken.

Das Hauptziel der aktuellen internationalen Entwicklungszusammenarbeit ist die Halbierung der Zahl der absoluten Armen weltweit. Das sind die Milleniumziele der **Vereinten Nationen**. Konkret geht es unter anderem darum, dass der Anteil der Menschen, die Hunger leiden und über weniger als 1 \$ am Tag verfügen, halbiert wird.

Das ist ein wichtiges, aber in meinen Augen kein besonders ambitioniertes Ziel. Denn bereits mit 1 \$ und 5 Cent würde ein absolut Armer aus dieser Statistik herausfallen. Ich finde, bei allen Meinungsverschiedenheiten in diesem Haus sollte es doch möglich sein, dass wir dieses kleine Ziel teilen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

#### (Beifall bei der LINKEN)

So weit sollten wir alle über den Tellerrand unseres schönen, aber doch kleinen Bundeslandes hinausblicken können.

Ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, dass es berechtigt und nicht populistisch ist, wenn man folgende Rechnung aufmacht: Um die Anzahl der **Menschen**, die für Wohnung, Kleidung, Bildung und Nahrung **weniger als 1 \$** am Tag zur Verfügung haben, zu halbieren, gibt das Land pro Einwohner 7 Cent im Jahr aus - 7 Cent pro Einwohnerin und Einwohner für die Ärmsten der Armen! Für den Ministerpräsidenten und die Staatskanzlei dagegen gibt das Land pro Einwohner das Hundertfache dieser Summe aus, nämlich 7 € im Jahr. Ich finde, das ist ein Missverhältnis.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Ich bin gespannt, welche Antworten wir von den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern erhalten würden, wenn wir sie zu dieser Rechnung einmal befragen würden. Ich glaube, dass niemand dieser Verteilung von Steuergeldern seine Zustimmung geben würde.

Unser Antrag, den wir Ihnen heute hier vorstellen, ist komplex und bezieht sich auf die unterschiedlichen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit. Die Milleniumziele der Vereinten Nationen habe ich schon angesprochen. Ein Schwerpunkt der Arbeit der Bundesländer liegt hier bei der Bildungspolitik - keine Frage -, und das ist auch richtig so. Aber das ist nicht alles, meine Damen und Herren, was das Land tun kann. Im Rahmen der **Agenda 21** für eine **nachhaltige Entwicklung** sollte das Land den Kommunen Hilfestellung geben, um auch loka-

le Agenden voranzubringen. Nicht zuletzt sollte die Beschaffung des Landes und der Kommunen nach den **Grundsätzen** des **fairen Handels** und der **ökologischen Nachhaltigkeit** noch mehr als bisher ausgerichtet werden.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Wir möchten, dass Nicht-Regierungsorganisationen in entwicklungspolitischen Bereichen mehr Unterstützung bekommen ebenso wie engagierte Kirchengemeinden und Migrantenorganisationen.

Als übergeordnetes Projekt schlagen wir vor, dass Schleswig-Holstein eine **Partnerschaft** mit einer **Region** anstrebt, die in den **ärmsten Gegenden** dieser Welt liegt. Die wenigen Kooperationen, die wir bereits haben, beziehen sich vor allen Dingen auf wirtschaftliche Kontakte und wirtschaftliche Zusammenarbeit. DIE LINKE fordert aber eine Partnerschaft, die stärker in der Bevölkerung verankert ist.

Rheinland-Pfalz und Ruanda machen vor, wie so etwas auch gelebt werden kann. Schulen, kulturelle Einrichtungen, die Politik und einzelne Bürgerinnen und Bürger sind in diese Partnerschaft eingebunden, und es zeigt sich, wie wertvoll das für die Menschen hier wie dort sein kann.

Ich wünsche mir, dass wir unsere vielfältigen Vorschläge im Ausschuss genauer beraten können und dass wir noch in dieser Legislaturperiode zu einer Verbesserung und zu einer klaren Aussage kommen

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

### **Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Dr. von Abercron das Wort.

#### Dr. Michael von Abercron [CDU]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vereinten Nationen haben im Jahr 2000 die sogenannten Milleniumziele definiert. Da geht es im Wesentlichen um die Fragen der Hungerbekämpfung, also der Welternährung, der Schulbildung, aber auch der Kindersterblichkeit, um einige Beispiele anzuführen.

Damals lebten schon über 1 Milliarde Menschen von weniger als 1 \$ pro Tag. Mehr als 7 Millionen Menschen waren unterernährt. Mehr als 115 Millionen Menschen hatten keine Möglichkeit der Schul-

#### (Dr. Michael von Abercron)

bildung. Das sind sehr dramatische Zahlen, und deswegen ist auch Entwicklungspolitik eine riesige Herausforderung. Es ist für uns nicht nur ein Gebot der Nächstenliebe, sondern es ist auch eine Frage für die Zukunft in einer friedvollen und in einer nachhaltigen Welt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Geschichte der Entwicklungspolitik ist vielschichtig. Nicht immer war, wo Entwicklungshilfe draufstand, auch Entwicklungshilfe drin. Nicht immer waren die Motive eindeutig auf die Lebensverbesserung der Menschen in den Zielländern gerichtet.

Heute wissen wir, dass neben den staatlichen Leistungen auch viele karikative **Organisationen** effizient Entwicklungshilfe leisten. Deutschland hat sich diesen Milleniumzielen der UN verpflichtet, und es ist bemüht, auch das Ziel der Ausgaben von 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts bis 2015 zu erreichen.

Es ist angesprochen worden: Die Bundesländer haben sich auf einer Ministerpräsidentenkonferenz dieser Verantwortung gestellt und 2008 die Milleniumziele auch für die Länder anerkannt. Wie dies allerdings umgesetzt werden soll, ist nicht nur umstritten, sondern auch schwierig. Es ist natürlich nicht so, dass allein die Haushaltsansätze aussagekräftig sind. Dann, liebe Kollegen von den LIN-KEN, müsste nämlich Brandenburg ganz weit vorn liegen. Da regieren Sie übrigens mit. Die Zahlen dort sind aber die schlechtesten aller Länder überhaupt. Wenn man das schon richtig vergleicht, müsste man das Bruttoinlandsprodukt nehmen, also pro Kopf, und man müsste auch fragen, wie die anderen Leistungen definiert sind, nämlich beispielsweise die Studienplätze, die wir für Ausländer vorhalten, oder auch die Frage, wie die wirtschaftliche Kooperation in den Ländern funktioniert.

Durch Ihren Antrag zieht sich - das ist ja auch sehr typisch - ein roter Faden, nämlich nach den Ausgaben, nach mehr Geld. Da ist es natürlich nicht so; ich glaube, Adam Riese ist für Sie immer noch ein Klassenfeind.

#### (Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Was aber nun wirklich nicht geht, ist, dass wir über den Finanzausgleich Geld einfordern und erhalten, und dass wir uns zusätzlich über die ganzen Ausgleiche, die wir von den anderen Bundesländern einfordern, Geld besorgen und dieses Geld dann wieder lustig verteilen. So kann doch in Wirklichkeit keine vernünftige Politik laufen. Das würde auch keiner akzeptieren, im Übrigen auch nicht eine Verschuldung, die in diesem Land Schleswig-Holstein 9.700 € pro Kopf beträgt. Wir sind lange

selbst Hilfeempfänger geworden. Das geht also nicht, wir können dieses Geld nicht wieder verteilen nach dem Motto, wir haben es ja, und wir schmeißen es raus.

Nein, Entwicklungshilfe heute ist eine sehr viel bessere, eine intelligente Politik. Es geht nämlich um die Frage, wie man in diesen Ländern Wissen mobilisiert. Wir engagieren uns in der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Wir unterstützen die Schulen bei Patenschaften. Wir beteiligen uns an Wissenstransfer, zum Beispiel beim Thema Windenergie in Marokko. Gerade hier sehe ich in der Zukunft die wichtigen Ansätze, um eine Win-Win-Situation für uns, aber auch für die Zielländer zu erreichen.

Ihr Antrag ist in vielen Bereichen völlig irreal. Zum Beispiel geht die Aufteilung auf einzelne Ressorts überhaupt nicht. Darüber hinaus würden wir uns mit einer Patenschaft völlig übernehmen; das schaffen wir sowieso nicht. Im Übrigen sind wir an dem Agenda-21-Projekt in den Kommunen beteiligt. Wir machen globales Lernen an den Schulen und Hochschulen. Wir sind für nachhaltige Beschaffung, und wir finanzieren auch einzelne Projekte. Aus den genannten Gründen können wir Ihrem Antrag in keiner Weise zustimmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich ein bisschen spaßig zum Abschluss sagen: Wie funktionierte eigentlich Entwicklungspolitik im real existierenden Sozialismus? - Ich möchte dazu in der Sprache der Bürger damals und auch heute noch sagen, wie das ablief. Zu einem Wüstenprojekt, um das es damals ging, haben die Bewohner damals gesagt: Mit den ersten zwei Fünf-Jahres-Plänen passierte überhaupt nichts. Nachher wurde der Sand knapp. Meine sehr verehrten Damen und Herren, so kann Entwicklungspolitik auch nicht funktionieren.

Heute leben wir in einer Schuldenwüste, und bei uns wird das Geld knapp. Wir bekennen uns zur Entwicklungshilfe. Wir setzen nicht mehr auf Ausgaben, sondern wir machen Transfer von Wissen.

(Beifall bei CDU und FDP)

## **Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Sandra Redmann das Wort.

## **Sandra Redmann** [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr von Abercron, zu dem, wie man Geld ver-

#### (Sandra Redmann)

schwenden kann, werde ich gleich noch etwas sagen, und zwar zu den jetzigen Regierungen im Bund und in den Ländern.

Der vorliegende Antrag der Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN legt den Finger in eine offene Wunde der derzeitigen Regierungsarbeit von CDU und FDP: Die **institutionelle Förderung** des Bündnisses "Eine Welt" und die Förderung von Maßnahmen **zur Nachhaltigkeit** sind radikal weggespart worden. Leider gibt es von den Regierungsfraktionen nur Fensterreden über die hohe Bedeutung des Themas, die mit Verweisen auf die Zuständigkeit des Bundes untermalt werden. Die entwicklungspolitische Verantwortung auch des Landes Schleswig-Holstein, zu der Sie überhaupt nichts gesagt haben, Herr von Abercron, ist offensichtlich ein unbekanntes Fremdwort für CDU und FDP.

(Beifall bei der SPD)

Der übliche und zu erwartende Verweis auf die Fördermöglichkeiten für entwicklungspolitische Projekte über die BINGO-Umweltlotterie ist auch nur ein Feigenblatt, um die Untätigkeit zu verstecken; denn Förderanträge können nur gestellt werden, wenn es eine feste und ausreichend finanzierte Geschäftsstelle beim Bündnis "Eine Welt" gibt. In diesem Zusammenhang von einer engen Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und dem Bündnis "Eine Welt" zu sprechen, wie in der Antwort auf eine Kleine Anfrage zu lesen war, ist schon sehr weit hergeholt. Dabei steht es doch außer Frage, dass die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit und interkulturelle Verständigung an Bedeutung gewinnen werden, an Bedeutung gewinnen müssen. Entwicklungspolitische und interkulturelle Aktivitäten, beide Aspekte sind Bausteine einer verantwortungsbewussten Politik, und verantwortungsbewusste Politik ist immer auch zukunftsgerichtete Politik.

Der Blackout in der Entwicklungspolitik der derzeitigen Landes- und Bundesregierung hat leider eine lange Tradition, vor allem aufseiten der FDP. Was will man schon von einem Entwicklungshilfeminister Niebel erwarten, der vor der Wahl angetreten ist, das Ministerium abzuschaffen? Kaum im Amt, lässt er die Bagger allerdings wieder abrollen und setzt stattdessen auf die Wirtschaft allein. Zusätzlich findet noch eine interessante Stellenvermehrung und -besetzung im Ministerium statt. Schade um das Geld, das für die Arbeit in der Entwicklungspolitik nun fehlt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und SSW) Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist Geldverschwendung. Bei den Maßnahmen, die Herr von Abercron eben angesprochen hat, reden wir über Summen, die in den 10.000er-Bereich gehen. In diesem Bereich geht es um den 100.000er-Bereich. Darüber sollte man mal nachdenken.

Das Ministerium mit einem unter SPD-Führung guten Ruf hat sich in der Amtszeit von Herrn Niebel mehr zu einem Entwicklungsministerium für FDP-Amtsträger entwickelt - ein merkwürdiges und überflüssiges Verständnis von Entwicklungshilfe.

Jeder, den das interessiert, sollte heute mal den Kommentar in den "Lübecker Nachrichten" zu der Reise von Herrn Niebel, die gerade erst stattgefunden hat, lesen. Das ist in dem Zusammenhang sehr hilfreich.

**Deutschland** hat sich verpflichtet, **0,7 % der Wirtschaftsleistung** für Entwicklungshilfe auszugeben. Derzeit stagniert der Anteil bei 0,38 %. Daran hat leider auch der 50. Geburtstag des Entwicklungshilfeministeriums Ende letzten Jahres nichts geändert.

Bund und Länder dürfen nicht aus ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Erreichung dieses Ziels entlassen werden. Wir sind gut beraten, die wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung politisch intensiver zu begleiten und zu steuern als bisher und dieses selbstverständlich auch regional. Wie dies angepackt werden kann, ist im Antrag im Grundsatz gut niedergelegt. Wir hätten die einzelnen Punkte gern ausführlich im Umweltausschuss diskutiert - ich verstehe überhaupt nicht, warum wir das nicht machen sollen -; denn neben dem guten Ansatz und dem richtigen Anstoß enthält der Antrag auch Punkte, die vor einer Abstimmung genauer geprüft werden müssen, und zwar nicht nur aus finanzieller Sicht. Wir werden uns aus diesem Grunde bei der Abstimmung in der Sache der Stimme enthalten.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion der FDP erteile ich der Frau Kollegin Klahn das Wort. - Frau Kollegin Redmann, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass Sie dennoch Ausschussüberweisung beantragen? - Okay, danke.

#### Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich bei dem Kollegen

#### (Anita Klahn)

von Abercron für den Vortrag, den er gehalten hat, bedanken. Dem ist fast nichts mehr hinzuzufügen.

Wir müssen uns wirklich mal überlegen, ob die Entwicklungspolitik ein landespolitisch extrem wichtiges Thema ist. Vielen Dank, Frau Redmann, es war eine klassische Schaufensterrede.

(Sandra Redmann [SPD]: Nein! - Weitere Zurufe von der SPD)

Wir sind nicht das einzige Land, das sich mit der Thematik Entwicklungspolitik beschäftigt. In Hessen gab es im vergangenen Jahr einen ähnlichen Antrag, Drucksache 18/3644. Vielleicht schauen Sie dort mal nach. Der wurde dort von der SPD und von den Grünen gestellt, und verfolgen Sie dort mal den Ausgang im Ausschuss!

In der Vorbemerkung des Antrags der LINKEN stellen Sie einige interessante Behauptungen zum Thema Entwicklungspolitik auf. Ich möchte hier festhalten: Der **Haushalt des Entwicklungshilfe-ministeriums** wächst in 2012 um knapp 2 % auf 6,38 Milliarden €. Das ist der dritte Aufwuchs in Folge. Die **Quote der öffentlichen Mittel** für Entwicklungszusammenarbeit vom Bruttonationaleinkommen liegt bei **0,39** %. Das ist die höchste Quote seit 1991.

(Beifall bei der FDP)

Klar ist aber auch - ich zitiere mit Erlaubnis den Entwicklungsminister -:

"Viel Geld allein hilft aber nicht unbedingt viel."

Wichtiger ist es, den **Wirkungsgrad** der Arbeit zu verbessern.

Seitdem das Entwicklungshilfeministerium nicht mehr nur noch als Versorgungsstation für irgendwelche hessischen SPD-Bezirksverbände dient - -

(Lachen bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und SSW)

- Ich wusste, dass Sie so reagieren. Danke.
   (Zurufe)
- Danke, dass Sie für Ruhe gesorgt haben.

Minister Niebel hat dafür gesorgt, dass die zahlreichen technischen Durchführungsorganisationen fusionieren mussten. Es wurde ein unabhängiges Evaluierungsinstitut errichtet. Die Anzahl der vollen Kooperationsländer wurde reduziert, und die Zusammenarbeit mit den Schwellenländern wurde neu ausgerichtet. Entwicklungshilfe bedeutet eigentlich wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es geht

um Hilfe zur Selbsthilfe, nicht um unbegrenzte Zuzahlungen.

Konkret zu Ihren Forderungen in dem Antrag! Ich möchte begründen, warum wir ihn ablehnen. Vor dem Hintergrund, dass Entwicklungspolitik Aufgabe des Bundes ist, bedarf es keiner gesonderten Konzepte des Landes dahin gehend, wie diese Milleniumziele erreicht werden können. Unser Anspruch ist, Aufgaben der Verwaltung abzubauen, nicht das Hinzufügen von neuen. Punkt 2 ist erfüllt. Insbesondere durch die Übernahme der Studienplatzkosten an den Hochschulen für Studenten aus Entwicklungsländern wird hier viel geleistet. Das ist eine Maßnahme der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, die absolut sinnvoll ist und fortgeführt werden muss. Umsetzungen der lokalen Agenda-21-Strategien treffen die Kommunen in eigener Verantwortung. Ich möchte hier nicht von oben herab hineinwirken.

Zu Punkt 4: Kaufentscheidungen werden durch die Verbraucher getroffen. Es steht jedem frei, sich für Fair-Trade-Produkte oder für einen Einkauf bei KiK oder Lidl zu entscheiden. Zu Punkt 5: Die Haushaltslage lässt keine weiteren Förderfantasien zu. Zu Punkt 6: Wir lehnen den Aufbau solcher Partnerschaften ab. Das Land hat nicht die Mittel, hier nachhaltig tätig zu sein. Zu Punkt 7: Auch der Bund steht unter dem Druck der Haushaltskonsolidierung. Haushaltsgesetzgeber ist der Deutsche Bundestag, der das in eigener Verantwortung zu entscheiden hat. Wir wären auch nicht erfreut darüber, wenn man uns von außen in unsere Haushaltsaufstellung hereinreden würde. Im Übrigen wurde der Haushaltsansatz erhöht. Vielleicht nehmen Sie das zur Kenntnis.

(Sandra Redmann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Meine Damen und Herren, Entwicklungspolitik allein auf die **ODA-Quote** herunterzudrücken, ist zu kurz gedacht. Sie gibt unzureichend Auskunft über die tatsächlichen Wirkungen der Beiträge für die Entwicklung eines Landes. So klammert ODA den Abbau von schädlichen Subventionen und Zollschranken aus, obgleich es sich hier um entwicklungsförderliche Beiträge handelt. Auch wenn die erwähnten Studienplatzkosten nicht darunter fallen, werden sie den wichtigsten Beitrag darstellen, den Schleswig-Holstein in der Entwicklungszusammenarbeit leistet.

Ich weiß nicht, ob die Linken es nicht verstehen oder nicht verstehen wollen: Die **Haushaltslage** des Landes ist so desaströs, dass wir bis 2020

(Anita Klahn)

durch harte Einschnitte dafür kämpfen müssen, überhaupt noch **freiwillige Aufgaben** neben den Pflichtaufgaben finanzieren zu können.

(Olaf Schulze [SPD]: Universitäten einstampfen!)

Herr von Abercron hat es gesagt: Fragen Sie die Menschen auf der Straße, wie sie dazu stehen würden, wenn wir an anderer Stelle kürzen müssten, um Entwicklungshilfe nach Ihren Vorstellungen zu gestalten. Frau Redmann, Sie haben eben eingefordert, dass wir uns um die interkulturelle Zusammenarbeit kümmern sollen. Ich frage mich: Wo waren gestern Abend bei der Veranstaltung "Piano meets Vibes", die eine interkulturelle Veranstaltung war, die SPD-Abgeordneten?

(Beifall bei der FDP - Sandra Redmann [SPD]: Ich hatte eine Podiumsdiskussion, jetzt reicht es aber! - Weitere Zurufe)

## Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Über die Frage, wer gestern Abend wo war, können Sie sich wahrscheinlich in der Mittagspause erquicklich austauschen. Ich würde jetzt gern Herrn Abgeordneten Bernd Voß von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Werte Frau Präsidentin! Liebe verbliebenen Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich bei Herrn von Abercron und bei Frau Vizepräsidentin Klahn für die Beiträge bedanken. Ich denke, sie machen deutlich, wie ignorant Sie vor dem Hintergrund der Haushaltssituation sind und wie fantasielos Sie dieses Thema angehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Frau Klahn, es ist einfach falsch, wenn Sie hier darstellen, das **Land** habe überhaupt nichts mit der Erfüllung der **Milleniumziele** zu tun und keine Aufgaben. Das Ziel, 0,7 % des Bruttoinlandprodukts als öffentliche Ausgabe für Entwicklungshilfe zu verwenden, hat den 40. Jahrestag seiner Nichterfüllung bereits hinter sich; 40 Jahre versprochen und gebrochen, und das Land ist Teil dieser Politik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Jahr 1970 wurde in der **UN-Vollversammlung** erstmalig ein solcher Beschluss gefasst. Die Staaten der **EU** haben sich 2005 erneut dazu verpflichtet,

die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2015 auf **0,7 % des Bruttoinlands-produkts** hochzusetzen. Diese Bundesregierung verfehlt das Ziel seit vielen Jahren, und Schleswig-Holstein ist Schlusslicht in diesem Konzert. Das ist heute bereits mehrfach dargestellt worden.

Die Zahl der weltweit Hungernden ist inzwischen auf über eine Milliarde Menschen gestiegen. Im Bundestag gibt es eine parteiübergreifende Initiative unseres Abgeordneten Thilo Hoppe. Eine deutliche Mehrheit der Abgeordneten hat fraktionsübergreifend unterschrieben, dass dieses Ziel endlich umgesetzt werden muss. Wir können nicht so ignorant sein und so tun, als hätten wir damit nichts zu tun

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten von Abercron zu?

## Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bitte sehr.

## Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr von Abercron, Sie haben das Wort.

**Dr. Michael von Abercron** [CDU]: Herr Kollege Voß, würden Sie einem Empfänger von Sozialtransferleistungen auferlegen wollen, sein Geld an Projekte in der Dritten Welt weiterzuleiten?

#### Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Muss ich wirklich darauf antworten? - Wie ticken Sie eigentlich? - Sie können doch die eine Notsituation nicht gegen die andere Notsituation ausspielen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Auch als **Land** müssen wir uns an einer **internationalen Zusammenarbeit** mit Regionen auf der ganzen Welt beteiligen. Diese findet bereits statt, und wir müssen sie weiter ausbauen.

(Jürgen Weber [SPD]: Lesen Sie Ihr eigenes Parteiprogramm!)

# Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine Nachfrage?

## Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

**Dr. Michael von Abercron** [CDU]: Ist Ihnen bekannt, dass unsere Verschuldungsrate pro Kopf bei 9.700 € liegt? - Ist Ihnen ferner bekannt, dass Sie dann, wenn Sie die Transferleistungen, die wir in diesem Programm haben, umrechneten, sehen würden, dass wir sehr wohl im Mittelfeld liegen, wenn wir das Bruttoinlandsprodukt anrechnen?

- Ich weiß nicht, von welchem Programm Sie reden. Reden Sie vom Antrag der Fraktion der LIN-KEN?
  - Nein, ich rede von den Leistungen, die wir in Schleswig-Holstein für die Entwicklungshilfe erbringen.
- Diese sind heute mehrfach genannt worden.
  - Ist Ihnen bekannt, dass wir im Bundesvergleich hier sehr wohl im Mittelfeld liegen?
- Nach den Zahlen, die mir vorliegen, liegen wir im Bundesvergleich im Schlussbereich.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Rote Laterne!)

Auf dem Milleniumgipfel zur Jahrtausendwende in New York haben die Regierungschefs aller Länder mess- und überprüfbare Wegmarken gefunden und sich darauf verständigt, die Milleniumentwicklungsziele letztlich zu erreichen. Das wurde heute bereits mehrfach genannt. Das Datum hierfür wurde auf das Jahr 2015 verschoben, um Armut und Hunger in der Welt zu halbieren, die Ausbreitung von HIV zu stoppen, die globale Umweltzerstörung und den Klimawandel einzudämmen sowie Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu einer Ausbildung zu ermöglichen. Ich nenne hier nur einige Beispiele. Trotz Finanzkrise und trotz notwendiger Sparmaßnahmen dürfen wir diese Ziele nicht aus den Augen verlieren. Wir müssen endlich lernen, die Krisen zusammen zu überdenken. Die weltweite Hungerkrise und die Klimakrise sind doch nicht weg, nur weil die Finanzkrise und die Eurokrise sowie in der Vergangenheit zum Teil die "Wulff-Krise" sie aus den Medien verdrängen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der SPD)

Ja, die Ausgaben für Entwicklungshilfe müssen gesteigert werden. Wir müssen fantasievoll gucken, wie wir das bewerkstelligen. Das allein reicht aber nicht aus. Letztlich müssen wir die Krisen zusam-

men sehen und überdenken. Wir müssen die Krisen zusammen lösen. Ich sehe die anderen Politikbereiche wie die Finanzpolitik, die Haushaltpolitik, die Agrarpolitik oder die Fischereipolitik. Dabei stellen wir fest, dass all diese Politikarten viel intensiver auf entwicklungspolitische Zielsetzungen ausgerichtet werden müssen. Gerade in diesen Bereichen wird entschieden, ob wir in den Entwicklungsländern einen Absturz oder eine Entwicklung haben. Die Politik in diesen Bereichen reicht oft weit hinein in Entwicklungs- und Schwellenländer, in regionale Probleme oder in die Probleme von Wirtschaftsbranchen. Wir können durch Entwicklungshilfe gar nicht das Geld aufbringen, das durch eine falsche Entwicklungspolitik zerstört wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN, und SSW)

Es ist heute besonders deutlich geworden: In vielen Köpfen ist es so, dass Entwicklungszusammenarbeit in Form von direkten Finanzhilfen für Projekte in Entwicklungsländern in erster Linie eine Aufgabe des Bundes ist. Zugleich sehen wir im Land aber viele kommunale und regionale Initiativen. Es gibt Initiativen in Schulen und Kirchen sowie Städtepartnerschaften, die zeigen, was auf lokaler Ebene möglich ist. Aber auch die Länder haben eine Mitverantwortung. Ich denke, es ist falsch, wenn heute gesagt wird: Wir konzentrieren uns auf die entwicklungspolitische Inlandsarbeit. Wir stellen doch zugleich fest, dass wir im Jahr 2008 mit dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz erfahren haben, dass dieser Bereich aus der Zielsetzung herausgeworfen wurde.

Es ist eine Basis, dass das Land die verschiedenen entwicklungspolitischen Initiativen, die unter einem Dach zusammenarbeiten, weiter unterstützt. Richtig ist aber auch, dass wir in den letzten Jahren Haushaltsmittel für die institutionelle Förderung gekürzt haben. Diese Mittel sind gekürzt worden, ohne dass organisatorische oder finanzielle Alternativen dazu, wie dies abgefangen werden kann, aufgezeigt wurden.

Wenn ich die Beiträge der FDP sehe, muss ich mit Tränen in den Augen feststellen: Es ist ein Skandal, wie der Entwicklungsminister Niebel das Entwicklungshilfeministerium mit den nachgeordneten Agenturen zu einer Jobagentur der FDP macht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Ich sehe kein **Konzept der Landesregierung**, das aufzeigt, welche Potenziale es letztlich auf Landesebene gibt und wie wir sie mobilisieren können.

(Bernd Voß)

Wir beantragen daher eine Ausschussüberweisung, um intensiv zu schauen, wie wir die Vorschläge, die es im Antrag der LINKEN gibt, umsetzen können. Ansonsten werden wir uns der Stimme enthalten. Viele kommunale und regionale Initiativen machen uns im Grunde vor, was mit Phantasie, mit Eigeninitiative möglich ist, wenn nur wirklich der Wille da ist, sich auch als Land daran zu beteiligen, endlich die Millenniumziele umzusetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

## Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion des SSW hat Frau Anke Spoorendonk das Wort.

## Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung vorweg. Ich kann mir nicht verkneifen, kurz zu kommentieren, was Frau Kollegin Klahn und Herr Kollege von Abercron gesagt haben. Wer meint, dass **Entwicklungspolitik Luxus** sei, ein Sahnehäubchen, das man obenauf legen kann, wenn Geld da ist, verkennt, dass Entwicklungspolitik zum Beispiel auch etwas damit zu tun hat, dass wir in diesem Teil der Welt so viele Flüchtlingsströme haben. **Flüchtlingspolitik** und Entwicklungspolitik sind zwei Seiten derselben Medaille. Es rechnet sich sogar für uns, wenn man das ordentlich anpackt.

(Beifall beim SSW)

Noch etwas: Es ist doch nicht sozialistisches Geschwafel, wenn man sagt, dass unser Wohlstand in diesem Teil der Welt mit der Ausbeutung der Dritten Welt zu tun hat,

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

sondern das ist doch mittlerweile Mainstream.

Aber natürlich ist es so - das haben wir in der Diskussion zu den zahlreichen Auswirkungen zur **Finanzkrise** gehört -, dass entwicklungspolitische Ziele mehr denn je in den Hintergrund der politischen Aufmerksamkeit und des politischen Handelns getreten sind.

## Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. von Abercron? - Bitte.

**Dr. Michael von Abercron** [CDU]: Liebe Frau Kollegin Spoorendonk, könnten Sie mir sagen, wo wir oder irgendjemand anderes gesagt haben, dass Entwicklungspolitik Luxus sei? Mein Redebeitrag hat klar gesagt, dass ich es als ein Gebot der Nächstenliebe und darüber hinaus empfinde.

### **Anke Spoorendonk** [SSW]:

Ich weiß nicht, was Sie gesagt haben. Ich habe gehört: Können wir uns das noch leisten? Wenn Sie einem Hartz-IV-Empfänger erklären sollen, dass Sie Geld für Entwicklungshilfe ausgeben, wie würden Sie darauf reagieren? Ich muss sagen, meine Schlussfolgerung ist naheliegend.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wenn ich mir den Redebeitrag von Frau Kollegin Klahn anhöre, dann denke ich auf jeden Fall, dass es naheliegend ist, es so zu sehen. Sie müssen sich noch einmal durchlesen, was Sie selbst gesagt haben, lieber Herr Kollege von Abercron.

(Zuruf: Nachher glaubt er das noch!)

Wichtig ist natürlich daran festzuhalten, dass **globale Solidarität** sich nicht in einer Landtagsdebatte erschöpfen lässt nach dem Motto: Gut, dass wir mal wieder darüber geredet haben. Ich denke, es stünde uns gut zu Gesicht, diese Anliegen im Ausschuss noch einmal miteinander zu beraten. Auch wir sind wirklich für eine Ausschussberatung.

Tatsächlich sinken die ODA-Ausgaben, die Official Development Assistance-Ausgaben, im Landeshaushalt und liegen derzeit unter 200.000 €. Das ist ein dürftiges Feigenblatt. Die Landesregierung verwies in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des Kollegen Schippels darauf, dass bei der Entwicklungszusammenarbeit die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung berücksichtigt werden müssen. Das war der Tenor Ihres Beitrages, Frau Klahn. Das kann irreführend dazu verleiten zu sagen: Wir können uns das überhaupt nicht mehr leisten.

Damit hat es Schleswig-Holstein auf den letzten Rang unter allen Bundesländern geschafft, also Schleswig-Holstein ist ein entwicklungspolitisches Schlusslicht in der Bundesrepublik.

Aus der besagten Antwort der Landesregierung geht weiter hervor, dass sie für sich nicht beansprucht, eine **eigene Strategie** bei der **Entwicklungszusammenarbeit** zu verfolgen. Fraglich aus unserer Sicht ist jedoch, ob die von der Fraktion

#### (Anke Spoorendonk)

DIE LINKE angeführten Vorschläge wirklich zielführend sind.

Die **Selbstverpflichtung** des Landes in Sachen **Beschaffung** wäre natürlich eine Möglichkeit. In Lübeck hat man sich per Ratsbeschluss der Fair-Trade-Bewegung angeschlossen und ermuntert die regionale Wirtschaft, fair gehandelte Produkte anzubieten beziehungsweise auszuschenken.

## (Beifall bei der LINKEN)

Das Gleiche gilt für das Studentenwerk, das Fair-Trade-Kaffee in den Mensen anbietet. Das sind Bausteine für eine entwicklungspolitische Strategie, weil die Erzeuger unabhängiger vom Welthandel werden und abseits der herrschenden Spekulationsgeschäfte rund um Rohstoffe wie Kakao und Kaffee eine stabile Wirtschaft aufbauen können.

Die Strukturprobleme der südlichen Länder fußen ich sagte es bereits - auf **Ausbeutung durch die entwickelte Welt**, sei es durch ruinöse Preise oder etwa durch subventionierte EU-Exporte, die zum Beispiel in Kamerun die ansässigen Hühnerbetriebe in die Pleite trieb.

Realistischerweise wage ich zu bezweifeln, dass es möglich sein wird, auf Landesebene dieses verpflichtend durchzuführen. Fakt ist aber auch: Eine solide wirtschaftliche Grundlage versetzt die Erzeuger in der Dritten Welt in die Lage, ihre Kinder von der Produktion freizustellen und sie zur Schule zu schicken.

Was tun? - Wir alle wissen, dass das Eine-Welt-Engagement in Schleswig-Holstein ausschließlich von regionalen NGO getragen wird. Wer sich die Netzwerkliste anschaut, sieht, dass die Kirche und viele Bildungsträger vertreten sind. Das Land hat sich aus dieser Arbeit zurückgezogen. Da hilft es auch nicht zu sagen, dass die Landesregierung neben fachlicher Beratung insbesondere Veranstaltungen und Seminare zu Nachhaltigkeitsthemen initiiert.

Damit meine ich nicht, dass neue Stellen oder Institutionen geschaffen werden sollen. Um seiner entwicklungspolitischen Verantwortung gerecht zu werden, müsste das Land aber schon mehr leisten und dort, wo es direkten Einfluss hat, auch gezielt darauf hinwirken, dass global gedacht und lokal gehandelt wird. Soll heißen: Bingo-Lotto ist gut, aber Konzepte für Bildungskooperationen wirken nachhaltiger. Das gilt zuerst natürlich für den Hochschulbereich, wobei ich lobend den Studiengang Energie- und Umweltmanagement an der Uni Flensburg erwähnen möchte, weil dort Studienplät-

ze gezielt für Studierende aus Ländern der Dritten Welt reserviert werden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit solche Ansätze verstetigt werden können, brauchen wir neue konzeptionelle Überlegungen. Es ist nötig, dass sich das Land den Hut der Verantwortung aufsetzt.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

# Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Rumpf das Wort.

# **Dr. Juliane Rumpf**, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den vergangenen Jahren hat sich die Verantwortung für die Entwicklungszusammenarbeit neben dem Bund auch auf die Länder, die Kommunen und die Zivilgesellschaft verlagert. Der Grundgedanke dieses Ansatzes ist, dass jede Ebene ihre spezifischen Stärken und Kernkompetenzen in die Entwicklungszusammenarbeit einbringt. In diesem Rahmen nimmt Schleswig-Holstein seine Verantwortung für die Entwicklungszusammenarbeit wahr.

Es ist richtig: Wir konzentrieren uns dabei überwiegend auf die **entwicklungspolitische Inlandsarbeit**.

Schwerpunkte sind: Informations- und Bildungsarbeit und die Unterstützung von Kommunen und Schulen bei der Gestaltung von Nord-Süd-Partnerschaften und anderen Aktivitäten. Diese Leistungen fließen übrigens nicht in die ODA-Leistungen ein und sind deshalb in dem Vergleich nicht vorhanden.

Wir arbeiten eng mit der kommunalen Ebene der Nordelbischen Kirche und dem Bündnis Eine-Welt-Schleswig-Holstein zusammen. Für mich ist diese Inlandsarbeit eine sehr wertvolle Arbeit. Hierein geht sehr viel Engagement vieler Menschen. Ich finde es nicht gut, wenn diese Inlandsarbeit kleingeredet wird.

## (Beifall bei CDU und FDP)

Die Debatte um die Finanzen will ich hier nicht wiederholen. Ich will aber auch auf die Haushaltslage des Landes hinweisen. Ich halte es für eine

## (Ministerin Dr. Juliane Rumpf)

sehr verengte Sichtweise, wenn die Entwicklungspolitik nur anhand von bezifferbaren Ausgaben bewertet wird. Für mich ist Entwicklungspolitik mehr.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag geht in grundlegenden Punkten von unzutreffenden Annahmen aus und ist in seinen Aussagen für die entwicklungspolitische Praxis aus meiner Sicht nicht geeignet. Zwei Beispiele dafür:

Eine **Zuordnung** von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu einzelnen **Millenniumzielen** ist schwierig und insbesondere im Bereich der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit in der Regel auch überhaupt nicht möglich. Diese entwicklungspolitische Bildungsarbeit zielt darauf ab, globale Wirkungszusammenhänge zu vermitteln und Handlungskompetenzen zu stärken. Dieser übergreifende und nur mittelbar wirkende Ansatz lässt eine eindimensionale Zuordnung zu einzelnen Zielen wie Kindersterblichkeit oder Nachhaltigkeit nicht zu.

Der Aufbau einer zusätzlichen Nord-Süd-Partnerschaft des Landes ist für mich keineswegs gleichbedeutend mit einer guten und effektiven Entwicklungszusammenarbeit. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass nur über lange Jahre gewachsene Partnerschaften, die sowohl im Staat als auch in der Gesellschaft verankert sind, einen entwicklungspolitischen Mehrwert bringen. Die Erfahrungen zeigen auch, dass Partnerschaften zwischen Bundesländern und Ländern des Südens durchaus Problempotenzial bergen, insbesondere wenn Bundesländer aufgrund ihrer beschränkten Kapazitäten und Mittel und aufgrund ihrer fehlenden außenpolitischen Befugnisse den Erwartungshaltungen der Partnerstaaten nicht gerecht werden können.

Es gibt also gute Gründe für die bestehende Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern. Die Kompetenzen der Länder liegen ersichtlich in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, die des Bundes in der Auslandsarbeit. Und daran sollten wir festhalten.

Diese Aspekte verdeutlichen, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE in die falsche Richtung weist. Die Entwicklungszusammenarbeit in Schleswig-Holstein ist unter den gegebenen Rahmenbedingungen gut aufgestellt. Neue Handlungsfelder eröffnen hieße, die vorhandene Konzentration der Ressourcen aufzulösen und damit im Ergebnis die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Schleswig-Holstein zu schwächen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

#### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. - Doch, ja; das habe ich sogar auch notiert. Entschuldigung! Die Kollegin Sandra Redmann von der SPD-Fraktion hatte sich zu einem Dreiminutenbeitrag gemeldet. Der sei ihr natürlich gewährt.

## **Sandra Redmann** [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Klahn! Das Land Schleswig-Holstein muss sich nicht um Entwicklungshilfe kümmern. Das war Ihre Aussage, eine interessante Ansicht. Auf der Ministerpräsidentenkonferenz 2008 wurde die besondere Mitverantwortung der Bundesländer unterstrichen und in einem von allen Bundesländern angenommenen Beschluss festgelegt. Informieren Sie sich doch einfach einmal, bevor Sie solche Reden halten.

(Beifall bei der SPD)

Horst Köhler hat auf dieser Konferenz noch einmal die ganz besondere Bedeutung und Verantwortung der einzelnen Länder dargestellt. Auch die Frau Ministerin hat das eben getan.

Frau Klahn, ob das nun Frauenpolitik oder Entwicklungshilfe ist oder zu welchen Themen Sie auch immer sprechen, Sie sind echt auf dem Stand der 50er-Jahre stehen geblieben.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Ich weiß nicht, ob Sie nicht wollen oder ob Sie das nicht können. Aber in dieser Arroganz darüber zu sprechen, wie sich viele, viele Menschen ehrenamtlich - eben wurde es ja auch noch einmal gesagt -, auch in der Kirche engagieren, ob das im Bereich Fair Handeln ist beispielsweise, ob wir als Land solche Kampagnen in dem Bereich auch unterstützt haben - das haben Sie eben alles so weggewischt, als wenn das alles nur Mist und Humbug wäre. So jedenfalls haben Sie in Ihrer Rede eben gesprochen.

Die derzeitigen Verlierer der Globalisierung sind die Entwicklungsländer. Darum kann man nicht herumreden.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Und auf deren Rücken leben wir hier in Wohlstand. Dann so eine anmaßende Rede zu halten, das sucht schon seinesgleichen.

Zudem verbitte ich mir ausdrücklich - jetzt möchte ich Sie bitten, mir auch einmal zuzuhören; Sie haben mich ja eben auch angesprochen -, darüber zu

#### (Sandra Redmann)

urteilen, an welchen Veranstaltungen ich teilnehme oder nicht.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Ich saß gestern in einer Podiumsdiskussion. Jetzt mache ich einmal genau das Gleiche wie Sie: Vielleicht haben Sie die Veranstaltung nach dem Essen ausgesucht, ich nicht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

## Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Anita Klahn.

## Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Redmann, ich möchte gern gleich mit dem letzten Teil Ihrer Rede anfangen. Ich habe mir die Veranstaltung nicht nach dem Essen ausgesucht; denn ich habe dort gar nicht gegessen, sondern ich habe anschließend noch bis um 22:30 Uhr in meinem Büro gesessen.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Meine Damen und Herren! Frau Redmann, ich habe selbstverständlich - dies nur, weil Sie mir vorwerfen, ich hätte mich nicht informiert - den **Beschluss von 2008** gelesen. Ich habe hier auch nicht behauptet, auch nicht ignoriert, dass hier irgendetwas eingestellt wird oder wie auch immer, sondern ich habe lediglich klargestellt - da haben Sie offensichtlich tatsächlich zugehört -: Ja, Entwicklungspolitik steht für uns nicht an erster Stelle. Für uns stehen an erster Stelle die Haushaltskonsolidierung und die Bildung, und zwar nebeneinander. Das lässt sich auch machen.

Ich möchte Sie gern fragen, ob Sie es denn richtig finden, dass Frau Wieczorek-Zeul **China**, jedenfalls solange sie im Amt war, noch subventioniert hat. Das war eine der ersten Amtshandlungen, die Niebel erledigt hat, dieses abzuschaffen. Ehrlich gesagt, finde ich dieses persönlich richtig.

Dann möchte ich Ihnen auch gern noch die Frage stellen, ob Ihnen bekannt ist, dass auch die Kollegin der Grünen, Ursula Eid, selbst einmal gesagt hat, Ziel der Entwicklungshilfe müsse es sein, sich überflüssig zu machen.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber hallo! Wie schafft man das denn? Können Sie mir bitte einmal sagen, wie man das schaffen will, wenn man Menschen weiterhin davon abhängig macht, dass man ihnen Zahlungen gewährt?

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

- Würden Sie bitte dafür sorgen, dass ich kurz zu Ende reden kann? Das wäre nett. - Danke schön.

Ich möchte gern aus der Rede des **Entwicklungsministers Niebel** zitieren, die er vor Kurzem in Heidelberg gehalten hat und die wahrscheinlich auch Sie gelesen haben:

"Die Geber-Seite ist aber nur die eine Problemzone. Die anderen Problemzonen werden immer wieder für die Nehmer-Seite moniert. So kritisierte vor knapp zwei Jahren der Afrika-Kenner Bartholomäus Grill, dass 2,5 Millionen Kenianer von internationaler Nahrungsmittelhilfe leben. Zugleich leiste sich aber die Regierung, 40 Minister, 523 Vizeminister und die weltweit höchsten Politikergehälter."

Ich finde es richtig, dass wir dafür sorgen, dass in Afrika Demokratieprozesse in Gang kommen, dass die Bildung und Hilfe zur Selbsthilfe unterstützt werden, dass **Handelshemmnisse** abgeschafft werden, die dann - und das sagte auch jemand -, wenn sie beseitigt würden, dazu führen würden, dass sich in den Entwicklungsländern 144 Millionen Menschen aus extremer Armut befreien könnten. - Eine Meinung, die auch die Weltbank vertritt.

(Beifall bei der FDP)

#### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

## Anita Klahn [FDP]:

Nein.

### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Also keine Zwischenfrage.

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat sich der Herr Kollege Bernd Voß von der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. Ich erteile ihm nunmehr das Wort.

# Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Einzige, was ich hier von den Regierungsfraktionen vernehme, ist: "Wir können (Bernd Voß)

nicht, wir wollen nicht, wir mögen nicht, und wir sehen überhaupt nicht die Notwendigkeit."

#### (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich nur Ihr Beispiel von Kenia nehme, dann muss ich sagen: Natürlich ist uns klar, dass Good Governance ein ganz zentrales Problem ist, weltweit. Aber das befreit uns gerade auch als Land Schleswig-Holstein nicht davon, dort hinzugehen und weltweit in anderen Regionen aktiv zu werden. Viele kommunale Beispiele zeigen, was letztlich auch auf dem Weg bewirkt werden kann, mehr Kontakte zur Zivilgesellschaft zu bekommen und sie aktiv für einen Wandel zu stärken.

Ich möchte aber auch noch einmal auf die Landesregierung eingehen. Auch sie verweigert sich anscheinend dem, dass wir in den Ausschüssen darüber diskutieren, mit welchem Konzept das Land in das Thema reingehen sollte. Wir haben in der Vergangenheit Ministerpräsidentenbeschlüsse gehabt, die insbesondere die Inlandsbildungsarbeit obenan stellen. Das ist grundsätzlich gut so. Wir sehen auch, was hier in den verschiedenen Institutionen und in den verschiedenen Verbänden im Land geleistet wird. Aber seit 2008 haben wir einen Kanon von acht verschiedenen Initiativen, bei denen Länder aktiv werden sollen, also seit dem Ministerpräsidentenbeschluss 2008, und da ist Bildung nicht mehr dabei. Insofern ist es dringend notwendig, dass wir im Landtag und im Ausschuss mit der Regierung darüber reden, welchen Schwerpunkt das Land setzen sollte.

# (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Einen Punkt mehr, um darauf hinzuweisen, dass das Landwirtschafts- und Umweltministerium hier im Haus keine kohärente Politik in Sachen Entwicklungshilfe verfolgt: Als Stichwort nenne ich den "Milchpulverturm" Neumünster. Gegen mittelständische Unternehmen, die dort investieren wollen - über 60 Millionen €; Hut ab, dass sie diesen mutigen Schritt machen und diese Investition tätigen -, will ich gar nicht reden. Aber das Land steckt in zwei Jahren über 4 Millionen € Subventionen in diese "Milchpulvertürme", die im Grunde das Ziel haben, die inländische Produktion zu steigern, Exportfähigkeit für den Weltmarkt zu schaffen, um letztlich dadurch Märkte in Ländern der Dritten Welt mit zu zerstören. Ich denke, das sind Entscheidungen, die ich in meiner Rede bereits angesprochen habe, die in die falsche Richtung gehen. Wir machen eine Politik, mit der wir Entwicklungshilfe massiv weltweit überhaupt erst notwendig machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Ich denke, auch darüber müssen wir diskutieren. Ich kann nur dringend darum bitten, diesen Antrag in den Ausschuss zu überweisen, um in dieser Legislaturperiode noch konkret zu schauen, was wir umsetzen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt bei der SPD und der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

## Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Zurufe)

- Oh doch! Ja, das war - im Rahmen der Gleichbehandlung - ein weiterer Dreiminutenbeitrag, den ich übersehen habe. Herr Dr. von Abercron, selbstverständlich haben Sie nun das Wort.

## **Dr. Michael von Abercron** [CDU]:

Vielen Dank, liebe Frau Präsidentin. Ich will es auch nur kurz machen. Ich finde, in einer so ernsten Sache sollten wir uns nicht um des Kaisers Bart streiten. Niemand sollte dem anderen absprechen, dass wir die Entwicklungspolitik als eine sehr notwendige, wichtige Maßnahme ansehen.

Frau Spoorendonk, ich habe versucht, mir das klarzumachen: Es ist nicht nur ein Gebot der Nächstenliebe für mich, dass wir Entwicklungshilfe leisten, sondern sie ist auch eine Sicherung und eine Garantie für eine zukünftig lebenswerte Welt. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das Beispiel mit der Universität Flensburg gebracht haben. Gerade darin sehe ich einen der Hauptansätze, den wir nach unseren Möglichkeiten leisten können. Wir können doch nur das leisten, wozu wir wirklich in der Lage sind. Wir können uns an der Stelle nicht überbeanspruchen. Auf nicht mehr oder weniger wollte ich hinweisen. Es ist unheimlich wichtig, dass wir diese Arbeit machen.

Ich glaube, die Ministerin hat sehr deutlich gemacht, dass wir diese **Inlandsarbeit** mit den vielen Initiativen haben, für die wir sehr dankbar sind, die wir niemals ersetzen können und durch die wir Anstöße geben, vermitteln und vielleicht Anschubfinanzierungen geben können. Wenn wir das schaffen, haben wir einen sehr guten Beitrag geleistet, um diese Dinge anzugehen.

Ich glaube, es ist wirklich eine Frage des **Wissenstransfers**. Die Entwicklung durch Wissen in andere

## (Dr. Michael von Abercron)

Länder hereinzubringen, ist unsere Aufgabe. Auf der Bundesebene müssen wir viel tun. Das wissen wir. Aber wir sind alle dabei, und ich glaube, dass wollen wir auch.

(Beifall bei CDU und FDP)

#### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk vom SSW.

## **Anke Spoorendonk** [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen von Abercron dankbar dafür, dass er einiges zurechtgerückt hat. Aber ich warne davor, dass sich verfestigt, dass Entwicklungspolitik als "Nächstenliebepolitik" definiert wird.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich finde Nächstenliebe wichtig, aber Entwicklungspolitik ist mehr.

Da bin ich doch bei dem genannten Buch - ich habe es sogar gelesen, liebe Frau Kollegin; das kommt vor - von **Bartholomäus Grill**. Ich kann es empfehlen. Das Buch heißt "Ach, Afrika". Der Titel dieses Buches macht deutlich, worum es geht. Auf der einen Seite: "Ach, Afrika". Die Probleme wie schlechte Regierungsführung, und Korruption gibt es. Genannt werden auch die historischen Hintergründe wie Sklaverei, Imperialismus und Ausbeutung. Man bekommt alles mit, wenn man dieses Buch liest. Dann versteht man vielleicht ein bisschen mehr, worum es geht. Die andere Seite dieses Buches - "Ach, Afrika" - ist die Faszination und die Begeisterung dafür, was möglich ist.

Ich denke, das hat letztlich auch etwas mit politischen Strategien vor Ort zu tun. Ich sage immer noch: Das Land muss sich auch dieser Verantwortung stellen. Man kann das nicht auf NGOs und andere engagierte Kräfte abwälzen. Das geht nicht. Ich denke, das sollte die Botschaft sein.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

So, nun hoffe ich, dass ich keinen weiteren Dreiminutenbeitrag übersehen habe, und schließe, nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag an den Ausschuss zu überweisen. Jetzt frage ich kurz: Frau Kollegin Redmann und Sie, Herr Kollege Voß, haben Ausschussüberweisung beantragt, federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss? -

(Zurufe)

- Ich frage deshalb, weil wir hier eine kleine Irritation durch den vorbereiteten Sprechzettel hatten.

Wer den Antrag, Drucksache 17/2157, dem Umwelt- und Agrarausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer lehnt die Ausschussüberweisung ab? - Damit ist die Ausschussüberweisung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag, Drucksache 17/2157, in der Sache zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Wer diesen Antrag ablehnen möchte, den bitte ich nunmehr um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe die Tagesordnungspunkte 23, 43 und 58 auf:

#### **Gemeinsame Beratung**

a) Einrichtung einer Gemeinsamen Berufsbildungskonferenz von Bund und Ländern

Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/2188

b) Den Übergang von Schule zu Beruf neu gestalten - kein Abschluss ohne Anschluss

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/2280

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/2308

Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2309

# (Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

## c) Regionale Berufsbildungszentren in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung Drucksache 17/2220

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Ich erteile zunächst dem Minister für Bildung und Kultur, Herrn Dr. Ekkehard Klug, das Wort.

# **Dr. Ekkehard Klug**, Minister für Bildung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Berichtsantrag zur Entwicklung der Regionalen Berufsbildungszentren - kurz RBZ - ermöglicht unter anderem etwas nachzuholen, was in der vergangenen Landtagstagung zu kurz gekommen ist. Wir haben im Januar über die Eigenverantwortlichkeit von Schulen debattiert. Im Mittelpunkt standen dabei die allgemeinbildenden Schulen. Vorreiter dieser Entwicklung hin zu einer eigenverantwortlichen Steuerung der Schule sind aber die berufsbildenden Schulen, insbesondere die Regionalen Berufsbildungszentren.

Auch wenn sich allgemeinbildende und berufsbildende Schulen in vielerlei Hinsicht unterscheiden, bestätigt uns die RBZ-Entwicklung darin, den Schulen insgesamt mehr Gestaltungsspielräume zu geben und den regionalen Akteuren mehr zuzutrauen.

Die berufsbildenden Schulen, die sich in diesem Prozess neu aufstellen, strahlen frisches Selbstbewusstsein und Dynamik aus. Davon konnten wir uns in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder überzeugen, wenn wir Schulen vor Ort besucht haben, wie zum Beispiel die Elly-Heuss-Knapp-Schule in Neumünster, die sich in der Biotechnologie profiliert, oder jetzt beim Richtfest des RBZ-Technik in Kiel. Es gibt eine große Aufbruchstimmung in der Landeshauptstadt, weil das berufsbildende Schulwesen in der Stadt komplett mit drei Regionalen Berufsbildungszentren modernisiert wird.

Zehn Jahre nach dem Start der RBZ-Erprobung und fünf Jahre nach ihrer rechtlichen Verankerung im Schulgesetz hat sich über die Hälfte der berufsbildenden Schulen im Land organisatorisch, pädagogisch und räumlich erneuert. Darüber hinaus wurden die Gestaltungsspielräume der Schulen in Krei-

sen erweitert, die das RBZ-Konzept nicht verfolgen. Insgesamt stellen wir einen Innovationsschub der beruflichen Bildung fest. Dies wird im vorgelegten schriftlichen Bericht im Einzelnen näher ausgeführt.

Meine Damen und Herren, zu den Stärken der Berufsbildung zählt, dass sie auch jungen Menschen ohne Ausbildungsplatz eine Perspektive verschafft. Sie trägt entscheidend zu der im internationalen Vergleich sehr niedrigen **Jugendarbeitslosigkeit** bei. Kaum jemand in Deutschland spricht darüber, dass das angebliche PISA-Wunderland Finnland eine Jugendarbeitslosigkeit von über 20 % aufweist, abgesehen von Frankreich und Italien, die ähnlich hohe Werte haben, oder Spanien, das sogar bei 50 % liegt. Davon sind wir Gott sei Dank weit entfernt; wir liegen bei Werten von deutlich unter 10 %, eher zwischen 7 und 8 %.

Meine Damen und Herren, in Schleswig-Holstein haben wir in den vergangenen Jahren mit intensiver Berufsorientierung sowie mit dem Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt gute Fortschritte gemacht. Es ist heute schon erwähnt worden, dass die Zahl der Schulabbrecher von 10 % Mitte des letzten Jahrzehnts auf jetzt 7 % gesunken ist. Dieses Konzept trägt dazu bei, dass die Situation der Jugendlichen beim Übergang in die berufliche Bildung, ins Arbeitsleben stetig verbessert werden konnte.

Daher ist eine Neugestaltung des Übergangs von der Schule zur Ausbildung, wie die Grünen sie vorschlagen, ein durchaus riskantes Unterfangen. Der Antrag der Grünen orientiert sich am sogenannten Hamburger Modell, das dort seit dem 1. August 2011 stufenweise umgesetzt wird. Die Übertragung dieses Modells berücksichtigt jedoch nicht, dass mit der Berufsfachschule des Typs I in Schleswig-Holstein ein Bildungsangebot wegfallen würde, in dem bisher jährlich über 3.000 Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss starten und dann einen Realschulabschluss erwerben. Dies ist ein Bildungsangebot für Bildungsaufsteiger. Das darf man nicht kaputt machen, wie Sie das mit Ihrem Antrag beabsichtigen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Dass dieser zweijährige Bildungsgang die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen deutlich verbessert, indem er die berufliche Grundbildung mit dem Ziel des Realschulabschlusses verbindet, ist auch ein wichtiges Argument für die Beibehaltung. Zudem ist die Anrechnung eines Berufsgrundbildungsjahrs auf die Ausbildung in der derzeitigen

# (Minister Dr. Ekkehard Klug)

Berufsschulordnung enthalten; gleichwohl entwickeln wir die Berufsfachschule I weiter.

Aus den Erfahrungen anderer Länder, zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, wissen wir, dass die geförderte Umwandlung berufsvorbereitender Maßnahmen in eine überbetriebliche Ausbildung nicht der goldene Weg ist. Uns sollte doch zu denken geben, dass das Pilotprojekt "3. Weg in der Berufsausbildung in Nordrhein-Westfalen" von einer fast 40-prozentigen Abbrecherquote begleitet war.

Entscheidend ist für uns, dass die Jugendlichen individuell gefördert und frühzeitig an die Berufspraxis herangeführt werden. Das entspricht dem, was die aktuelle Forschung etwa des Deutschen Jugendinstituts empfiehlt. Dabei gilt es, die verlässlichen Regelangebote im Übergangssystem weiterzuentwickeln und zugleich die Vielfalt der Maßnahmen zu begrenzen. Es ist sicherlich zu Recht in der letzten Zeit Kritik an einem hohen Maß an Wildwuchs geäußert worden.

Mit einer individualisierten Förderung folgen wir auch dem Leitbild einer zeitgemäßen inklusiven Bildung, die immer auf die individuellen Voraussetzungen der einzelnen Schüler Rücksicht nehmen muss. Deshalb wollen wir mit dem Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt, mit dem Weg, den wir damit eingeschlagen haben, weitermachen und bemühen uns dabei um eine Verlängerung der Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds. Das habe ich Ihnen in der Landtagsdebatte im letzten Monat schon erläutert.

Ich habe Ihnen auch erläutert, dass ich im Namen einer ganzen Reihe anderer Länder im Oktober-Plenum der KMK gegenüber den Vertretern der Bundesregierung angeregt habe, dass wir uns zusammensetzen und überlegen, wie wir die verschiedenen auf Berufseinführung, Übergang ins Arbeitsleben, ausgerichteten Förderprogramme stärker zu einem einheitlichen Konzept zusammenführen können. Es ist wichtig, das in die 2014 beginnende, neue Förderperiode der Europäischen Union einzupassen. Es ergibt keinen Sinn, zum jetzigen Zeitpunkt neue Konzepte festzuzurren, wenn wir noch nicht genau wissen, wie der Beitrag der Europäischen Union zur Finanzierung solcher Programme aussehen kann. Das wird - denke ich - im Laufe des Jahres 2012 geklärt werden, und dann können wir mit dem Bund zusammen in eine nähere Abstimmung, was die Konzepte angeht, eintreten.

Was der SPD-Antrag zu diesem Thema fordert, ist etwas, was wir schon seit Herbst letzten Jahres in Angriff genommen haben und wo wir im Gespräch mit den anderen Bundesländern und vor allem auch mit dem Bund sind.

Nun zum Vorschlag des SSW, eine gemeinsame Berufsbildungskonferenz von Bund und Ländern zu schaffen. Um es vorwegzunehmen: Noch ein Gremium mehr bedeutet nicht automatisch, dass die Zusammenarbeit besser wird. Wir haben in der beruflichen Bildung sehr viele Interessen, Akteure und Institutionen, die Arbeitgeber und die Branchenverbände, die Gewerkschaften, die Bundesländer, verschiedene Bundesministerien wie Bildung, Wirtschaft und Arbeit. Entsprechend gibt es eine Vielzahl von Gremien. Zentrale Funktionen hat der gesetzlich vorgesehene Hauptausschuss beim Bundesinstitut für Berufsbildung. In ihm sitzen Beauftragte der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Länder und des Bundes. Vertreten ist sowohl die Wirtschafts- als auch die Kultusseite. Ein weiteres Gremium mit Integrationsfunktion ist der Bund-Länder-Koordinierungssausschuss Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne. Partner sind Berufsschulvertreter der Länder und zuständige Bundesressorts. Des Weiteren gibt es die Bund-Länder-Ausschüsse für die Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten sowie für die Handwerkswirtschaft und Gewerbeförderung und weitere themenorientierte Arbeitskreise mit Bund-Länder-Beteiligung.

Was wir brauchen, ist eine **gemeinsame Gesamt-strategie** für die berufliche Bildung. Sie muss ein langfristiger Prozess sein, der die unterschiedlichen Interessen berücksichtigt, die Zusammenarbeit der Ressorts stärkt und einzelne Aktionen besser aufeinander abstimmt. In diesem Sinne hat zum Beispiel die Wirtschaftsministerkonferenz in ihrer Sitzung im Dezember 2011 die Bundesregierung aufgefordert, die Bundesprogramme zur Förderung der außerschulischen beruflichen Bildung künftig frühzeitig mit den Ländern abzustimmen. Daran wird gearbeitet, aber ein neues Gremium, wie es die Kollegen vom SSW vorschlagen, brauchen wir dafür nicht

(Beifall bei FDP und CDU)

#### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, verabredet war eine Redezeit von 5 Minuten. Der Minister hat seinen Beitrag auf 9 Minuten 50 Sekunden gestreckt und damit allen Fraktionen die Möglichkeit gegeben, ihre Ausführungen doppelt so lang wie verabredet vorzutragen. Zunächst rufe ich nun Frau Kollegin Anke Spoorendonk vom SSW auf.

## **Anke Spoorendonk** [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, vielen Dank für den Bericht. Herr Minister, Sie haben in Ihren letzten Bemerkungen bestätigt, dass wir eine **gemeinsame Bund-Länder-Konferenz** brauchen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wer sich die vielen Debatten, die wir zum Thema Kooperationsverbot geführt haben, noch einmal durch den Kopf gehen lässt, wird sich daran erinnern, dass die berufliche Bildung in diesem Kontext kaum eine Rolle gespielt hat. Das Kooperationsverbot trifft aber die berufliche Bildung gleichermaßen. Unser Ziel ist vor diesem Hintergrund, die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung verstärkt in den Mittelpunkt der Diskussion zu rücken.

Konkret fordern wir - das ist ja bekannt - die Einrichtung einer Bund und Länder übergreifenden gemeinsamen Berufsbildungskonferenz. Das Vorbild solch einer Konferenz könnte die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz sein. Diese Konferenz wurde wegen des Kooperationsverbots ins Leben gerufen. Man hat damit eine Klammer hinbekommen, die für die Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik von hoher Bedeutung ist. Das heißt, wir schlagen die Bildung einer gemeinsamen Berufsbildungskonferenz aus all den guten Gründen, die der Minister vorhin genannt hat, vor. Wir wollen, dass damit auch deutlicher wird, dass die berufliche Bildung in den kommenden Jahren vor massiven Herausforderungen steht und dass eine Klammerfunktion des Bundes notwendig ist.

Die Einführung von Regionalen Berufsbildungszentren sollte sowohl - auch das haben wir schon gehört - die Schulautonomie als auch die regionale Berufsbildung stärken, damit die Regionen schneller auf Ausbildungsplatzbedarfe reagieren können und eine bessere Verzahnung von Theorie und Praxis erreicht werden kann. Wie der vorliegende Bericht deutlich macht, sind diese Erwartungen bisher jedoch nur in Ansätzen erfüllt worden. Es gibt Regionen, in denen es eine Gründungsdynamik für RBZ gibt, andere haben sich entschieden, keine zu etablieren, oder haben sich nach der Erprobungsphase gegen die Etablierung ausgesprochen und möchten die Entwicklung der bestehenden RBZ erst einmal abwarten.

Der SSW hat die Einrichtung Regionaler Berufsbildungszentren von Anfang an positiv begleitet und als wünschenswert angesehen. Wir betrachten die-

sen Prozess als wichtigen Schritt, um eine zeitgemäße Berufsbildung in unserem Land zu etablieren. Unser Ziel ist die **flächendeckende Umwandlung** von Berufsschulen in RBZ. Wir lassen uns dabei von der Vorgehensweise Niedersachsens leiten, wo nach einer festgelegten Frist diese Umwandlung auch **verbindlich** sein soll. Diesen Punkt können wir hoffentlich im Ausschuss noch einmal aufgreifen und hören, wie das konkret in Niedersachsen läuft.

Der SSW steht also zu seiner Forderung nach mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die berufsbildenden Schulen. Als Anstalten des öffentlichen Rechts ist es ihnen auch möglich, diese neuen Rahmenbedingungen zu nutzen. Das klappt - wie gesagt - mal besser und mal schlechter. Entscheidend scheint in erster Linie die Unterstützung des Schulträgers, also der Kreise und kreisfreien Städte, zu sein.

Aber auch das Land agiert in bestimmten Fragen wenig hilfreich. Es kann nicht sein, dass Berufsschulen, die zu RBZ fusionieren, was die Stellen für Schulleitungen angeht, schlechter gestellt sind als eigenständige Berufsschulen. Das ist wirklich kontraproduktiv, weil dadurch zum einen der Eindruck entsteht, als sei die Einrichtung von RBZ so eine Art Sparkonzept, zum anderen wenig Wertschätzung für die Leistung zum Ausdruck gebracht wird, wofür eine **Fusion von Beruflichen Schulen** steht. Vielmehr sind Qualifizierungen für das Lehrund Leitungspersonal der RBZ, eine an den Zusatzaufgaben orientierte Vergütung und eine angemessene Personalstärke erforderlich.

Nach Meinung des SSW muss es künftig auch verstärkt die Möglichkeit geben, dass RBZ Träger von Weiterbildung werden. Ich kann mich noch gut an die ziemlich unerfreulichen Diskussionen in der Entstehungsphase der RBZ erinnern. Heute wissen wir viel mehr darüber, wie wichtig es ist, berufliche Weiterbildungsmaßnahmen aus einer Hand zu haben. Das ist unserer Meinung nach eine originäre Aufgabe der RBZ. Man könnte auch sagen, dass der damalige Kompromiss - denn das war einer mit den Einrichtungen der privaten Wirtschaft seit Gründung eines privaten Wirtschaftsgymnasiums in Kiel aufgekündigt worden ist. Hier hat sich das Bildungsministerium völlig aus der Verantwortung gestohlen.

Als Letztes sei genannt, dass es zum Thema berufliche Bildung nunmehr drei Anträge gibt, die sich mit dem wichtigen Thema Übergang von Schule zu Beruf befassen. Ich hoffe, es wird möglich sein, diese Anträge auch im Ausschuss näher zu beraten. Für den SSW daher nur drei Stichworte:

#### (Anke Spoorendonk)

Erstens bin ich der Auffassung, dass das von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bevorzugte Hamburger Modell sich nicht eins zu eins auf Schleswig-Holstein übertragen lässt. Meines Erachtens brauchen wir weiterhin die Berufsfachschule Typ I. Da bin ich bei dem Minister. Wir sollten uns aber näher ansehen, welche Arbeit dort geleistet werden soll und ob alles zielführend ist. Die völlige Abschaffung würde aber jungen Menschen die Möglichkeit verbauen, sich schulisch weiterzuentwickeln, sprich auch einen höheren Abschluss zu bekommen. Statt also jetzt alles abzuschaffen, wäre es aus unserer Sicht wünschenswert, Pilotprojekte durchzuführen, die ausgewertet werden könnten.

Zweitens sieht der SSW die verstärkte **Einbindung privater Träger** in die berufliche Bildung zunehmend kritischer.

#### (Beifall beim SSW)

Viele Projekte laufen zum Beispiel nicht einmal ein Jahr, und oft genug muss man sich die Frage stellen, ob nicht die Nachhaltigkeit der Maßnahme auf der Strecke bleibt. Bei aller Sympathie für **Produktionsschulen**, so ist dies in der Vergangenheit oftmals ein großes Problem gewesen. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, das Konzept der Produktionsschulen - dazu steht der SSW, er kennt das System auch von Erfahrungen in den skandinavischen Ländern - in die Arbeit der RBZ zu integrieren. Ich weiß, dass es dazu Bestrebungen gibt.

Drittens. Auch wir sehen die Notwendigkeit, die **Durchlässigkeit des Systems** zu fördern. Das heißt für uns aber auch, dass es nicht angehen kann, dass der Übergang in die Oberstufe des allgemeinbildenden Gymnasiums mit einem Versetzungszeugnis geschieht, während für das Gymnasium an berufsbildenden Schulen außerdem bestimmte Noten in Kernfächern gefordert werden. Das hat mit Gleichwertigkeit wirklich wenig zu tun.

## (Beifall bei SSW und der LINKEN)

Übergeordnet besteht die zentrale Herausforderung darin, die verschiedenen Möglichkeiten der beruflichen Bildung zu optimieren und in ein landesweites, transparentes System einzufügen. Dazu ist für den SSW ein klar gestuftes, modulares Ausbildungssystem unabdingbar, das formell und informell erworbene Kompetenzen berücksichtigt und für alle offensteht.

Ich beantrage also die Überweisung nicht nur des Berichtes, sondern auch der Anträge, in den Ausschuss. (Beifall bei SSW und der LINKEN sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich nunmehr der Kollegin Ines Strehlau das Wort.

## Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die RBZ-Entwicklung zeigt ganz klar, was wir wollen. Wir haben dort die Autonomie der Schulen und bundesweit in großen Teilen gleiche Rahmenbedingungen, weil die duale Ausbildung in großen Teilen gleich ist. Da müssen wir hinkommen.

#### (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war aber nur eine Nebenbemerkung. Eigentlich wollen wir uns mit dem Übergang von Schule in den Beruf befassen. Jedes Jahr beginnen mehr als ein Drittel aller Jugendlichen, die in das Berufsbildungssystem eintreten, ihre berufliche Laufbahn im sogenannten Übergangssystem. Sie gehen in unterschiedliche Maßnahmen bei einem Weiterbildungsträger, der beruflichen Schule, oder sie gehen an die Berufsfachschule. In Schleswig-Holstein waren es 2009 mehr als 12.500 Jugendliche. Dadurch entstanden Kosten in Höhe von mehr als 170 Millionen €, die von EU, Land und zum größten Teil von der Agentur für Arbeit gezahlt wurden. Das ist der Grund dafür, warum wir eine niedrige Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen haben. Das liegt nicht daran, weil sie sich alle in einer Ausbildung befinden, sondern weil sie in diesen Warteschleifen stecken. Da müssen wir ran.

# (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Hans Müller [SPD])

Das Erschreckende daran ist, dass das Geld nicht für qualifizierende Ausbildungen ausgegeben wird, sondern für einen **Maßnahmendschungel**, der intransparent, nicht anerkannt qualifizierend und unkoordiniert ist. Wird eine Maßnahme beendet, und es ist kein Ausbildungsplatz gefunden, kommt die nächste Maßnahme. Oder der Jugendliche fällt aus dem Raster und landet im staatlichen Transfersystem

In dieser Woche war eine Besuchergruppe mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern von ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen bei uns im Landtag. Frau Franzen und Herr Heinemann haben sie mit mir zusammen betreut. Die Schülerinnen und Schüler hat-

#### (Ines Strehlau)

ten alle einen Schulabschluss - zumindest in meiner Gruppe - und sagten, die Maßnahme bringe sie nicht weiter. Das ist nicht hinnehmbar. Wir müssen jetzt konsequent umsteuern und aus dem Maßnahmendschungel ein System machen: transparent, koordiniert und qualifizierend.

# (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir brauchen einen Übergang in die Berufsausbildung direkt im Anschluss an die Schule für jeden Jugendlichen. Hamburg macht es uns vor. Und auch die Bertelsmann Stiftung unterstützt die Grundzüge dieses **Hamburger Modells**. Es gab dazu eine große bundesweite Veranstaltung im letzten April in Berlin, bei der die Bertelsmann Stiftung das vorgestellt hat. Da gab es auch eine große Zustimmung von den Ländern.

Es soll für uns zukünftig vor allem drei Wege zu einer Berufsausbildung geben. Die erste Säule ist die **duale Ausbildung**. Sie hat sich bewährt und muss erhalten werden. Übrigens haben im Jahr 2011 bei Handwerkskammer und IHK 3.523 beziehungsweise 2.880 Jugendliche mit Hauptschulabschluss eine Ausbildung begonnen. Das sind weit mehr als die Hälfte eines Hauptschulabschlussjahrgangs, nicht 5 %, wie es vor Kurzem ein Spitzenkandidat von sich gegeben hat.

Die zweite Säule bildet ein **berufsqualifizierendes Jahr** für Schülerinnen und Schüler, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Dieses Jahr wird auf die Ausbildung angerechnet. Das ist jetzt in der Theorie möglich, Herr Klug, aber es wird in der Praxis sehr wenig gemacht. Wir müssen die Kammern dazu bewegen, dieses Jahr anzuerkennen.

#### (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wird noch ein ganz dickes Brett sein. Nach diesem Jahr sollen sie möglichst in eine Ausbildung ins duale System überwechseln. Wenn das nicht gelingt, beenden sie die Ausbildung an einer Beruflichen Schule oder bei einer außerbetrieblichen Einrichtung.

Frau Spoorendonk, Sie haben über die BFS I gesprochen. Wir wollen das so aufbauen, dass das Berufsqualifizierungsjahr das erste Jahr an der BFS I ersetzt, dass also ganz viel Praxis reinfließt. Wenn aber Schülerinnen und Schüler sagen: Mensch, ich will meinen mittleren Schulabschluss machen und mir die Theorie auch noch antun, dann sollen sie das zweite Jahr auch noch machen können. Wir wollen also nicht den BFS I total totmachen, son-

dern das umwandeln. Wir wollen das erste Jahr in das berufsqualifizierende Jahr umwandeln.

Die dritte Säule sind die **Produktionsschulen** für Schülerinnen und Schüler meist ohne Schulabschluss, die noch Unterstützung brauchen, bis sie fit für die Ausbildung sind. Die Produktionsschulen können gut an Regionale Bildungszentren angegliedert werden. Produktionsschulen gibt es in Dänemark seit mehr als 30 Jahren mit überzeugenden Konzepten. Teilweise gibt es auch bei uns schon Kooperationen mit dänischen Produktionsschulen, zum Beispiel in Lübeck. Daneben wird es wohl in geringem Maß weiterhin ausbildungsvorbereitende Maßnahmen geben, aber auch diese mit Übergang in das duale System.

Hamburg hat auch da einen interessanten Ansatz: Ausbildungsvorbereitung dual für Förderschülerinnen und Förderschüler und Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss und Jugendliche mit einem schwachen Hauptschulabschluss. Von den im vergangen Jahr aufgenommen 2.000 Jugendlichen haben 45 % innerhalb des ersten Jahres einen dualen Ausbildungsplatz bekommen.

#### (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch die Praktika können die Schülerinnen und Schüler ihre Qualitäten zeigen, auch wenn der Abschluss nicht so gut ist. Natürlich ist das Hamburger Modell nicht eins zu eins umsetzbar. Stadtstaat und Flächenland kann man nicht eins zu eins vergleichen. Wir brauchen bei uns eine deutliche Regionalisierung. Dennoch können wir die Grundzüge des Konzeptes gut übernehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserem Konzept bekommen alle Jugendliche eine Chance in einem transparenten, aufeinander aufbauenden und qualifizierenden Ausbildungssystem. Um dieses Konzept umzusetzen, brauchen wir alle, Agentur für Arbeit, Berufliche Schulen, Weiterbildungsträger, Kammern und Ministerien. Dazu müssen alle an einen Tisch. Das wird etwas sein, was die nächste Landesregierung vorantreiben muss. Wir Grüne haben dazu schon einen vielversprechenden Auftakt gesetzt.

In den vergangenen zweieinhalb Jahren habe ich mit vielen Beruflichen Schulen, Weiterbildungsträgern, den Kammern und den Jugendlichen über dieses Konzept diskutiert und dafür geworben. Wir haben viele positive Rückmeldungen dazu bekommen. Das System lässt sich wahrscheinlich sogar **kostenneutral** umsetzen, denn Lehrkräfte, die heute in der Unterstufe der Berufsfachschule I arbeiten,

#### (Ines Strehlau)

würden dann in das Berufsqualifizierungsjahr wechseln.

Wir brauchen aber auch weiterhin Mittel von der EU, zum Beispiel für das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt, und Mittel von der Agentur für Arbeit. Die Agentur ist offen dafür, weil sie selbst sieht, dass die ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen nur mäßig erfolgreiche Reparaturmaßnahmen sind. Wir müssen jetzt die Chance ergreifen und den Systemwechsel vollziehen - konsequent und transparent im Sinne der Jugendlichen und der Wirtschaft.

Zu unserem Abstimmungsverhalten brauche ich nichts mehr zu sagen. Wir sind dafür, die Anträge in den Ausschuss zu überweisen. Wir sehen, dass uns die SPD bei dem Systemwechsel noch nicht so konsequent folgt. Wir würden uns wünschen, dass wir jetzt die Chance nutzen, dies zu tun. Aber vielleicht kommen wir im Ausschuss noch auf eine Linie

Den Bericht zu den Regionalen Berufsbildungszentren werden wir dann weiter diskutieren. Auch für uns haben die Regionalen Berufsbildungszentren gezeigt, dass sie deutlich flexibler auf Bedarfe im Ausbildungsbereich reagieren können und die Weiterbildungslandschaft bereichern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

# Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Heike Franzen das Wort.

#### Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da die Kollegin Herold, die dieses Thema eigentlich bearbeitet, erkrankt ist, werde ich heute stellvertretend für sie reden.

(Beifall der Abgeordneten Marion Herdan [CDU])

Die berufliche Bildung ist die größte Säule unseres Bildungssystems. Unsere berufsbildenden Schulen leisten hochqualifizierte und qualitativ sehr gute Arbeit. Dennoch wird der beruflichen Bildung zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Das ist schlecht, denn gerade auf dem Bildungssektor stehen durchgreifende Reformen an. Dazu gehört die Gestaltung des wirtschaftlichen Strukturwandels auf dem Ausbildungsmarkt ebenso wie die europäische Einbet-

tung der dualen Ausbildung sowie die bessere Verzahnung zwischen Schulen und Unternehmen.

Der vorliegende Bericht, der eine Bestandsaufnahme zur Errichtung von Regionalen Berufsbildungszentren in Schleswig-Holstein darstellt, macht deutlich, dass gerade diese Beruflichen Schulen, was die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft angeht, auf einem sehr guten Weg sind. Mit der Organisationsstruktur des RBZ haben die Beruflichen Schulen darüber hinaus mehr Flexibilität erhalten, um auf dynamische Entwicklungen im Bereich der Berufsbilder sowie auf die Anforderungen der Wirtschaft zu reagieren. Überdies haben sie mehr Raum für Eigenverantwortung vor Ort und arbeiten sowohl mit regionalen Anbietern auf dem Fort- und Weiterbildungssektor als auch den regionalen Unternehmen eng zusammen.

Die positive Entwicklung der RBZ macht gerade meine Kollegin Herold immer wieder gern an der **Eckener-Schule in Flensburg** fest, die sozusagen als einer der Pioniere dieser Organisationsentwicklung für diesen Prozess vom Bundesinstitut für Berufsbildung mit dem Weiterbildungs-Innovationspreis 2006 ausgezeichnet wurde und heute als Schulbetrieb in breiter Vernetzung mit regionalen Weiterbildungsanbietern und der Wirtschaft super aufgestellt ist.

(Beifall bei CDU und SSW)

Auch ich als Schleswig-Flensburgerin kann die in dem Bericht genannten Kreise, die bis heute keine Regionalen Berufsbildungszentren eingerichtet haben, nur ermuntern, diesen Weg zu gehen.

(Beifall bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich im Folgenden kurz auf den Antrag zur Einrichtung einer **Berufsbildungskonferenz** von Bund und Ländern eingehen, deren Etablierung mit der Aufhebung des Kooperationsverbots einhergehen würde. Und deshalb möchte ich für die CDU-Fraktion noch einmal betonen: Das Kooperationsverbot hat sich nicht bewährt. Niemand versteht, warum Bund und Länder in zentralen Fragen der Bildungspolitik nicht zusammenarbeiten dürfen. Das sagen auch viele, die die Föderalismusreform unterstützt haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Bund und Länder müssen gemeinsam gestalten. Fesseln, die das behindern, müssen wir abstreifen. Das Grundgesetz muss geändert werden. Wie eine **Bund-Länder-Kooperation** im Bereich des beruflichen Schulwesens aussehen könnte, würde ich

#### (Heike Franzen)

gern im Bildungsausschuss diskutieren. Denkbar wäre für die CDU, die Aufgaben der Bund-Länder-Kommission zu reaktivieren.

Abschließend noch ein Wort zum Antrag der Grünen zur Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf. Wahrscheinlich haben die Grünen hier Handlungsbedarf gesehen, da der Spitzenkandidat der SPD in der letzten Woche - wir haben es heute Morgen schon einmal gehört - behauptet hat, dass 95 % unserer Hauptschülerinnen und Hauptschüler keinen Ausbildungsplatz erhalten. Ich weiß nicht, von welchem Land Herr Albig spricht. Fest steht, dass er sich offensichtlich in Schleswig-Holstein, dem Land, welches er ja regieren möchte, nicht auskennt. Das ist nicht nur peinlich, meine Damen und Herren, sondern schadet auch dem Ansehen junger Menschen in unserem Land und insbesondere dem Image unseres Schulsystems.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag enthält durchaus positive Anregungen. Darüber sollten wir im Bildungsausschuss reden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vieles aber läuft in Schleswig-Holstein auf dem Sektor bereits sehr gut. Die einzelnen Bedarfe könnten in der Tat besser aufeinander abgestimmt und strukturiert werden. Jedem jungen Menschen ein Recht auf einen Ausbildungsplatz zu garantieren, das hält die CDU allerdings für abwegig. Der Staat soll also **Ausbildungsplatzgarantien** vergeben? - Das ist Planwirtschaft pur, meine Damen und Herren, und für uns als Verfechter der sozialen Marktwirtschaft nicht darstellbar.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend bedanke ich mich für die Erstellung des Berichts sehr herzlich bei unserem Bildungsminister und beantrage für die CDU-Fraktion die Überweisung der Anträge an den Bildungsausschuss.

(Beifall bei CDU und FDP)

# **Vizepräsidentin Marlies Fritzen**:

Ich erteile nunmehr der Frau Kollegin Anette Langner von der Fraktion der SPD das Wort.

## **Anette Langner** [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir trotz der in-

tensiven Debatte heute Vormittag zum Bildungsbereich jetzt für den Bereich der **beruflichen Bildung** einen eigenen Tagesordnungspunkt haben und wir die berufliche Bildung ganz besonders in den Blick nehmen können. Solche Gelegenheiten haben wir nicht allzu oft. Insofern ist das schön.

(Beifall bei der SPD)

Die unter sozialdemokratischer Verantwortung eingeleitete Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren ist ein Kernstück unserer Politik und wird es bleiben. Diese Schulstruktur ist nach unserer Überzeugung ein Eckpfeiler für die Sicherung des lebenslangen Lernens in der Fläche. Aber wir sagen auch ganz klar, dass keinem Schulträger diese Entscheidung aufgezwungen werden kann. Aber in der Tat - das ist heute schon zur Sprache gekommen -, die Frage der Eigenverantwortung ist die zentrale Frage für die Beruflichen Schulen und auch für die RBZ. Deswegen haben auch die Schulträger, die sich noch nicht entschieden haben, diesen Weg zu gehen, den beruflichen Schulen mehr Eigenverantwortung gegeben. Das ist auch gut so.

Es bleibt trotzdem bei den RBZ eine ganze Reihe von Baustellen, die zum Teil Sache des Schulträgers sind - das ist bei der Fragestellung des SSW auch deutlich geworden -, zum Beispiel die Schulsozialarbeit. Man muss aber sagen, dass das Thema Verantwortung der Schulträger für die RBZ eine gute Sache ist. Das zeigt der Erfolg der RBZ in Kiel. Das ist nämlich kein Erfolg der Landespolitik, sondern das ist ein Erfolg des Kieler Oberbürgermeisters und der Mehrheit aus Rot-Grün und SSW in der Ratsversammlung,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die sich dafür entschieden haben, hier in Kiel eine **Bildungsinvestition** zu tätigen, die wirklich einmalig in der Bundesrepublik ist. Das kann man, glaube ich, nur in Gänze unterstützen.

Es gibt natürlich auch eine ganze Reihe von Dingen, die Aufgabe des Landes sind. Hier geht es besonders um die **Sicherung der Unterrichtsversorgung**, die an den Beruflichen Schulen schlechter ist als an den allgemeinbildenden Schulen. Es geht auch um Fragen der Leitungs- und Verwaltungsaufgaben an den RBZ. Darauf hat die Kollegin Spoorendonk schon hingewiesen.

## Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Klug?

## **Anette Langner** [SPD]:

Ja, bitte.

**Dr. Ekkehard Klug** [FDP]: Frau Kollegin, ist Ihnen eigentlich bekannt, dass das Land Schleswig-Holstein den Kieler RBZ-Prozess mit Zuschüssen von 18 Millionen € unterstützt hat beziehungsweise in den weiteren Etappen noch unterstützen wird und dass das in Kiel nie etwas geworden wäre, wenn sich das Land nicht in diesem Umfang engagieren würde?

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

- Lieber Kollege Klug, das ist mir bekannt. Das finde ich auch gut und richtig. Aber man muss doch auch einmal deutlich sagen, dass die Stadt Kiel auch einen ganz erheblichen Beitrag leistet und dass das nur in der Kooperation der beiden Verantwortungsträger möglich ist.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ein weiteres wichtiges Thema für die RBZ ist die Verzahnung der beruflichen Gymnasien mit den Gemeinschaftsschulen bei der Sicherung von Angeboten der gymnasialen Oberstufe. Da gibt es aus unserer Sicht noch wesentlichen Verbesserungsbedarf. Aber auch die Kooperation mit den Fachhochschulen ist ein Thema an den RBZ, das dort intensiv diskutiert und auch von uns unterstützt wird.

Den Bericht sollten wir in den Ausschuss überweisen. Ich hoffe, dass wir es in dieser Legislaturperiode noch schaffen, diesem Bericht auch tatsächlich die Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, die das Thema verdient hat. Wenn nicht, denke ich, dass wir uns das sicherlich in der nächsten Legislaturperiode noch einmal vornehmen.

Die dem **Kooperationsverbot** zwischenzeitlich zum Opfer gefallene **Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung** hatte einen eigenen Arbeitskreis "Berufliche Ausund Weiterbildung".

Das Rahmengesetz für die berufliche Bildung ist ein Gesetz des Bundes. Insofern haben wir bei den Beruflichen Schulen nicht nur zwei Verantwortungspartner, sondern gleich vier: den Bundesgesetzgeber, den Landesgesetzgeber, die Kreise und andere Träger der Beruflichen Schulen sowie natürlich die ausbildende Wirtschaft.

Diese Ebenen müssen eng miteinander verzahnt werden. Das **Bundesinstitut für Berufsbildung** leistet wichtige Arbeit bei der Koordinierung der Standardsetzung, aber es ist kein politischer Entscheidungsträger, und es ist auch nicht für die politische Koordination der genannten Ebenen zuständig. Insofern halten wir die Einrichtung einer **Berufsbildungskommission**, wie sie in dem Antrag des SSW vorgeschlagen ist, für den richtigen Weg.

Denn die Grundprobleme der beruflichen Bildungsstellen sind in allen Bundesländern gleich: Wie senken wir die Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss? Wie gestalten wir das Übergangssystem? Wie akquirieren wir möglichst für jeden jungen Menschen einen geeigneten Ausbildungsplatz? Wie garantieren wir Ausbildungsstandards, die nicht nur zwischen den Bundesländern, sondern auch auf europäischer Ebene abgestimmt werden müssen? Wie erreichen wir eine stärkere Internationalisierung der beruflichen Bildung mit mehr grenzüberschreitender Mobilität? Wie müssen wir die Beruflichen Schulen im Bereich des lebenslangen Lernens weiterentwickeln?

Wenn es uns nicht gelingt, was ja zwischen den Fraktionen des Landtags unstrittig ist, dass das Kooperationsverbot aufgehoben wird, sollte es zu einer grundsätzlichen **Neuregelung der angesprochenen Gremien** kommen. Das wird nicht in den
nächsten Wochen der Fall sein. Deswegen ist die
Einrichtung einer **gemeinsamen Berufsbildungskonferenz von Bund und Ländern**, aber auch unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände
und der Ausbilder der richtige Weg.

Die von mir genannten Leitfragen stehen natürlich auch hinter dem Antrag, den wir zum Übergang von Schule und Beruf gestellt haben, den die Grünen initiiert haben und den wir mit einem Änderungsantrag ergänzt haben. Das ist ein Bereich, dem wir ganz besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Dieses Übergangssystem kostet uns bundesweit im Jahr 5,6 Milliarden €. Wir haben zum Teil einen unübersichtlichen Wildwuchs von berufsvorbereitenden Maßnahmen. Trotzdem gelingt der Übergang in den Beruf für viele Jugendliche allzu oft nicht.

Es wird dann immer gesagt: Der Fachkräftemangel kommt jetzt auch; dann ist das Problem gelöst. Aber ich glaube, das ist Augenwischerei. Wir werden auch bei einer zunehmenden Anforderung an Auszubildende dieses Problem des Übergangssys-

#### (Anette Langner)

tems nicht entschärfen, weil dort ganz andere Probleme vorhanden sind, die dazu führen, dass viele Jugendliche nicht in die Ausbildung gehen. Deshalb brauchen wir eine Gesamtkonzeption für ein aufeinander abgestimmtes System, das der Forderung gerecht wird, dass jeder Jugendliche in Schleswig-Holstein das Recht auf eine Ausbildung hat.

Frau Strehlau, wir haben viel Sympathie für das Hamburger Modell. Wir haben das an vielen Stellen auch diskutiert. Aber ich bin auch der Ansicht, dass es erhebliche Unterschiede zwischen einem Stadtstaat und einem ländlich organisierten Land wie Schleswig-Holstein gibt. Deswegen kann man das Modell nicht eins zu eins übertragen. Aber die Zielrichtung finde ich absolut richtig und völlig in Ordnung. Daher hätte auch ich großes Interesse daran, dass wir in den Ausschüssen noch einmal darüber diskutieren, wie wir vielleicht einen eigenen schleswig-holsteinischen Weg finden, der genau die Zielsetzung hat, die hier von allen angesprochen worden ist.

Wir sind also nicht allzu weit voneinander entfernt. Wir haben sicherlich eine Differenz bei dem Thema der **Berufsfachschule I**. Das haben Sie ja ein bisschen erklärt. Ich habe es auch so verstanden, als wollten Sie die Berufsfachschule abschaffen. Wir glauben, dass die Erfahrungen, die wir mit unserem Konzept "Schule & Arbeitswelt" gemacht haben, durchaus in ein Konzept einzubringen und zu übertragen sind. Deswegen haben wir den Änderungsantrag gestellt. Aber ich glaube, da sind wir insgesamt dicht genug beieinander, sodass wir im Ausschuss vielleicht einen Antrag formulieren könnten, der alle unsere guten Ideen und Gedanken zusammenträgt.

Wichtig für mich ist, dass wir ein effektiveres Übergangssystem haben, das nicht unter dem Gesichtspunkt der Kostengünstigkeit oder des Einsparens von Mitteln gesehen wird, sondern unter dem Gesichtspunkt, dass wirklich jeder Jugendliche in Schleswig-Holstein, der eine Ausbildung machen möchte, auch die Chance dazu bekommt. Ich glaube, dass wir gute Voraussetzungen haben, das in Zukunft auch erreichen zu können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und SSW)

#### **Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die FDP-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Cornelia Conrad das Wort.

## **Cornelia Conrad** [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst danke ich unserem Minister und seinen Mitarbeitern für diesen informativen Bericht.

Aus unserer Sicht sind die berufsbildenden Schulen und die Regionalen Berufsbildungszentren mit ihren vielfältigen Bildungsgängen ein gleichrangiger, integraler Bestandteil unseres Bildungssystems. Die Stärkung der Eigenständigkeit und damit auch die Stärkung der Eigenverantwortung von Schulen ist und bleibt ein wesentliches Ziel der FDP. Wir wollen den Schulen Freiräume eröffnen, damit diese auf Bedarfe vor Ort eingehen können. Die rechtliche Selbstständigkeit, wie sie die RBZ aufweisen, eröffnet den Schulen ein hohes Maß an Gestaltungsmöglichkeiten in der Region, das nur gemeinsam mit dem Schulträger geschaffen werden kann. Wir werden auch weiterhin die Schulen unterstützen, die diesen Prozess in Abstimmung mit dem Schulträger einleiten möchten.

Gleichwohl sehen wir auch noch Möglichkeiten bei der Weiterentwicklung der beruflichen Bildung. Die Einrichtung eines eigenständigen Landesseminars für berufliche Bildung am IQSH war dabei ein wichtiger Schritt zur Stärkung der beruflichen Bildung. Weiter im Fokus stehen für uns die Ausbildungskapazitäten für die Lehrämter in den Mangelbereichen. Diese soll durch einen entsprechenden Studiengang in Kiel erweitert werden.

In diesem Zusammenhang will ich noch einen Satz an die versammelte Opposition richten.

(Zurufe: Oh!)

Mit Ihren Planungen, die Oberstufen an Gemeinschaftsschulen auszubauen beziehungsweise Oberstufenzentren zu schaffen, werden Sie nicht nur die Gymnasien, sondern auch die berufsbildenden Schulen in arge Bedrängnis bringen. Die Gymnasien und die berufsbildenden Schulen bieten ausreichende Angebote, um den Weg zur Fachhochschulreife oder auch zum Abitur zu ermöglichen. Insbesondere die berufsbildenden Schulen bieten hier eine Vielzahl von Bildungsgängen und sichern damit die Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem. Es ist viel besser, die Kooperation von Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe mit den Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen voranzutreiben, als wissentlich eine weitere Schulart zugunsten einer anderen zu beschädi-

Meine Kolleginnen und Kollegen, nun zu den Anträgen. Der Antrag der Grünen formuliert einige

#### (Cornelia Conrad)

hehre Rechte, die wir aber nicht als zielführend erachten. Stattdessen halten wir den von der Bundesregierung mit den Tarifpartnern beschlossenen Ausbildungspakt für das richtige Instrument, da sich auch schon Erfolge eingestellt haben. So berichtet die Bundesagentur für Arbeit, dass jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Angebot auf Ausbildung oder Qualifizierung gemacht werden konnte. Ich denke, das ist ein wirklich guter Schritt in die richtige Richtung. Der Fachkräftemangel allerdings ist ein Indiz dafür, dass es schwierig ist, überhaupt entsprechende Bewerber zu finden.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Oder Brillen, Herr Kollege Matthiessen.

Das Angebot an Lehrstellen übersteigt mittlerweile in vielen Regionen und Branchen die Zahl der Bewerber. Deswegen ist ja ein Kernpunkt des Pakts, alle Potenziale zu erschließen, die Ausbildungsreife sicherzustellen und die Berufsorientierung zu verbessern. Auch das Land ist hier ressortübergreifend sehr aktiv mit seinen Initiativen.

Welchen weiteren Gewinn die Ansätze der Grünen bringen könnten, sollten wir dann in den Ausschussberatungen klären, ebenso wie die weiteren Änderungsanträge der Opposition. So halten wir zum Beispiel Ihre Forderung für realitätsfern, die einjährige BFS I verbindlich auf die Ausbildungsdauer anzurechnen. Das muss man sich einmal bei einer zweijährigen Ausbildung vorstellen: Wenn da schon ein Jahr angerechnet werden soll, wird das so nicht funktionieren. Da fehlt dann ja jedes grundlegende, fundierte Fachwissen.

Zum Antrag des SSW betreffend die Einrichtung von Berufsbildungskonferenzen stellt sich für meine Fraktion die Frage, warum es eines neuerlichen Koordinationsgremiums bedarf, da doch bereits jetzt die aufgeworfenen Fragen entweder durch die Fachministerkonferenzen oder auch andere Gremien geregelt werden. Welche Vorteile die neue Konferenz dann bringen soll, sollte vielleicht in einer weiteren Ausschussberatung geklärt werden. Daher stimmen auch wir hier der Ausschussüberweisung zu.

(Beifall bei FDP und CDU)

#### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich dem Herrn Abgeordneten Björn Thoroe das Wort.

#### **Björn Thoroe** [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn meiner Rede erst einmal Folgendes feststellen: Es gibt nach wie vor nicht genügend Ausbildungsplätze in diesem Land.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Jedes Jahr suchen bundesweit Zehntausende Schulabgängerinnen und Schulabgänger vergeblich nach einem Ausbildungsplatz, und nur jedes vierte Unternehmen bildet noch aus. Hier in Schleswig-Holstein ist es ähnlich. Ich möchte Ihnen das auch an Zahlen belegen.

Die Bundesagentur für Arbeit hat 61.787 ausbildungswillige und - wie sie es nennt - ausbildungsfähige Bewerberinnen und Bewerber für das letzte Ausbildungsjahr registriert. Eigentlich muss man noch die hinzurechnen, die die Bundesagentur als nicht ausbildungswillig einstuft; diese Einstufung erfolgt völlig willkürlich. Aber selbst dann, wenn wir das einmal außer Acht lassen, stehen diesen knapp 62.000 Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, nur 50.000 Ausbildungsplätze gegenüber. Das heißt, auf einen Jugendlichen, der nach einer Ausbildung sucht, kommen 0,82 Ausbildungsplätze. Sie können also noch so tolle Übergangsprogramme machen, es nützt alles nichts, wenn es nicht genügend Ausbildungsplätze gibt. Die Zahlen, die immer von Ihnen vorgelegt werden, sind durch Statistiktricks geschönte Zahlen. Sie geben die Realität einfach nicht wieder.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Deshalb rückt DIE LINKE von ihrer **Forderung** nach einer Ausbildungsplatzumlage nicht ab. Wir fordern wie die Gewerkschaften: Wer nicht ausbildet, muss zahlen. Die Unternehmen haben eine gesellschaftliche Verantwortung, junge Menschen auszubilden. Die Politik muss dafür sorgen, dass sie sich dieser Verantwortung stellen.

# (Beifall bei der LINKEN)

Die Grünen wählen mit ihrem Antrag einen ein bisschen anderen Weg. Schulische Ausbildungen und überbetriebliche Ausbildungen sind nicht das, was DIE LINKE unter guter Ausbildung versteht. Wir wollen Jugendlichen eine Ausbildung ermöglichen, die auch hinterher auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt wird.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, Jugendliche in ihrer Berufsorientierung zu unterstützen, ihre Stärken und Interessen zu unterstützen und sie auf ihrem Weg in die berufliche Ausbildung zu begleiten.

(Björn Thoroe)

Deshalb fordern wir, wie die SPD, das Programm "Schule & Arbeitswelt" auszuweiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte noch kurz auf den Antrag des SSW eingehen. Eine **gemeinsame Bildungsplanung** ist für DIE LINKE von zentraler Bedeutung. Deshalb plädieren wir für die Wiederherstellung der Bund-Länder-Kommission "Berufliche Aus- und Weiterbildung". Ähnlich wie der Flickenteppich aus 16 deutschen Schulsystemen gibt es auch in der beruflichen Ausbildung seit der Föderalismusreform keine **länderübergreifende Instanz** mehr, die sich mit der beruflichen Ausbildung beschäftigt. Kleinstaaterei betrifft das gesamte Bildungssystem. Wir werden deshalb dem Antrag des SSW zustimmen, wenn er denn aus dem Ausschuss wieder zurückkommt.

Abschließend noch ein paar Sätze zu dem Bericht über die Regionalen Berufsbildungszentren in Schleswig-Holstein. DIE LINKE steht der Idee von RBZ erst einmal grundsätzlich positiv gegenüber. Nur, was für uns als Linke besonders deutlich wird, ist, dass die RBZ angehalten sind, ihren Kompetenzbereich ein bisschen zu verändern. In den Mittelpunkt tritt zunehmend die Wirtschaftlichkeit der Standorte. Dass der Schulleiter plötzlich zum Geschäftsführer wird, ist einer der harmloseren Nebeneffekte dieser Entwicklung. RBZ müssen einen Teil ihres Haushalts selbst erwirtschaften. Die sogenannten Geschäftsführer müssen sich zum Beispiel durch Vermietung von Räumen einen Teil des Haushalts der Schule selbstständig von Dritten finanzieren lassen und auch sonst noch nach Drittmitteln suchen.

Am RBZ in Kiel ist tatsächlich eines deutschlandweit einzigartig: Das RBZ in Kiel ist das größte PPP-Projekt Deutschlands. Ein RBZ, das so finanziert ist, lehnen wir ab.

Langfristig zahlen die Kreise und Kommunen die Zeche dafür, dass sich das Land aus der **Ausfinanzierung des Bildungssystems** zurückzieht. DIE LINKE will RBZ wieder so ausfinanzieren, dass sie sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können, die Berufsbildung.

(Beifall bei der LINKEN)

# Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, bitte ich Sie um Aufmerksamkeit für zwei Bemerkungen bezüglich unserer weiteren Zeitplanung. Angesichts der Dauer dieser Debatte schlage ich vor, dass wir bei der einstündigen Sitzungsunterbrechung zur Mittagspause bleiben und uns hier um 14:30 Uhr wieder treffen. Ich verweise darauf, dass wir dann mit dem gesetzten Tagesordnungspunkt 32 - Einheitliche Standards für einen besseren Schutz von Pflegekindern - beginnen, woran sich die Punkte 18 A - Wahl der Mitglieder der 15. Bundesversammlung sowie 16 - Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums - anschließen.

Ich weise Sie darauf hin, dass für beide Wahlvorgänge eine qualifizierte Mehrheit im Parlament vorhanden sein muss.

Wir kommen zur Abstimmung. Es ist beantragt worden, die Drucksache 17/2188 sowie die Drucksachen 17/2280, 17/2308, 17/2309 sowie 17/2220 zur weiteren Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer dieser Überweisung zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe. - Stimmenhaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause.

(Unterbrechung: 13:21 bis 14:31 Uhr)

#### Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

# Einheitliche Standards für einen besseren Schutz von Pflegekindern

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/2259 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der SPD hat Frau Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

## Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 16. Januar starb ein 11-jähriges Kind in Hamburg. Dieses Kind war ein Pflegekind, also ein Kind, das der Jugendhilfe bekannt ist, ein Kind, das aus der eigenen Familie herausgenommen wurde, um in einem sicheren und behüteten Umfeld untergebracht zu werden.

# (Serpil Midyatli)

Jetzt werden Sie sagen: Das war doch in Hamburg. Stimmt. Schleswig-Holstein kennt so einen Pflegekinderfall bisher nicht. Wir wollen es trotzdem zum Anlass nehmen, das **Pflegekinderwesen** in Schleswig-Holstein zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Denn der Schutz von Kindern und Jugendlichen muss kontinuierlich ausgebaut werden.

Es ist Ihre Aufgabe, Herr Minister Garg, hier immer genau hinzuschauen, wie denn die örtliche **Umsetzung** erfolgt. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen muss auf Ihrer Prioritätenliste ganz oben stehen.

#### (Beifall bei SPD und der LINKEN)

Leider musste das Land erleben, dass der Kinderschutz in Schleswig-Holstein in den letzten zweieinhalb Jahren nicht weiterentwickelt wurde. In diesem sensiblen Bereich haben CDU und FDP sogar Kürzungen vollzogen.

Herr Minister Dr. Garg, Sie sollten sich nicht immer hinter Gesetzen verstecken und die Verantwortung gänzlich abgeben.

(Zuruf von Minister Klaus Schlie)

- Das habe ich gehört, Herr Minister Schlie. - Das lassen die Gesetze auch nicht zu.

(Zuruf)

- Ja, Frauen-Multitasking.

§ 49 SGB VIII - -

(Unruhe)

- Meine Herren, sind wir da vorne gleich durch? Sie können gerne mitentscheiden, wenn Sie möchten. Ich mache das so wie in der Schule. Ich bin so lange still, bis alle still sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

§ 49 SGB VIII enthält einen Landesrechtsvorbehalt, sodass das Nähere zu den Aufgaben im Abschnitt "Schutz von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege und in Einrichtungen" das Land regeln kann. Und § 82 SGB VIII besagt, dass die oberste Landesjugendbehörde die Weiterentwicklung der Jugendhilfe anzuregen und zu fördern hat. Die Länder sollen die Jugendämter bei der Arbeit und bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen. Also gibt es genügend Spielraum, um unseren Landesverfassungsauftrag, nämlich den Schutz von Kindern und Jugendlichen, umzusetzen.

Aber auch die notwendigen Weiterentwicklungen durch das Bundeskinderschutzgesetz und die Emp-

fehlungen zum Umgang mit Kindern und Jugendlichen bei sexuellen Übergriffen und Missbrauch erfordern ein **Überprüfen aller Handlungsspielräume**. Dafür war der erste Runde Tisch im Sozialministerium ein erster Schritt.

Unser Antrag ist auch eine Reaktion auf Äußerungen und Berichte, dass in Schleswig-Holstein im Pflegekinderwesen unterschiedlich agiert wird. Wir wissen nun, dass es **Empfehlungen der Kreise und kreisfreien Städte** für die fachliche Arbeit im Bereich des Pflegekinderwesens gibt. Doch es bleibt festzustellen, dass nicht überall die Empfehlungen gleichermaßen umgesetzt werden. Hier finden wir - gibt es noch Handlungsbedarf.

Wir fordern daher **verbindliche Standards** für einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und der LINKEN)

Wir wollen und können nicht einfach die Verantwortung abgeben. Wenn was passiert, dann sind ganz einfach die örtlichen Jugendhilfeträger schuld. Wir wollen, dass freie Träger die Jugendämter in ihrer Arbeit unterstützen. Daher halten wir es für sinnvoll, dass sich im Pflegeelternwesen alle Akteure im Land auf allen Ebenen darüber verständigen, wie denn **einheitliche Standards** für Schleswig-Holstein entwickelt und verbindlich umgesetzt werden können. Dafür ist es auch wichtig, die Betroffenen einzubinden.

Ich betone, dass wir mit diesem Antrag niemanden vorverurteilen wollen. Wir sind dankbar für die Arbeit der Pflegeeltern. Ihre Hilfsbereitschaft, ein Kind aufzunehmen, ist sehr wichtig und verdient unsere Anerkennung und Unterstützung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Es gibt für viele Kinder die Gelegenheit, Liebe und Geborgenheit zu erleben, die ihnen leider im häuslichen Umfeld vorenthalten wurde.

Auch die Arbeit der Jugendämter ist nicht immer leicht und verdient unsere volle Unterstützung, aber auch unseren Einsatz für eine personell gut ausgestattete Hilfestruktur. Wir, die SPD-Fraktion mit Unterstützung der Grünen, wollen den bestmöglichen Schutz von Kindern und Jugendlichen in unserem Bundesland, und das verdient unser aller Einsatz.

32 Sekunden hätte ich noch.

(Serpil Midyatli)

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und der LINKEN)

## Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Ich begrüße auf der Tribüne Mitglieder der Seniorenunion Eutin. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Potzahr das Wort.

## Mark-Oliver Potzahr [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir bei diesem Tagesordnungspunkt über Konsequenzen aus dem Tod der 11-jährigen Chantal aus Hamburg diskutieren, möchte ich als Erstes unsere Bestürzung und Betroffenheit über diesen sinnlosen Tod und die skandalösen Begleitumstände zum Ausdruck bringen.

Es waren ähnliche Fälle, die den 16. Landtag veranlasst haben, ein **schleswig-holsteinisches Kinder-schutzgesetz** zu beschließen.

Was aber ist nun heute 2012 die richtige politische Reaktion auf diesen tragischen Fall? - Was auf jeden Fall nicht hilft, sind politische Schuldzuweisungen. Weder die Kritik an Minister Garg vonseiten der SPD bringt uns weiter noch der Hinweis auf die Parteizugehörigkeit der Verantwortlichen auf Bezirksebene. Die Verhinderung von Kindeswohlgefährdung ist eben keine politische Streitfrage, sondern eine Aufgabe, der wir uns alle stellen wollen und müssen.

(Beifall bei CDU und FDP sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus meiner Sicht muss die öffentliche Diskussion dringend in eine andere Richtung gelenkt werden. Wir müssen aufpassen, dass ein zutreffendes Bild von **Pflegeeltern** gezeichnet wird. Einige Talkshows im Fernsehen haben leider ein einseitig verzerrtes Bild von raffgierigen Pflegeeltern gezeichnet, die sich nicht um die ihnen anvertrauten Kinder kümmern. Dabei braucht - Frau Midyatli hat das bereits gesagt - unsere Gesellschaft engagierte Pflegeeltern, die Kindern, die aus vielfältigen Gründen nicht mehr in ihrer Familie leben können, eine neue Familie bieten.

(Beifall bei CDU und FDP sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Menschen, die diese Aufgabe verantwortungsbewusst wahrnehmen, gebührt unser Respekt und unser Dank.

Wenn wir nun den konkreten Fall betrachten, muss man leider eines klar sagen: Die besten Leitlinien hätten bei dem überforderten Hamburger Jugendamt leider nichts genutzt.

Blicken wir nach Schleswig-Holstein. Uns liegen die bestehenden **Leitlinien** für fachliche Standards im Pflegekinderwesen von Landkreistag und Städtebund vor, die zwar nicht vollständig verbindlich sind, aber einen sinnvollen Rahmen für die konkrete Einzelfallentscheidung bilden. Was wir zu den vorhandenen Standards brauchen, sind ausreichend ausgestattete Jugendämter vor Ort, die das Kindeswohl auch in der Praxis in den Vordergrund stellen und jedem Hinweis auf Kindeswohlgefährdung nachhaltig nachgehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, wir sind in Schleswig-Holstein nicht schlecht aufgestellt, und ich bin mir ziemlich sicher, dass ein jedes Jugendamt tragische Fälle wie diesen zum Anlass nehmen muss, sich intern zu fragen, ob man selber auch für ähnliche Problematiken ausreichend aufgestellt ist.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Sätze zu dem sagen, was wir aus unserer Sicht als Landtag tun sollten oder könnten, zumal wir den von Rot-Grün gestellten Antrag nicht für zielführend halten. Wir könnten die Jugendämter an einen runden oder an einen eckigen Tisch bitten und einen Erfahrungsaustausch über die Anwendung der geschilderten Standards anregen.

(Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig könnte dieser Fall ein Anlass sein, unser Kinderschutzgesetz zu überprüfen und erneut einen **Landeskinderschutzbericht** anzufordern. Der ist zur Überprüfung des Gesetzes vorgesehen. Der von uns in dieser Legislaturperiode diskutierte war ja eigentlich der Bericht für die 16. Periode, und der dann von jetzt uns anzufordernde fällt dann leider der verkürzten Legislaturperiode zum Opfer. Aber das ist eine Aufgabe, die in der nächsten Legislaturperiode geleistet werden muss.

Lassen Sie uns im Ausschuss darüber diskutieren, welche Maßnahmen jetzt angebracht sind. Schnellschüsse führen uns nicht zum Ziel und sind kein wirksamer Beitrag zum Kinderschutz.

(Beifall bei CDU und FDP)

## Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

#### Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte SPD! Offensichtlich misstrauen Sie Ihren eigenen Entscheidungen. Ich möchte daran erinnern, dass das für Schleswig-Holstein gültige **Kinderschutzgesetz** unter der Federführung der SPD-Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht 2008 entstanden ist. Und - auch das führe ich hier gern aus - es wird in Fachkreisen als gut bezeichnet, was natürlich nicht heißt, dass man es nicht noch optimieren könnte.

### (Zuruf von der SPD)

Ihr Antrag basiert auf einem aktuellen Hamburgischen Vorfall. Genauso wie Sie fragten sich auch die die Regierung tragenden Fraktionen: Kann so etwas auch in Schleswig-Holstein passieren? Nach welchen Kriterien werden Pflegeeltern zugelassen? Und die dringend Frage lautet: Wie wird sichergestellt, dass die **Betreuung von Pflegekindern** qualitativ dauerhaft gut ist?

Auch wir Liberale führten Gespräche mit dem Verband Kinder in Adoptiv- und Pflegefamilien, kennen die Stellungnahme des Kinderschutzbundes und somit die Argumentationslinie nach einer zusätzlichen Fachaufsicht auf Landesebene sowie nach Standardisierungen zur Überprüfung von Pflegefamilien. Aus diesem Grunde bat die FDP-Fraktion für die letzte Sozialausschusssitzung um eine Stellungnahme des Ministeriums. Minister Dr. Garg hat dankenswerterweise ausführlich die rechtlichen Rahmenbedingungen im Pflegeelternwesen dargelegt.

Ich möchte gern noch einmal die wichtigsten Punkt hervorheben. Das ist bitte nicht damit gleichzusetzen, dass wir uns dahinter verstecken.

Allein die Einhaltung der bundesgesetzlichen Vorgaben des Zweiten Abschnitts des SGB VIII, speziell § 44, hätten dazu geführt, dass in keinem deutschen Bundesland einer Familie wie im Fall der Chantal überhaupt ein Kind zugesprochen worden wäre. Für Schleswig-Holstein wurden im Rahmen dieser Gesetzgebung landesrechtlich zusätzlich in § 38 Jugendförderungsgesetz die Versagungsgründe weiter spezifiziert und eindeutig klargestellt, wann Pflegeeltern eine Pflegeerlaubnis versagt werden muss. So ist die Pflegeerlaubnis unter anderem dann zu versagen, wenn die persönliche Eig-

nung nicht nachgewiesen werden kann, wenn nicht die Gewähr für das sittliche Wohl des Kindes gegeben ist, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht geordnet sind und wenn die Pflegepersonen nicht frei von ansteckenden Krankheiten sind sowie wenn nicht ausreichender Wohnraum vorgehalten wird.

Ebenfalls wichtig ist aus unserer Sicht die Grundsatzentscheidung des Bundesgesetzgebers, diese Aufgabe auf kommunaler Ebene anzusiedeln. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit vor Ort, persönliche Kontakte und Kenntnisse des Umfeldes bieten mehr Schutz als eine kilometerweit entfernte Landesfachaufsicht.

Jede **Vermittlung** unterliegt strengen **Aufsichts-kriterien**. Die Beachtung dieser Gesetze und der Versagensgründe obliegen auf Kreisebene den zuständigen Mitarbeitern der Jugendämter. Dass diese ordnungsgemäß prüfen und arbeiten, verantworten in der Hierarchie der zuständige Fachbereichsleiter, der Amtsleiter, der Landrat und letztlich über die Kommunalaufsicht der Innenminister. Ich frage Sie: An welcher Stelle wollen Sie da noch eine weitere Aufsichtsstelle zwischensetzen?

Aktuell haben die Kreise und kreisfreien Städte **Empfehlungen** erarbeitet, in denen differenziert die fachlichen Standards und die Gestaltung der Hilfeprozesse für das **Pflegekinderwesen** in unserem Land dargestellt sind. Die Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts bewirkt, dass ein vollzeitbeschäftigter Amtsvormund mindestens einmal pro Monat sein Mündel aufsuchen muss, und zwar dort, wo es lebt, und höchstens 50 Vormundschaften oder Pflegschaften betreuen darf. Damit soll sichergestellt werden, dass ein persönlicher und kontinuierlicher Kontakt gewährleistet ist.

Meine Damen und Herren, wo Missstände bestehen, müssen sie dringend beseitigt werden. Aber wie Sie auch selbst in Ihrem Antrag beschreiben, liegt aktuell kein Ereignis in Schleswig-Holstein vor, welches konkreten Handlungsbedarf erfordert. Die gesetzlichen Vorgaben, sowohl bundesrechtlich als auch landesrechtlich, sind ausreichend, und auch die kommunale Familie hat ihre Hausaufgaben gemacht. Die bedauerlichen Ereignisse in Hamburg sind ganz klar auf eine eklatante und skandalöse Missachtung der Vorschriften zurückzuführen. Deswegen ist es immer gut, wachsam zu sein und kontinuierlich Verfahrensabläufe zu kontrollieren und zu optimieren. Dies darf aber nicht dazu führen, dass ein Generalverdacht gegen Pflegeeltern oder Mitarbeiter unserer Jugendämter ausgesprochen wird.

(Anita Klahn)

(Beifall bei der FDP)

Die FDP steht zum Pflegeelternwesen. Wir wollen es stärken. Aber wir wollen keinen unnötigen Aktionismus. In Schleswig-Holstein hat sich das Regelwerk bewährt. Dieses gilt es einzuhalten, wozu die jeweils Verantwortlichen und Vorgesetzten aufgefordert sind.

(Zuruf von der SPD)

Wir stimmen einer Ausschussüberweisung zur weiteren Beratung im Ausschuss zu.

Weil Sie gerade noch so nett dazwischengerufen haben, möchte ich noch sagen: Misstrauen wurde im Sozialausschuss von allen Ihren Kollegen ausgesprochen. Daraus ließ sich ableiten, dass ich es sehr bedauert habe, dass der Kollege meinte, eine Heimunterbringung sei besser als eine in der Familie. Ich hoffe, dass das nicht Meinung der SPD generell ist.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

#### **Dr. Marret Bohn** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die elfjährige Chantal starb 20 Stunden, nachdem sie eine einzige Tablette Methadon zu sich genommen hatte. Die Hamburger Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Pflegeeltern wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung. Weil Chantal in staatlicher Obhut zu Tode gekommen ist, ermittelt die Staatsanwaltschaft weiterhin auch gegen das Jugendamt sowie den betreuenden freien Träger der Jugendhilfe.

Inzwischen ist der zuständige Bezirksamtsleiter zurückgetreten. Das sind sicherlich alles angemessene Konsequenzen, aber aus Sicht von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN reichen diese nicht aus. Um das einmal ganz deutlich zu sagen: Es geht hier aus meiner Sicht nicht um eine Kritik an der jetzigen Landesregierung. Bei diesem Thema wünsche ich mir, dass wir sowohl den Respekt vor der Familie, der das passiert ist, als auch allen Beteiligten ausdrücken, und mit etwas mehr Sensibilität an das Thema herangehen. Ich glaube, das wäre ganz angemessen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir müssen sowohl inhaltliche als auch fachliche **Konsequenzen** aus der Situation ziehen. Die Sozialbehörde ordnete eine Überprüfung der vorliegenden Akten an. In mehr als 50 Fällen gibt es bei **Pflegeeltern** Hinweise auf Drogenprobleme oder Straftaten. Die Behörden entdeckten bei ihrer Aktendurchsicht bei 40 Pflegeeltern Anhaltspunkte für mögliche Suchtprobleme. In 13 Fällen gab es Hinweise darauf, dass Pflegeeltern straffällig geworden waren. Bei 14 Pflegekindern war die Wohnsituation so, dass sie als schlecht bezeichnet werden musste.

All diesen Hinweisen muss nun und wird sicherlich zügig nachgegangen werden. Aber noch einmal: All diese Informationen haben schon vorgelegen. Sie waren in den Akten vorhanden. Drogensucht, unzumutbare Wohnverhältnisse, frühere Straftaten - bei Chantal kamen alle diese Probleme in einer Pflegefamilie zusammen. Dieser Familie hätte man die Verantwortung für ein Pflegekind mit Sicherheit nicht übertragen dürfen. Warum dies dennoch passiert ist, ist Gegenstand der Ermittlungen. Kinder, die in Pflegefamilien vermittelt werden - das hat die Kollegin Midyatli eben ganz richtig gesagt - brauchen Schutz und Unterstützung aus der Gesellschaft. Sie können sich selbst nicht helfen. Sie können sich selbst diesen Schutz nicht geben, weil sie aus Familien kommen, wo das nicht vorhanden war. Diese Kinder sind zu einem großen Teil traumatisiert, sie sind unsicher, verschlossen und instabil. Für uns Grüne ist es ganz wichtig und unser Ziel, dass alle diese Kinder den Schutz bekommen, den sie brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und des Abgeordneten Mark-Oliver Potzahr [CDU])

Gerade deswegen müssen wir hier besonders genau hinsehen. Wir müssen uns auch immer fragen - auch wenn es gute Gesetze gibt; und das Gesetz, das hier beschlossen worden ist, ist bestimmt ein gutes Gesetz -, ob es noch besser werden kann. Deshalb unterstützen wir Grüne die Forderung des Kinderschutzbundes voll und ganz. Abgestimmte Verfahrensweisen, einheitliche Auswahlkriterien bei Pflegefamilien - das sollte aus unserer Sicht landesweit ein Standard sein zur Sicherheit der Kinder und auch aus unserer Verantwortung heraus.

Einen gewissen Rahmen haben wir schon, der liegt vor. Diskutiert werden muss, was genau außer einem polizeilichen Führungszeugnis noch sinnvoll sein könnte. Auch da sollten wir nichts vorwegnehmen. Auch das sollten wir gemeinsam mit den Kommunen und den Fachleuten besprechen.

#### (Dr. Marret Bohn)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Flemming Meyer [SSW])

Auch - das ist gerade eben in der Debatte schon deutlich geworden - sollten wir alle bei dem Thema darauf achten, dass wir den Pflegeeltern, die bereit sind - jedenfalls in diesem Punkt klang es so durch, als wären wir uns da einig -, unseren vollen Dank und unseren Respekt dafür aussprechen, dass sie die Kinder in ihre Familien aufnehmen.

Der gemeinsame Antrag, den wir gemeinsam mit der SPD gern auf den Weg bringen und jetzt in den Sozialausschuss überweisen möchten, soll aus unserer Sicht das, was hier in Schleswig-Holstein schon geleistet worden und was gut ist, noch besser machen. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir gemeinsam im Ausschuss beraten könnten, wie es aussehen könnte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und des Abgeordneten Mark-Oliver Potzahr [CDU])

## Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Antje Jansen das Wort.

#### **Antje Jansen** [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Über eines brauchen wir hier ganz gewiss nicht zu streiten: Wir müssen alles tun, was in unserer Macht steht, um einen neuen Fall "Chantal" zu verhindern. Trotzdem müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass wir die Maßstäbe für die Auswahl von **Pflegeeltern**, für ihre Betreuung und auch für die Kontrolle noch so hoch setzen: Eine völlige Sicherheit werden wir damit nicht erreichen.

Weil Pflegeeltern eben Menschen sind, kann an jedem Tag irgendwo in unserem Land ein mit dem Fall "Chantal" vergleichbares Ereignis eintreten. Trotzdem dürfen wir das nicht als natürliches Restrisiko betrachten und die Hände in den Schoßlegen. Wenn ein Pflegekind zu Tode kommt, haben wir allen Anlass zu prüfen, ob unser Auswahl- und Betreuungssystem Lücken hat. Wir müssen nicht nur die vorhandenen Standards und Maßstäbe hinterfragen. Die stehen erst einmal auf dem Papier. Wir müssen auch klären, ob die Wirklichkeit unseres Pflegekinderwesens mit den gesetzlichen Standards mithalten kann.

Die Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein haben **Empfehlungen für fachliche Stan-** dards für das Pflegekinderwesen in Schleswig-Holstein erarbeitet. Wie gesagt, es handelt sich um Empfehlungen. Und die kommen nicht aus dem luftleeren Raum, sondern gehen auf die Vorarbeit des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zurück. Die damit vorhandenen Standards sind umfassend, nach unserer Meinung sind sie fachlich sorgfältig und differenziert. Das gilt auch für den Teil der Empfehlungen, der sich mit der Auswahl, Qualifizierung und Betreuung von Pflegeeltern beschäftigt.

Auf dem Papier ist schwer zu sehen, was man mehr tun könnte. Das befreit uns nicht von der Notwendigkeit, diese **Standards** regelmäßig auf den **Prüfstand** zu stellen und weiterzuentwickeln. Aber die erste Hauptfrage ist doch: Können wir verbindlich einheitliche Standards in Schleswig-Holstein festlegen? Schon die zweite Hauptfrage ist dann: Wie bekommen wir zuverlässig die Umsetzung und die Anwendung dieser Standards hin?

#### (Beifall bei der LINKEN)

Das führt uns zu den Beschäftigten in den Jugendämtern oder bei den beauftragten freien Trägern. Wir müssen eben nicht nur die Standards setzen, sondern wir müssen auch sicherstellen, dass die Betreuungsschlüssel deren Umsetzung auch zulassen. Notwendig ist die Ausstattung der Pflegekinderdienste mit genügend Personal.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Flemming Meyer [SSW])

Nach unserer Kenntnis sind die Kolleginnen und Kollegen, die diese Arbeit leisten, gut qualifiziert und hoch motiviert. Aber viele von ihnen sind bis an die äußerste Belastungsgrenze und darüber hinaus beansprucht. Die Fälle von Beratung und Betreuung nehmen auch immer mehr zu. Wenn sich ein Mitarbeiter im Pflegekinderdienst faktisch um 82 Kinder kümmern muss, dann ist es kein Wunder

(Zuruf)

- doch! -, dass es zu Aussagen wie dieser kommt, die ein Zitat von einem Mitarbeiter aus Ratzeburg ist: Dieser Betreuungsschlüssel liegt jenseits aller fachlichen Gebote, die gesetzlichen Rechtsansprüche sind nur bedingt zu erfüllen. Insbesondere ergeben sich daraus auch Risiken in der Wahrnehmung des Kinderschutzes.

(Wortmeldung der Abgeordneten Anita Klahn [FDP])

## Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

### **Antje Jansen** [DIE LINKE]:

Nein, ich möchte weiterreden. - Das muss ganz klar gesagt werden: Das ist dann auch eine Frage des Geldes. Ob Sie es hören wollen und ob Sie sich zuständig fühlen oder nicht, es ist auch eine Frage vornehmlich der kommunalen Finanzen. Wenn heute finanzklamme Kommunen die sogenannte Aufgabenreduzierung auf die Tagesordnung setzen, bedeutet das eine Reduzierung von gesetzlichen Aufgabenerfüllungen auf das äußerste Minimum. Das heißt aber nichts anderes als eine faktische Standardabsenkung. Denn hier wird in der Not das letzte Quäntchen Luft aus den Personalschlüsseln herausgequetscht.

Die notwendige Folge ist die Überlastung auch der Beschäftigten. Ich denke, diesen Aspekt müssen wir kritisch betrachten, das ist nämlich die Realität, auch wenn Sie es hier vielleicht nicht wahrhaben wollen. Aber ich bin auch in der Kommune tätig, und ich erlebe das auch in Lübeck.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Im System fehlen zunehmend die Reserven. Wenn überlastete Kollegen durch Krankheit ausfallen, müssen andere, die nicht weniger überlastet sind, ihre Arbeit mit erledigen. Da muss man sich nicht wundern, wenn Hausbesuche auf die lange Bank geschoben werden. Da passiert es eben auch, dass Elterngespräche im Fließbandverfahren abgewickelt werden - und das nicht aufgrund mangelnder Motivation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sondern aus schierer Zeitnot.

DIE LINKE unterstützt den von SPD und BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN gestellten Antrag zur Weiterentwicklung einheitlicher Standards. Wir wollen auch, dass die Bedingungen der Umsetzung der Standards hier zum Thema dieser Debatte werden. Kinder und Pflegekinder müssen von uns allen geschützt werden. Wir finden, dass das das Wichtigste ist. Ich freue mich auch auf die Debatte im Ausschuss.

(Beifall bei der LINKEN sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort für die Fraktion des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer.

## Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kinderschutz hat in Schleswig-Holstein einen hohen Stellenwert. Das Landeskinderschutzgesetz und die Kinderrechte in der Verfassung unseres Landes machen dies deutlich. Unser Land muss sich bei diesem Thema bestimmt nicht verstecken. Hier geben wir CDU und FDP recht. Doch vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse stellt sich zu Recht die Frage, wie es um den Schutz von Pflegekindern in Schleswig-Holstein steht.

Anlass für den vorliegenden Antrag ist der Tod eines Pflegekindes in Hamburg. Leider passiert so etwas immer wieder. Auch bei den über 3.000 Pflegekindern hier in Schleswig-Holstein gibt es vereinzelt Fälle von Vernachlässigung und Misshandlung. Wir wissen, dass Regeln und Vorschriften solche Dinge nicht zu 100 % verhindern können. Doch ohne in blinden Aktionismus verfallen zu wollen, sehen wir es als das Mindeste an, dass das zuständige Ministerium sorgfältig prüft, ob der Schutz von Pflegekindern ausreichend ist. Denn nur, weil in Schleswig-Holstein bisher nichts vergleichbar Tragisches geschehen ist, heißt es noch lange nicht, dass hier alles in bester Ordnung sein muss

(Beifall bei SSW, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Die SPD weist zu Recht darauf hin, dass es nach dem SGB VIII Aufgabe des Landes ist, den Schutz von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien und den Einrichtungen zu regeln. Auch wenn die Ausführung bei den Kreisen und kreisfreien Städten liegt, ist es bei Weitem nicht so, dass dem Land hier bei dieser wichtigen Angelegenheit die Hände gebunden wären. Sowohl über das Jugendförderungs- wie auch über das Kinderschutzgesetz kann der Schutz von Pflegekindern verbessert werden.

Dabei sage ich für den SSW ganz deutlich: Diese Möglichkeit müssen wir dringend nutzen, wenn sich herausstellt, dass für die Gewährleistung des bestmöglichen Schutzes Änderungen notwendig sind.

Denn nach unserer Meinung muss sich durch eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema zeigen, ob - und wenn ja, welche - Änderungen nötig sind. Dass dabei der umfassende Schutz von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege und Einrichtungen das Maß aller Dinge sein muss, ist sicher allen klar.

## (Flemming Meyer)

Es ist allerdings nicht so, dass überhaupt keine landesweiten Vorgaben bei der Auswahl und Überprüfung von Pflegeeltern existieren. Hier ist der Antrag vielleicht ein bisschen missverständlich formuliert. Denn das **Jugendförderungsgesetz** nennt Kriterien für die Erteilung und den Entzug der **Pflegeerlaubnis**. Der SSW hat überhaupt keinen Zweifel daran, dass die Kommunen als örtliche Träger der Jugendhilfe ihrer Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen nachkommen. Das ist klar.

Doch leider gibt es in diesem Bereich wie in so vielen anderen auch erhebliche regionale Unterschie**de** bei der personellen und finanziellen Ausstattung. Einerseits stehen natürlich alle Kommunen unter einem gewissen Sparzwang. Dies bekommen nicht zuletzt auch die Jugendämter zu spüren. Andererseits ist und bleibt es aber auch immer eine Frage der politischen Prioritätensetzung vor Ort. Wir halten es in jedem Fall für sinnvoll, gemeinsam mit allen Beteiligten die Standards und Verfahren zur Anerkennung von Pflegefamilien und den jeweiligen Umgang mit ihnen genau zu prüfen. Nur durch die intensive Auseinandersetzung mit diesem Thema können wir Schwachstellen aufdecken und beheben und damit den Kinderschutz effektiv weiterentwickeln.

Keiner von uns will, dass sich ein Fall wie der aus Hamburg wiederholt, weder hier im Land noch anderswo. Trotzdem sollten wir keine voreiligen Schlüsse ziehen. In einem ersten Schritt sehen wir den Sozialminister in der Pflicht, sich gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden einen genauen Überblick über die **Situation der Familienpflege** im Land zu verschaffen. Hierzu gehört auch, dass die regionalen Unterschiede bei der Begleitung und bei der Überprüfung der Familien genau erfasst werden. Natürlich halten wir es auch für naheliegend, hier über einheitliche Standards nachzudenken, wie es im Antrag formuliert ist. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass die Kreise auch in die Lage versetzt werden müssen, ihre Aufgabe zu erfüllen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

## Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch das Wort.

#### Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zwei Punkte ansprechen, weil die Kol-

legin Klahn wieder einmal sehr nebulöse Anschuldigungen oder Vorwurfe gemacht und insgesamt eine sehr nebulöse Rede gehalten hat.

Erstens: Aktionismus. Das ist kein Aktionismus, den wir hier betreiben, sondern wir greifen reale Vorfälle auf.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Zuruf der Abgeordneten Anita Klahn [FDP])

Ich will das an zwei Punkten deutlich machen. - Frau Klahn, hören Sie mir zu, das hilft beim nächsten Reden. - Der erste Vorwurf kommt vom Verband der Kinder in Adoptiv- und Pflegefamilien, der schlicht und ergreifend behauptet, intakte Strukturen in den Jugendämtern in Schleswig-Holstein würden kaputtgespart. Das ist ein Vorwurf dieses Verbandes.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Unsere Aufgabe ist es, das zu überprüfen. Das hat mit Aktionismus nichts zu tun.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Die zweite Frage, der man nachgehen muss, ist, dass Auswahl und Betreuung von Pflegefamilien zum Beispiel in Hamburg-Mitte einem freien Träger übertragen worden sind. Wir haben vom Verband gehört, dass das auch in Schleswig-Holstein an einigen Stellen so gemacht wird. Wir möchten gern wissen, wie die freien Träger ausgewählt werden, wie die Jugendämter mit den freien Trägern zusammenarbeiten, wie die Kontrolle der freien Träger vonstattengeht.

Auch das ist ein Punkt, den wir aufgreifen sollten. Das hat uns veranlasst, unseren Antrag in das Hohe Haus einzubringen. Das hat mitnichten etwas mit Aktionismus zu tun, es hat schlicht und ergreifend etwas damit zu tun, nicht darauf zu warten, dass es einen Vorfall wie in Hamburg gibt, der uns zwingt, daran zu arbeiten, sondern die Signale, die jetzt ausgehen, zu hören.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Zweitens: ihr nebulöser Vorwurf, irgendjemand hätte gesagt, Heimerziehung sei besser als Pflegefamilien. Auch da haben Sie wieder nicht richtig zugehört oder haben das hören wollen, was Sie für Ihre Reden gut gebrauchen können. Ich sage Ihnen noch einmal ganz deutlich: Pflegefamilien sind eine gute Einrichtung. Wir wollen das System der **Pflegefamilien** stärken, weil wir es richtig finden, dass Kinder in Liebe und Geborgenheit, die sie zu

# (Wolfgang Baasch)

Hause, in ihrem eigentlichen Umfeld nicht bekommen, an anderer Stelle kriegen können. Viele Pflegefamilien leisten unendlich viel Gutes, und das soll auch in Zukunft so bleiben. Das schließt aber nicht aus, dass es stationäre Heimerziehung gibt, die durchaus ihre Berechtigung hat. Wenn in kleinen Heimen, in Wohngruppenart Heimat und ein Zuhause für Kinder geschaffen wird, ist das eine wichtige und notwendige Geschichte.

Entscheidend ist, dass jede **Jugendhilfemaßnahme**, egal, wie sie veranlasst wird, transparent und so gestaltet wird, dass sie dem **Wohle des Kindes** dient. Das wollen wir mit unserem Antrag und der Diskussion gewährleisten, nicht nebulös, sondern an der Sache orientiert.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der LINKEN und SSW)

## Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Landesregierung hat nun der Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Herr Dr. Heiner Garg, das Wort.

## **Dr. Heiner Garg** [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, in Wahrheit sind die Gemeinsamkeiten größer, als das vielleicht der eine oder andere Beitrag zum Ausdruck gebracht hat. Der tragische Tod der kleinen Chantal in einer Pflegefamilie in Hamburg hat viele Menschen betroffen gemacht, nicht nur in Hamburg, sondern auch in Schleswig-Holstein, wahrscheinlich bundesweit. Er hat uns betroffen und fassungslos gemacht. Es kann und darf nicht sein, dass ein Kind zu Schaden kommt, obwohl es sich in staatlicher Obhut befindet. Es spielt dabei überhaupt keine Rolle, ob das in Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern oder in Bayern passiert. Es spielt überhaupt keine Rolle, ob der Sozialsenator ein rotes Parteibuch hat oder ein schwarzes oder ein gelbes oder ein grünes. Dass ein Kind, das sich in staatlicher Obhut befindet, zu Schaden oder - wie in diesem Fall - sogar zu Tode kommt, hat weder etwas mit Parteipolitik noch mit irgendeinem Land zu tun.

(Beifall)

Es ist deswegen vollkommen richtig und notwendig, dass nach Klärung von Ursachen und Verantwortlichkeiten in dem Hamburger Fall nach notwendigen **strukturellen Konsequenzen** gefragt wird. Voraussetzung dafür ist, dass der Fall in Hamburg aufgeklärt wird. Entscheidend ist dabei

die Frage, ob Vorgaben gefehlt haben oder ob vorhandene Vorgaben nicht beachtet wurden.

In Hamburg bestehen Leitlinien mit Auswahl- und Ablehnungskriterien für Pflegefamilien. Die Kollegin Bohn hat das vorhin ausgeführt: Ein Fall wie der von Chantal hätte ausgeschlossen sein müssen. In Hamburg wird deswegen auch darüber gesprochen, wie es passieren konnte, dass in der Pflegefamilie von Chantal nicht genug Betten für alle Kinder vorhanden waren und dies nicht schon längst als Alarmzeichen identifiziert wurde.

Es geht dabei auch darum - das prüfen und klären die Hamburger Kollegen -, ob ein sogenannter milieunaher, sozialpädagogischer Handlungsansatz den Blick für das Offenkundige verstellt hat. Es kann nicht sein, dass ein Jugendamtmitarbeiter nichts bemerkt, wenn man ihm nicht aufgeschrieben hat: Ein Kind braucht ein Bett. Diese Fragen müssen - wohlgemerkt ohne vorschnelle Schuldzuweisungen - geklärt werden.

Ich habe schon in der vergangenen Ausschusssitzung deutlich gemacht, dass ich mich mitnichten dazu hinreißen lassen würde zu behaupten, in Schleswig-Holstein sei alles völlig in Ordnung. Das könnte niemand, unabhängig davon, welches Parteibuch er hat.

Für Schleswig-Holstein gilt nach derzeitiger Bewertung: Wir sind sowohl nach geltender Gesetzeslage als auch nach der entwickelten Praxis der Kinderschutzkooperation gut aufgestellt. Nach den bundesgesetzlichen Vorgaben des Sozialgesetzbuchs VIII überprüfen die Jugendämter die Eignung der Person, die ein Kind oder einen Jugendlichen in ihren Haushalt aufnehmen will. Die Länder - das ist vollkommen richtig - können nach dem sogenannten Landesrechtsvorbehalt in § 49 SGB VIII die Regelung zur Pflegeerlaubnis konkretisieren. Genau das hat dieser Landtag getan. Sie finden sie 88 37 bis Jugendförderungsgesetzes, und zwar die Voraussetzungen der Pflegeerlaubnis und die Pflichten der Pflegeperson im Sinne des Kinderschutzes.

So ist beispielsweise nach geltender Rechtslage in Schleswig-Holstein eine **Pflegeerlaubnis** zu versagen, wenn ausreichende erzieherische Fähigkeiten oder die persönliche Eignung der Pflegeperson nicht nachgewiesen sind, die Pflegeperson oder andere in ihrer Wohnung lebende Personen keine Gewähr dafür bieten, dass das sittliche Wohl des Pflegekindes ungefährdet bleibt. Darunter fiele zum Beispiel Drogenkonsum. Sie ist weiter zu versagen, wenn nicht ausreichender Wohnraum für das Kind

#### (Dr. Heiner Garg)

oder den Jugendlichen und die in der Wohnung lebenden Personen vorhanden ist. Jetzt kann man selbstverständlich darüber diskutieren und muss darüber nachdenken, ob diese Aufzählung ergänzt werden muss. Das ist doch gar keine Frage.

Die Auswahl, Vermittlung und Betreuung von Pflegefamilien erfolgt in Zuständigkeit der Kreise und kreisfreien Städte bereits heute nach einem standardisierten Verfahren. Dieses Verfahren für eine sorgfältige Auswahl haben die Jugendämter in einer sogenannten gemeinsamen Empfehlung erarbeitet. Daran schließt sich eine ständige, engmaschige Beratung und Begleitung der Pflegefamilien an.

Ich will ganz deutlich sagen, dass manche in den letzten Wochen zu lesende Kritik an den Jugendämtern bisweilen auch eher von starker Polemik als von starker Sachkenntnis geprägt war. Erlauben Sie mir im Übrigen etwas auszusprechen, was Kolleginnen und Kollegen vor mir bereits auch schon getan haben. **Pflegemütter und Pflegeväter** reißen sich oft mehr als nur ein Bein aus, um auch in schwierigen Betreuungssituationen gute Entwicklungsbedingungen für die ihnen anvertrauten Pflegekinder zu schaffen. Sie verdienten daher Respekt und Anerkennung und keine mediale Pauschalverurteilung.

(Beifall des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Die Landesregierung setzt für den Kinderschutz auf Förderung und Unterstützung präventiv wirkender Hilfen sowie auf die fachliche Begleitung und Qualifizierung der Fachkräfte in Jugendämtern und bei freien Trägern. Das entspricht dem Handlungsansatz des integrierten Kinderschutzkonzeptes, das den Schwerpunkt gerade auf diesen präventiven Bereich legt.

Unser System des Kinderschutzes ist in der Lage, neben dem kontinuierlich stattfindenden multiprofessionellen Fachaustausch schnell und fachlich fundiert auf aktuelle Herausforderungen im Kinderschutz zu reagieren. Ich sage: Es kann auch gar nicht anders sein, als dass Kinderschutz ein sich ständig entwickelnder Prozess ist und sein muss. Selbstverständlich hat deshalb auch in Schleswig-Holstein eine Diskussion der zuständigen Experten begonnen - besonnen und fundiert, angemessen.

Sie findet beispielsweise im **Fachforum Kinderschutz** statt, das das Landesjugendamt als überörtliche Expertenplattform für Kinderschutz in Schleswig-Holstein aufgebaut hat. Dieses Forum hat aus gegebenem Anlass die Befassung mit dem Thema

Pflegekinder und Pflegefamilien begonnen und wird sie selbstverständlich fortsetzen - gemeinsam mit Experten aus unterschiedlichen Institutionen, die Partner in unserem gut ausgebauten und vernetzten System präventiver Kinderschutzarbeit in Schleswig-Holstein sind. Dabei werden die hiesigen Regelungen und Verfahrensweisen zur Vermittlung, zur Begleitung und zur Kontrolle von Pflegefamilien vor dem Hintergrund der Hamburger Erkenntnisse auf den Prüfstand gestellt - wie könnte es anders sein. Das beinhaltet ebenfalls, dass sie gegebenenfalls weiterentwickelt und angepasst werden müssen, und zwar nach gründlicher, fachlicher und fundierter Beratung.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

#### Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Der Minister hat seine Redezeit um 2 Minuten überschritten. - Ich sehe, es wird von der Möglichkeit, weitere Redezeit in Anspruch zu nehmen, kein Gebrauch gemacht. Damit schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/2259 (neu) dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 A auf:

# Wahl der Mitglieder zur 15. Bundesversammlung

Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/2307

Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD und SSW Drucksache 17/2310

Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/2316

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU Drucksache 17/2317

Wahlvorschlag der Fraktion der FDP Drucksache 17/2318

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über die Wahlvorschläge abstimmen und schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor. - Ich höre keinen Widerspruch. Ich weise darauf hin,

### (Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

dass nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung jede und jeder Abgeordnete nur eine Stimme hat.

Ich rufe zunächst den Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/2307, auf. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Der Wahlvorschlag ist mit 12 Stimmen angenommen.

Ich rufe den Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD und SSW, Drucksache 17/2310, auf. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Der Wahlvorschlag ist mit 28 Stimmen angenommen.

Ich rufe jetzt den Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/2316, auf. Wer dem Vorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Der Wahlvorschlag ist mit 5 Stimmen angenommen.

Ich rufe dann den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, Drucksache 17/2317, auf. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Der Wahlvorschlag ist mit 33 Stimmen angenommen.

Ich rufe jetzt den Wahlvorschlag der Fraktion der FDP, Drucksache 17/2318, auf. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. - Der Wahlvorschlag ist mit 14 Stimmen angenommen.

Damit sind die vom Schleswig-Holsteinischen Landtag zu wählenden 22 Mitglieder der Bundesversammlung entsprechend den Vorschlägen der Fraktionen gewählt.

Noch eine abschließende Bemerkung: Ich bitte die Abgeordneten, die jetzt gewählt worden sind, die Annahmeerklärung, die sie bereits vom Saaldienst erhalten haben, zu unterschreiben und dort wieder abzugeben. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

# Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/2218

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor. - Wider-

spruch sehe ich nicht, dann werden wir so verfahren. Ich weise noch darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit der Mitglieder des Landtags erforderlich ist.

Wer dem Wahlvorschlag in der Drucksache 17/2218 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich stelle fest, dass die erforderliche Mehrheit für die Annahme erreicht ist, damit ist die Frau Abgeordnete Luise Amtsberg als Vertreterin in das Parlamentarische Kontrollgremium gewählt. - Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

#### Für eine landesweite Kita-Sozialstaffel

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/2190

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Ich bitte um die erforderliche Aufmerksamkeit.

## Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nirgendwo bundesweit zahlen Eltern durchschnittlich so viel für die Kita ihrer Kinder wie in Schleswig-Holstein. Und gerade darum brauchen wir so dringend eine landesweite Sozialstaffel.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Noch immer gibt es Kreise in Schleswig-Holstein, in denen Kinder nicht kostenlos in die Kita gehen können, obwohl ihre Eltern Hartz-IV-Empfänger sind. Das ist schlecht, denn wir wollen natürlich alle nicht, dass der **Kita-Besuch** vom **Geldbeutel der Eltern** oder aber vom **Wohnort eines Kindes** abhängt. Aber genau das ist Realität in Schleswig-Holstein. Ich sage der Fairness halber, dass das auch schon der Realität in Schleswig-Holstein vor Schwarz-Gelb war, dass war auch unter Rot-Grün schon so.

Wir haben eine ganz unübersichtliche Lage, was die Sozialstaffel anbelangt. Das Existenzminimum wird in einigen Kreisen nicht komplett angerechnet. Es gibt einen Unterschied, ob die Familien Transferempfänger sind oder ob sie das Einkommen re-

#### (Anke Erdmann)

gulär verdienen. Es gibt ganz unterschiedliche Regelungen bei Geschwistern. Dabei wissen wir alle, dass frühkindliche Bildung ein Schlüssel für Bildungsgerechtigkeit und für faire Chancen in diesem Land ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

In einer einzigen Plenarsitzung hat diese Landesregierung ratzfatz das beitragsfreie Kita-Jahr abgeschafft. Der Minister hat in der gleichen Sitzung gesagt, es müsse jetzt darum gehen, andere Schwerpunkte zu setzen. Wörtlich sagten Sie, Herr Minister, es gelte "klarere und möglichst einheitliche Maßstäbe bei den Sozialermäßigungen in Schleswig-Holstein zu erreichen". - Ich glaube, darüber gibt es keinen Dissens.

Ich übersetze das einmal so: Eine landesweite Sozialstaffel wollen auch Sie. Mehr als diese Ankündigung haben die Eltern in Schleswig-Holstein aber eineinhalb Jahre nach Ihrem Versprechen nicht bekommen. Man steht mit leeren Händen da, die Landesregierung steht mit leeren Händen da, und die Eltern stehen mit leeren Händen da. Sie haben wieder einmal nicht geliefert. Herr Minister, bei der SPD haben Sie dies eine Bankrotterklärung genannt. Bei sich selbst sind Sie wieder einmal besonders nachsichtig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Herr Minister, es war schon zu Beginn klar, und es ist uns allen klar, dass dies ein steiniger Weg ist und dass es nicht einfach wird. Bei Ihnen ist dieser Weg aber nicht nur steinig, bei Ihnen ist er offensichtlich auch endlos. Dreimal haben wir Grüne im Bildungsausschuss nachgefragt. Ich skizziere noch einmal Ihren Schlingerkurs. Am 4. November 2010 hieß es von Ihnen: Es wird eine vernünftige Regelung zum Kita-Jahr 2011/2012 geben. Am 31. März 2011 hieß es dann aus Ihrem Mund: Die Landesregierung strebt eine gesetzliche Regelung an. Eine Einigung mit den Kommunen ist so nicht zu erwarten. Am 22. September 2011 sagten Sie: Die Landesregierung ist zuversichtlich mit Blick auf das Kita-Jahr, das am 1. August 2012 beginnt. Herr Minister, jetzt müssen Sie langsam etwas vorlegen, damit dies vor Ort noch umgesetzt werden kann.

Im Ausschuss haben Sie sich so kommunikativ wie eine pazifische Auster dargestellt. Wir mussten Ihnen alle Informationen aus der Nase ziehen. Wenn bestimmte Punkte aus Ihrer Sicht keinen Bestand mehr hatten, dann haben Sie es nicht für nötig gehalten, uns zu informieren und zu sagen, dass es ei-

ne veränderte Linie gibt. Besonders ärgerlich ist, dass es eine reale Chance gab, Bewegung in die Sache zu bringen. Das ist schwierig. Mit der Abschaftung des beitragsfreien Kita-Jahres wurden 35 Millionen € gekürzt. 10 Millionen € von dieser Einsparsumme haben Sie an die Kommunen weitergegeben. Ich glaube, an dieser Stelle hätte es einen klaren Spielraum gegeben, um diese Verhandlungen miteinander zu verknüpfen. Dann hätten wir auch eine Regelung im Bereich der Sozialstaffel, Herr Minister. Sie haben diese gute Chance komplett versemmelt, und die Eltern schauen in die Röhre.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Beim Einkassieren des beitragsfreien Kita-Jahres sind Sie losgesprintet, aber bei der Umsetzung der Sozialstaffel kann man Ihnen beim Gehen die Schuhe besohlen. Das ist wirklich Mist, das geht so nicht.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, ich weiß, dass Sie genauso ungeduldig sind wie wir. Vielleicht sind Sie ein bisschen weniger ungeduldig, aber auch Sie warten doch. Herr Klug, die Eltern haben heute eine Erklärung von Ihnen verdient, ob mit Beginn des kommenden Kita-Jahres, wenn auch mit dicker Verspätung, eine klare und tragfähige Lösung in Kraft treten kann. Legen Sie bitte eine **Regelung** vor, die auch die **einkommensschwachen Eltern** wirklich entlastet, und zwar so, dass dies ohne Chaos vor Ort abgeht. Dies braucht ja einen gewissen Vorlauf.

Ich gebe zu, ich bin nicht optimistisch, dass Ihnen dies noch gelingt. Wenn alle Stricke reißen, dann müssen wir hier im Parlament - wahrscheinlich ohne den Minister - das Kita-Gesetz ändern und in den sauren Apfel der Konnexität beißen, gegenfinanziert durch die KFA-Mittel für die Kitas, die Sie draufgelegt haben. Meine Damen und Herren von FDP und CDU, wenn Sie sich noch an das Versprechen an die Eltern vom Juni 2010 erinnern, das Sie hier abgegeben haben, dann können Sie gar nicht anders. Dann müssen Sie unserem sehr weich formulierten Antrag zustimmen. Schleswig-Holsteins Kinder brauchen eine Sozialstaffel, und sie brauchen sie schnell.

(Anhaltender Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

## Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe erst soeben erfahren, dass Herr Ministerpräsident Carstensen sich krankgemeldet hat und an der Abstimmung nicht teilgenommen hat. Ebenfalls ist Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky nicht anwesend gewesen. Entsprechend sind die Ergebnisse des Abstimmungsverhältnisses um jeweils eine Stimme zu korrigieren.

Für die CDU-Fraktion rufe ich nun Frau Abgeordnete Marion Herdan auf.

#### Marion Herdan [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kita-Sozialstaffel ist ein Thema, an dem sich die Gemüter schon seit Langem erhitzen und das immer wieder für kontroverse Diskussionen sorgt. Sozialstaffelregelungen in unterschiedlicher Prägung finden wir bei den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe, also den Kreisen und kreisfreien Städten, bei den Kommunen und schließlich auch bei den Trägern von Kindertageseinrichtungen. Wir wissen, dass es vielerorts unterschiedliche Regelungen zu Einkommensgrenzen und Geschwisterermäßigungen gibt. Im Zusammenwirken mit regional gefassten Kita-Gebühren ergeben sich folglich regional sehr unterschiedliche Gebührenbeiträge für Familien. Gleiches gilt für Gebührenausfälle durch Sozialstaffelregelungen, welche ihrerseits durch die Träger der Jugendhilfe aufgefangen werden.

Aufgrund dieser Gemengelage ist es aus Sicht der CDU-Fraktion in der Tat sinnvoll und notwendig, zu neuen Regelungen zu kommen. Ob diese dann auch landesweit einheitlich gelten können, ist eine bislang ungeklärte Frage. Die Ausgestaltung kann nur im Dialog und im Einvernehmen mit denjenigen geschehen, die vor Ort wirken und auch die finanzielle Verantwortung tragen. Deren Interessen werden von den kommunalen Landesverbänden vertreten. Mit ihnen müssen selbstverständlich neue Regelungen abgestimmt werden. Auch die Wohlfahrtsverbände sind in diesen Prozess einzubeziehen, die ihrerseits als Träger die Kita-Landschaft maßgeblich prägen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion wäre es wünschenswert, die **Regelsätze** dergestalt zu formulieren, dass **bedürftige Familien und Alleinerziehende** tatsächlich nachhaltig entlastet werden.

(Beifall der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine Sozialstaffel, die ihren Namen wirklich verdient, darf nicht dort haltmachen, wo die Regelsätze des Arbeitslosengeldes II enden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Es muss auch **Teilzeitbeschäftigten** und Menschen mit geringem Einkommen möglich sein, ihre Kinder in eine Kindertageseinrichtung zu geben. Wir müssen aber auch abwägen, ob eine landesweite Sozialstaffel vor Ort tatsächlich überall Verbesserungen bringt, oder ob Nutzer in einzelnen Bereichen eventuell schlechter gestellt würden, weil dann die günstigere Sozialstaffel vor Ort entfiele. Wie sieht es in den Bereichen aus, bei denen durch eine landesweite Neuregelung auf einmal erhebliche Mehrkosten auf die Träger der Jugendhilfe zukommen? Wer soll das bezahlen? - Hier ist die Frage nach der Konnexität abzuklären.

Meine Damen und Herren, das Thema Neuregelung der Kita-Sozialstaffel ist in seiner Komplexität und mit seinen möglichen Folgewirkungen nicht zu unterschätzen und deshalb auch nicht so nebenbei zu erledigen. Bedauerlicherweise haben es aber auch die Vorgängerregierungen, gerade unter dem SPDgeführten Bildungsministerium, nicht geschafft, diese Missstände aufzugreifen und zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Tätig geworden sind Sie leider nicht. Wie wir aus regelmäßigen Berichten im Bildungsausschuss wissen, versucht Bildungsminister Klug nun eine für alle Seiten tragbare Lösung mit den kommunalen Landesverbänden zu erarbeiten. Die CDU-Fraktion erwartet, dass sich nunmehr alle Beteiligten ein gutes Stück aufeinander zubewegen, denn in der Sache geht es doch im Wesentlichen darum, bedürftigen Familien zu helfen und möglichst vielen Kindern den Besuch und die Förderung in einer Kindertageseinrichtung zu ermöglichen.

(Beifall der Abgeordneten Cornelia Conrad [FDP] und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das darf nicht an regional unterschiedlichen Sozialstaffeln scheitern.

Ich bitte um Überweisung an den Bildungsausschuss.

(Beifall bei CDU und FDP)

#### Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Detlef Buder das Wort.

## **Detlef Buder** [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt sieben Jahre Landtag hinter mir. Während dieser Zeit war mit Sicherheit einer der Dauerbrenner die Frage der Finanzierung der Kindertagesstätten. Wir haben uns mehrfach darüber unterhalten, und wir haben mehrfach versucht, Regelungen zu finden. Ich habe mir von länger dienenden Kolleginnen und Kollegen, unter anderem vom Feldwebel Finanzminister, sagen lassen, dass das schon zu seiner Zeit so war. Sie haben gestern gesagt, als alter Feldwebel hätten Sie bestimmte Erfahrungen. Dies muss man ja aufnehmen. Ich gestatte mir die Prognose, dass sich auch die Generation von Landtagsabgeordneten, die nach mir kommt, daran abarbeiten müsste, wenn nicht, wie wir es alle vermuten oder wissen, am 6. Mai die Landesregierung wechselte und das Vorhaben der SPD wieder in die Tat umgesetzt wird, den Kindergartenbesuch beitragsfrei zu stellen und die Bildung von der Kindertagesstätte bis zum Erststudium gebührenfrei auszugestalten.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Dass das nur stufenweise umzusetzen ist, ist mir völlig klar. Deshalb brauchen wir parallel dazu Überlegungen dahin gehend, inwieweit man eine Kita-Sozialstaffel ausgestalten kann.

Allerdings müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass diese Überlegungen nicht dazu führen können, dass der Verwaltungsaufwand - was zu vermuten ist - wesentlich höher sein wird als der Erfolg, den wir erzielen werden, wenn wir diese **Kita-Sozialstaffel** umsetzen. Deshalb ist meines Erachtens jetzt schon von hier aus zu sagen, dass es wesentlich günstiger sein wird, unser Vorhaben ganz gezielt, ganz stringent und ganz schnell umzusetzen, in den Kitas den Eltern Beitragsfreiheit zu bieten.

## (Beifall bei der LINKEN)

Alle Beteiligten überbieten sich in Reden, wie wichtig die vorschulische Bildung ist, und alle Beteiligten zeigen dann jeweils auf die andere Seite, wenn es darum geht, zum finanziellen Engagement beizutragen. So sind die Überlegungen, die der Bildungsminister mit den kommunalen Landesverbänden anstreben wollte, bisher von wenig Erfolg gekennzeichnet gewesen. Die Ankündigung, die wir von dem Minister in der Bildungsausschusssitzung am 22. September 2011 gehört haben, er hoffe, noch im Herbst 2011 die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden über eine gesetzliche Neuregelung der Kita-Finanzierung ab-

schließen zu können, ist wohl offensichtlich ein Schlag ins Wasser gewesen.

Im November hat das Ministerium dann den Kommunen, den Wohlfahrtsverbänden und der Elternvertretung ein Eckpunktepapier zugeschickt, in dem von einem einheitlichen Basiszuschuss, auslastungsabhängigen Pauschalen pro Platz und individuellen Zuschlägen, die das Programm der jeweiligen Kita sowie die soziale Lage des Kindes und seiner Familie berücksichtigen, die Rede ist.

Ich habe großes Verständnis dafür, dass man aus laufenden Verhandlungen nicht frei berichten kann. Aber entweder unterlässt das Ministerium es einfach, das Parlament und den Ausschuss über erzielte Einigungen zu unterrichten, oder diese Einigungen lassen weiter auf sich warten. Ich glaube, das Letztere ist hier der Fall.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es kann ja durchaus sein, dass die Gesprächspartner der amtierenden Landesregierung sich erst einmal in den Winterschlaf zurückgezogen haben und auf die politischen Entwicklungen nach dem 6. Mai warten. In jedem Fall sollte das Bildungsministerium aber über der Stand der Beratungen berichten.

Deshalb bitte ich darum, den Antrag an den Ausschuss zu überweisen und ihn dort ausführlich zu beraten.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

## Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die FDP-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Cornelia Conrad das Wort.

#### **Cornelia Conrad** [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal stelle ich fest: In diesem Hohen Haus herrscht kein Dissens über die **Kita-Sozialstaffel**. Wir alle teilen die Auffassung, dass die **Uneinheitlichkeit** in den verschiedenen Kreisen mehr als unglücklich ist und dass ein klarer Rahmen wünschenswert wäre. Der Landesrechnungshof mahnt es schon lange an, andere Bundesländer machen es uns auch schon vor.

Auch wir sind unzufrieden über den aktuellen Verfahrensstand und hätten uns eine Einigung schon vor Jahren gewünscht, haben aber Verständnis für die Position jedes Beteiligten. Gerade in Zeiten leerer Kassen ist es immer schwieriger, Lösungen zu finden. Jeder hat darauf zu achten, finanziell nicht

### (Cornelia Conrad)

überfordert zu werden. Jeder hat seine Interessen zu wahren. Das gilt für alle kommunalen Ebenen. Das ist auch aus unserer Sicht nachvollziehbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte kurz drei Absätze vortragen.

Ich zitiere aus dem Antrag Drucksache 16/2669 (neu) aus der vergangenen Legislaturperiode, quasi dem Ursprungsantrag für den Auftrag an die Landesregierung. Der Antrag forderte die Landesregierung auf, Gespräche mit den Kreisen und kreisfreien Städten aufzunehmen. Dort heißt es:

"Es soll ein Einvernehmen hergestellt werden."

#### Und weiter:

"Es soll eine Verständigung darüber erfolgen."

Der nächste Absatz kommt aus dem Koalitionsvertrag. Dort heißt es:

"Wir werden unter Beachtung der kommunalen Eigenständigkeit prüfen, wie vergleichbare Sozialstaffelregelungen in Schleswig-Holstein eingeführt werden können."

Zuletzt zitiere ich aus dem Antrag der Grünen, der dieser Debatte zugrunde liegt. Dort steht, es sei "eine mit den Kommunen abgestimmte landesweite Regelung für eine Kita-Sozialstaffel vorzulegen".

"Einvernehmen", "Verständigung", "Beachtung der kommunalen Eigenständigkeit" und "abgestimmt" sind die Wörter, welche den Rahmen für die Verhandlungen bilden. Alle Formulierungen, auch im neuesten Antrag, sagen ganz klar, dass nichts ohne die **Zustimmung der kommunalen Landesverbände** entschieden werden soll.

Leider stocken die Verhandlungen, weil es, wie man hört, Frau Erdmann, Differenzen zwischen Landkreistag und Städtetag einerseits und dem Gemeindetag andererseits gibt, die momentan noch nicht gelöst sind. Die kommunalen Landesverbände sind sich also aktuell untereinander nicht einig. Ich will an dieser Stelle unmissverständlich klarstellen: Der Minister hat hier nichts "versemmelt", um mit Ihren Worten zu sprechen.

Da es sich bei der Frage der Sozialstaffel um eine ureigene Angelegenheit der Kommunen handelt und auch vitale finanzielle Interessen der Kommunen betroffen sind, ist für die FDP-Fraktion eine Einbindung unerlässlich. Gegen den Willen der Kommunen werden wir keine Regelung durchdrücken. Das würde nicht unserem Verständnis von

**Subsidiarität** entsprechen und wäre auch kein partnerschaftlicher Umgang mit den Kommunen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die entscheidende Frage ist doch, wie den Betroffenen geholfen werden kann, auch wenn aktuell keine Einigung erzielt werden kann. Es besteht für die betroffenen Eltern die Möglichkeit, gemäß § 90 SGB VIII höhere Leistungen bei den Kommunen geltend zu machen. Dieses Verfahren ist aus unserer Sicht für einen längeren Zeitraum unbefriedigend, sowohl für die Betroffenen, weil das Verfahren natürlich höhere Hürden aufstellt, als auch für die Kommunen, da es höhere Kosten verursacht und verwaltungsaufwendiger ist. Gleichwohl bietet es auch übergangsweise die Möglichkeit, die schärfsten sozialen Härten zu vermeiden, und das ist zunächst einmal das Wichtigste.

Liebe Kollegin Erdmann, wenn Sie jedoch glauben, alles besser zu wissen, wie wäre es dann, wenn sie einfach einmal einen konkreten Lösungsvorschlag präsentieren würden, wie man den bestehenden Gordischen Knoten durchschlagen kann? Ihr Antrag bietet auf jeden Fall keinen Lösungsansatz. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass Sie sich im Bildungsausschuss dazu konstruktiv eingelassen hätten.

(Beifall bei der FDP)

#### Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion DIE LINKE hat nun die Frau Abgeordnete Antje Jansen das Wort.

### **Antje Jansen** [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit anderthalb Jahren oder, wie ich auch gehört habe, seit sieben Jahren ist es nicht gelungen, eine landeseinheitliche Regelung für die Kita-Sozialstaffeln zu finden. Wenn wir dieses Thema hier heute schon wieder im Landtag diskutieren müssen, dann reden wir über den Bankrott der Bildungs- und Familienpolitik der Landesregierung.

DIE LINKE sieht das auch so, aber gesagt hat es der Abgeordnete Dr. Klug in diesem Haus. Der Unterschied ist natürlich, dass der Minister Dr. Klug im Jahr 2009 noch nicht der zuständige Minister war. Es ist Ihnen, Herr Minister, daher damals sehr leichtgefallen, hier im Landtag festzustellen - ich zitiere aus dem Plenarprotokoll vom Juni 2009 -:

"Meine Damen und Herren, Schleswig-Holsteins Sozialdemokraten sind damit verant-

## (Antje Jansen)

wortlich für die unsozialste Kita-Politik in ganz Deutschland."

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroe [DIE LINKE])

Sie haben dies gesagt im Hinblick darauf, dass schon 2009 in Schleswig-Holstein bundesweit die höchsten Elternbeiträge für die **Kindertagesbetreuung** verlangt wurden. Leider hat sich das nicht geändert, seitdem Sie der zuständige Minister sind.

Im Gegenteil, die **Elternbelastung** ist unter Ihrer Verantwortung durch die Streichung des beitragsfreien dritten Kita-Jahres noch erhöht worden. Wir haben zwar einen anderen Minister, aber wir haben noch immer die unsozialste Kita-Politik in ganz Deutschland. So bleibt es beim erklärten Bankrott.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Für uns Linke kann die landeseinheitliche Sozialstaffel allerdings nur ein Zwischenschritt sein. Unsere Forderung bleibt die **völlige Kostenfreiheit** der frühkindlichen Bildung.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Kollegin Funke, wir haben die Lösung. Die Lösung kann nur sein: Kostenfreiheit im Kita-Bereich.

Damit meinen wir die **gesamte Betreuungszeit**, also über die Kita-Jahre hinaus auch die Krippenund Hortbetreuung.

Schleswig-Holstein ist mit dem beitragsfreien dritten Kita-Jahr hier schon weiter gewesen. Die Landesregierung hat die Schuldenbremse benutzt, um den Weg zur Beitragsfreiheit für alle drei Kita-Jahre nicht nur abzubrechen, sondern sogar zurückzuschneiden. Die einfache Formel der Landesregierung lautet hier: Haushaltskonsolidierung geht vor Armutsbekämpfung. Das Land will sich die Chancengleichheit für die Kinder nicht leisten.

Die Aussichten gerade der Kinder aus einkommensschwachen Familien, irgendwann der Armutsfalle entkommen zu können, hängen an den zentralen Weichenstellungen in den ersten Lebensjahren. Heute ist es der **Wohnort**, der darüber entscheidet, ob Eltern niedrige oder hohe Kita-Gebühren zahlen. Letztlich gezeigt hat sich das bei der Anhörung zur Situation der Alleinerziehenden im Sozialausschuss.

Die vorliegenden Beispiele zu den Auswüchsen sind in der Tat gruselig. Je nach Wohnort variieren die Ermäßigungen zwischen 0 und 100 %. Unerträglich ist ein Zustand, in dem Eltern in Kiel oder

in Nordfriesland durch die dortigen Sozialstaffeln deutlich besser dastehen als die Eltern im Kreis Pinneberg. Unerträglich ist ein Zustand, bei dem die einen Eltern 8 € zahlen, wenn sie Hartz-IV-Bezieher sind, und ein paar Kilometer weiter zahlen die Eltern über 100 €, obwohl sie auch von Hartz IV leben müssen. Der einzig richtige Weg ist die grundsätzliche Befreiung aller Eltern von der Beitragspflicht, wie es uns andere Bundesländer vorgemacht haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb sind **Sozialstaffeln** zu den Kita-Gebühren für uns nicht mehr als eine vorübergehende **Zwischenlösung**. Selbstverständlich sieht DIE LINKE das Land in der Pflicht, den Kommunen an dieser Stelle auch finanziell zu helfen.

Aber es ist auch klar, dass eine einheitliche Sozialstaffel den Gordischen Knoten des jetzigen unsozialen Status quo nicht durchschlagen kann. Im Übrigen ist es bezeichnend genug, dass der Druck auf die Kreise und kreisfreien Städte, überhaupt zu einer landeseinheitlichen Regelung zu kommen, nicht von der Politik ausgeht. Stattdessen ist er ein Reflex darauf, dass immer mehr Eltern den Weg über die **Rechtsprechung** einschlagen und sich auf die Regelungen des § 90 SGB VIII berufen.

DIE LINKE teilt die Auffassung des Ministers in dem Punkt, dass die einheitliche Sozialstaffelregelung überfällig ist. Vielleicht hat sich die Meinung des Ministers geändert. Die Notwendigkeit ist geblieben. Wir treten trotzdem weiterhin für die generelle Lösung des Problems ein, und diese Lösung liegt in der Kostenfreiheit aller Kita-Jahre. Nach der heutigen Debatte bin ich nicht zuversichtlich, auch wenn wir das im Ausschuss weiterhin diskutieren, dass es auch hier überhaupt mal eine Lösung für die Eltern gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

### Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die SSW-Fraktion hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

### Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Spätestens seit der Abschaffung des beitragsfreien Kita-Jahres durch CDU und FDP zahlen die Eltern im Land die durchschnittlich höchsten Kita-Beiträge bundesweit. Was das für einige Kinder in Schleswig-Holstein bedeutet, ist klar: Ihnen bleibt der Zugang zur frühkindlichen

## (Flemming Meyer)

Bildung aus finanziellen Gründen verwehrt. Sie haben damit nicht die gleichen Startchancen wie ihre Altersgenossen, die in die Kita gehen.

Der SSW ist der Meinung, dass sich hier dringend etwas ändern muss. Kein Zweifel: Wir brauchen eine **landeseinheitliche Kita-Sozialstaffel**. Es kann nicht sein, dass die Ermäßigung für Familien mit geringem Einkommen zwischen 0 und 100 % variert, je nachdem, wo man wohnt. Der Antrag der Grünen, der die Forderung nach einer Sozialstaffel erneuert und die Landesregierung an ihr Versprechen in dieser Sache erinnert, findet unsere volle Unterstützung.

## (Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die wichtigste Vorgabe und das oberste Ziel einer Reform der Kita-Sozialstaffelregelung ist doch völlig eindeutig und seit Langem bekannt. Familien mit geringerem Einkommen und Familien mit mehreren Kindern müssen endlich spürbar entlastet werden. Es steht außer Frage, dass eine solche Regelung eng mit den Kommunen abgestimmt werden muss. Denn nur dann, wenn alle mit im Boot sitzen, können wir die ungerechten regionalen Unterschiede ausgleichen. Der SSW hat sich immer wieder für eine solche Neuregelung ausgesprochen. Auch wir bedauern, dass sich in dieser wichtigen Angelegenheit bis heute so wenig getan hat. Es ist deshalb das Mindeste, dass dieses Vorhaben bis zum nächsten Kindergartenjahr umgesetzt wird. Das sind CDU und FDP den Eltern und Kindern hier im Land schuldig.

## (Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sieht man sich den gesamten Kindertagesstättenbereich an, wird deutlich, dass eine Reform der Sozialstaffelregelung allein nicht reicht. Die Angebote der frühkindlichen Bildung sind in der Regel schlecht finanziert. Die Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher sind hoch, während ihre Qualifizierungsstandards relativ gering sind. Eine zunehmende Überlastung der Mitarbeiter und ein echtes Rekrutierungsproblem sind die Folge.

Unter dem Strich ist Schleswig-Holstein damit bundesweites Schlusslicht bei der **Kita-Betreuung**.

(Beifall beim SSW)

Für uns ist klar, dass so schnell wie möglich mehr Mittel in diesen Bereich fließen müssen. Das bedeutet auch, dass endlich Schluss sein muss mit unsinnigen Ideen wie dem **Betreuungsgeld**. Es ist erwiesenermaßen besser, die Förderung für Kinder in Sachleistungen wie frühe Kinderbetreuung oder Bildungsmaßnahmen zu investieren.

(Beifall beim SSW)

Eine sehr umfangreiche dänische Studie im letzten Jahr hat wieder eindrucksvoll belegt, dass sich diese Investitionen langfristig lohnen. Die kognitiven Fähigkeiten und damit auch die **Bildungschancen** verbessern sich mit einer Qualitätssteigerung im frühkindlichen Bildungsbereich ganz enorm.

Neben der Ausweitung des Betreuungsangebots muss vor allem der **Personalschlüssel** in den Kindertagesstätten und Kinderhorten verbessert werden. So machen wir wirklich Fortschritte in Sachen Bildungsqualität. Diese Erkenntnis scheinen ja heute fast alle Fraktionen zu teilen, doch wir müssen endlich auch die entsprechenden Weichen stellen und hier unsere Prioritäten für die Zukunft setzen. Aus Sicht des SSW muss es das langfristige bildungspolitische Ziel sein, Kinderbetreuung kostenfrei anzubieten. Natürlich braucht man hier Geduld, weil Land und Kommunen große finanzielle Probleme haben. Diese Tatsache ändert aber nichts an der Notwendigkeit, sich zu diesem Ziel zu bekennen und Schritt für Schritt an der Umsetzung zu arbeiten.

In Sachen frühkindliche Bildung dürfen wir eines nicht vergessen: Wir müssen nicht nur mehr Mittel in diesen Bereich investieren, sondern auch für mehr Effizienz im Umgang mit diesem Geld sorgen. Für den SSW heißt das, dass wir langfristig eine Finanzierung der Kindertagesstätten aus einer Hand brauchen. Denn die aktuelle Situation macht deutlich, dass die heutige Mischfinanzierung zwischen Land, Kreisen, Kommunen und Trägern nicht nur uneffektiv und bürokratisch, sondern vor allem auch wenig transparent ist.

(Beifall beim SSW)

Eine landeseinheitliche Sozialstaffel ist damit zwar ein wichtiger Schritt in Richtung eines gerechteren Bildungssystems, um aber annähernd gleiche Bildungschancen für alle Kinder zu erreichen, müssen wir noch wesentlich mehr tun.

(Beifall beim SSW)

#### Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Landesregierung hat nun der Minister für Bildung und Kultur, Herr Dr. Ekkehard Klug, das Wort.

## **Dr. Ekkehard Klug**, Minister für Bildung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst ein Missverständnis ausräumen, dem der Abgeordnete Detlef Buder unterliegt. Er hat auf ein Eckpunktepapier hingewiesen, das wir versandt haben. Dies betrifft aber nicht den Bereich der sozialen Ermäßigungen, sondern eine grundlegende Neuregelung der Kita-Finanzierung, über die wir in eine Diskussion einsteigen wollen. Ich würde Ihnen das gern - das ist ja heute nicht das Thema hier - im Bildungsausschuss bei nächster Gelegenheit erläutern. Das sind also zwei wirklich sehr unterschiedliche Themen.

In der Tat ist es ein schwieriges Unterfangen, eine landeseinheitliche Lösung im Bereich der sozialen Ermäßigung für Kita-Gebühren zu erreichen. Das musste ich zu meinem Bedauern feststellen. Wir haben die letzte Runde an Gesprächen mit den Spitzen der kommunalen Landesverbände am 16. Januar gehabt. Wie hier auch schon deutlich gemacht wurde, ist angesichts der Vorgabe, eine einvernehmliche Lösung mit der kommunalen Familie herbeizuführen, die Situation schwierig, wenn man feststellt, dass da doch sehr divergierende Vorstellungen bestehen. Das kann, glaube ich, jeder hier nachvollziehen.

(Zurufe von der SPD)

- Wie soll man dann diesen Weg finden?

Ich will Ihnen kurz erläutern, wie der Ausgangspunkt der Diskussion ist, die wir geführt haben und weiter führen werden. Ich hatte das ja auch schon mal im Ausschuss im Detail dargelegt.

Im Mai 2010 ist ein **Urteil** des **Verwaltungsgerichts Schleswig** ergangen, nach dem die Eltern neben dem, was sie aufgrund der jeweiligen regionalen Sozialstaffel beanspruchen können, auch die bundesrechtlich nach § 90 Abs. 3 SGB VIII bestehenden **Ansprüche** geltend machen können. Die gehen in vielen Fällen über das hinaus, was örtliche Sozialstaffeln hergeben.

Dies sollte nach unseren Vorstellungen der Ansatzpunkt für eine landeseinheitliche Lösung sein, denn es gibt die Möglichkeit, die bundesgesetzlichen Vorgaben landesrechtlich auszugestalten. Diesen Weg ist das Nachbarland **Niedersachsen** im Süden gegangen. Dabei - so die Überlegung - würde das, was an erhöhten Kosten von den Kreisen und kreisfreien Städten aufzuwenden wäre, quasi kompensiert dadurch, dass es in der landesrechtlichen Lösung für die Geschwisterermäßigung keine Sollvor-

schrift mehr, sondern nur noch eine Kannvorschrift geben sollte. Die Einführung einer **Geschwisterermäßigung** wäre demnach in das Belieben, in die Entscheidungsfreiheit der jeweiligen Gemeinden gestellt. Eine solche Geschwisterermäßigung könnte in der **Gebührensatzung vor Ort** eingeführt werden, diese müssten sie dann allerdings selber finanzieren. Da genau liegt der Hase im Pfeffer.

Die unterschiedlichen Interessen, die sich daraus ergeben, kann sich wohl jeder vor Augen führen. Das ist der Punkt, an dem wir feststellen müssen, dass sich momentan die Gespräche auf einer Suche nach Lösung festgefahren haben. Aber das muss nicht heißen, dass das das letzte Wort ist. Das ist aber in der Tat ein schwieriges Geschäft. Ich würde Ihnen gern im Bildungsausschuss Weiteres dazu erläutern.

(Beifall bei FDP und CDU)

#### Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Anke Erdmann das Wort.

## Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe das jetzt so verstanden, dass Sie, Herr Minister, eine Wendung gemacht haben und uns mitteilen, dass es zum 1. August wohl keine Lösung geben wird. Der niedersächsische Vorschlag, den Sie hier skizziert haben, ist ja auch schon ein Jahr alt. Das haben Sie am 31. März 2011, also von einem Jahr, im Ausschuss schon einmal angedeutet, aber auch schon auf die Probleme hingewiesen.

Frau Conrad, Frau Herdan, wenn ich Ihre Redebeiträge richtig verstanden habe, stelle ich fest, wir sind uns im Ziel einig. Aber Sie sind doch auch nicht nur Zuschauerinnen in diesem Parlament, die dem Minister zuschauen, wie die Verhandlungen nicht vorangehen.

Frau Conrad

(Die Abgeordnete Cornelia Conrad [FDP] unterhält sich)

- Conny! Ganz kurz! Ich hätte gern kurz deine Aufmerksamkeit! -, Sie hatten mir vorgeworfen, wir hätten keinen konstruktiven Vorschlag gemacht. Ich weise darauf hin, dass wir in der ersten Novembersitzung 2010 des Bildungsausschusses darauf hingewiesen haben, dass wir glauben, dass das Ganze dann ein Erfolg wird, wenn man die Verhandlungen der Kommunen mit der Aufstockung

(Anke Erdmann)

**im kommunalen Finanzausgleich** kombiniert. Das war eine einmalige Chance.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Land hat - das ist gut - die Mittel im kommunalen Finanzausgleich um 10 Millionen € aufgestockt. Genau das wäre das Fenster gewesen, um eine Sozialstaffel durchzusetzen. Herr Minister, Sie hatten 2010 dafür ein halbes Jahr Zeit. Wir haben das vorher immer wieder erwähnt. Dieser Vorschlag ist in den Wind geschlagen worden. Uns jetzt vorzuwerfen, wir hätten keinen konstruktiven Vorschlag gemacht, finde ich unfair.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe gerade gesagt, wie man es machen könnte. Wir sind doch nicht nur Zuschauerinnen und Zuschauer. Wir könnten das Kita-Gesetz ändern. Das Problem wäre dann die **Konnexität**. Meine Fraktion wäre bereit, den kommunalen Finanzausgleich an dieser Stelle wieder aufzuschnüren und über diese zusätzlichen 10 Millionen €, von denen sowieso gesagt wird, es sei Quatsch gewesen, sie einfach so draufzulegen, anders zu konditionieren. Herr Klug, Sie haben sie konditioniert, aber mit einem Vorschlag, der nicht sachdienlich war.

Das muss hier gesagt werden: Wir haben konkrete Vorschläge, auch aufkommensneutral, gemacht. Sie haben das in den Wind geschlagen. Uns war nämlich vorher schon klar, dass es richtig schwierig würde. Deswegen war unser Ton im Ausschuss am Anfang sehr versöhnlich. Sie haben aber nicht festgestellt, dass wir an dieser Stelle eigentlich bei Ihnen waren.

Beitragsfreiheit - das möchte ich deutlich in Richtung DIE LINKE und SPD sagen - ersetzt keine Sozialstaffel. Es geht dabei immer nur um bestimmte Jahre, aber nicht um die komplette Kita-Zeit.

Es ist Überweisung beantragt worden. Ich bin dagegen. Wir wollen eigentlich eine Lösung bis zum 1. August 2012. Wann soll denn der Minister aufgefordert werden, Frau Herdan? Im März?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja!)

Im April?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja!)

- Herr Kubicki, Sie sind in der Defensive, aber Sie sind gar nicht dran. Ich bin der Meinung, wir brauchen eine Abstimmung in der Sache. Ich würde mich freuen, wenn sich die CDU da einen Ruck geben könnte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

## Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/2190 dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 29 auf:

## Pferdekennzeichnung mit Brandeisen verbieten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/2254

## Schenkelbrand als alternative Kennzeichnungsmethode bei Equiden erhalten

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

Drucksache 17/2319

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

## **Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Sachen Tierschutz hat die jetzige Landesregierung nicht eben viel vorzuweisen. Frau Dr. Rumpf, Sie sind nicht nur Landwirtschaftsministerin, Sie sind auch Tierschutzministerin. Konkrete Aktivitäten, die Situation im Tierschutz zu verbessern, sind mir aus Ihrer Amtsperiode jedenfalls nicht bekannt.

Schleswig-Holstein ist beim Tierschutz rückwärtsgewandt. Das hat sich bei der Tierschutz-Verbandsklage gezeigt, das zeigt sich auch beim Thema Pferdekennzeichnung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haben Sie, Frau Ministerin, eigentlich eine Stellungnahme Ihres Tierschutzbeirats eingeholt? Das

### (Detlef Matthiessen)

ist eine ganz schlichte Frage, die werden Sie wahrscheinlich ganz einfach beantworten können.

Diese Landesregierung will stattdessen einer kleinen, gut organisierten Lobby ein Abschiedsgeschenk bereiten. Das ist Klientelpolitik in Reinform, meine Damen und Herren.

(Günther Hildebrand [FDP]: Warum Abschiedsgeschenk?)

"Die Landesregierung bleibt fest" - so lautet die Überschrift im "Bauernblatt".

Es ist jedoch wahrlich nicht die gesamte Pferdezucht- und Reitsportbranche, die glaubt, die **Abschaffung des Schenkelbrandes** würde zum Untergang der schleswig-holsteinischen Pferdewirtschaft führen. Die Geschäftsführerin des Pferdestammbuchs sagt, sie könne gut damit leben, wenn nicht mehr gebrannt werde.

Es sind einige Zuchtverbände, die ihr "Markenzeichen" erhalten möchten - der Mercedesstern auf der Ware "Pferd".

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Markenzeichen hört sich gut an, verschleiert aber die Tatsache, dass es sich um eine Brandnarbe handelt.

Wir haben den **Tierschutz** ins **Grundgesetz** geschrieben. Das ist gut so. Dem müssen aber auch Taten folgen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Spanier haben sich vom Stierkampf getrennt, da werden wir uns ja wohl von der Tradition des Schenkelbrandes verabschieden können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Ich bin sicher, dass der Holsteiner-Verband auch ohne Brandzeichen weiterhin gute Pferde und Spitzenpferde hervorbringen wird und gut verkaufen kann.

In unserem Nachbarland Dänemark ist der Schenkelbrand verboten.

Der **Bundesrat** hat einen Beschluss zur Abschaffung des Schenkelbrandes gefasst. Dort heißt es:

"Mittlerweile stehen für die Kennzeichnung von Equiden unter die Haut implantierbare Transponder zur Verfügung, deren Anbringung mit wesentlich weniger Schmerzen, Leiden und Schäden für die Tiere verbunden ist."

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

So weit der Bundesrat! Die **Bundesregierung**, Bundesministerin Aigner, hat dem Bundesrat im Januar 2011 mitgeteilt, dass sie dem nachkommen will

Was soll jetzt dieser Vorstoß der schleswig-holsteinischen Landesregierung, über die Änderung der Viehverkehrsverordnung, quasi durch die Hintertür, den Beschluss des Bundesrats zu kippen?

Sie haben ein Gutachten dazu vorgelegt - öffentlich bezahlt -, das ich nur als hanebüchen bezeichnen kann. In einem sensibel innervierten Gewebe wird eine Verbrennung 3. Grades zugefügt. Denn natürlich tut das höllisch weh. Dass die Tiere ihren Schmerz anders zeigen, steht auf einem anderen Blatt. Denken Sie an "Serengeti darf nicht sterben". Das Zebra als Fluchttier zieht sein gebrochenes Bein scheinbar unbeeinträchtigt hinter sich her und bleibt in der Herde, damit der Löwe nicht aufmerksam wird.

Aber Ihr Gutachten gibt selbst nicht einmal das her, was Sie daraus ableiten.

Ich darf zitieren, falls es den agrarpolitischen Sprecher der FDP-Fraktion interessiert:

"Der Prozess des Brennens löst beim Fohlen in der Regel eine Belastung von bemerkenswerter Intensität und kurzer Dauer aus, in der sich wohl Erschrecken, Angst und Schmerz verbinden. Der Heißbrand führt zu einer Brandwunde, die möglicherweise über einige Tage Schmerzen auslöst."

Ich sage als Tierarzt: Das Wort "möglicherweise" können wir in dieser Stellungnahme streichen.

Es heißt weiter:

"Aber angesichts der Belastungen, die generell mit dem Leben eines Pferdes verbunden sind, ließen sich diese Leiden uns Schmerzen nicht als erheblich einstufen."

Wenn ich das einmal auf unsere Situation im Landtag beziehen darf: Wir hier auf den Oppositionsbänden empfinden Erschrecken angesichts des Vorgehens der Landesregierung, und es schmerzt uns sehr, dass Sie das durchdrücken wollen und damit dem Ansehen des Landes Schaden zufügen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

#### (Detlef Matthiessen)

Aber angesichts der Dinge, die sich Schwarz-Gelb bei Schulen, Verkehr, Universitäten sowie Energie und so weiter in dieser verkürzten und doch zu langen Legislaturperiode geleistet haben, wäre es nach der oben geschilderten Logik fraglich, ob diese Schmerzen als erheblich anzusehen sind. Sie sind es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und des SSW)

- Dr. Stegner, klatschen Sie nicht zu früh.

Sie sind es auch, weil die SPD den Schenkelbrand zu einer Gewissensfrage erklärt und den Fraktionszwang aufhebt. Ich sage den verirrten Genossen: Weder de Jager ist dabei ein Schlager noch ist ein Lieblingsland, wo Schenkelbrand!

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, es bleibt jedoch ganz ohne Humor in der Sache festzustellen:

(Glocke des Präsidenten)

Diese schwarz-gelbe Koalition blickt auf eine traurige Bilanz beim Thema "Tierschutz" zurück. Alle Initiativen der Opposition sind abgebügelt! Eigene Tierschutzinitiativen: Fehlanzeige!

## **Präsident Torsten Geerdts:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

## **Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Gern.

**Dr. Ralf Stegner** [SPD]: Lieber Herr Kollege Matthiessen, habe ich Ihren Beitrag eben so verstanden, dass der Tierarzt in diesem Fall empfiehlt, dass die Meinung von der Fraktionsführung vorgegeben werden muss?

- Ich kann Ihnen sagen: Ich habe zweimal von meinem Gewissen Gebrauch gemacht.

(Zurufe von CDU und FDP - Glocke des Präsidenten)

Ich habe mich also zweimal von meinem Gewissen leiten lassen, gegen die Fraktionsmeinung abzustimmen.

(Heiterkeit)

- Das war jetzt eine verunglückte Formulierung. Zurück.

Ich konnte bis auf zwei Ausnahmen sämtliche Beschlüsse meiner Fraktion mit meinem Gewissen vereinbaren und habe mich in der Frage der Resolution des Schleswig-Holsteinischen Landtags zum Einmarsch in den Kosovo und in der Frage, ob wir in der europäischen Verfassung einen Gottesbezug haben wollen, bei diesen beiden Gelegenheiten vom Fraktionszwang befreien lassen. Sozialdemokraten haben da andere Hürden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Eine Papierschwalbe fliegt im Plenarrund - Glocke des Präsidenten - Zurufe)

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, woher das Ding kam. Aber ich weiß, dass so etwas in einer Wahlperiode vor einigen Jahren schon einmal passiert ist. Das wäre, wenn ich jetzt erkannt hätte, wer es gewesen ist, ein Grund für einen Ordnungsruf

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ich weiß, wer es war!)

- Herr Kollege Arp sollte sich an dieser Diskussion nicht weiter beteiligen.

Ich bitte darum, das in Zukunft zu unterlassen. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Rickers.

## **Heiner Rickers** [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Matthiessen, eines haben Sie in Ihrer Rede vergessen: Sie sind nur auf das Brennen und leider nicht auf das Chippen eingegangen. Auch das Chippen - das wissen Sie als Tierarzt zumindest genauso gut wie ich, der das auch live miterlebt hat bringt gewisse Nachteile mit sich. Insofern war ich enttäuscht, dass auf meine Initiative hin ein Termin beim Holsteiner-Verband gemeinsam mit den Trakehnern, organisiert am 2. Oktober 2010, leider unter Nichtteilnahme der Grünen stattfinden musste. Also eine anschauliche Darstellung der Vergleiche Pferde brennen oder chippen. Darauf möchte ich eingehen.

Sie haben vom Pferdestammbuch gesprochen. Sie wissen, wir haben hunderttausend Pferde in Schleswig-Holstein, 75.000 Pferde sind gebrannt. Das Pferdestammbuch - darauf wird Herr Hildebrand hoffentlich eingehen - ist begeistert vom Chippen, aber die großen Verbände Trakehner und Holsteiner Wahrzeichen und Holstein sind begeistert vom

### (Heiner Rickers)

Brennen. Ich werde versuchen, Ihnen klarzu machen, warum das Bestand haben sollte.

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

### **Heiner Rickers** [CDU]:

Ja.

(Zurufe)

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Das Wort zu einer Zwischenfrage hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, nachdem man sich hier des Öfteren gegenseitig auf das Versäumen von Veranstaltungen aufmerksam gemacht hat, frage ich Sie, ob Sie mir glauben, dass ich schon einmal ein Pferd im Leben gesehen habe?

(Heiterkeit)

### **Heiner Rickers** [CDU]:

- Sehr fundierte Frage.

(Zuruf)

- Ich hoffe. Was soll ich darauf antworten?

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Frage an Sie wäre: Haben Sie schon den Vergleich gesehen? - Chippen oder Brennen beim Fohlen?

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weise noch einmal auf die Geschäftsordnung hin; wir haben sie noch nicht verändert. Wenn eine Zwischenfrage gestellt werden sollte, muss sie per Handzeichen gemeldet werden. Das sehe ich im Moment nicht. Also dürfen Sie fortfahren, Herr Abgeordneter Rickers.

## **Heiner Rickers** [CDU]:

Ich will sie nicht zu sehr mit Bürokratie befeuern, deswegen werde ich versuchen, auf die praktischen Beispiele einzugehen. Es ist tatsächlich so, dass alle nach dem 1. Juli 2009 geborenen Equiden bundesweit mit einem sogenannten elektromagnetischen Chip im Halsbereich versehen werden müssen zur eindeutigen Identifizierung ein Leben lang. Das soll 35 Jahre Bestand haben. Das ist Fakt hier in Schleswig-Holstein und wird natürlich über die Landesregierung umgesetzt. Das ist in Ordnung.

Wir sind daraufhin, da es nun gültig wurde, zum 2. Februar 2010 zum Holsteiner-Verband gefahren und haben es uns dort angesehen.

Praktisches Beispiel: Eine Stute wird gemeinsam mit einem Fohlen in eine Box geführt, so, dass es frei laufen kann und nicht fixiert wird. Jemand kommt mit dem heißen Brandeisen. Das Fohlen wird nicht festgehalten. Man setzt ihm ganz kurz das **Brandeisen auf den Schenkel**. Das war es. Das Fohlen reagiert ohne Frage, zeigt Angst, zeigt auch Schmerzempfinden. Alles anerkannt. Das haben wir alles gesehen. Es wird ihm noch ein kleines Stück aus dem Schweif oder aus dem Lendenbereich entnommen für eine DNA-Probe. Das war es.

Zweites Beispiel: Das **Chippen**. Das Fohlen wird fixiert. Es geht nicht anders. Es muss im Halsbereich sediert werden. Der Halsbereich ist anders als der Schenkelbereich sehr empfindlich. Die Haut im Halsbereich wird sediert und rasiert. Es wird sterilisiert und mit einer Kanüle ein stecknadelgroßer elektromagnetischer Chip eingeschoben.

Das kennen Sie - hoffentlich - demnächst, Herr Matthiessen.

Die Abwehrreaktionen, die das Fohlen dann zeigt, sind wesentlich größer gewesen: Natürlich auch erschreckt. Festgehalten, fixiert und wahrscheinlich trotzdem noch mit einem Schmerzempfinden versehen, aus unserer Sicht subjektiv bei diesem Termin beurteilt

Jetzt ist die Frage: Was hat dauerhaft Bestand? Chippen oder Brennen? Was wäre alternativ machbar? - Ich kann Ihnen sagen, es gibt nach dem Termin am 2. Oktober 2010 nach anderthalb Jahren durchaus neue Erkenntnisse, die durch unsere Ministerin und den Staatssekretär unterstützt wurden. Diese Erkenntnisse weisen eindeutig, wissenschaftlich bewiesen, in eine Richtung, die wir nur unterstützen können. Das Schmerzempfinden im Halsbereich ist wesentlich größer als bei dem Fluchttier am Schenkelbereich. Die Verbrennungen, die nicht 3. Grades sind, wie Sie behaupten, nachgeweisen durch einen Humanmediziner, Dermatologen, sind im Schenkelbereich wesentlich weniger. Sie sind zwar dauerhaft zu erkennen, sind aber we-

### (Heiner Rickers)

sentlich weniger als die Belastung im Halsbereich durch den Chip.

Wenn ich Sie, Herr Matthiessen fragen würde, was Sie nehmen würden, einen Chip im Halsbereich oder eine Tätowierung oder einen Brand im Bereich des Hinterteils, dann weiß ich nicht, wofür Sie sich entscheiden würden.

### (Vereinzelter Beifall)

Es gibt - damit komme ich zur Kernthese - jetzt in der Viehverkehrsordnung die Möglichkeit, alternativ anerkannte - das ist nur über die Bundesregierung und über den Bundesrat abzustimmen - Identifizierungsmöglichkeiten bei Equiden durchführen zu lassen. Anerkannt wird es zum Beispiel in Österreich. Da wird nach wie vor gebrannt und eine DNA-Probe über die Haarwurzel entnommen. Das ist überhaupt kein Problem. Diese DNA-Probe wird in einer Datenbank gespeichert, sodass Sie ein Leben lang erkennen können, mit welchem Pferd Sie es zu tun haben: im Handel, im Tierseuchenfall, beim Versuch, bei einem Veterinärcheck in irgendeiner Form ein anderes Pferd vorzuführen und bei weiteren Beispielen.

Beim Chippen ist es so, dass dieser **Chip** durchaus auch Nachteile mit sich bringen kann. Er kann wandern, er kann zu Infektionen führen und er kann und jetzt habe ich ein Beispiel hier aus der Praxis natürlich bei einem Veterinärcheck bei internationalen Turnieren auch dazu führen, dass man diesen Chip gar nicht findet.

Ein namhafter Springreiter hier aus Schleswig-Holstein hat berichtet und wäre auch gern bereit, das zu demonstrieren, dass bei einem sogenannten Vet-Check nach einer Turnierprüfung bei einem internationalen Springen der Chip auf der linken Halsseite nicht gefunden werden konnte. Und siehe da, auf der rechten Seite wurde dann einer entdeckt. Dieser Chip war aber nicht lesbar. Also wurde wieder auf der linken Seite gesucht, und irgendwann hat man dann tatsächlich zwei Chips entdeckt. Man hat festgestellt: Die Chips sind nicht fälschungssicher wie der Brand, die DNA-Probe und eine Beschreibung des Pferdes.

Insofern finden wir die Alternativmöglichkeit, hier angeschoben durch unsere Landesregierung, entweder Chippen oder als Alternative --

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

#### **Heiner Rickers** [CDU]:

- Brennen und DNA-Probe.

Wir unterstützen die Bundesratsinitiative.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Sandra Redmann.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Es spricht Frau Marion Sellier!)

- Dann erteile ich der Frau Kollegin Marion Sellier das Wort.

#### **Marion Sellier** [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Pferdekennzeichnung mit Brandeisen verbieten, schwere Entscheidung zwischen Brandzeichen und Chip. - Im Kern geht es bei der uns heute durch den Antrag der Grünen vorliegenden Frage um die Beurteilung, ob zur eindeutigen Identifizierung ein Brandzeichen in Verbindung mit einem DNA-Test oder das Einsetzen eines Transponders bei Pferden zu vertretbaren Schmerzen und Folgeschäden führt. Das sagt letztlich gerade auch der Antrag der CDU und der FDP aus. Das ist im wahrsten Sinne ein heißes Eisen und für Politiker anhand sich widersprechender Gutachten schwer zu entscheiden.

Tierschutzverbände sind auf den Barrikaden. Mit Unterstützung einer Plakatkampagne, auf der eine nackte Frau mit einem Hannoveraner-Brandzeichen auf der Schulter abgebildet ist, und der Überschrift "Fühl dich wie ein Pferd" wurde auf das Leiden der Fohlen hingewiesen, die zur Kennzeichnung der Rassezugehörigkeit auf dem Schenkel das Brandzeichen ihres Zuchtverbandes erhalten. Diese Form der Meinungsbeeinflussung halte ich für nicht angemessen.

Nach dem **Tierschutzgesetz** besteht ein grundsätzliches Verbot, das Gewebe eines Wirbeltieres zu zerstören. Eine von der Mehrheit der Länder getragene Lösung, um die Pferde zu identifizieren, ist, eine von der EU verpflichtende Kennzeichnung mittels Transponder durchzuführen, kurz mit **Chippen** bezeichnet. Nach Auffassung der Tierschutzverbände macht dies das Brennen überflüssig, da sich alle relevanten Daten auf dem Chip befinden. Das, was zum Chip zu sagen ist, haben Sie gerade schon von Herrn Rickers gehört.

### (Marion Sellier)

Leider - und das kreide ich den Tierschutzverbänden an - setzt man sich nicht mit Fakten auseinander, sondern es wird durch eine effektheischende Kampagne eine ausschließlich emotionale Diskussion geführt. Mehr Tierschutz kann nicht damit begründet werden, dass eine Methode die andere ablöst, die die Fohlen wahrscheinlich auf Dauer weit mehr traumatisiert als die vorherige. Wir brauchen hier eine sachliche Debatte, in der Tiere nicht ausschließlich vermenschlicht und vorbehaltlos menschliches Verhalten und menschliche Gefühle auf ein Tier übertragen werden.

Das Chippen beim Fohlen wird am Hals nahe der Wirbel in den Muskel vorgenommen. Der Chip kann unter anderem zu Abszessen führen, die Beweglichkeit des Halses einschränken und wandern. Bei Hunden, wo das Chippen bei vielen als problemlos bekannt ist, wird direkt unter die Haut gechippt. Dieser Vergleich, der immer wieder gern angeführt wird, ist für mich untauglich. Mit Tierschutz hat das nichts zu tun.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein ist ein Pferdeland. Das Holsteiner-Brandzeichen hat eine jahrzehntelange Tradition. Es ist ein Erkennungszeichen. An seinem **Brand** ist sofort zu erkennen, woher ein Pferd kommt. Alle **Pferdezuchtverbände** mit traditionellem **Reinzuchtgebot** sind betroffen, sollte die bisherige Ausnahme zum Brand im Tierschutzgesetz gestrichen werden.

Um hier keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ich bin absolut gegen jede Form der Tierquälerei und halte Tierschutz für notwendig. Aber ich wehre mich dagegen, bedingungslos etwas zu übernehmen, was einzelne Gruppierungen einseitig verbreiten, die nicht bereit sind, objektive Untersuchungsergebnisse anzuerkennen.

(Beifall bei der SPD)

Es darf nicht dazu kommen, dass es nicht mehr um das Pferd geht, sondern ausschließlich um Geld. Ganze Wirtschaftszweige verdienen auch an den Transpondern, den Lesegeräten und am Einsetzen der Chips.

Eine Diskussion über Tierschützer und Tierquäler haben wir in unserer Fraktion nicht geführt. Es handelt sich eher um eine tierethische Frage für uns, die unterschiedlich beantwortet wird. Wir haben daher den Antrag der Grünen der persönlichen Gewissensentscheidung unserer Fraktionsmitglieder überlassen.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich dem Herrn Kollegen Günther Hildebrand.

## **Günther Hildebrand** [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Max ist geboren, 52 cm, 3.120 g. Max ist kein Fohlen, kein Holsteiner oder kein Schleswiger, sondern der Sohn Oliver Kumbartzkys.

(Beifall)

Ich glaube, wir gratulieren alle ganz herzlich. Mutter und Kind sind wohlauf.

(Zuruf von der CDU)

Dazu komme ich noch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Monaten haben wir mehrmals in diesem Haus über Tierschutz debattiert. In vielen Punkten konnten wir einen fraktionsübergreifenden Konsens feststellen. Heute aber diskutieren wir über ein Thema, das sich in den letzten zwei Jahren im wahrsten Sinne zu einem Dauerbrenner in Schleswig-Holstein entwickelt hat und sicherlich - das hoffe ich stark - zukünftig auch unter dem Gesichtspunkt brennen bleiben wird. Es ist die Frage nach dem traditionellen Schenkelbrand, ob in Schleswig-Holstein geborene Fohlen auch weiterhin auf diese Weise zur Identifikation gekennzeichnet werden können oder nicht.

Dass diese Frage in Schleswig-Holstein besonders kontrovers diskutiert wird, ist verständlich. Schließlich haben wir unter anderem mit den Rassen Holsteiner und Trakehner zwei der bekanntesten und erfolgreichsten Pferderassen der Welt mit ihren Verbandssitzen in unserem Land. Aber auch das Pferdestammbuch, das sämtliche Ponyrassen betreut, ist von großer Bedeutung. Es ist auch zuständig für die Kaltblutrasse Schleswiger, einer vom Aussterben bedrohten Rasse, die ihren Ursprung in Schleswig-Holstein hat und nur Dank des engagierten intensiven Einsatzes mehrerer Züchter erhalten geblieben ist, und jetzt nicht darauf angewiesen ist, im Tierpark Warder als ehemalige Haustierrasse gehalten werden zu müssen. Die Brandzeichen dieser Verbände sind weit über unsere Landesgrenzen hinaus bekannt, die der Holsteiner und der Trakehner sicherlich weltweit. Sie werden als Gütezeichen besonderer Qualität bei den Pferdeliebhabern geliebt und geschätzt, sodass die Pferde ein echter Sympathieträger und Exportschlager unseres Landes sind.

### (Günther Hildebrand)

(Sandra Redmann [SPD]: Aber darum geht es doch gar nicht!)

Nun gibt es bei der Kennzeichnung der Pferde unterschiedliche Auffassungen, wie diese denn zu erfolgen hat, auf der einen Seite durch das traditionelle Brennen der Fohlen oder auf der anderen Seite die Kennzeichnung durch das Implantieren eines Transponders, wobei ich feststellen muss, dass beide Methoden, wie häufig im Leben, Vorund Nachteile haben.

Auf einem **Chip** können mehrere **Merkmale und Informationen** gespeichert werden. Dies setzt aber voraus, dass man sich beim Lesen des Transponders mit einem entsprechenden Lesegerät dem Pferd immer nähern beziehungsweise dieses aufheitern muss. Der Brand hingegen ist auch aus einer gewissen Distanz zu erkennen, und das Pferd ist so relativ leicht zu identifizieren.

Die unterschiedlichen Auffassungen beruhen im Wesentlichen auf der Art und Weise, auf welche Art die Kennzeichnung durchgeführt wird. Bei einem Heißbrand auf dem linken Oberschenkel wird mit einem heißen Eisen das Brandzeichen der jeweiligen Rasse, verbunden mit einer wechselnden Nummer, aufgebrannt, während beim Chippen ein Transponder mit einem entsprechenden Gerät in den Hals des Pferdes eingebracht wird. Beide Kennzeichnungen können durch geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zuchtverbände vorgenommen werden. Eine Sedierung - und insoweit weiche ich etwas von der Aussage meines Kollegen Rickers ab - ist eben nicht erforderlich. Sie könnte auch nur durch Tierärzte vorgenommen werden und würden die beiden Verfahren nur komplizieren und verteuern.

Dankenswerterweise hat nun die Landesregierung ein **Gutachten** in Auftrag gegeben, um die Beeinträchtigung der Pferde beim Brennen beziehungsweise beim Chippen feststellen zu lassen, auch ob es sich um Tierquälerei handelt.

Der Schweizer Schmerzspezialist Professor Dr. Urs Schatzmann ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, die beobachteten Veränderungen in der Haut nach dem Heißbrand seien gering und die nach der Transponder-Implantation erheblich.

In Kenntnis dieses Gutachtens ist es - so glaube ich - müßig, darüber zu streiten, ob die eine oder andere Methode Tierquälerei ist oder nicht. Auf jeden Fall ist damit die Kennzeichnung allein durch Transponder nicht mehr zu rechtfertigen. Wir sollten es den Zuchtverbänden beziehungsweise den Züchterinnen und Züchtern überlassen, für welche

Art der Kennzeichnung sie sich entscheiden - also nicht Sowohl-als-auch, sondern nur Entweder-oder.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Nebenbei: Die Züchterinnen und Züchter sind gezwungen, ihr Pferd zu kennzeichnen. Eine Wahlfreiheit - ob oder ob nicht - gibt es nicht. Trotzdem wird geschätzt, dass vielleicht ein Viertel bis ein Drittel des **Pferdebestandes** nicht registriert ist und es damit **keinen Nachweis** über die Rassezugehörigkeit gibt.

Ich selbst habe Erfahrung mit dem Brennen und mit dem Chippen - nicht persönlich, aber immerhin war ich anwesend -.

(Gerrit Koch [FDP]: Zeigen!)

und ich kann sagen, meines Erachtens sind beide Methoden für die Pferde oder für die Fohlen - muss man in diesem Fall sagen - möglich. Deshalb sollten wir die **Wahlmöglichkeit** aufrechterhalten.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich bin sofort fertig. Die EU-Viehverkehrsverordnung sieht explizit vor, dass traditionelle Kennzeichnungsmethoden auch in Zukunft weiter zugelassen sind. Zu diesen traditionellen Methoden gehört eben auch Heißbrand und Chippen - eingebunden in die Gesamtsystematik mit DNA-Typisierung und dem Farb- und Abzeichendiagramm.

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

#### **Günther Hildebrand** [FDP]:

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP zu.

(Beifall bei FDP und CDU)

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels.

## **Ulrich Schippels** [DIE LINKE]:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hildebrand, wir werden Ihnen den Gefallen nicht tun und die Bitte leider nicht erfüllen können.

### (Ulrich Schippels)

(Beifall der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

Ich weiß nicht, ob Sie sich mit den neuesten Irrungen und Wirrungen der Menschheit auskennen. Ich habe mich informieren lassen: Inzwischen gibt es nicht nur Piercings oder Tätowierungen, inzwischen gibt es auch die sogenannte Methode des **Branding**. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Ich meine jetzt hier nicht die Bezeichnung im technischen Bereich für die Bindung eines Gerätes an eine Marke. Dazu komme ich nachher noch einmal am Beispiel der Mobiltelefone. Nein, es geht um sogenannten **Körperschmuck**. Da werden 2 bis 4 cm breite Schmucknarben erzeugt. Dabei verwendet man Metallstreifen oder eben auch Brandeisen.

Wenn Menschen das wollen, dann sollen sie das machen, auch wenn ich mir das nicht vorstellen kann. Aber bei Pferden sieht es leider anders aus. Die können sich nicht entscheiden. Sie können sich auch gern einmal bei Menschen informieren, wie schmerzhaft dieser Prozess ist oder, Herr Rickers, Sie haben es schon vorgeschlagen, machen Sie es doch einmal selbst, dann können Sie uns berichten, was das für Folgen hat. Oder Sie benutzen einfach die gute alte Methode und legen Ihre Hand auf eine heiße Herdplatte. Wie gesagt, Menschen können sich entscheiden, ob sie sich selbst Leid zufügen. Bei Pferden ist es eben so, dass ihnen Leid zugefügt wird. Sie können sich nicht entscheiden. Das ist in meinen Augen und in den Augen meiner Fraktion unerträglich.

### (Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Das Chippen der Pferde ist ja nichts Neues. In Dänemark zum Beispiel ist es die Regel. Brandeisen sind dort - wie wir meinen: zu Recht - verboten. Und auch bei uns hier ist es seit 15 Jahren die Regel, dass bei Trabern gechipt wird. Es gibt damit auch keine negativen Erfahrungen, zumindest keine größeren beziehungsweise geringere als bei den Brandeisen - wie es übrigens auch in Dänemark keine schlechten Erfahrungen damit gibt.

Nun macht sich die schleswig-holsteinische Landesregierung als Einzige im gesamten Bundesgebiet auf den Weg, um wieder einmal gallisches Dorf zu spielen - allein gegen alle. Die **Landesregierung** macht sich für den Erhalt des **Schenkelbrands** stark und veröffentlichte Ende Januar ein Gutachten, nach dem der Schenkelbrand in Verbindung mit einer DNA-Typisierung dem Chippen von Pferden vorzuziehen sei.

Wir Linke haben darüber mit Tierärzten und anderen Fachleuten gesprochen, und die haben alle nur mit dem Kopf geschüttelt. Ihrem Gutachten ist zu entnehmen, dass sowohl der Schenkelbrand als auch die Injektion eines Transponders zu Belastungen wie Angst, Erschrecken oder einem kurzen Schmerzreiz beim Pferd führen. Aus dem Gutachten geht aber auch hervor, dass diese Belastungen weder messbar noch differenzierbar und schon gar nicht objektivierbar seien. Herr Matthiessen hat schon darauf hingewiesen, und ich habe mir das Gutachten auch gewissenhaft durchgelesen: Der Zynismus, der dort gegenüber dem Geschöpf Pferd zum Ausdruck kommt, ist in meinen Augen unerträglich.

#### (Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Dass nun ausgerechnet die Untersuchung des Feingewebes der Haut für den Schenkelbrand sprechen soll, erschließt sich mir nur schwer. Beim Schenkelbrand wird ein 800° C heißes Eisen auf die linke Hinterhand des Fohlens gedrückt - Ergebnis: Verbrennungen 3. Grades. Ich habe es schon gesagt: Tierschützer sind sich einig und auch die Bundestierärztekammer fordert seit Langem die Abschaffung des Schenkelbrandes.

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Sellier?

### **Ulrich Schippels** [DIE LINKE]:

Nein. - Meine Damen und Herren, ist der Schenkelbrand in Kombination mit einer eindeutigen DNA-Analyse notwendig? - Für mich und meine Fraktion steht fest, dass es keinerlei Notwendigkeit für den Schenkelbrand gibt, auf jeden Fall keine, die mit dem Tierwohl zu begründen wäre. So ist es im Übrigen auch in der Begründung der Entschließung des Bundesrates nachzulesen. Die Forderung nach dem Schenkelbrand verhilft den Züchtern der Pferde vermeintlich beim Vermarkten der Tiere - Schenkelbrand als Markenzeichen. Das kann übrigens auch - ich habe vorhin davon gesprochen bei Handys die Funktion sein. Es geht beim Branding nämlich auch darum, Markenzeichen zu setzen. Aber Tiere sind keine Sachen. Übrigens verbietet das Tierschutzgesetz, ein Tier zu Werbezwecken oder Ähnlichem heranzuziehen. Was hier zur Begründung und Befürwortung der Brandeisen gesagt worden ist, geht genau in die Richtung. Es geht um die Marke Holsteiner et cetera. Sorry, da machen wir nicht mit.

(Ulrich Schippels)

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroe [DIE LINKE])

Der Schenkelbrand hat eine lange Tradition, keine Frage. Das ist aber kein Argument. In Spanien gibt es die lange Tradition des Stierkampfes - Herr Mathiessen hat darauf hingewiesen - mit dem finalen Tod des Stiers - nicht gerade erstrebenswert für die Stiere oder für andere Tiere. DIE LINKE ist dafür, jedes Lebewesen zu achten.

(Beifall der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

Wir wenden uns gegen dieses archaische Brauchtum des Schenkelbrandes. Es mag ja sein, dass trotz aller praktischen Erfahrungen das Chippen auch nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Aber anstatt das Geld in solche unnötigen Gutachten zu stecken, wäre es eher an der Zeit, andere Methoden zu entwickeln, die eine eindeutige Identifizierung von Pferden ohne Zufügen von Schmerzen ermöglichen.

(Beifall der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

Das wäre eine Aufgabe. Ich würde einem pferdeverliebten Land wie Schleswig-Holstein wünschen, dass es sich dieser Aufgabe annimmt. Ihr Antrag tut das nicht.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall der Abgeordneten Sandra Redmann [SPD])

## **Präsident Torsten Geerdts:**

Das Wort für die SSW-Fraktion erteile ich dem Kollegen Fleming Meyer.

## Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder hier im Haus kann sich vorstellen, wie schmerzhaft eine Verbrennung 3. Grades ist. Nichts anderes wird einem Fohlen zugefügt, dem ein heißes Brandeisen großflächig aufgedrückt wird. Mit der Verbrennung wird eine Wunde erzeugt, die eine dauerhafte Narbe zur Folge hat dies nur, um das Tier zu kennzeichnen. Es geht aber auch anders. Ein Pferd kann auch mit einem **Transponder-Chip** versehen werden, mit dem das Tier individuell und unverwechselbar gekennzeichnet ist.

Nach einer EU-Verordnung von 2008 sollen Einhufer aus tierseuchenrechtlicher Sicht grundsätzlich elektronisch identifizierbar sein. Für alle ab **Juli 2009** in Deutschland geborenen Fohlen gilt die Kennzeichnungspflicht mittels Chip. Es gibt in Deutschland also eine klare Verpflichtung, wie dies zu handhaben ist.

Nebenbei bemerkt: Das **Chippen bei Trabern** - das wurde hier schon erwähnt - wird bereits seit den 90er-Jahren gemacht. Dort waren es die Zuchtverbände selbst, die daran ein Interesse haben. Man hat keine schlechte Erfahrung damit gemacht. Daher ist es bedauerlich, dass **Schleswig-Holstein** im **Bundesrat** nun versucht, diese Kennzeichnungspflicht zu umgehen, und an der antiquierten Methode des **Schenkelbrandes** festhalten will.

Welche der beiden Kennzeichnungsmethoden für das Tier schmerzhafter ist, kann sich, glaube ich, jeder vorstellen. Es ist erwiesen, dass das Brandeisen dem Tier größte Schmerzen zufügt und dass diese Schmerzen mehrere Tage anhalten können. Gegner des Chippens führen immer wieder an, dass dem Tier auch Schmerzen zugefügt werden und dass sich beim Chippen die Wunde entzünden kann. Da mögen Sie recht haben, aber die Brandwunden, die verheilen beileibe auch nicht immer problemlos.

Es gibt viele Experten, die sich einig sind, dass das Chippen aus tierschutzfachlicher Sicht sinnvoller ist als der Schenkelbrand. Es ist also nicht die Frage, was aus tierschutzfachlicher Sicht das geringere Leiden für das Tier ist, die in dieser Diskussion obenan steht.

Der Punkt in dieser Diskussion ist, dass wir auf der einen Seite die Aspekte des Tierschutzes haben und auf der anderen Seite wirtschaftliche Interessen.

(Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Der Schenkelbrand versieht das Tier mit einem permanenten und sichtbaren **Markenzeichen**. Das ist der Grund, warum die Züchter an ihrem Logo festhalten wollen.

Die verschiedenen Pferderassen, über die wir reden, haben sich im Laufe der Jahre äußerlich so weit angeglichen, dass sie kaum noch zu unterscheiden sind. Einzig anhand des Brandzeichens ist äußerlich festzustellen, aus welcher Zucht sie stammen. Es geht also um die Frage, wie ich mein Produkt so kennzeichne, dass für jeden ersichtlich ist, womit er es zu tun hat. Wir reden also über Marketing und wirtschaftliche Interessen der Zuchtverbände.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Diese Aspekte sind es, die den **Gegensatz zum Tierschutz** darstellen. Es stellt sich also die Frage,

### (Flemming Meyer)

welchen Wert der Tierschutz gegenüber diesen wirtschaftlichen Interessen hat. Wollen wir akzeptieren, dass einem Tier erhebliche Schmerzen zugefügt werden, nur damit nach außen sichtbar wird, aus welcher Zucht es stammt? Dies ist eine rein politische Bewertung.

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Heiner Rickers?

## Flemming Meyer [SSW]:

Ja.

Heiner Rickers [CDU]: Herr Meyer, könnten Sie sich vorstellen, aus einer Herde junger Pferde ein Pferd herauszusuchen - Sie haben davon gesprochen, dass die sich ziemlich ähneln, weil die ja heute alle den gleichen Zuchtstandard haben -, weil das Pferd verletzt ist, um dann den Eigentümer anzurufen, der ja reagieren und vielleicht einen Tierarzt bestellen muss? Wenn das Pferd nicht gebrannt ist und auch kein Halsband trägt - das machen auch einige, aber Halsbänder führen zwangsläufig zu Belastungen und Verletzungsmöglichkeiten -, wie gehen Sie damit um? Wollen Sie das Pferd einfangen und mit einem Lesegerät am Hals die Chipnummer ablesen, um dann den Eigentümer anzurufen und zu sagen: "Das war dein Pferd"?

(Unruhe)

### **Präsident Torsten Geerdts:**

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Meyer, um die Frage des Herrn Abgeordneten Rickers zu beantworten.

### **Flemming Meyer** [SSW]:

Das ist eine hypothetische Frage, weil ich selber nicht in diese Situation komme.

(Heiterkeit, Beifall und Zurufe)

Wenn mir hier jemand erzählen will, dass das der Grund für das Brandzeichen ist, ist das schlicht nicht wahr. Das ist nicht der Grund dafür, dass die Pferde ein Brandzeichen kriegen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Für den SSW stelle ich fest: Es gibt die Möglichkeit, ein Tier elektronisch zu kennzeichnen, damit

es jederzeit identifiziert werden kann. Das ist Fakt. Fakt ist auch, dass dem Fohlen mit dem Schenkelbrand enorme Schmerzen zugefügt werden, die so nicht mehr notwendig sind. Die **Aspekte des Tierschutzes** stehen für den SSW über den wirtschaftlichen Interessen der Zuchtverbände.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sowohl der Bundesrat als auch das Bundeslandwirtschaftsministerium sprechen sich gegen den Schenkelbrand aus. Die Gründe liegen auf der Hand. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, dass die Landesregierung im Bundesrat daran festhält, den Schenkelbrand als **alternative Kennzeichnungsmethode** zu ermöglichen.

Deshalb werden wir dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Frau Dr. Juliane Rumpf, das Wort.

## **Dr. Juliane Rumpf**, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Matthiessen, zu Ihrer Pauschalkritik an mir und meiner Politik darf ich genau wie Herr Hildebrand an die Diskussionen erinnern, die wir zum Thema Tierschutz in diesem Hohen Hause geführt haben. Bei diesen Diskussionen haben wir viel fraktionsübergreifende Übereinstimmung gehabt. Ich fände das eine Anerkennung wert. Auch in diesen Zeiten könnte man so etwas einmal benennen.

Sehr geehrter Herr Meyer, eines möchte ich von Anfang an klarstellen: Schleswig-Holstein versucht nicht, den Beschluss des Bundesrats zu unterlaufen, sondern beabsichtigt, mit der neuen Bundesratsinitiative eine moderne und **praxisnahe Regelung** zu schaffen. Nach Europäischem Recht ist die Kennzeichnung für die ab 1. Juli 2009 geborenen Equiden mittels eines **elektronischen Transponders** vorgeschrieben. Das stellen wir nicht infrage. Gleichzeitig wird den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt, unter bestimmten Bedingungen **alternative Kennzeichnungsmethoden** zuzulassen, und die Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten tut dies auch. Die Bundesratsinitiative unseres Landes zur

## (Ministerin Dr. Juliane Rumpf)

Änderung der Viehverkehrsordnung zielt darauf ab, diese Möglichkeit rechtlich zu verankern.

Warum tun wir das? - Weil wir das ausnahmslose Verbot des Schenkelbrandes für falsch und vollkommen überzogen halten.

(Beifall bei CDU und FDP)

In Verbindung mit der DNA-Analyse halten wir den Schenkelbrand für das sicherste und **nicht manipulierbare Identifizierungssystem**, das es gibt. Es ist dem Transponder darin eindeutig überlegen. Das haben wir gehört.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Auch aus Tierschutzsicht gibt es aus meiner Sicht keine Argumente dagegen. Wir haben zahlreiche Untersuchungen und Gutachten. Wir haben uns auch die Expertise von dem wohl renommiertesten Wissenschaftler auf diesem Gebiet, dem Schweizer Veterinärmediziner Herrn Professor Schatzmann, geben lassen. Herr Matthiessen, er kommt zu dem Schluss, dass beide Systeme Schmerzen und Erschrecken auslösen können. Eine Vorzüglichkeit weder des Schenkelbrandes noch des Transponders lässt sich danach objektiv nicht feststellen. Die Eingriffe, wenn sie fehlerfrei geschehen, sind tolerierbar und für den Identifizierungszweck auch erforderlich.

Das dermatologische Gutachten, das wir ebenfalls haben anfertigen lassen, sieht dagegen deutliche Vorteile des Schenkelbrandes. In den Vergleichsproben hat der Gutachter festgestellt, dass die Epidermis unter gebrannten Lederhautpartien in keinem Fall verändert war, dagegen fand er bei allen mit Transpondern gekennzeichneten Pferden Veränderungen infolge des Einstichs und des gesetzten Fremdkörpers, und zwar Fibrosierungen, die von teils dichten entzündlichen Infiltraten durchsetzt waren, wie es im Gutachten heißt. Die Gefahr einer Infektion ist bei einem Durchstoß der Epidermis natürlich erhöht. Ich empfehle die Lektüre dieser Expertisen, die wir auf der Homepage des Ministeriums veröffentlicht haben.

Aus den genannten Gründen halte ich es aus Tierschutzsicht für absolut vertretbar, den Zuchtverbänden weiterhin zu ermöglichen, ihre Tiere mittels **DNA-Analyse und Schenkelbrand** zu identifizieren. Dies wäre auch bei der Neuregelung die Ausnahme. Denn die meisten Fohlen werden künftig nur noch mit dem Transponder ohne Brand ausgestattet.

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

**Dr. Juliane Rumpf**, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Gern.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ehe Ihre Rede zu Ende ist, möchte ich auf die Frage in meiner Rede zurückkommen: Haben Sie Ihren Tierschutzbeirat mit dieser Frage befasst?

- Das habe ich nicht, denn ich traue mir hier aufgrund der vorliegenden Expertisen und Gutachten allein ein Urteil aus Tierschutzsicht zu.

(Beifall bei CDU und FDP - Sandra Redmann [SPD]: Wozu haben Sie denn einen Tierschutzbeirat?)

Meine Damen und Herren, in der leider oft zu sehr emotional und nicht fachlich geführten Debatte wird der Schenkelbrand immer wieder als Relikt aus alter Zeit dargestellt, das von den Verbänden allein aus wirtschaftlichen Gründen verteidigt werde. Selbstverständlich ist zum Beispiel der Holsteiner Brand ein besonderes Markenzeichen, das die weltweite Spitzenstellung dieser Rasse nach außen dokumentiert. Aber ist das denn verwerflich? Dahinter verbirgt sich ein Zuchtprogramm, das unsere schleswig-holsteinischen Züchterinnen und Züchter über Generationen hinweg entwickelt haben. Der Brand ist insofern Kennzeichen innerer Werte. Dies gilt selbstverständlich für alle anderen Rassen genauso, ob das nun Trakehner, Hannoveraner oder Mecklenburger sind.

Es ist an der Zeit, dass emotional abgerüstet und eine fachliche Debatte geführt wird. Alle Gründe sprechen für unseren Weg, den wir mit unserem Änderungsantrag beschritten haben. Ich halte es für unverantwortlich, eine jahrhundertealte Tradition, die als äußeres Selektionsmerkmal mit dazu beigetragen hat, dass die deutsche Pferdezucht heute Weltspitze ist, ohne nachvollziehbare Begründung und ohne Not zu opfern.

Ich hoffe auf Unterstützung des Schleswig-Holsteinischen Landtags und der anderen Bundesländer. Parallel sollten wir uns dafür einsetzen, auch in der anstehenden Novelle des Bundestierschutzgesetzes eine Öffnung für die nach EU-Recht vorgesehene Ausnahmeregelung vorzusehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Kollgen Dr. Christian von Boetticher das Wort.

(Zurufe)

### **Dr. Christian von Boetticher** [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Worten der Kollegin Sellier sehr aufmerksam zugehört. Wenn man das Gutachten liest, es kennt und sich ein bisschen mit Tierzucht, mit der **Pferdezucht**, auskennt, dann weiß man, dass es sich keiner in der Branche leicht macht. Man hat dort in der Tat die schwere Wahl zwischen dem **Chippen** und dem **Brandzeichen**. Ich verstehe auch, dass Abgeordnete einer Fraktion, die sich nicht alle in der Tiefe mit dem Thema beschäftigt haben, zögern, überlegen und jeweils nach ihrem Gewissen eine Entscheidung treffen wollen.

Das Gutachten selber wägt lange ab, auch der Gutachter braucht länger, um zu einem Ergebnis zu kommen. Das zeigt die Schwere dieser Materie. Wir haben uns entschieden, weil das Gutachten am Ende doch zu einer für uns relativ eindeutigen Auswahl kommt.

Aber in dieser Debatte hat mich wirklich extremst geärgert, dass sich ein Tierarzt - jemand, der von der Passion und von Berufs wegen eigentlich eine Expertise mitbringt - hier vorne hinstellt, Herr Matthiessen, und ernsthaft den Schenkelbrand mit dem Stierkampf vergleicht. Das ist armselig und peinlich für den Berufsstand.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

- Doch, das hat er. Das ist im Protokoll nachzulesen, dass er gesagt hat "antiquiert", und dann hat er den Vergleich zum Stierkampf gezogen.

Herr Matthiessen, ich glaube es gibt keinen hier in diesen Reihen, der für den Stierkampf ist.

Aber eines werden wir tun, wir werden Ihre Aussagen, die Sie hier gemacht haben, allen, die sich im Pferdebereich mit viel Leidenschaft ihren Tieren und dem Tierwohl mit viel Herzblut widmen, weitergeben. Sie können diese dann selber bewerten. Es war wirklich "oberpeinlich", Herr Kollege.

(Beifall bei CDU und FDP)

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich schlage Ihnen vor, abweichend von der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag in der Drucksache 17/2319 zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht, dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/2254, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SSW und

(Zurufe)

sieben Abgeordnete der SPD-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP sowie

(Zurufe)

13 Abgeordnete der SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Enthalten haben sich drei Abgeordnete der SPD-Fraktion. - Damit stelle ich fest, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/2254, abgelehnt worden ist.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/2319, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP sowie neun Abgeordnete der SPD-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW sowie acht Abgeordnete der SPD-Fraktion. Wer enthält sich? - Das sind vier Abgeordnete der SPD-Fraktion. - Dann stelle ich fest, dass der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/2319, angenommen worden ist.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich darauf hinweisen, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführer darauf verständigt haben, die Tagesordnungspunkte 35, 38, 42, 48 und 61 heute von der Tagesordnung abzusetzen und in der März-Tagung aufzurufen. Der Tagesordnungspunkt 44 wird ohne Aussprache behandelt.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 44 auf:

## ACTA nicht ratifizieren - Internetfreiheit und Urheberrechtsschutz vereinbaren

## (Präsident Torsten Geerdts)

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, SSW und DIE LIN-KE

Drucksache 17/2281 (neu) - 2. Fassung

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Antrag in dieser Form angenommen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 45 auf:

## Menschenrecht auf medizinische Versorgung auch für Menschen ohne Papiere

Antrag der Fraktionen DIE LINKE und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/2282 (neu)

## Medizinische Versorgung für Menschen ohne qualifizierten Aufenthaltsstatus in Schleswig-Holstein sicherstellen

Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2313

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion DIE LINKE Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels das Wort.

## **Ulrich Schippels** [DIE LINKE]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wussten Sie schon, dass medizinische Versorgung längst nicht jedem und nicht jeder in Deutschland zugänglich ist?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Wussten Sie schon, dass aufenthaltsrechtliche Illegalität physisch und auch psychisch besonders belastend ist?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Wussten Sie schon, dass die Gesetzgebung an dieser Stelle krankt?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Als ich heute Morgen ins Landeshaus kam, sah ich an verschiedenen Orten Plakate des Medibüros Kiel aufgehängt. Ich freue mich, dass es Menschen gibt, die solidarisch sind mit denen, die sich versteckt halten müssen. Ich freue mich, dass es Menschen gibt, die solidarisch sind mit denen, die deshalb

nicht für ihre Rechte eintreten können. Und ich freue mich, dass es viele Ärztinnen und Ärzte gibt - übrigens auch hier in Kiel -, die bereit sind, Menschen ohne Papiere zu behandeln, auch wenn sie dabei die Kosten selbst tragen müssen.

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Kai Dolgner [SPD])

Aber ich freue mich nicht darüber, dass dieses Engagement überhaupt nötig ist. Im Gegenteil, aus Sicht der Linken ist es ein Skandal, dass es in diesem Land Menschen gibt, die ihr Menschenrecht auf medizinische Versorgung nicht wahrnehmen können. Unser Antrag hat das Ziel, diesen Skandal zu beenden. DIE LINKE erinnert daran, dass Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus ein unveräußerliches und unabdingbares Menschenrecht auf Gesundheit haben.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Artikel 12 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte regelt den diskriminierungsfreien Zugang zum Gesundheitssystem. Das UN-Abkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau verpflichtet Staaten zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung anlässlich von Schwangerschaft und Geburt. Das gilt für jede Frau, wenn nötig auch unentgeltlich. In Schleswig-Holstein beinhaltet das Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst das Ziel, gleiche Gesundheitsversorgung für alle anzustreben. Gleichzeitig verpflichtet auch das Grundgesetz mit seinem Bekenntnis zu den Menschenrechten den Staat, die medizinische Versorgung der gesamten Bevölkerung sicherzustellen. Die Einlösung dieses Rechtes wird in Schleswig-Holstein aber zivilgesellschaftlichen Initiativen und kostenlos arbeitenden Ärzten überlassen. Alle anderen schauen beschämt weg.

Meine Damen und Herren, es gibt eine rechtliche Verpflichtung, diesen Skandal endlich zu beenden. Das kann nach unserer Meinung auf verschiedenen Wegen erreicht werden. Städte wie Bremen, Frankfurt und München haben eine sogenannte anonyme Sprechstunde eingerichtet. Die Hansestadt Hamburg hat kürzlich einen Fonds eingerichtet, aus dem die Behandlung von illegalisierten Menschen bezahlt werden soll. Wir schlagen vor, dass ein anonymer Krankenschein ausgegeben wir, mit dem Bedürftige freie Arztwahl haben.

(Beifall bei der LINKEN)

## (Ulrich Schippels)

Wir plädieren dafür, dass in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt eine Clearingstelle eingerichtet wird, zu der Menschen ohne Aufenthaltsstatus gehen können, wenn sie medizinische Hilfe brauchen. Diese Clearingstelle kann bei den Gesundheitsämtern der Kreise angesiedelt sein. Das hätte den Vorteil, dass Ärzte, die den Erstkontakt aufbauen, der Schweigepflicht unterliegen und die Daten der Betroffenen ohnehin nicht an das abrechnende Sozialamt weitergeben dürften. Es kann aber auch eine private Stelle sein, zum Beispiel angesiedelt bei einer Migrationsberatungsstelle. Dies hätte den Vorteil, dass die Menschen dort unter anderem auch versuchen könnten, ihren ausländerrechtlichen Status positiv zu verändern.

DIE LINKE tritt letztlich dafür ein - beziehungsweise sie wollte eigentlich dafür eintreten -, dass die Krankenscheine zu 100 % aus Landesmitteln finanziert werden. Es war uns jedoch wichtiger, zunächst einmal eine möglichst breite Unterstützung für die gesamte Problematik und auch eine Unterstützung unseres Antrages zu erreichen. Deshalb ist der Antrag so, wie er jetzt vorliegt. Wir hoffen darauf, dass auch die kommunalen Landesverbände den Handlungsbedarf einsehen.

Eine weitere Forderung von uns ist übrigens die **Abschaffung des sogenannten Übermittlungsparagrafen**, § 87 des Aufenthaltsgesetzes. Das ist nämlich die Ursache dieser humanitären Misere. § 87 Aufenthaltsgesetz gehört abgeschafft oder geändert.

## (Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wussten Sie übrigens schon, dass 83 % der Deutschen dafür sind, dass alle eine Gesundheitsversorgung bekommen? Wenn wir alle diesem Grundsatz zustimmen - oder zumindest 83 % in diesem Haus -, können wir gemeinsam auch einen Weg finden, dass Menschen ohne Papiere in Schleswig-Holstein medizinisch versorgt werden. Mit dieser Hoffnung beantrage ich die Überweisung unseres gemeinsamen Antrages in den Innen- und Rechtsausschuss.

Ein letzter Satz sei mir gestattet. Das ist ein Zitat von Elie Wiesel, Auschwitzüberlebender und Friedensnobelpreisträger. Er sagt:

"Ihr sollt wissen, dass kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht, aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?"

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Präsident Torsten Geerdts:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Dr. Marret Bohn das Wort.

## Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gesundheit ist etwas, worum sich viele Menschen erst kümmern, wenn es zu spät ist. Deswegen kann ich nur zu Prävention und zu rechtzeitiger medizinischer Behandlung raten.

Der Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung ist aus Sicht meiner Fraktion ein Menschenrecht. Wie aber sieht die Realität aus? - Sie sieht leider anders aus. Während wir hier Diskussionen im Landtag führen, gibt es in Kiel-Gaarden und an anderen Orten Menschen, die keinen Zugang zu medizinischer Versorgung haben; auch dann nicht, wenn sie direkt neben einer Arztpraxis wohnen. Diese Menschen haben keine Papiere und fallen deshalb durch die Maschen unseres sonst so guten sozialen Netzes. Die Türen der Arztpraxen bleiben für sie verschlossen. Das ist in einem reichen Land wie unserem ein Skandal. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das würden wir gern zusammen mit Ihnen ändern.

## (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir Grüne wollen, dass alle Menschen eine gute medizinische Versorgung bekommen, und zwar unabhängig von ihrer Hautfarbe und unabhängig davon, ob sie Papiere haben oder nicht. Deshalb fordern wir gemeinsam mit den Linken den anonymen Krankenschein.

## (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Für zum Teil schwer traumatisierte Menschen dürfen die Türen von Arztpraxen nicht verschlossen bleiben. Für uns Grüne steht fest: Wir wollen die Augen hier nicht verschließen. Wir wollen diese Türen öffnen. Eines ist dabei ganz wichtig. Die **ärztliche Schweigepflicht** muss bei der Abrechnung mit dem Sozialamt geändert werden. Sonst bringen wir die behandelnden Ärztinnen und Ärzte in einen massiven Gewissenskonflikt. Das hat der Deutsche Ärztetag in seinem Beschluss auch gefordert. Dies unterstützen wir, und wir bitten Sie, dies mit zu unterstützen.

#### (Dr. Marret Bohn)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Schwangere darf Angst haben, abgeschoben zu werden, wenn sie eine Vorsorgeuntersuchung für sich und ihr ungeborenes Kind in Anspruch nehmen möchte. Können Sie sich vorstellen, welche Ängste Menschen ohne Papiere haben, wenn sie sich in medizinische Behandlung begeben müssen? - Die jetzige Situation ist einfach unerträglich und muss auch aus humanitären Gründen geändert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Der Kollege hat es gerade eben angesprochen: Dass es einen Bedarf gibt, zeigt uns die Arbeit des Medibüros hier in Kiel. Bei einem Besuch haben meine Kollegin Luise Amtsberg und ich uns das Konzept erklären lassen. Ich kann nur sagen, das Konzept hat uns überzeugt. Wir alle können froh sein, dass im **Medibüro** so gute und engagierte Arbeit geleistet wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, der Bedarf ist eindeutig da. Wir alle stehen in der Verantwortung, dass für diesen Bedarf eine Lösung gefunden wird. Für uns Grüne steht fest: **Gesundheit ist ein Menschenrecht**. Dazu bekennen wir uns in unserem Antrag. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen im Sozialausschuss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Astrid Damerow das Wort.

## **Astrid Damerow** [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einem Jahr haben wir im Rahmen einer Veranstaltung hier im Landeshaus anlässlich der Vorstellung der Studie der Diakonie zu den Problemen, denen sich Menschen mit einem illegalen Aufenthaltsstatus ausgesetzt sehen, auseinandergesetzt. Auch dort war die **Gesundheitsvorsorge** bereits ein Thema. Dort wurde deutlich, dass der Themenbereich äußerst problematisch ist, und zwar über den Bereich der Gesundheitsfürsorge hinaus.

Der vorliegende Antrag zeigt die Problematik auf, aber er wirft für uns ebenso viele Fragen auf. Eine Frage lautet: Wie weit geht das Menschenrecht auf Gesundheitsversorgung? Wo endet es? Wo beginnt die Pflicht, Illegalität nicht zu tolerieren? Inwieweit reicht die Gesundheitsfürsorge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aus? Was ist mit den Menschen, die aus Privatinitiative heraus bereits Hilfe leisten? Machen sich diese Menschen strafbar? -Auch das war eine Frage, über die wir im Rahmen dieser Veranstaltung diskutiert haben. Das sind Fragen, die durch die humanitäre Betrachtung des Problems aufgeworfen werden. Ich denke, selbstverständlich ist jeder von uns hier im Saal der Ansicht, dass auch Menschen, die sich illegal hier aufhalten, eine Gesundheitsversorgung brauchen. Ich denke aber, in einem Punkt werden wir uns vermutlich auseinanderdividieren, denn die Frage ist: Wie weit darf sie gehen? Wann setzt die Pflicht der staatlichen Stellen ein, Illegalität nicht zu tolerieren, sondern sie zu melden? - Auch hier gibt es Verpflichtungen, die wir nicht einfach ignorieren können. Ich bin sicher, dass der Herr Justizminister zu diesem Thema nachher noch einiges sagen wird.

In dem vorliegenden Antrag fordern Sie von der SPD, von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auch von der Fraktion DIE LINKE uns auf, dass wir die Landesregierung beauftragen, ein Konzept zu zu erarbeiten, um hier Abhilfe zu schaffen. Sie machen dazu verschiedene Vorschläge. Bevor wir die Landesregierung beauftragen, haben wir einige Fragen, die wir zunächst im Ausschuss diskutieren und auch beantwortet haben möchten, bevor wir zu einem Beschluss darüber kommen, ob wir die Landesregierung mit der Erstellung eines Konzepts beauftragen, oder ob wir möglicherweise andere Lösungen ins Auge fassen müssen. Ich habe einige Fragen angerissen.

Ich hätte es vorgezogen, wenn wir diese Diskussion zunächst im Ausschuss und nicht gleich öffentlich geführt hätten. Nun ist es aber so. Wir werden diese ganze Thematik zunächst im Ausschuss beraten. Meine Fraktion beantragt deshalb die Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss als federführenden Ausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss. Ich denke, dann werden wir uns mit dem Thema in aller Ruhe so intensiv beschäftigen können, wie es das Thema verdient.

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

#### Präsident Torsten Geerdts:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Bernd Heinemann das Wort.

#### **Bernd Heinemann** [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind eigentlich ganz froh darüber, dass dieses Thema öffentlich diskutiert wird, denn es ist die Sache wert.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wie kaum in einem anderen Bereich kommt es bei unserem intimsten Befinden, also bei unseren Krankheiten und bei unseren inneren Sorgen, zu dieser Bedeutung, die sie hat. Menschenrechte dieser Dimension sind unveräußerlich. Dies steht in einem besonderen Widerspruch zu einer in der mobilisierten, globalisierten Welt besonderen und in Europa einmaligen Praxis der Deutschen, nämlich dass illegale Einreise und Aufenthalte hier Straftaten sein können. Das ist woanders anders.

Entsprechend hoch sind die normativen Kontrollmechanismen auf der institutionellen Ebene. Das darf uns als humane und menschliche Gesellschaft nicht davon abhalten, unserer besonderen **Fürsorgepflicht** gegenüber jedem Menschen, der sich bei uns aufhält, Geltung zu verschaffen. In diesem Zusammenhang möchten wir uns herzlich beim Medibüro, bei der AWO und bei Praxis ohne Grenzen in Bad Segeberg bedanken. Dort widmet man sich aufopferungsvoll diesem Thema.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Im Ergebnis stecken wir in einem Dilemma. 1973 wurde in Deutschland die UN-Konvention über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte unterschrieben. In Artikel 12 wurde das Recht des Menschen auf den höchsten erreichbaren Gesundheitszustand festgeschrieben. Medizinische Einrichtungen und ärztliche Betreuung müssen insbesondere für schutzbedürftige Gruppen der Bevölkerung zugänglich sein, so der Tenor.

Zur Umsetzung dieses Rechtes gibt es das Asylbewerberleistungsgesetz. Also ist alles klar für Menschen ohne Papiere, jedoch schließt das unter Umständen die **Abschiebung** mit ein, wenn die Sozialbehörden, zu denen auch Gesundheitsämter, öffentliche Krankenhäuser und indirekt auch die Krankenkassen und andere gehören, unverzüglich nach § 87 des Aufenthaltsgesetzes Meldung machen müssen.

Für die ethnische Gruppe der Roma beispielsweise, von der allein auf dem Ostufer Kiels circa 400 Menschen als EU-Staatsbürger unter zum Teil erbärmlichen Umständen leben, bedeutet die **Nicht-** **bezahlung** oder - juristisch ausgedrückt - die Erschleichung **medizinischer Leistungen** gegebenenfalls auch die **Ausweisung**.

Soziale Leistungen dürfen von EU-Bürgern ohne selbst erworbenen Leistungsanspruch eben nicht ohne Weiteres in Anspruch genommen werden. Trotzdem wissen wir, dass Roma in ihrem Heimatland durchaus verfolgt und benachteiligt werden. Auch das ist ein Dilemma für uns, meine Damen und Herren. Diese Situationen führen dann oft dazu, dass diese Menschen, die sich so bedroht fühlen, Diagnosen und Behandlungen bis zur lebensbedrohlichen Notlage verschleppen.

Auch die Gefahren für die öffentliche Gesundheit im Fall von ansteckenden Krankheiten wie TBC, Aids und so weiter dürfen von uns nicht übersehen werden. Damit müssen wir uns befassen, und zwar angemessen und umfassend. Das möchte ich betonen, und das ist uns Sozialdemokraten wichtig. Wir erwarten vom Gesundheitsminister hier eine klare Aussage.

Der Antrag der LINKEN ist nach unserer Auffassung weder zielführend noch umfassend. Zielführend ist er nicht, weil er ausschließlich auf einen anonymen Krankenschein mit ungeklärter Finanzierung fokussiert. Denn der Staat darf den rechtswidrigen Zustand selbst nicht fördern, hat sich aber andererseits zum Schutz der Menschenrechte verpflichtet. Umfassend ist der Antrag deshalb nicht, weil er beispielsweise die **EU-Problematik**, die ich genannt habe, nicht erfasst.

Wir Sozialdemokraten können uns auch andere Modelle einer qualifizierten medizinischen Versorgung oder deren Sicherstellung vorstellen. So zeigen Projekte und **anonyme Sprechstunden** wie schon in Bremen, Frankfurt, München und anderswo, dass es andere Wege gibt. Wir können uns auch einen **Fonds** vorstellen, der die Versorgung durch außerstaatliche Organisationen und Einrichtungen, die es zum Teil in Schleswig-Holstein schon gibt, sicherstellt.

Die Schaffung eines Fonds für Nichtversicherte in der **Rechtsform einer Stiftung** wäre als Instrument zur Finanzierung der Kosten der medizinischen Versorgung vielleicht sinnvoll, falls dafür wie zum Beispiel in den Niederlanden auch öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt würden. Im Rahmen der Prävention von ansteckenden Krankheiten, von denen ich sprach, könnten sich dann sogar gesetzliche Krankenversicherungen beteiligen, um ihre Versichertengemeinschaft zu schützen. Das ist nämlich ihr Auftrag. Wir brauchen neue, gut durchdachte

#### (Bernd Heinemann)

Lösungen. **Private Spenden** allein reichen dafür jedenfalls nicht aus.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Direkte Leistungen können diese Krankenkassen ohnehin auch dann nicht erbringen, wenn die Menschen ohne Papiere beschäftigt und krankenversichert sein wollen. Da die Kassen Anstalten des öffentlichen Rechts sind, landen die **Daten** dann sofort bei der **Ausländerbehörde**.

Ein weiterer Weg könnte die Erweiterung des Gesundheitsdienstgesetzes sein, wodurch die Aufgaben der Gesundheitsämter auf weitere Infektionskrankheiten ausgeweitet werden würden und dann im Rahmen der ärztlichen Schweigepflicht eine geschützte Behandlung sorgenfrei durchgeführt werden könnte. Der Gesundheitsminister kann uns sicherlich auch dazu etwas sagen.

Wir wollen uns jedenfalls nicht voreilig auf eine verengende Beschreibung einlassen, die wichtige Akteure schon im Antrag unerwähnt lässt. Warum Ärztekammern, warum nicht Leistungserbringer und Leistungsträger an den Tisch bringen und einen tragenden Rettungsschirm für das Dilemma suchen? Lassen Sie uns einen gemeinsamen menschlichen Weg der Hilfe finden! Im Ausschuss ist dazu der richtige Platz.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Gerrit Koch.

## Gerrit Koch [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Tatsache ist, dass illegale Zuwanderung nach Deutschland nicht zulässig ist. Niederschlag hat das in der bestehenden Gesetzeslage gefunden. Überall auf der Welt gilt übrigens der Grundsatz, dass Menschen, die sich ohne anerkannten Grund, also unerlaubt, in einem fremden Land aufhalten, dieses wieder zu verlassen haben.

Dennoch: Das **Grundgesetz** und die internationalen Menschenrechte fordern unsere **Hilfe für Menschen in Not**, auch wenn sie unerlaubt aus anderen Ländern zu uns kommen. Das ist gut, und diese Hilfe wird auch gewährt. Konsens ist auch, dass wir allen Menschen unabhängig vom **Aufenthaltsstatus** unsere solidarische Hilfe zuteil werden lassen müssen. Auch wer sich illegal in Deutschland aufhält,

hat das **Recht auf medizinische Versorgung**. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

- Jetzt komme ich schon ins Grübeln, weil Sie klatschen

Jeder kann sich in Deutschland behandeln lassen, solange er dafür bezahlen kann. Das ist das Problem, denn das können die sogenannten Papierlosen in aller Regel eben gerade nicht. Dennoch wird ihnen natürlich medizinische Hilfe gegeben, wenn es sich um Notfälle handelt. Unser humanitäres Verständnis und der hippokratische Eid der Ärzte gebieten das. In diesen Fällen muss auch nichts an die Behörden gemeldet werden. Eine Entdeckung dieser Menschen ist deshalb unwahrscheinlich.

Im Antrag der LINKEN und der Grünen geht es aber um viel mehr. Es geht nämlich darum, Menschen umfassende kostenlose Gesundheitsfürsorge nicht nur in Notlagen zu gewähren, sondern auch Menschen, die sich hier unerlaubterweise aufhalten. Sie sollen in den Genuss unseres sozialen Rechtsstaats kommen, ohne sich dabei selbst an das geltende Recht halten zu müssen. Das ist eine sehr schwierige und den meisten Bürgern nur sehr schwer vermittelbare Haltung und Forderung.

Wenn Herr Schippels hier eine Umfrage anführt, gebe ich zu bedenken, dass wahrscheinlich differenzierter zu betrachten sein wird, wonach da gefragt wurde. Selbstverständlich wird jeder Mensch sagen: In **Notlagen** müssen wir diesen Menschen helfen. Ob dann die Zustimmung noch so groß ist, wenn es darum geht, dass wir alles bezahlen müssen, was diese Menschen benötigen, ist eine andere Frage. Da, glaube ich, könnte das Ergebnis anders ausfallen. Das Problem ist eben, dass man das vermitteln muss.

Kann es Aufgabe der sozialen Sicherungssysteme sein, dauerhaft einen rechtswidrigen Zustand zu tolerieren und sogar zu fördern? Kann es angehen, den sogenannten **Papierlosen** etwas zu gewähren, was noch nicht einmal der eigenen Bevölkerung gewährt wird?

Meine Damen und Herren, Menschenrechte und Rechtsstaat sind kein Widerspruch. Ein Rechtsstaat, der die Menschenrechte wahren soll, kann aber nur funktionieren, solange unsere Bürgerinnen und Bürger, die hier offiziell als Deutsche oder mit irgendeinem legalen Aufenthaltsstatus leben, bereit sind, das mitzutragen. Gerade deshalb sollten wir gar zu utopische Forderungen nicht stellen, die we-

### (Gerrit Koch)

der von internationalen Vereinbarungen verlangt werden noch finanzierbar sind. In dem internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte steht zwar, dass jedem überall das Recht gewährt werden muss, Zugang zu den Gesundheitseinrichtungen zu haben. Dort steht aber gerade nicht, dass jeder Unterzeichnerstaat die kostenfreie Gesundheitsfürsorge aller Menschen uneingeschränkt auch zu bezahlen hat.

Vor einer Beschlussfassung würde deshalb die FDP es begrüßen, wenn wir das Thema im Ausschuss noch einmal sehr eingehend diskutieren und Antworten auf die berechtigten Fragen bekommen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

#### Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die SSW-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Flemming Meyer.

#### Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN macht auf ein zentrales Defizit in der Gesundheitsversorgung Schleswig-Holsteins aufmerksam. Was die Notwendigkeit und die rechtliche Herleitung eines Menschenrechts auf medizinische Versorgung auch für Menschen ohne Papiere betrifft, teilen wir die Zielrichtung des Antrags.

Der SSW möchte aber anregen, dass der Kreis der Betroffenen zu erweitern ist. Wir haben in Schleswig-Holstein mindestens vier Gruppen von Menschen, die auf medizinische Versorgung angewiesen sind, aber keine Papiere haben. Das sind Menschen ohne qualifizierten Aufenthaltsstatus, auf die im Antrag eingegangen wird. Das sind aber auch Obdachlose, zwangsprostituierte Frauen und Menschen, die aus finanziellen Gründen nicht krankenversichert sind, wie etwa ein Teil der Selbstständigen und Freiberufler. Bei allen handelt es sich zumeist um "bedürftige Menschen ohne Papiere".

So gesehen reicht es auch nicht aus, die Landesregierung dazu aufzufordern, lediglich die Kommunen, den Flüchtlingsbeauftragten, das Medibüro und die Ärztekammer in die Erarbeitung eines Konzeptes einzubinden. Hier könnten die Krankenkassen, die Wohlfahrtsverbände und die Gewerkschaften auch gut mitwirken. Auch die örtlichen Leitungen der Gesundheitsämter beziehungsweise der Fachdienste Gesundheit sollten sich in den

Konzeptentwicklungsprozess einbringen können, sind sie es doch, die neben den Migrationsberatungsstellen als sogenannte Clearingstellen unmittelbar mit der Umsetzung betraut werden sollen.

Hier gibt es ein weiteres Problem. Der Antrag strebt ja an, dass die Gesundheitsämter den Menschen ohne Papiere nicht nur einen anonymen Krankenschein ausstellen sollen, sondern auch bei "aufenthaltsrechtlichen Fragestellungen zu beraten" haben. Dazu ist zu überlegen, ob das vom örtlichen Personal geleistet werden kann, ob Schulungen stattfinden müssen oder ob spezialisiertes Personal einzustellen wäre. Der SSW würde vorschlagen, dass die Gesundheitsämter die Papierlosen nicht beraten, sondern an die Stellen vermitteln, die den Menschen bei aufenthaltsrechtlichen Fragen weiterhelfen können.

Gleichwohl sieht der SSW in dem Antrag die Möglichkeit, die regionalen Gesundheitsämter zu stärken und ihre Funktion im Gesundheitssystem weiter aufzuwerten.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LIN-KEN)

Es dürfen aber keine Doppelstrukturen aufgebaut werden. Die Gesundheitsvorsorge ist staatliche Aufgabe, und die Etablierung **privater Subsysteme** ist auf jeden Fall zu vermeiden.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LIN-KEN)

Die derzeit bestehenden informellen Parallelstrukturen müssen längerfristig aufgelöst werden.

Schließlich zeigt der Antrag der Fraktion noch eine Reihe von rechtlichen Hürden auf, die auch noch genommen werden müssen. So wird vorgeschlagen, die Übermittlungspflicht der Sozialämter an die Ausländerbehörden auf Bundesebene zu streichen, die Leistungsbeschränkung des Asylbewerbergesetzes aufzuheben und rechtliche Lösungen für nicht versicherte EU-Bürgerinnen und Bürger zu finden. Ich denke, dass auch hier Lösungen gefunden werden können.

Zu berücksichtigen wäre auch, dass Kreise und kreisfreie Städte die Aufgaben der Gesundheitsdienste als Selbstverwaltungsaufgabe wahrnehmen und für die Einrichtung der Clearingstellen eventuell Kreis- oder Gemeindeordnungen angepasst werden müssten.

## (Flemming Meyer)

Alles zusammengenommen betrachtet der SSW die Zielrichtung des Antrags als wegweisend. Zum Abbau kleinerer Schwächen und zur Weiterentwicklung empfehlen wir die Behandlung im Ausschuss.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Kollegen Dr. Kai Dolgner.

## Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Recht auf Gesundheit ist ein Menschenrecht. In der Abwägung zu dem legitimen Interesse eines Staates auf Migrationskontrolle ist nach unserer Überzeugung das Menschenrecht vorrangig, und zwar absolut vorrangig zu betrachten.

(Beifall bei der SPD)

Die Vorrangigkeit des Menschenrechts konstituiert geradezu eine freie Gesellschaft. Auch wenn es Teile der Bevölkerung vielleicht unpopulär oder unopportun finden, ist das Bekenntnis dazu, dem Menschenrecht auch in unbequemen Situationen Geltung zu verschaffen, unabdingbar, glaube ich.

(Beifall bei der SPD)

Es ist gut, wenn Rechte da sind und kodifiziert sind. Sie müssen aber auch faktisch für die Betroffenen machbar sein. Das ist einer der Kerne des Problems, über das wir heute sprechen und dann noch im Ausschuss entsprechend weiterhin sprechen sollten. Ich froh über diese sehr sachliche Debatte.

Es ist Übrigens nicht egal, wenn Menschen eine Behandlung aus Angst - ob begründet oder unbegründet - nicht eingehen. Es ist erst recht nicht egal, wenn es um Menschen wie Kinder und Jugendliche geht, die in der Souveränität ihrer Entscheidung eingeschränkt sind. Und es ist nicht egal, ob man zum Beispiel zu spät zu einer Krebsbehandlung geht. Hier geht es tatsächlich darum, dass die Gesellschaft ihre Stärke, über ihren Schatten zu springen, auch weiterhin zeigt und die Durchsetzung der Menschenrechte nicht davon abhängig macht, ob der andere, der einen Anspruch erhebt, einen Regelverstoß begangen hat oder ob es unopportun ist, dass er jetzt Kosten verursacht.

Für mich - das sage ich ganz persönlich - hat das zurückzutreten. Das ist eine Frage der Stärke unserer Gesellschaft und des Glaubens an unsere **freiheitliche Gesellschaft**. Deswegen möchte ich alle bitten, im Innen- und Rechtsausschuss ernsthaft an einer entsprechenden Lösung zu arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

#### Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration, Herrn Emil Schmalfuß.

## **Emil Schmalfuß**, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig, dass das Menschenrecht auf Gesundheit im Sinne von Artikel 12 des internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte unabhängig vom Aufenthaltsstatus besteht. Damit entsteht aber nicht automatisch ein Anspruch darauf, dass ein illegaler Status unentdeckt bleibt. Daran kann jedenfalls in demokratisch-rechtstaatlich verfassten Ländern wie dem unseren kein Zweifel bestehen. Darum ist es auch falsch zu unterstellen, es sei eine Verkürzung oder Einschränkung von Menschenrechten, wenn sich jemand, der medizinische Leistungen regulär in Anspruch nehmen will, einem rechtsstaatlichen Verfahren über seinen Status stellen muss. Um es klar zu sagen: Der **Zugang** zu Gesundheitsleistungen in Deutschland ist nicht diskriminierend. Die Hilfe zur Gesundheit nach §§ 47 und 48 SGB XII hat weder einen melderechtlichen Status noch einen bestimmten Aufenthaltsstatus zur Voraussetzung. Der Leistungsumfang orientiert sich an den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen. Geregelt ist dies im SGB V.

Ausländische Staatsangehörige ohne Papiere haben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Anspruch auf Gesundheitsversorgung bei akuter Erkrankung und Schmerzzuständen. Die Inanspruchnahme entsprechender Leistungen setzt aber in der Tat voraus, dass sich die Betroffenen bei den zuständigen Sozialbehörden melden. Die Sozialämter als öffentliche Stellen müssen die Ausländerbehörde gemäß § 87 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz informieren, wenn sie im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Aufgaben vom illegalen Status einer Person erfahren. Meine Damen und Herren, es handelt sich dabei um eine Ausprägung des Legalitätsprinzips. Der Staat darf kein illegales Verhalten tolerieren. Das gilt ohne Ansehen der Personen.

Ich finde es bedenklich, wenn der vorliegende Antrag dieses Prinzip infrage stellt, ohne auf damit

### (Minister Emil Schmalfuß)

verbundene Probleme überhaupt einzugehen. Die Vermittlung von **anonymen Krankenscheinen** würde zwar Gründe beseitigen, aus denen sich Betroffene gegen die Wahrnehmung der entsprechenden Leistungsansprüche entscheiden. Gleichzeitig aber würden Verstöße gegen die geltende Rechtsordnung positiv sanktioniert. Menschen ohne Papiere halten sich illegal in Deutschland auf. Der Staat hat aber die Pflicht, Verstöße gegen das Zuwanderungsrecht zu ahnden. Nur so kann die Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung gewährleistet werden. Nur so werden Anreize für Rechtsverletzungen vermieden.

Die Ausgabe anonymer Krankenscheine stünde im Übrigen im Widerspruch zu den Regelungen im Aufenthaltsgesetz. Das Ziel, eine Kostentragung durch Sozialhilfeträger der gesetzlichen Krankenkassen aufgrund einer anonymen Bescheinigung zu erreichen, stellt dabei eine nicht zulässige Umgehung von Bundesrecht dar. Was nach Bundesrecht illegal ist und sein soll, kann man nicht durch landesrechtliche Winkelzüge legal machen.

Meine Damen und Herren, dass es unabhängig davon ehrenamtliche Aktivitäten wie das Medibüro Kiel gibt, ist der Landesregierung natürlich bekannt. Ich erinnere hier an die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage im Oktober 2010. Diese zivilgesellschaftlichen Aktivitäten werden von der Landesregierung auch ausdrücklich gebilligt und begrüßt.

### (Beifall bei FDP und CDU)

Eine Unterstützung von Patienten, die ihren Aufenthaltsstatus nicht legalisieren wollen, durch den Staat und in gesetzlich definierter Form ist aus den genannten Gründen aber nicht erreichbar. Deshalb empfehle ich die Ablehnung des vorliegenden Antrags.

Meine Damen und Herren, Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich heute nur die rechtliche Bewertung des Themas vorgenommen habe. Soweit es um die Frage der Entwicklung eines Gesundheitskonzeptes für die medizinischen Behandlung dieser Menschen geht, fühle ich mich zu einer Stellungnahme fachlich nicht berufen. Dies mag im zuständigen Ausschuss beraten werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Kollegen Bernd Heinemann.

#### **Bernd Heinemann** [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Justizminister, ich habe sehr viel Verständnis für Ihren Vortrag. Umso mehr bedauere ich es, dass nach dem, was ich deutlich gemacht habe - es handelt sich um ein Gesundheitsthema; ich habe auch die ganzen Bereiche aufgezählt, um die es geht -, der Gesundheitsminister hier nicht Stellung nimmt. Dieses Thema gehört in die öffentliche Diskussion auch durch die Landesregierung in Person des Gesundheitsministers. Die Aufgaben, um die es hier geht, sind in der Tat - Sie haben es richtig beschrieben - im Moment in diesem Dilemma. Sie beschreiben die eine Seite des Dilemmas, aber es gibt auch eine andere. Da gibt es eine ganze Reihe von gesundheitspolitischen Fragestellungen, die ich in meinem Referat hier vorgetragen habe und die zwingend eine Stellungnahme des Gesundheitsministers erfordern. Deshalb hätte ich mich gefreut, wenn das geschehen wäre.

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Ursula Sassen?

### **Bernd Heinemann** [SPD]:

Ja, natürlich.

Ursula Sassen [CDU]: Herr Kollege Heinemann, wenn Sie jetzt hier bedauern, dass sich der für den Gesundheitsbereich zuständige Minister nicht äußert, schließen Sie daraus, dass er sich dieses Themas im Ausschuss nicht annehmen wird, oder wo sehen Sie sonst den Grund Ihres Bedauerns?

- Frau Kollegin, selbstverständlich weiß ich, dass der Gesundheitsminister sich dieses Themas annimmt. Er ist sehr gewissenhaft; das wird er tun. Ich hätte mich nur gefreut, wenn er dieses gesundheitspolitische Thema in dieser öffentlichen Debatte, in diesem Schaufenster für die Öffentlichkeit, zumindest erwähnt und sich dessen angenommen hätte. Insofern ist es richtig

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schauen Sie auf die Besuchertribüne! - Weitere Zurufe)

- aber die Kameras laufen noch! -, dass sich der Justizminister dieses Themas sehr korrekt angenommen hat. Ich hätte mich aber gefreut, wenn wir das zu einer gesundheitspolitischen Debatte gemacht hätten. Das ist meine Antwort auf Ihre Frage.

#### **Präsident Torsten Geerdts:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/2282 sowie den Änderungsantrag Drucksache 17/2313 federführend dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 39 auf:

## Zukunft der gerichtsinternen Mediation sichern

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW Drucksache 17/2276 (neu) - 2. Fassung

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, über den Antrag Drucksache 17/2276 (neu) in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

Sammeldrucksache über die Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

#### Drucksache 17/2296

Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 17/2296. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Dies ist offenbar nicht der Fall.

Ich weise auf folgende Änderung hin: Wie gestern angekündigt, erfolgt die Abstimmung mit Ausnahme von Tagesordnungspunkt 62, Neuausrichtung der Krankenhausfinanzierung. Dieser Tagesordnungspunkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Ich komme zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache Drucksache 17/2296 mit Ausnahme des Tagesordnungspunktes 62 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich stelle fest, dass das einstimmig so bestätigt worden ist.

Meine Damen und Herren, ich weise zum Abschluss der Sitzung darauf hin, dass die nächste Landtagstagung in der Zeit vom 21. bis 23. März 2012 stattfindet. Für heute haben wir unsere Arbeit erledigt. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:23 Uhr